

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 1999

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der niedersächsische Verfassungsschutz ist in diesem Jahr fünfzig Jahre alt geworden. Die Behörde hat sich vor allem durch die Beschaffung und Auswertung von Informationen aus der Beobachtung neonazistischer Bestrebungen als unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsbehörden bewährt. Notwendige Verbotsmaßnahmen, wie das Verbot des Heide-Heim e.V., dem Trägerverein der rechtsextremistischen Tagungsstätte in Hetendorf, wären ohne diese Grundlagenarbeit des Verfassungsschutzes nicht realisierbar gewesen. Mit Urteil vom 29. März 2000 hat das Obergericht in Lüneburg die Verbotsentscheidung des niedersächsischen Innenministeriums bestätigt.

In dem vorliegenden Bericht steht der Rechtsextremismus, wie in den Vorjahren, an erster Stelle. Bei den neonazistischen Bestrebungen, wie sie sich insbesondere in der Skinhead-Szene manifestieren, stellen wir erneut einen zahlenmäßigen Anstieg fest. Auffällig in diesem Zusammenhang ist, dass sich die älteste rechtsextremistische Partei Deutschlands, die NPD, weiter zu einem Auffangbecken für diese gewaltbereiten Neonazis entwickelt hat.

Im Linksextremismus stellten die militanten Autonomen das wichtigste Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes dar. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein persönliches Wort sagen:

Über jeden, der sich für unsere Demokratie und gegen rechtsextremistische Bestrebungen gewaltfrei engagiert, freue ich mich. Davon klar zu unterscheiden ist allerdings der so genannte Antifaschismus-Kampf linksextremistischer Autonomen, die teilweise vorgeben, mit ihrer Militanz „nur“ Neonazis und „Faschisten“ nicht die Straße überlassen zu wollen, tatsächlich aber unseren demokratischen Rechtsstaat, den sie ablehnen und bekämpfen, treffen wollen.



Im Ausländerextremismus hat die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, mit der von ihr propagierten „gewaltfreien“ Linie ein hoffnungsvolles Zeichen gesetzt. Wir bestehen allerdings unverändert darauf, dass die PKK Spendengelderpressungen beendet, Jugendliche nicht mehr mit Gewalt für Ausbildungslager in anderen Ländern rekrutiert und sich insbesondere nicht mehr eine eigene Strafgewalt in der Bundesrepublik Deutschland anmaßt.

Ungeachtet freundlicher Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu vielen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes ist eine Beendigung ihrer Spionagetätigkeit gegen unser Land nicht feststellbar. Das hat im letzten Jahr der Spionagefall eines Kaufmanns aus dem Raum Walsrode bewiesen, der vom Generalbundesanwalt angeklagt wurde, technologisches Knowhow aus dem Rüstungsbereich an einen russischen Nachrichtendienst verkauft zu haben. Die am 28. Juni 1999 erfolgte Festnahme war der erfreuliche Abschluss umfangreicher Ermittlungsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes im größten Spionagefall der letzten Jahre.

A handwritten signature in black ink, which reads 'Heiner Bartling'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Heiner Bartling
Niedersächsischer Innenminister

Inhaltsübersicht

Einleitung	6
Überblick in Zahlen	12
Mitgliederzahlen	12
Gewalt- und Straftaten (Staatschutzkriminalität)	14
Rechtsextremismus	24
Einführung	24
Geschichtsrevisionismus	26
Neonazistische Bestrebungen	29
Rechtsextremistische Skinheads	29
Neonazistische Kameradschaften	36
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	38
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei /Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	39
Rechtsextremistische Parteien	40
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	40
NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN)	52
Deutsche Volksunion (DVU)	57
Die Republikaner (REP)	65
Weitere rechtsextremistische Organisationen	72
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	72
Der Stahlhelm e.V.	73
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)	75
Freundeskreis Deutschland e.V.	77
Neue Rechte	79

Linksextremismus	82
Einführung	82
Autonome	84
Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO)	85
Publikationen	87
Aktionsfeld Antifaschismus	91
Aktionsfeld Antirassismus	97
Aktionsfeld „Widerstand gegen die Weltausstellung EXPO 2000“	98
Aktionsfeld Internationalismus	106
Kampagne von Linksextremisten gegen Kernenergie und Atommülltransporte	108
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	111
Kommunistische Plattform der PDS (KPF)	115
Gemeinsame Themenfelder revolutionär-marxistischer Linksextremisten	118
Rote Hilfe e.V. (RH)	120
Graswurzelbewegung	121
Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU)	123
Ehemalige terroristische Vereinigungen (RAF, RZ und AIZ)	124
Ausländerextremismus	126
Einführung	126
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	127
Devrimci Sol (Dev Sol)/mit KARATAS- und YAGAN-Flügel	136
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	139

Deutsche Türk-Föderation (ATF)/ Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK)	141	Wirtschaftsspionage – Wirtschafts- schutz – Geheimschutz in der Wirtschaft	175
Islamistisch-extremistische Bestrebungen	143	Aktuelle nachrichtendienstliche Gefährdungssituation	179
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	144	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	179
Der Kalifatsstaat	149	Proliferation	180
Muslimbruderschaft (MB)	153	Iranische Nachrichtendienste	181
Hizb Allah (Partei Gottes)	155	Syrische Nachrichtendienste	182
Union Islamischer Studenten- vereine in Europa (U.I.S.A.)	157	Türkischer Nachrichtendienst	182
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	158	Der Verfassungsschutz in Niedersachsen	183
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	160	50 Jahre Bestehen der „Nieder- sächsischen Verfassungsschutz- behörde“	183
Scientology-Organisation (SO)	163	Bedienstete	186
Ziele der Scientology- Organisation	163	Haushalt	187
Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden	164	Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	187
Organisation	164	Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	188
Bundesweite Aktionen der SO mit niedersächsischer Beteiligung	167	Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	190
SO-Broschüre „Verfassungsschutz als Rufmordinstrument“	169	Öffentlichkeitsarbeit	190
Jährlicher Bericht des US-Außen- ministeriums zum Thema Religionsfreiheit	169	Stichwortverzeichnis	192
Hinweistelefon	169	Ortsregister	199
Spionageabwehr	170		
Einführung	170		
Wirtschaftsspionage durch Kommunikationsaufklärung	173		

Einleitung

Rechtsextremismus

Die Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen stand 1999 im Mittelpunkt der Aufgabenstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Gewaltbereite, neonazistische Bestrebungen, wie sie sich insbesondere in der Skinhead-Szene finden, erforderten besondere Aufmerksamkeit. In dem Bereich der gewaltbereiten Rechtsextremisten war erneut ein zahlenmäßiger Anstieg festzustellen: Während 1997 600 Personen dieser Szene zugeordnet wurden, stieg die Zahl 1998 auf 1.000 und 1999 auf 1.100. Bundesweit werden dem gewaltbereiten Rechtsextremismus 9.000 Personen (1998: 8.200) zugerechnet. Charakteristisch für militante Rechtsextremisten und Skinheads sind vor allem rassistische, antisemitische sowie neonazistische Orientierungen. Die Hinwendung zum Nationalsozialismus kommt in Bezeichnungen von Skinhead-Bands zum Ausdruck: Sturmtruppen, Werwolf, Endsieg, Heimatfront oder Kraft durch Froide. Ihre Musik fördert die Gewaltbereitschaft der rechten Szeneangehörigen. Bundesweit fanden 1999 105 Musikveranstaltungen statt, davon vier in Niedersachsen. Durch diese Veranstaltungen sowie über den Verkauf von CDs wird gewaltverherrlichende und volksverhetzende Musik verbreitet. Von Dänemark und Schweden aus werden CDs in die Bundesrepublik geschleust. Auch der Northeimer Neonazi und ehemalige FAP-Landesvorsitzende Thorsten HEISE beteiligt sich an Geschäften mit CDs. Er gründete im Dezember 1998 einen „Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel, Militärbekleidung und -schuhe, Campingartikel“.

Rund 350 Neonazis haben sich in Niedersachsen in informellen Zusammenschlüssen, so genannten Kameradschaften, engagiert.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) blieb auch 1999 ein Anziehungspunkt für Neonazis. So schlossen sich Kameradschafts-Aktivisten aus dem Raum Lüneburg dem neugegründeten NPD-Kreisverband Harburg-Land an. In Göttingen kooperierte der NPD-Kreisverband mit dem Neonazi Thorsten HEISE und dessen Kameradschaft Northeim. Die von der NPD durchgeführten Demonstrationen – von der Partei als Nationaler Widerstand und Kampf um die Straße bezeichnet – richteten sich in erster Linie gegen die Integration von Ausländern.

Die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, setzten ihren Weg in den Neonazismus fort. Die Mitglieder dieser Organisation verstehen sich als „weltanschauliche, geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“; als „Revolutionäre Bewegung für junge Nationalisten“. Zahlreiche Demonstrationen der JN fanden Zulauf von Neonazis und Skinheads.

Sowohl die NPD als auch die Republikaner blieben bei Wahlen erfolglos. Die DVU allerdings konnte in die Landesparlamente von Brandenburg und Bremen einziehen.

Nach den Verboten des Heide-Heim e.V., Hamburg, und des Heideheim e.V., Buchholz, durch das Niedersächsische Innenministerium am 11.02.1998 „beruhigte“ sich die Situation um die rechtsextremistische Tagungsstätte in Hetendorf.

Am 09. 08. 1999 drangen zwei Skinheads gewaltsam bei einem Arbeitslosen in Eschede, Landkreis Celle, ein, um ihn wegen seiner fortwährenden Kritik an der ausländerfeindlichen Einstellung eines der Täter „zur Rede zu stellen.“

Der Arbeitslose verstarb am nächsten Tag an den Folgen der erheblichen Schlag- und Schnittverletzungen im Hals- und Kopfbereich.

Der Haupttäter hatte an der 7. Hetendorfer Tagungswoche teilgenommen.

Unter den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen ist vor allem der in Jork ansässige „Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten“ zu nennen. Mit der angestrebten Einbindung von Frauen, Mädchen und Kindern hat diese Organisation die Voraussetzung geschaffen, vorrangig Familienangehörige der Mitglieder in den Verein aufzunehmen und entsprechend der eigenen Weltanschauung zu indoktrinieren.

Linksextremismus

Bei der Beobachtung linksextremistischer Bestrebungen erfordern weiterhin militante Autonome hohe Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden. Neben bisherige Aktionsfelder wie Antifaschismus-Kampf oder Antirassismus ist seit einigen Jahren der Widerstand gegen die EXPO 2000 in Hannover getreten. Bundesweit bemühten sich linksextremistische Organisationen um Vernetzung. Vom Dezember 1998 bis zum November 1999 wurden vier „bundesweite Anti-EXPO-Treffen“ veranstaltet. In ihrer Agitation gegen die EXPO 2000 bezeichnen Autonome die Weltausstellung als Propagandashow der Herrschenden. Im AntiExpo Rundbrief (No. 9) heißt es:

„Die EXPO 2000 ist, kurz gesagt, eine gigantische Werbeveranstaltung für das kapitalistische Weltwirtschaftssystem und dessen Akteure ... Bei den sog. Lösungen handelt es sich um nichts anderes als um Modernisierung und damit Stabilisierung von kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Herrschaft.“

Im Anti EXPO Reader (Teil 1, Mai 1999) wird behauptet:

„Tatsächlich ist EXPO 2000, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der industriellen Revolution und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht.“

Eine führende Rolle im Widerstand gegen die Weltausstellung nimmt die Hannoversche Anti-EXPO-AG ein. In ihren Schriften ruft sie zum Kampf gegen die EXPO auf: „Die EXPO ist und bleibt ein kapitalistisches und nationalistisches Propagandaobjekt! Versauen wir den Herrschenden ihre Propagandashow!“

Ein wichtiges Agitationsfeld für militante Linksextremisten ist der Kampf gegen Kernenergie. Braunschweiger Atomkraftgegner formulierten:

„Wir sehen, daß der Kapitalismus mit seiner Profitlogik und verantwortungslosem Umgang mit Menschen und Umwelt ...solche Technologien, wie die Atom- oder Gentechnologie, fördert. Daher ist es innerhalb der Anti-Atombewegung wichtig, sich dem Primat der Ökonomie zu widersetzen und sich kritisch mit unserer Scheindemokratie auseinanderzusetzen.“

Weitere Zusammenschlüsse von Linksextremisten wie die Deutsche Kommunistische Partei und ihr Umfeld, die Kommunistische Plattform der PDS, die Rote Hilfe oder die Graswurzel-Bewegung waren 1999 auch in Niedersachsen aktiv.

Ausländerextremismus

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beachtete die von der Parteiführung vorgegebene „gewaltfreie“ Linie. Zu den zentralen Forderungen der Organisation, die gegen die Festnahme ihres Vorsitzenden ÖCALAN mit zum Teil brutaler Gewalt europaweit protestierte, gehören nunmehr die Forderung nach Freiheit für ÖCALAN, Amnestie für einsitzende Aktivisten sowie – abrückend von bisherigen Zielvorstellungen – die Einbindung der PKK in ein demokratisches System der türkischen Republik. Nach der Einstellung des bewaffneten Kampfes wird sich die propagierte gewaltfreie Linie durchsetzen, wenn die Todesstrafe gegen ÖCALAN nicht vollstreckt wird.

Islamistisch-extremistische Bestrebungen sind wie in den Vorjahren in der Bundesrepublik Deutschland und

in Niedersachsen Gegenstand der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Größte Organisation in diesem Bereich ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Besonderen Wert legt die IGMG, die ihre Ziele nicht auf revolutionärem Wege, sondern durch ideologische Beeinflussung realisieren möchte, auf vielfältige Vereinsbildungen zur „Betreuung“ ihrer Anhängerschaft sowie auf Schulungsmaßnahmen. Für diese Zweck unterhält sie zahlreiche eigene Bildungszentren. An den in den Sommerferien stattfindenden Kursen nahmen 1999 nach Angaben der IGMG über 16.000 Mädchen und Jungen teil.

Im Gegensatz zur IGMG, die sich in ihren offiziellen Stellungnahmen als Sachwalter der Interessen der in Deutschland lebenden Türken ausgibt und sich kaum offen in Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stellt, bekämpft eine weitere islamistische Organisation mit dem Namen „Der Kalifatsstaat“ offen die westlichen Demokratien: „Keine Einigung mit dem Regime des Unglaubens und der Ketzereien, auch keine Neigung zur Kompromißbereitschaft!“. Der Zionismus wird als Urheber des weltweiten Kampfes gegen den Islam verurteilt:

„Der Kommunismus und die Demokratie sind beides Werkzeuge des Zionismus. Zusammengefaßt kann man sagen, daß der Islam drei Feinde hat: Den Kommunismus, den Kemalismus und die Demokratie. Alle drei werden aus der Zionistischen Zentrale geleitet.“

Scientology-Organisation

Die Scientology-Organisation hält nach wie vor an ihrem Ziel fest, einen neuen Menschen mit scientologischer Prägung erschaffen zu wollen, der die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt übernehmen wird. Die Welt in ihrer derzeitigen Erscheinungsform wäre zum Untergang verurteilt, da nur Scientology den wahren Weg zur persönlichen Unsterblichkeit weisen könne. Die Anhängerzahlen in Deutschland belaufen sich wie bereits 1998 festgestellt wurde, auf 5.000 bis 6.000 Personen, in Niedersachsen auf 600.

Nutzung des Internets durch Extremisten

Das Internet, dessen Bedeutung als weltweites Kommunikationsmedium weiterhin zunehmen wird, bietet auch Extremisten eine willkommene Plattform, ihre verfassungsfeindlichen Ziele und Ideen zu propagieren und zu verbreiten.

Das rechtsextremistische Angebot im Internet hat sich 1999 erneut verstärkt. Ende des Jahres waren bereits 330 Homepages von deutschen Rechtsextremisten im world wide web zu finden.

Mittlerweile spiegelt das Internet das gesamte Spektrum des rechtsextremistischen Lagers in der Bundesrepublik wider. Neben den Parteien sind auch rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse, Revisionisten sowie Einzelaktivisten der neonazistischen Szene präsent.

Der größte Anstieg bei den rechtsextremistischen Homepages ist im Skinhead-Bereich zu verzeichnen. Das Hauptthema der Skinhead-Seiten ist nicht so sehr die Verbreitung politischer Propaganda, sondern die szeneverbindende Skinhead-Musik. Das Spektrum reicht von der Veröffentlichung von Texten extremistischer Bands, Rezensionen von Tonträgern bis zu Konzertberichten mit Bildern.

Wachsende Bedeutung hat das Internet auch für die zahlreichen rechtsextremistischen Vertriebsfirmen, die im Skinhead-Bereich aktiv sind. Sie bieten vor allem Tonträger und szenetypische Bekleidung an. Von ausländischen Vertreibern werden im großen Umfang in Deutschland strafbewehrte Texte, Lieder und nationalsozialistische Propaganda angeboten.

Aufrufe zur Teilnahme an Demonstrationen und sonstigen Kundgebungen werden anlassbezogen auf vielen rechtsextremistischen Seiten eingestellt.

Die Nutzung moderner Kommunikationsmedien ist längst Bestandteil rechtsextremistischer Strategie: Rechtsextremisten sehen darin einen Ausgleich für ihre strukturellen Schwächen. Vor allem bündnisorientierte Rechtsextremisten hoffen, durch den Einsatz dieser Kommunikationsmittel die organisatorische Spaltung in der rechtsextremistischen Szene überwinden zu können.

Auch in der neonazistischen Szene hat der Einsatz moderner Kommunikationsmittel strategische Bedeutung:

Aufgrund der zahlreichen staatlichen Maßnahmen gegen ihre Aktivitäten wie Vereinsverbote versuchen Neonazis, neue Aktionsformen zu finden. Ihr Zusammenhalt und die Koordination bundesweiter Aktionen sollen durch eine „informationelle Vernetzung“, also die Nutzung moderner Kommunikationssysteme, gewährleistet sein. So schreibt z.B. die Blood & Honour-Bewegung auf ihrer Homepage:

„Auch die neuen Kommunikationsmittel arbeiten für uns. Das Internet hat mehr zu unserer Vereinigung beigetragen als irgendein Pamphlet, das jemals gedruckt worden ist.“

Derzeit dient das Internet in erster Linie noch der Informationsbündelung. Auch hierbei ist seine Einsatzfähigkeit jedoch noch beschränkt, denn das Internet ist in der rechtsextremistischen Szene noch nicht flächendeckend verbreitet.

Aufgrund der sinkenden Computerpreise und Online-Gebühren ist aber davon auszugehen, dass auch immer mehr Extremisten künftig sich dieses Medium zu Nutzen machen werden.

Rechtsextremisten, die strafbare Inhalte verbreiten wollen, nutzen vermehrt ausländische Provider vor allem in den USA. So ist das Angebot von Liedern mit volksverhetzenden Inhalten enorm angestiegen.

Linksextremisten nutzen die neuen elektronischen Kommunikationsmedien bereits seit Ende der 80er-Jahre, zunächst Mailboxen, nunmehr verstärkt das Internet zur Selbstdarstellung und Verbesserung der Kommunikation untereinander. Im Gegensatz zu der Präsentation der Rechtsextremisten verzichten die Linksextremisten auf reißerische Darstellungen, ihr Schwerpunkt liegt auf der Informationsvermittlung.

Die Vorzüge des Internets sehen Linksextremisten in der Möglichkeit der Vernetzung der linksextremistischen Szene durch Verbreitung von Informationen; Propagierung politischer Ziele, Werbung von neuen Mitgliedern und Mobilisierung zu Aktionen.

Auch die Umgehung deutscher Rechtsvorschriften durch die Nutzung ausländischer Provider haben Linksextremisten erkannt. So bezeichnete die Autonome Antifa (M) in Göttingen das Internet als „uneinnehmbare Bastion“, die nicht dem Zugriff deutscher Behörden unterliege.

Für extremistische Organisationen von Ausländern ist das Internet eine Möglichkeit, unbehindert und unbeobachtet von staatlichen Stellen Kommunikation mit ihren Mitgliedern, die zumeist über viele Länder verstreut sind, zu betreiben. Nahezu alle in Deutschland aktiven Vereinigungen und Organisationen betreiben über das Internet Außenwerbung und Agitation. Mit programmatischen Erklärungen und umfangreichen Selbstdarstellungen präsentieren sich beispielsweise die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die türkische Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C), die auf Sri Lanka terroristisch operierenden Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Auch islamistisch-extremistische Gruppierungen wie die

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) und Kalifatsstaat sind präsent.

Das Internet wird sich aufgrund seines weltumspannenden Charakters, seiner Vielseitigkeit und Schnelligkeit zu dem Informations-, Kommunikations- und Steuerungsmedium für extremistische/terroristische Ausländergruppierungen entwickeln. Die Aktivitäten dieser Gruppierungen zeigen, dass sie die Bedeutung des Internets für ihre eigenen Interessen erkannt haben. Obwohl sie das Internet bislang nur als Propagandainstrument nutzen, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass sie dieses Medium aufgrund der Verschlüsselungsmöglichkeiten auch zur unbeobachteten Steuerung ihrer Organisation einsetzen werden.

Spionageabwehr

Für eine Entwarnung im Bereich der Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland besteht kein Anlass. Insbesondere die Nachrichtendienste der Russischen Föderation sind weiterhin aktiv gegen Einrichtungen der Bundesrepublik. Beispielhaft dafür steht der größte Spionagefall der letzten Jahre, in dem der Generalbundesanwalt nach umfangreichen Vorarbeiten insbesondere des NLFV Anklage vor dem OLG Celle wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben hat. Beide Beteiligte sollen technologisches Know-how aus dem Rüstungsbereich an einen russischen Nachrichtendienst verkauft haben.

Deutschland als bedeutender Wirtschaftsstandort ist weiterhin gezieltes Ausspähungsobjekt für fremde Nachrichtendienste. Der niedersächsische Verfassungsschutz hat daher Maßnahmen im Bereich der Sensibilisierung von entsprechenden Wirtschaftsunternehmen intensiviert. So wurden mit 100 Firmen in Niedersachsen Gespräche geführt, in denen die Gefährdungssituation durch die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste dargestellt wird.

Überblick in Zahlen

Mitgliederzahlen

Rechtsextremistische Organisationen¹

Bundesrepublik Deutschland	1998	1999
DVU	18.000	17.000
REP	15.000	14.000
NPD	6.000	6.000
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextrem. Skinheads ²	8.200	9.000
Neonazistische Gruppierungen	2.400	2.200
Sonstige Gruppierungen	4.500	4.200
Summe	54.100	52.400
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	53.600	51.400

Niedersachsen	1998	1999
DVU	1.600	1.500
REP	600	600
NPD	400	450
DLVH	20	30
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextrem. Skinheads	1.000	1.100
Neonazistische Gruppierungen	430	350
Sonstige Gruppierungen	80	80
Summe ³	4.130	4.110

¹ Einschließlich Nebenorganisationen.

² Bei rechtsextremistischen Skinheads wird eine generelle Gewaltbereitschaft unterstellt. Der Oberbegriff „gewaltbereit“ umfasst sowohl „gewaltbejahende/gewaltgeneigte“ (grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an gewalttätigen Aktionen), als auch „gewaltbereite“ (konkrete Bereitschaft) und „gewalttätige“ (bereits in Erscheinung getreten) Personen.

³ Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland	1998	1999
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁴	28.400	27.700
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre ⁵	7.000	7.000
Summe	35.400	34.700
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	34.700	34.200

Niedersachsen	1998	1999
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	490	475
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	670	670
Summe	1.160	1.145

Ausländerextremistische Organisationen⁶

Bundesrepublik Deutschland	1998	1999
Islamistisch-extremistische Gruppen	31.290	31.350
Extrem-nationalistische Gruppen	8.450	8.800
Linksextremistische Gruppen	19.360	19.550
Summe	59.100	59.700

Niedersachsen	1998	1999
Islamistisch-extremistische Gruppen	2.990	3.095
Extrem-nationalistische Gruppen	450	500
Linksextremistische Gruppen	2.160	2.120
Summe	5.600	5.715

⁴ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

⁵ Das Mobilisierungspotential der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

⁶ Einschließlich verbotener Organisationen (PKK, Devrimci Sol).

Gewalt- und Straftaten (Staatsschutzkriminalität)

Straftaten im Bundesgebiet⁷

1999 erfassten die Polizeibehörden bundesweit insgesamt 15.628 politisch motivierte Straftaten einschließlich entsprechender Versuche (1998: 16.606). Im Vergleich zum Vorjahr stellt das einen Rückgang von rund 5,9% dar.

Der Anstieg der Straftaten im Bereich des Ausländerextremismus erklärt sich im wesentlichen aus strafbaren Aktivitäten von PKK-Anhängern.

	1998	1999	Entwicklung
linksextremistische/ linksterroristische Straftaten	3.201	3.055	- 4,6%
rechtsextremistische/ rechtsterroristische Straftaten i.e.S.	7.414	6.937	- 6,4%
fremdenfeindliche Straftaten	2.644	2.283	-13,7%
antisemitische Straftaten	991	817	-17,6%
Straftaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	2.356	2.536	+ 7,7%
Gesamtzahl der Straftaten	16.606	15.628	- 5,9%

Gewalttaten im Bundesgebiet

Der Anteil der Propagandadelikte liegt bei den rechtsextremistischen Straftaten seit Jahren bundesweit konstant bei über 60%. Einen anderen, auf die Qualität der Straftaten bezogenen Vergleich erlauben die folgende ausgewählten Straftaten, die eine besondere Gewaltbereitschaft der politisch motivierten Straftäter indizieren. Hierbei handelt es sich um Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubungen sowie Raub und Erpressungen.

⁷ Auf der Grundlage der Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 13. 03. 2000.

	1998	1999	Entwicklung
linksextremistische/ linksterroristische Gewalttaten (ohne Widerstandsdelikte)	626	571	- 8,8%
rechtsextremistische/rechtsterroristische Gewalttaten i.e.S.	257	279	+ 8,5%
fremdenfeindliche Gewalttaten	435	451	+ 3,7%
antisemitische Gewalttaten	16	16	+/- 0%
Gewalttaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	258	391	+51,5%
Gesamtzahl der Gewalttaten	1.592	1.708	+ 7,3%

In der Gesamtheit der Gewalttaten hat sich bei den politisch motivierten Brand- und Sprengstoffanschlägen bundesweit folgende Entwicklung ergeben:

	1998	1999	Entwicklung
linksextremistisch/ linksterroristisch motivierte Anschläge	48	68	+ 41,7%
rechtsextremistisch/ rechtsterroristisch motivierte Anschläge i.e.S.	17	8	- 52,9%
fremdenfeindlich motivierte Anschläge	23	29	+ 26,1%
antisemitisch motivierte Anschläge	2	0	- 100%
Anschläge des politisch motivierten Ausländerextremismus	7	104	+1.385,7%
Gesamtzahl der Anschläge	97	209	+ 115,6%

Bei einer Gesamtbetrachtung der bundesweiten Entwicklung ist sowohl der Rückgang der politisch motivierten Straftaten in ihrer Gesamtheit (-5,9%), als auch im Bereich des Rechtsextremismus i.e.S. (-6,4%) sowie der Fremdenfeindlichkeit (-13,7%) und des Antisemitismus (17,6%).

Demgegenüber ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Bereich des Ausländerextremismus gestiegen (+7,7%). Straftaten im Zusammenhang mit der Verschleppung und Festnahme des PKK-Führers ÖCALANs am 15. 02. 1999 waren ursächlich für diesen Anstieg. Allein in den Monaten Februar und März 1999 wurden 1.217 Straftaten registriert. Das entspricht einem Anteil von 48% am Gesamtstrafataufkommen des Berichtsjahres.

Die auf den ersten Blick positive Tendenz der Entwicklung aller politisch motivierten Straftaten wird mehr als beeinträchtigt durch den deutlichen Anstieg der Gewalttaten um 7,3% sowie die Steigerung bei den Brand- und Sprengstoffanschlägen um 115%. Die Zunahme der Gewalttaten von 1.592 im Vorjahr auf 1.708 im Berichtsjahr ist besorgniserregend.

Straftaten im Bundesgebiet⁸

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	1998	1999
Tötungsdelikte	-	1
Versuchte Tötungsdelikte	16	13
Körperverletzungen	595	630
Brandstiftungen	39	35
Sprengstoffanschläge	3	2
Landfriedensbrüche	55	65
Gewalttaten insgesamt	708	746
Sachbeschädigungen	516	373
Nötigungen/Bedrohungen	276	220
Verbreiten von Propagandamitteln /Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	6.958	6.719
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.591	1.979
Sonstige Straftaten insgesamt	10.341	9.291
Straftaten insgesamt	11.049	10.037

Davon Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund	1998	1999
Tötungsdelikte	-	1
Versuchte Tötungsdelikte	10	11
Körperverletzungen	384	386
Brandstiftungen	23	29
Sprengstoffanschläge	-	-
Landfriedensbrüche	18	24
Gewalttaten insgesamt	435	451

⁸ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) nach dem Stand: 31. 01. 2000. Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruches zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt. Da die Statistiken des BKA und des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA) auf unterschiedlichen Erhebungsmodalitäten beruhen (z. T. unterschiedliche Erfassungskriterien und Abfragszeitpunkte) sind beide Statistiken in sich stimmig, aber nur bedingt miteinander vergleichbar.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund	1998	1999
Tötungsdelikte	-	-
Versuchte Tötungsdelikte	4	-
Körperverletzungen	227	215
Brandstiftungen	47	68
Sprengstoffanschläge	1	-
Landfriedensbrüche	289	269
Gefährl. Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	58	19
Widerstandsdelikte	157	140
Gewalttaten insgesamt	783	711
Sachbeschädigungen	1.166	1.246
Nötigungen/Bedrohungen	111	73
Andere Straftaten	1.141	1.025
Sonstige Straftaten insgesamt	2.418	2.344
Straftaten insgesamt	3.201	3.055

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund	1998	1999
Tötungsdelikte	1	1
Versuchte Tötungsdelikte	5	7
Körperverletzungen	66	83
Brandstiftungen	5	101
Sprengstoffanschläge	2	3
Landfriedensbrüche	36	103
Freiheitsberaubungen	9	20
Raub/Erpressungen	134	73
Gewalttaten insgesamt	258	391
Sachbeschädigungen	141	317
Nötigungen/Bedrohungen	125	303
Andere Straftaten, sonstige Gesetzesverletzungen ⁹	1.832	1.525
Sonstige Straftaten insgesamt	2.098	2.145
Straftaten insgesamt	2.356	2.536

⁹ Überwiegend Verstöße gegen Verbote nach dem Vereinsgesetz, zum größten Teil begangen von Anhängern linksextremistischer kurdischer und türkischer Gruppierungen.

**Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund
- in den Ländern -**

	1998	1999
Brandenburg	59	62
Berlin	81	30
Baden-Württemberg	51	61
Bayern	40	58
Bremen	2	6
Hessen	15	21
Hamburg	19	23
Mecklenburg-Vorpommern	53	51
Niedersachsen	42	80
Nordrhein-Westfalen	77	87
Rheinland-Pfalz	16	24
Schleswig-Holstein	36	24
Saarland	3	2
Sachsen	89	86
Sachsen-Anhalt	89	81
Thüringen	36	50
Gesamt	708	746

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund**- in den Ländern -**

	1998	1999
Brandenburg	8	17
Berlin	275	259
Baden-Württemberg	58	34
Bayern	35	25
Bremen	9	18
Hessen	16	14
Hamburg	32	34
Mecklenburg-Vorpommern	23	3
Niedersachsen	79	96
Nordrhein-Westfalen	81	66
Rheinland-Pfalz	1	1
Schleswig-Holstein	59	46
Saarland	4	7
Sachsen	47	36
Sachsen-Anhalt	40	45
Thüringen	16	10
Gesamt	783	711

**Gewalttaten mit ausländerextremistischem Hintergrund
- in den Ländern -**

	1998	1999
Brandenburg	-	2
Berlin	64	50
Baden-Württemberg	39	68
Bayern	8	20
Bremen	5	15
Hessen	13	28
Hamburg	25	40
Mecklenburg-Vorpommern	1	1
Niedersachsen	36	49
Nordrhein-Westfalen	42	98
Rheinland-Pfalz	1	2
Schleswig-Holstein	4	7
Saarland	8	7
Sachsen	6	3
Sachsen-Anhalt	6	1
Thüringen	-	-
Gesamt	258	391

Politisch motivierte Gewaltdelikte in Niedersachsen¹⁾

Gewaltdelikt (§§ des StGB)	Ausländer- extremismus		Links- extremismus		Rechts- extremismus (i. d. S.)		Fremden- feindlichkeit		Anti- semitismus		Unbekannt/ Sonstige		Gesamt	
	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1990	1999
Tötungsdelikte (vollendete) §§ 211-222														
Tötungsdelikte (Versuche) §§ 211-222			1		2	1							3	1
Körperverletzungen §§ 223-231	7	13	30	54	20	27	21	21	1	3	19	13	98	151
Brand- und Sprengstoffdelikte §§ 306-311	1	6	5	7	1	1	1	2			5	7	13	23
Landfriedensbrüche §§ 125/125a	5	15	19	25		4	1	1			3		28	45
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Straßenverkehr §§ 315-315c			16	1	1						1	1	18	2
Straftaten gg. die persönliche Freiheit §§ 238 ff. (ohne Nötigung und Bedrohung)	8	6		1									8	7
Raub und Erpressung §§ 249-255	17	12	1	3	1	1	1	1			1	1	21	18
Gesamt	38	52	72	91	25	44	24	35	1	3	29	22	199	267

¹⁾ Die Daten zur Statistik über Kriminalität in Niedersachsen sind dem Bericht des Landesministeriums Niedersachsen (LKA) zur „Polizeilichen Kriminalstatistik – Statistik über Kriminalität in Niedersachsen 1999“ entnommen. Antisemitische und fremdenfeindlich motivierte Delikte werden vom LKA nicht unter rechtstextuelle Delikte im engeren Sinne subsumiert, obwohl das UG von einer hohen bis hin zu erheblicher Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht. In der Spalte „Unbekannt/Sonstige“ sind Delikte erfasst, bei denen eine extremistische Motivation vermutet wird, ohne dass zum Zeitpunkt der Erfassung eine konkrete Zuordnung erfolgen kann. Da die Statistiken des BKA und des Landesministeriums Niedersachsen (LKA) auf unterschiedlichen Erhebungsmodalitäten beruhen (z. T. unterschiedliche Erfassungskriterien und Abfragezeitpunkte) sind beide Statistiken in sich stimmig, aber nur bedingt miteinander vergleichbar.

Übersicht nach Motivfeldern¹¹

Rechtsextremismus

1999 wurden bundesweit 10.037 Straftaten (1998: 11.049) im rechtsextremistischen Motivfeld erfasst, davon 746 Gewalttaten (1998: 708).

Bundesweit sank damit die Zahl der Straftaten insgesamt um 9,2%, die Zahl der Gewalttaten stieg dagegen um 5,4%. Gewalttaten mit fremdenfeindlichen Motivation stiegen um 3,7% auf 451. Von der Gesamtzahl der Straftaten betrafen rd. 67% Propagandadelikte (1998: 63%) wie z.B. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

In Niedersachsen wurden 1999 insgesamt 999 fremdenfeindliche, antisemitische bzw. i.e.S. rechtsextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) erfasst. Gegenüber 1998 mit 1.023 Delikten bedeutet dies einen Rückgang um 2,3%. Gleichzeitig stieg die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten erheblich von 50 auf 82 (64%).

Der Anstieg der Gewaltdelikte im Bereich des Rechtsextremismus ist auf das verstärkte Konfrontationsgeschehen „Rechte gegen Linke“ zurückzuführen. Dies gilt in Niedersachsen insbesondere für den nordwestlichen Teil. Hier arbeitet eine aktive Antifa-Szene.

Linksextremismus

1999 wurden bundesweit 3.055 Straftaten (1998: 3.201) im linksextremistischen Motivfeld erfasst, davon 711 Gewalttaten (1998: 783). Bundesweit sank damit die Zahl der Straftaten insgesamt um 4,6%, die Zahl der Gewalttaten ging um 9,2% zurück.

In Niedersachsen wurden 1999 insgesamt 391 linksextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) registriert. Gegenüber 1998 mit 262 Delikten stieg die Zahl um 49,2%. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten erheblich von 72 auf 91 (26,4%).

Bei einer Bewertung der starken Zunahme von Gewaltdelikten in Niedersachsen im Jahre 1999 ist die erhebliche Straftatensteigerung auf die Konfrontation von Links- gegen Rechtsextremisten zurückzuführen. Im Bund hat es dagegen einen rückläufigen Trend gegeben. Überwiegend basiert der Anstieg auf Landfriedensbrüchen und Körperverletzungen, die bei Demonstrationen begangen wurden. Die dabei registrierten Gewalttaten richteten sich entweder gegen Personen der rechten Szene oder Polizeibeamte. Auch Abseits von Demonstrationen kam es vielfach zu körperlichen Angriffen auf Rechtsextremisten oder Personen, die der rechten Szene zugeordnet wurden. In Niedersachsen nahm die Zahl der gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- oder Straßenverkehr insgesamt stark ab. Im Vorjahr hatte es sich bei diesen Gewaltdelikten fast ausschließlich um Eingriffe in den Bahnverkehr gehandelt, die in unmittelbarem thematischen Zusammenhang mit dem militanten Widerstand gegen Castor-Transporte standen. Der Rückgang

¹¹ Die niedersächsischen Zahlen sind der „Polizeilichen Kriminalitätsstatistik - Staatsschutzkriminalität Niedersachsen 1999“ entnommen.

erklärt sich auch dadurch, dass im Jahre 1999 kein Castor-Transport stattfand.

Ausländerextremismus

1999 wurden bundesweit 2.536 Straftaten (1998: 2.356) im ausländerextremistischem Motivfeld erfasst, davon 391 Gewalttaten (1998: 258). Bundesweit stieg damit die Zahl der Straftaten um 7,6%, die Zahl der Gewalttaten erhöhte sich allerdings erheblich um 51,6%.

In Niedersachsen wurden 1999 insgesamt 237 Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) im ausländerextremistischen Motivfeld registriert. Gegenüber 1998 mit 325 Delikten sank die Gesamtzahl erheblich um 27,1%. Die Zahl der erfassten Gewalttaten betrug in diesem Motivfeld 1999: 52 (1998: 38) und stieg damit erheblich um 36,8%.

Für die im Bereich des Ausländerextremismus festgestellte Steigerung bei den Körperverletzungsdelikten, den Brand- und Sprengstoffanschlägen sowie den Landfriedensbrüchen waren strafbare Aktivitäten von PKK-Anhängern im Zusammenhang mit der Festnahme des PKK-Anführers ÖCALAN sowie dessen anschließende Verurteilung zum Tode ursächlich.

Rechtsextremismus

Einführung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Rechtsextremismus geprägt vom historischen Nationalsozialismus – sowohl ideologisch als auch personell. Zu nennen ist in erster Linie die 1949 von Mitgliedern der deutschnationalen Deutschen Rechtspartei um Otto Ernst REMER gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP), die sich in Programmatik und Organisationsaufbau an der NSDAP ausrichtete. Der Schwerpunkt der SRP lag in Norddeutschland, vor allem in Niedersachsen, wo sie im Mai 1951 bei den Landtagswahlen 11% der Stimmen erhielt. Die Begründung für das Verbot der SRP 1952 durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ist bis heute richtungsweisend für die grundsätzliche Beurteilung und Bewertung verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Kennzeichnend für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind nach den Urteilsgründen des BVerfG

„die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politische Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

In Anlehnung an diese Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts wurden in den Verfassungsschutzgesetzen die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundord-

nung normiert und damit die Kriterien für die Bewertung verfassungsfeindlicher Bestrebungen definiert.

Der Begriff des politischen Extremismus lässt sich aus der Negativdefinition als Antithese zu den konstitutiven Elementen des demokratischen Verfassungsstaates bestimmen. In einer politischen Positivdefinition des Extremismusbegriffs können folgende Strukturmerkmale extremistischer Auffassungen genannt werden: Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Autoritarismus, antipluralistisches Politikverständnis, Fanatismus. Eine einheitliche, wissenschaftliche Theorie für den Rechtsextremismus gibt es zwar nicht, die unterschiedlichen Definitionsansätze von Sozialwissenschaftlern weisen allerdings übereinstimmende Merkmale auf. Ideengeschichtlich wurzeln rechtsextremistische Theorien in einer vordemokratischen und anti-aufklärerischen Tradition. Generell ist rechtsextremistisches Denken geprägt von der Grundannahme menschlicher Ungleichheit. Grundlegend für viele rechtsextremistische Strömungen ist eine antiindividualistische und antipluralistische Ideologie, die die Unterordnung des Individuums unter eine homogene, Unterschiede einengende völkische Gemeinschaft verlangt (Volksgemeinschaftsdenken, völkischer Kollektivismus).

Die Komplexität des Rechtsextremismus zeigt sich in dem heterogenen Gemisch an unterschiedlichen Ideologiemerkmalen und in seinen vielfältigen konkreten Erscheinungsformen. Ausgehend von der Grundannahme menschlicher Ungleichheit entwickeln Rechtsextremisten theoretisch unterschiedlich begründete Politikkonzepte, die die Ausgrenzung ethnischer Minderheiten durch Fremdenfeindlichkeit bis hin zum offenen Rassismus oder sozialer Randgruppen zum Ziel haben bzw. aus realen oder nur behaupteten biologischen Unterschieden Aussagen über die Wertigkeit von Menschen, soziale Rangordnungen und politische Herrschaftsansprüche ableiten (Biologismus). Fremdenfeindlichkeit als ideologisches Grundelement des Rechtsextremismus lässt sich nach unterschiedlichen Einstellungsmustern in ethnische, rassistische sowie sozioökonomische Fremdenfeindlichkeit differenzieren.

Antisemitismus ist eine spezifische Ausprägung rechtsextremistischer Ideologien, das auf jahrhundertealten teilweise religiös motivierten - von Rechtsextremisten ins Rassistische gewendeten - Vorurteilsstrukturen basiert.

Solche ideologischen Ausgrenzungsstrategien korrespondieren mit einer Überhöhung von Volk, Nation und Staat bei oftmals gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus). Das Staatsverständnis ist geprägt von autoritativen Vorstellungen. Die extremste Form stellt der autoritär geführte Führerstaat dar, als dessen Leitbild insbesondere Neonazis die Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus betrachten. Der Staat gilt Rechtsextremisten als Exekutivorgan eines objektiven Interesses der Volksgemeinschaft bzw. der Nation.

Von besonderer Bedeutung für den Rechtsextremismus in Deutschland ist

der historische Nationalsozialismus. Politische Gesinnungen und Bestrebungen der Gegenwart, die sich explizit auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem berufen, werden als neonazistisch (neo-nationalsozialistisch) bezeichnet. Der Gruppe der Neonazis im weiteren Sinne zuzurechnen sind die so genannten Revisionisten, soweit sie durch die Leugnung oder Relativierung der deutschen Kriegsschuld bzw. der Massenvernichtung von Juden den Nationalsozialismus zu rehabilitieren versuchen.

Kennzeichnend für die Weiterentwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen nach der Wiedervereinigung ist der Bedeutungszuwachs der Neonazi-Szene. In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist die mit einer programmatischen Neuorientierung in Richtung auf einen „Deutschen Sozialismus“ bzw. einen „Nationalen Sozialismus“ verbundene Öffnung der NPD für neonazistische Gruppierungen nicht zuletzt durch die verstärkte Einbindung von Neonazis aus verbotenen Vereinigungen in die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Kameradschaften stellen ebenso wie die JN zunehmend ein Verbindungselement der Neonazi-Szene zur NPD sowie zur Skinhead-Bewegung dar.

Bestimmend für das Bild des Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit sind fremdenfeindliche Aktionen wie z.B. Brandanschläge auf Asylbewerberheime sowie Übergriffe auf ausländische Bürger. Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung steht in diesem Zusammenhang das martialische und gewalttätige Auftreten rechtsextremistischer Skinheads, die in besonderer Weise mit Fremdenfeindlichkeit identifiziert werden. Von öffentlichem Interesse sind seit Mitte der 90er-Jahre die rassistischen Texte der Skinhead-Musik, die durch Konzer-

Geschichtsrevisionismus

te, CD-Handel und Internet größere Verbreitung erfährt. In den Hintergrund rückt bei dieser Betrachtungsweise, dass es sich bei dieser Erscheinungsform lediglich um einen Ausschnitt des Rechtsextremismus handelt. Ebenso begünstigte eine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit als ideologisches Grundmuster vor dem Hintergrund einer sozial angespannten Situation nach der Wiedervereinigung die Wahlerfolge der DVU. Fremdenfeindlichkeit ist auch bei den REP vorherrschendes Ideologieelement. Von den anderen rechtsextremistischen Parteien versuchen sie sich durch ein gemäßigteres Auftreten zu distanzieren. In gleicher Weise sind fremdenfeindliche Aussagen Konstanten der Programmatik und der Publikationen der NPD.

Die „Neue Rechte“ kaschiert eine fremdenfeindliche Grundtendenz in dem von ihr propagierten Ethnopluralismus¹² und wirkt als intellektuelle Strömung mit solchen Konzeptionen publizistisch in den organisierten Rechtsextremismus hinein.

Unter Geschichtsrevisionismus ist die historische Einkleidung, die Projektierung rechtsextremistischer Positionen in die Vergangenheit zu verstehen. Nach dem Bezugspunkt rechtsextremistischer Bestrebungen kann zwischen zwei Hauptrichtungen unterschieden werden, zwischen den rechtsextremistischen Propagandisten der „Kriegs-Lüge“ und der „Auschwitz-Lüge“. Positionen der „Kriegs-Lüge“ sind bei fast allen rechtsextremistischen Organisationen und insbesondere auch bei den rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und REP nachweisbar. Mit der Leugnung bzw. Relativierung deutscher Kriegsschuld verbindet sich das Bestreben, Deutschland moralisch zu entlasten und von den „Fesseln“ einer angeblich von den Siegermächten vorgeschriebenen Geschichtsschreibung zu befreien, um vergangene nationale Größe wiederherzustellen. Eine in dieser Hinsicht typische Aussage verbreitete das Nationale Info-Telefon (NIT) Hamburg am 15. November:

„Auch wenn wir den Krieg verloren haben, sind wir nicht dazu verdammt, aus der Geschichte auszuscheiden. Wir haben noch immer das Recht, unser Leben selbst zu bestimmen.“

Die Vertreter der zweiten Richtung des Geschichtsrevisionismus, die Verfechter der „Auschwitz-Lüge“, weisen ideologisch eine größere Nähe zum historischen Nationalsozialismus auf; sie betreiben mit Hilfe ihrer revisionistischen Positionen auch die Rehabilitierung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates.

Beide Richtungen des Revisionismus treten häufig in Kombination miteinander auf.

¹² Ethnopluralismus bedeutet (wörtlich): Vielfalt von sprachlich-kulturell einheitlichen Volksgruppen und Völkern. Der rechtsextremistische Charakter der „ethnopluralistischen“ Konzeption der Neuen Rechten ergibt sich aus der Fixierung ihrer Weltanschauung auf „Ethnien“: Der Bürger existiert nicht als Individuum im Sinne des Grundgesetzes mit unveräußerlichen Menschenrechten, sondern nur als Bestandteil des Kollektivs, dem ethnisch definierten Volk als Subjekt der Geschichte.

Einen argumentativen Bezugspunkt bilden zwei Schriften mit wissenschaftlichem Anspruch, der „Leuchter-Report“ von 1988 und das „Rudolf-Gutachten“ von 1992. Beide „Gutachten“ versuchen mit pseudowissenschaftlichen Argumenten den Nachweis zu führen, dass die Massenvernichtung von Juden in Gaskammern nicht oder nicht in dem von der seriösen Geschichtsschreibung nachgewiesenen Maße stattgefunden haben kann. In ähnlicher Weise „argumentiert“ das von dem Schweizer Jürgen GRAF gemeinsam mit dem Italiener Carlo MATTOGNO verfasste Buch „KL Majdanek. Eine historische und technische Studie“ aus dem Jahre 1998. GRAF, der im Juli 1998 von einem Schweizer Gericht wegen seiner Veröffentlichungen zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt wurde, und MATTOGNO bestreiten, dass es in Majdanek zu Massenmorden an Juden durch Vergasung und Erschießung gekommen sei. Ihre aus dieser Feststellung abgeleitete Beurteilung des Majdanek-Prozesses¹³ verdeutlicht die Intentionen der Holocaust-Leugner auf exemplarische Art und Weise:

¹³ Der Majdanek-Prozess wurde von 1975 bis 1981 in Düsseldorf geführt. Insgesamt hatten sich 16 Personen vor Gericht zu verantworten, darunter Hauptsturmführer Hermann Hackmann, Lagerarzt Heinrich Schmidt und die Aufseherin des Frauenlagers Hermine Braunsteiner. Aufgrund der Beweisaufnahme betrachtete das Gericht die Massenvernichtung von Juden im Konzentrationslager Majdanek als erwiesen und sprach eine lebenslängliche sowie sieben weitere Haftstrafen aus.

„Der unausweichliche Schluß kann nur lauten, daß es sich beim Majdanek-Prozeß um einen politischen Schauprozeß gehandelt hat ... der in Wirklichkeit ... dem Zweck diene, das Bild vom ‚Vernichtungslager‘ juristisch abzuschern und somit zur Umerziehung des deutschen Volkes beizutragen.“ (S. 246)

LEUCHTER hatte sein „Gutachten“ für Erich ZÜNDEL verfasst, der in Kanada wegen Leugnung der systematischen Judenvernichtung angeklagt war. Der 1940 geborene, seit 1958 in Kanada lebende deutschstämmige ZÜNDEL ist international einer der führenden Revisionisten. Sein neonazistischer Unterstützerkreis setzt sich aus deutschstämmigen Emigranten in Kanada und Gesinnungsgenossen in Deutschland zusammen. Über seinen in Toronto ansässigen Samisdat Publisher Ltd.-Verlag vertreibt ZÜNDEL seit 1979 rechtsextremistisches Propagandamaterial, u.a. den von ihm verfassten Germania-Rundbrief. Daneben ist ZÜNDEL seit 1995 mit einer eigenen Homepage, der ZUNDELSITE, im Internet vertreten. Zu den dort verbreiteten Schriften gehört auch der zu seiner Verteidigung angefertigte „Leuchter-Report“. In Nordamerika verbreitet ZÜNDEL seine Propaganda in wöchentlichen Sendungen über Radio- und Fernsehsender.

Trotz seines unmittelbaren Bezuges auf die deutsche Geschichte ist der Revisionismus kein auf Deutschland begrenztes Phänomen. Als wichtige internationale Revisionisten zu nennen sind neben den bereits erwähnten GRAF, MATTOGNO und dem von Kanada aus operierenden ZÜNDEL die Franzosen Paul RASSINIER und Robert FAURISSON, in dessen Auftrag der „Leuchter-Report“ zur Verteidigung ZÜNDELS gefertigt wurde, der britische Autor David IRVING - 1983 Träger des

„Europäischen Freiheitspreises“ der DVU -, der in Schweden ansässige gebürtige Marokkaner Ahmed RAMI und die österreichischen Staatsbürger Walter OCHENBERGER und Gert HONSIK.

den Revisionisten ZÜNDEL, FAURISON, RUDOLF und GRAF.

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung revisionistischer Literatur spielt das Institute for Historical Review in den USA, das die Zeitschrift The Journal of Historical Review herausgibt. Zu einem europäischen Zentrum revisionistischen Gedankenguts entwickelte sich der 1985 in Antwerpen gegründete, von den belgischen Brüdern VERBEKE geleitete Verlag Vrij Historisch Onderzoek nicht zuletzt deshalb, weil in Deutschland tätige Revisionisten – wie der Gründer des „Verlags für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung“ Udo WALENDY – unter den Druck strafrechtlicher Verfolgung gerieten. Eigentümer des in Hastings/Großbritannien ansässigen Verlags Castle Hill Publishers und Herausgeber der dort veröffentlichten revisionistischen Zeitschrift Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung ist Gernar RUDOLF, der Verfasser des pseudowissenschaftlichen „Rudolf-Gutachtens“. RUDOLF war 1995 nach einer Verurteilung zu 14 Monaten Freiheitsstrafe aus Deutschland geflohen.

Der Leiter des revisionistischen Adelaide-Institutes, der Australier Frederick THOBEN, musste sich im November vor dem Mannheimer Landgericht wegen Volksverhetzung verantworten. THOBEN hatte im Internet die Judenvernichtung geleugnet und in diesem Zusammenhang ausgeführt, die Zeugnisaussagen der Überlebenden seien häufig „fiebrigen Gehirnen“ entsprungen, die es auf „eine Rente vom deutschen Staat“ abgesehen hätten. Teilnehmer einer vom Adelaide-Institute im November 1998 in Australien veranstalteten Konferenz waren die führen-

Neonazistische Bestrebungen

Rechtsextremistische Skinheads

Der rechtsextremistischen Skinhead-Szene gehören einschließlich militanter Neonazis bundesweit 8.700 Personen (Vorjahr: 8.200) an. In Niedersachsen sind ca. 1.100 Skinheads und Neonazis durch rechtsextremistisch motivierte Aktivitäten und Straftaten bekannt geworden. Gegenüber den Vorjahren ist erneut ein Anstieg der Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten festzustellen. 1998 lag sie in Niedersachsen noch bei 1.000, 1997 bei 600 Personen.

Regionale Schwerpunkte von Skinhead-Aktivitäten sind die Räume Aurich, Braunschweig, Celle, Hildesheim, Lüchow, Lüneburg, Northeim, Oldenburg, Stade, Wilhelmshaven sowie Stadt und Landkreis Hannover.

Selbstverständnis der rechtsextremistischen Skinhead-Bewegung

Die rechtsextremistische Skinhead-Bewegung bildet die dominierende Subkultur innerhalb des gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrums. Die in Großbritannien entstandene Skinheadbewegung verstand sich zunächst als proletarische, antibürgerliche Protestbewegung. In den siebziger Jahren fand – parallel zur Verschärfung der sozialen Situation vor allem der Unterschichten – eine Politisierung der Skinheads statt, bei der insbesondere rassistische Akzente in der politischen Prägung dominierten. Ende der siebziger Jahre entwickelten sich Skinhead-Szenen auch in der Bundesrepublik.

Skinheads bilden eine gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtete Subkultur mit spezifischen Verhaltensweisen, Lebensstilen und Wertvorstellungen. Insbesondere die äußeren Merkmale dieser differenzierten Protestbewegung – u. a. Glatze bzw. kurzgeschorene Haare, Bomberjacke und Springerstiefel – korrespondieren in weiten Teilen mit einem jugendspezifischen Modetrend.

Innerhalb der heterogenen deutschen Skinhead-Szene dominiert derzeit die rassistische Orientierung.¹⁴ Quantitativ nicht unbedeutend repräsentieren die Oi!-Skins eine eher unpolitische Ausrichtung, deren Aktivitäten insbesondere durch Alkoholkonsum, Musikveranstaltungen, Fußball, Männlichkeitsrituale sowie aggressives Verhalten gekennzeichnet sind. Mitte der neunziger Jahre waren Tendenzen zur Politisierung erkennbar, die viele Anhänger in Kontakt mit dem Rechtsextremismus brachten. Der Anteil der Oi!-Skins an der gesamten Skinhead-Szene ist deutlich angestiegen, zu registrieren ist gleichfalls ein wachsender Einfluss dieser Gruppierungen auf die Musik- und Fanzine-Szene.

Charakteristisch für die rechtsextremistischen Skinheads sind vor allem rassistische, antisemitische, neonazistische und autoritäre Orientierungen. Die Orientierung am historischen Nationalsozialismus manifestiert sich in der Wahl von Namen für Skinhead-Bands oder -Magazine, wie etwa

¹⁴ Linke Skinheads, wie „S.H.A.R.P.-Skins“ (Skinheads against racial prejudices = Skinheads gegen rassistische Vorurteile) oder „Red-Skins“ sind in der Skinhead-Bewegung eher in der Minderzahl.

Sturmtruppen, Werwolf, Endsieg, Heimatfront oder Kraft durch Froide. Auf der Basis der rassistischen Orientierung bildete sich eine Skinhead-Weltanschauung heraus: Die als „Herrenrasse“ angesehene „weiße Rasse“ wird diesem Verständnis gemäß durch „Rassenvermischung“ und eine „multikulturelle Gesellschaft“ bedroht. Als Gegner gelten gleichermaßen Kapitalismus, Kommunismus sowie die parlamentarische Demokratie. Kennzeichnend für die Skinhead-Bewegung ist allerdings das Fehlen eines geschlossenen politischen Weltbildes. Die rechts-extremistische Ausrichtung wird weniger durch programmatische Aussagen, sondern meist durch gewalttätige Angriffe gegen Angehörige gesellschaftlicher Gruppen artikuliert, die als Gegner wahrgenommen werden.

Zu den „politisch“ orientierten Skinheads zählen u.a. die aus Großbritannien kommenden Blood & Honour-Skinheads, denen bundesweit über 200 Personen angehören. Sie verstehen sich als elitäre Gruppe innerhalb der Skinhead-Bewegung und propagieren einen europäischen Rassismus. Ihre neonazistische Orientierung ist Ausweis einer starken Affinität zum Nationalsozialismus. Ziel ist die Schaffung einer vorwiegend auf den Musikbereich ausgerichteten autonomen Struktur für die Skinhead-Szene, mittels derer politischer Einfluss ausgeübt werden soll.

In Deutschland bestehen mittlerweile acht miteinander kooperierende Blood & Honour-Sektionen, von denen vor allem die Berliner Gruppierung eine führende Rolle bei der Organisation von Konzerten und dem Vertrieb von Tonträgern einnimmt. Interviews in Skinhead-Publikationen deuten auf die Existenz einer „Sektion Niedersachsen“ hin.

Die aus den USA stammenden, bundesweit mehr als 100 Anhänger zählenden Hammerskins stellen eine ideologische Sammlungsbewegung innerhalb der Skinhead-Szene dar. Sie besitzen ein elitäres, rassistisches und zum Teil nationalsozialistisches Weltbild und verfolgen das Ziel, alle weißen Skinheads in einer Hammerskin-Nation zu vereinigen. Ihr Symbol – zwei gekreuzte Hämmer – soll Kraft und Stärke der weißen Arbeiterbewegung vermitteln. In der Bundesrepublik traten die Hammerskins erstmals 1991 in Brandenburg in Erscheinung. Die verschiedenen Gruppierungen der Hammerskins sind in Sektionen aufgeteilt. Von der Schleswig-Holstein und Niedersachsen umfassenden „Sektion Nordmark“, die von einem Lüneburger Skinhead geleitet wird, gingen 1999 kaum Aktivitäten aus.

Aktivitäten

Zu den von Skinheads als Gegner betrachteten Gruppierungen gehören in erster Linie Ausländer, Angehörige des jüdischen Glaubens, Behinderte sowie Homosexuelle. Gewalttätige Übergriffe richten sich vor allem gegen diese Gruppen. So überfielen teilweise bewaffnete Skinheads im Mai in Kutenholz-Aspe im Landkreis Stade eine Asylbewerberunterkunft. Bei einem Fluchtversuch verletzten sich zwei Asylbewerber.

An den Folgen eines von zwei Skinheads in Eschede, Landkreis Celle verübten Überfalls verstarb Anfang August ein deutscher Staatsangehöriger, der sich – nach Angaben der Skinheads – in der Vergangenheit kritisch zu deren Ausländerfeindlichkeit geäußert hatte.

Die beiden Skinheads sind polizeibekannt. Gegen den älteren, der seit 1997 als gewalttätiger Skinhead in Erscheinung getreten ist, waren in der Vergangenheit zahlreiche Ermittlungsverfahren, u.a. wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Symbole, Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet worden. Der jüngere war 1997 als Angehöriger der „Schutztruppe“ Teilnehmer bei der 7. Hetendorfer Tagungswoche.

Die Jugendkammer des Landgerichts Lüneburg verurteilte am 25. Januar 2000 die beiden Täter wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge zu je fünf Jahren Jugendstrafe.

In die Reihe gewalttätiger Übergriffe gehören die Ausschreitungen von einer größeren Gruppe Skinheads Ende Oktober in Zeven, Landkreis Verden sowie der Überfall auf ein Wohnobjekt von politischen Gegnern am 18. September in Oldenburg durch 20 bewaffnete Skinheads.

Skinhead-Musik

Die Gewaltbereitschaft in der Skinhead-Bewegung wird nicht zuletzt durch Musikveranstaltungen sowie durch den Vertrieb von CDs mit Skinhead-Musik forciert, in denen insbesondere Skinhead-Bands wie die britischen Gruppen No Remorse (Keine Gnade) und Scullhead (Totenkopf) oder einige deutsche Bands wie Landser und Noie Werte sowie Stahlgewit



ter und Division Wiking aus Niedersachsen rechtsextremistische gewaltverherrlichende Inhalte transportieren. Die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Bands ist seit Mitte der neunziger Jahre angestiegen. In rassistischen, antisemitischen, gewaltverherrlichenden und volksverhetzenden Texten vermittelt die Skinhead-Musik insbesondere nationalsozialistisches Gedankengut. Der „typische“ Skinhead wird darin als „Faschist“ und „Rassist“ idealisiert, der die Feinde seiner Nation bekämpft und die nordische Rasse gegen eine „Vermischung“ mit fremden Rassen verteidigt.

Die Musikrichtung der Skinhead-Bands mit ihrer punk-ähnlichen, aber doch eigenen Rockmusik wird von ihnen teilweise als Oi-Musik bezeichnet.

Die Verbreitung dieser Musik erfolgt zumeist durch den Verkauf von CDs auf Skinhead-Konzerten oder über eigens hierfür geschaffene Vertriebsstrukturen. Einer der führenden Vertriebe auf dem deutschen Markt war der von dem Neonazi Marcel SCHILF geleitete in Hillerød (Dänemark) ansässige Vertrieb NS 88, über dessen dazugehörige Firma NS Records zahlreiche Tonträger deutscher Skinhead-Bands



CD „Northeim“ (Mitschnitt verschiedener Musikveranstaltungen)



CD „12 Doitsche Stimmungshits“ der Skingruppe „Die Zillertaler Türkenjäger“



CD „Unter dem Hakenkreuz“ der Gruppe „Endlösung“

mit neonazistischen Texten produziert wurden. Die Betreiber erklärten am 31. März die Einstellung des Geschäftsbetriebes von NS 88 sowie die Auflösung des angeschlossenen Produktionslabels NS Records. Auch der Northeimer Kameradschaftsführer und ehemalige Landesvorsitzende der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Thorsten HEISE führt seit Dezember 1998 einen Vertrieb unter der Bezeichnung „Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel, Militärbekleidung und -schuhe, Campingartikel“.

Bundesweit haben 1999 etwa 105 Musikveranstaltungen stattgefunden – größtenteils in den neuen Bundesländern. In Niedersachsen wurden vier Konzerte veranstaltet.

Am 6. März beteiligten sich in Northeim 100 Personen an einem Open Air-Konzert auf dem Grundstück von Thorsten HEISE, der auch nach außen hin als Veranstalter in Erscheinung trat. Auf dem von etwa 250 Personen besuchten Skinhead-Konzert aus Anlass der Hochzeit HEISEs am 12. Juni traten mehrere Skinhead-Bands auf. Ebenfalls zu Liveauftritten von Skinhead-Bands kam es bei den Konzerten am 24. Juli im „Niedersachsenzentrum“ der JN in Ehrenburg, Landkreis Diepholz, an dem sich bis zu 200 Rechtsextremisten aus Norddeutschland und Bayern beteiligten, sowie am 23. Oktober in Heiningen (Landkreis Wolfenbüttel), an dem ca. 300 Rechtsextremisten teilnahmen.

Musikveranstaltungen dienen zunehmend der Kontaktherstellung und Kommunikation zwischen Skinheads und Neonazis. Viele rechtsextremistische Skinheads in Niedersachsen sind in rechtsextremistischen Parteien, Organisationen sowie neonazistischen Verbänden organisiert. Andere pflegen zwar enge Verbindungen zum organisierten Bereich, lehnen aber Mitgliedschaften und die Übernahme von Aufgaben grundsätzlich ab. Eine Scharnierfunktion bei den Kontakten zwischen Skinheads und Neonazis kommt insbesondere dem Neonazi Thorsten HEISE zu.

Fanzines

Als weiteres Kommunikationsmittel dienen der Skinhead-Bewegung so genannte Fanzines. Der Begriff Fanzine stammt aus dem Englischen und setzt sich aus den Worten Fan und Magazine zusammen. Fanzines erscheinen in unregelmäßigen Abständen und in meist geringer Auflage, sie werden per Post oder auf Konzerten vertrieben. Während Fanzines zunächst zur Ankündigung von Konzerten und Veranstaltungen dienen, werden mittlerweile auch Schriften mit neonazistischer Ausrichtung herausgegeben.

Bundesweit sind mehr als 50 Fanzines erschienen, darunter in Niedersachsen Axtschlag (Hildesheim), Moin Moin (Leer), White Unity (Bienenbüt

tel) sowie Der Ripper und Violence aus Braunschweig. Zu den „politischen“ Magazinen zählen Blood & Honour und Hass-Attacke (Hammerskins), aber auch Doitsche Musik, Foier Frei!, Moonstomp, Ostara oder Progom. Die Schriften verherrlichen die als bedroht dargestellte „weiße“ bzw. „arische Rasse“ und verkünden Riten und Götter der Germanen.¹⁵ Die rechtsextremistische Ausrichtung vieler Fanzines dokumentiert sich durch die darin enthaltenen Feindbilder: Farbige, Juden, Asylbewerber, Ausländer und sog. „Undeutsche“, Homosexuelle, sowie geistig und körperlich Behinderte sind die erklärten Gegner. Die durch die Fanzines transportierte aggressive Fremdenfeindlichkeit zeigt Wirkung. Die als Gegner gekennzeichneten Gruppen und Minderheiten werden oftmals Opfer von Gewaltausbrüchen.

Die neonazistischen Organisationen NPD und JN sehen in der Skinhead-Bewegung ein Mobilisierungsreservoir für ihre Veranstaltungen. Zwar steht die eher spontane und erlebnisorientierte Subkultur der Skinhead-Bewegung grundsätzlich einer Organisationsbindung skeptisch bis ablehnend gegenüber, dennoch engagieren sich zahlreiche Skinheads in neonazistischen Organisationen und übernehmen dort sogar Führungsaufgaben. So sind Skinheads beim Schutz von rechtsextremistischen Parteiveranstaltungen aktiv. Diese trotz des grundsätzlichen Widerspruchs zwischen Parteiorganisationen und Skinheadbewegung bestehenden Gemeinsamkeiten haben ihre Grundlage in der gleich gelagerten Wertorientierung.

¹⁵ Einige Magazine wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert und daraufhin eingestellt.

DR. 8 APRIL 1999

3,50 DM



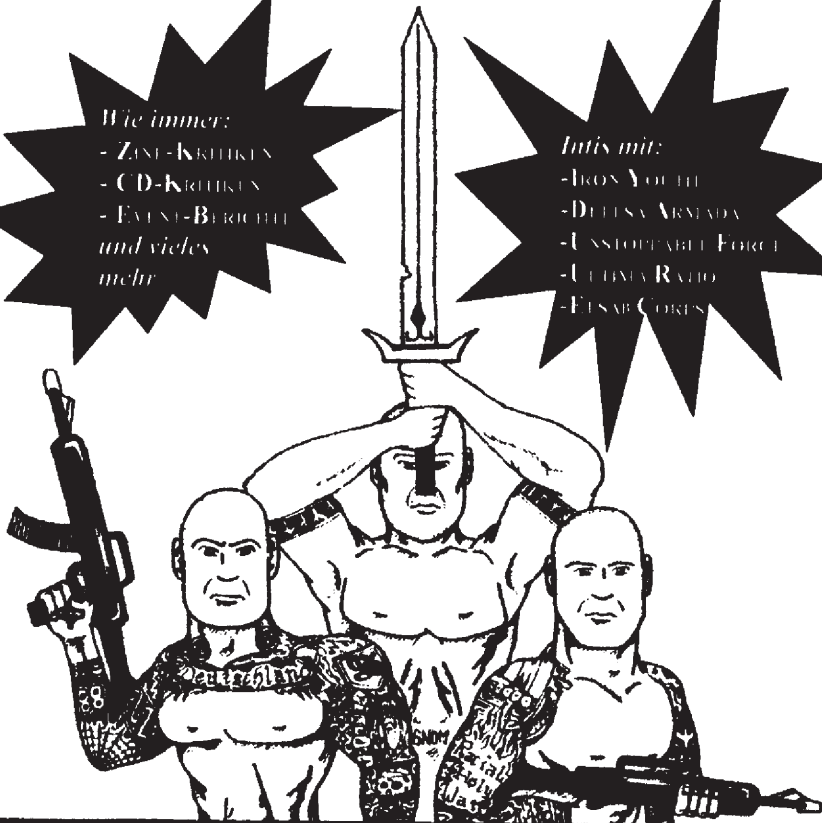
hildesheimer skinhead-zine

Wie immer:

- ZINE-KRITIKEN
- CD-KRITIKEN
- EVENT-BERICHT
- und vieles
mehr

Intis mit:

- IRON YOUTH
- DEUSA ARMADA
- UNSTOPPABLE FORCE I
- ULTIMA RATIO
- FUSAR CORES



Back with a bang!!! 76 Seiten Szene-Stoff

Verbote neonazistischer Vereinigungen

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Nationalistische Front (NF) verboten am 27. November 1992 (Bundesministerium des Innern)	Nationaler Block (NB) verboten am 7. Juni 1993 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)	Wiking-Jugend (WJ) verboten am 10. November 1994 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FDAP) verboten am 24. Februar 1995 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)	Skinheads Allgäu (Skinheadischer Skinhead-Verein) verboten am 30. Juli 1996 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)	Kameradschaft Oberhavel verboten am 15. August 1997 (Innenministerium des Landes Brandenburg)	Hekke Mein e.V. und Hekke Mein e.V. verboten am 12. Februar 1998 (Niedersächsisches Innenministerium)
Deutsche Alternative (DA) verboten am 10. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)	Weinathener Vereinigung Deutschlands (WVD) verboten am 14. Juli 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)		Nationalis Liebe (NL) verboten am 24. Februar 1995 (Hamburger Senator des Innern)			
Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) verboten am 18. Dezember 1992 (Niedersächsisches Innenministerium)	Freunde/kinis Freiheit für Deutschland (FFD) verboten am 2. September 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)		Direkte Aktion / Mitteldeutschland (DA) verboten am 5. Mai 1995 (Innenministerium des Landes Brandenburg)			
Nationale Offensive (NO) verboten am 22. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)						

Neonazistische Kameradschaften

Die seit 1992 gegen neonazistische Zusammenschlüsse ausgesprochenen Verbote, in deren Folge es zu zahlreichen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Fortsetzung einer verbotenen Organisation kam, führten innerhalb des neonazistischen Spektrums zu neuen taktischen Überlegungen. Führende Neonazis entwickelten Vernetzungskonzepte, um Exekutivmaßnahmen zu unterlaufen. Diese Konzepte sahen die Bildung von Gruppen aus 10 bis 15 Personen auf örtlicher Ebene vor, ohne eine Verfestigung in vereinsmäßigen Strukturen und ohne formale Mitgliedschaften. Die Fähigkeit zu gemeinsamen Aktionen soll durch eine informationelle Vernetzung über Mobiltelefone, Infotelefone und das Internet sichergestellt werden.

Für die Rekrutierung von interessierten Jugendlichen eignen sich besonders Skinhead-Konzerte. Ihr Einstiegsalter liegt bei ca. 16 Jahren. Die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Kameradschaftsabenden vermittelt den überwiegend männlichen Jugendlichen ein Gemeinschaftserlebnis abseits des üblichen Vereinslebens. Im Mittelpunkt der Kameradschaftsabende stehen neben der Planung von Konzerten, öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen und Aktionen gegen politische Gegner auch die politische und ideologische Schulung.

Das ideologische Selbstverständnis der neonazistischen Kameradschaften knüpft an den historischen Nationalsozialismus an. Maßgeblich ist das Parteiprogramm der NSDAP aus dem Jahre 1920. Auf der Basis des Führer- und Elitprinzips wird die Errichtung eines totalitären Gesellschaftssystems angestrebt. Die rassistische Grundausrichtung der neonazistischen Kamerad-

schaften findet ihren Niederschlag in Agitation gegen „Volksvermischung“ und „multikulturelle Gesellschaft“. Wie beim historischen Nationalsozialismus ist auch der Antisemitismus ein weiteres konstitutives Ideologeelement.

Anhänger des von Gregor Strasser repräsentierten sozialrevolutionären Flügels der NSDAP, die in den achtziger Jahren innerhalb der neonazistischen Szene vorübergehend an Bedeutung gewannen, stellen eine Minderheit dar. Die Differenzen in der ideologischen Ausrichtung stellen jedoch kein Hindernis für eine aktionsorientierte Zusammenarbeit dar.

In Niedersachsen gibt es gegenwärtig 15 Kameradschaften in den Regionen Südniedersachsen, Hannover und Lüneburg.

1998 wurden noch ca. 20 Kameradschaften gezählt. Wohnortwechsel von Kameradschaftsführern bzw. die Gründung von NPD-Kreisverbänden durch führende Kameradschaftsmitglieder hatten zur Folge, dass sich die „führerlos“ gewordenen Kameradschaftsmitglieder anderen Kameradschaften anschlossen. Aus diesem Grunde ist die Gesamtzahl der Kameradschaftsmitglieder trotz des Rückgangs der Anzahl der Kameradschaften in Niedersachsen mit ca. 350 Personen nahezu unverändert geblieben. Die Stagnation der Anhängerschaft erklärt sich dadurch, dass ausscheidende Anhänger durch neu rekrutierte lediglich ersetzt werden.

Die mitgliederstärkste Gruppe ist nach wie vor die Kameradschaft Northeim, die von dem führenden Neonazi und ehemaligen Landesvorsitzenden der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Thorsten HEISE geführt wird. Dieser Anführer fungiert als Scharnier zwischen organisiertem Rechtsextremismus und neonazistischer Skinhead-Szene. Seine überragende Bedeutung wurde einmal mehr im Zusammenhang mit einer für den 6. November in Göttingen geplanten Demonstration deutlich, die bereits im September von einem Mitglied der Kameradschaft Northeim unter dem Motto „Für deutsche Interessen! Gegen linken Terror und Gesinnungsjustiz“ angemeldet worden war. Nachdem die Stadt Göttingen die Demonstration verboten hatte, legte nicht der Anmelder persönlich, sondern im Namen der NPD ein Rechtsanwalt Rechtsmittel bei dem Verwaltungsgericht ein. Zwischen der von HEISE geleiteten Kameradschaft und der NPD hat es also Absprachen gegeben.

Bei überregionalen Kundgebungen und Demonstrationen treten die niedersächsischen Kameradschaften überwiegend als „nicht organisierte Einheiten“ in einem geschlossenen Block der Freien Nationalisten in Erscheinung. Hinter dem Begriff Freie Nationalisten verbirgt sich eine auf die Vernetzung neonazistischer Kräfte im norddeutschen Raum gerichtete Konzeption des Hamburger Neonazis Thomas WULFF, der als ehemaliger Funktionär der verbotenen Nationalen Liste über gute Kontakte zur NPD verfügt. Mitteilungsblatt der Freien Nationalisten ist das seit Februar 1998 verbreitete „Zentralorgan“.

Die Mobilisierung der Kameradschaften im norddeutschen Raum erfolgt über ein Aktionsbüro des von



Gruppen aus Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen gebildeten „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“, eine Zusatzbezeichnung der Freien Nationalisten. Aufgabe des Aktionsbüros, das seinen Sitz in Hamburg hat, ist es, gemeinsame Aktionen zu koordinieren, Termine bekannt zu geben, Anfahrten zu organisieren sowie Propagandamaterial herzustellen und zu verbreiten. Eine führende Rolle spielte das Aktionsbündnis bei den von der NPD angemeldeten Demonstrationen gegen die sog. Wehrmachtsausstellung am 30. Januar in Kiel und am 10. Juli in Hamburg-Lohbrügge. Im Gegensatz zu 1998 gelang es den als Freie Nationalisten agierenden Kameradschaften jedoch nicht, in Niedersachsen Aktionen mit hoher Öffentlichkeitswirkung durchzuführen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a.M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	450	500
Niedersachsen:	50	55
Publikation:	Nachrichten der HNG	

Die 1979 gegründete HNG zählt mit rund 500 Mitgliedern zu den mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen. Die seit 1991 von Ursula MÜLLER geleitete HNG versteht sich zum einen als Sammelorganisation der neonazistischen Szene und zum anderen als Initiative zur Betreuung der weltweit inhaftierten deutschen und ausländischen Neonazis. MÜLLER wurde von der Jahreshauptversammlung der HNG, die am 13. März im bayerischen Schwarzach stattfand, in ihrer Funktion bestätigt.

Das Organ der HNG, die Monatschrift Nachrichten der HNG, die in einer Auflage von ca. 600 Exemplaren erscheint, druckt regelmäßig eine „Gefangenenliste“. Ferner enthält sie Briefe von Gefangenen an die Schriftleitung, Kleinanzeigen sowie Berichte über von Rechtsextremisten durchgeführte Aktionen. Berichtet wird alljährlich auch über den Verlauf der Gedenkveranstaltungen für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, der für die HNG die Symbolfigur des nationalen politischen Gefangenen darstellt. Der „Gefangenenliste“ der HNG ist deshalb stets ein Foto von Heß beigefügt.

Seit Anfang 1999 vertreibt die HNG eine 32-seitige Sonderausgabe der Nachrichten der HNG mit dem Titel Wichtige Rechtshinweise für politische Gefangene. Die Broschüre enthält

neben einem Auszug aus dem Strafvollzugsgesetz mit Kurzkommentar auch Musteranträge, mit denen rechts-extremistische Gefängnisinsassen ihre Interessen verfolgen sollen.

Seit Juni ist die HNG wieder im Internet vertreten. Entsprechend der Ankündigung des Schriftleiters der HNG, Hans-Christian WENDT, gibt es ein Angebot an rechtsextremistischen Beiträgen, Gesetzestexten sowie sämtlicher HNG-Publikationen. Ferner ist seit 1999 eine CD-ROM-Edition der HNG erhältlich.

NACHRICHTEN DER HNG



Sonderausgabe zum Strafvollzugsgesetz (SVollzG)

**Wichtige Rechtshinweise für
politische Gefangene**

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz:	Lincoln (Nebraska/USA)
Leitung:	Gary Rex LAUCK
Publikation:	NS-Kampftruf (erscheint unregelmäßig)

Die NSDAP/AO wurde 1972 in Lincoln/Nebraska von dem US-Bürger Gary Rex LAUCK gegründet. LAUCK gehört seit Anfang der 70er-Jahre zu den auffälligsten Neonazipropagandisten. Das ursprüngliche Ziel, ein internationales Netz von Stützpunkten für eine nationalsozialistische Bewegung in Deutschland und in anderen Ländern zu schaffen, konnte bis heute nicht annähernd realisiert werden. Jedoch ist LAUCK der größte ausländische Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene.

LAUCK wurde 1996 vom Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Während seiner Inhaftierung ließ ihm

die deutsche rechtsextremistische Szene keine besonderen Unterstützungskampagnen oder Sympathieaktionen zuteil werden. Am 19. März wurde er aus der Haft entlassen und anschließend in die USA abgeschoben. Im Juli erschienen wieder drei neue Ausgaben der Publikation NS-Kampftruf. Die Angebotspalette von Propagandamaterial wurde erheblich ausgeweitet.

Der NS-Kampftruf enthält ein offenes Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Er ist geprägt von exzessiver Hitlerverehrung. Die Ausgaben Nr. 125 bis 127 bestehen aus Nachdrucken von NS-Propaganda. Abgedruckt sind z.B. Aufsätze von Leon Degrelle über „Das Rätsel Hitlers“ und Alfred Rosenberg aus dem Völkischen Beobachter, dem Zentralorgan der NSDAP.



NS KAMPFRUF

**KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION**

Nummer 129

November-Dezember 1999 (110)

Hess bleibt unvergessen !

Rechtsextremistische Parteien

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Stuttgart	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	6.000	6.000
Niedersachsen:	400	450
Publikationen		
Bund:	Deutsche Stimme (monatlich, Auflage: 8.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (vierteljährlich, Auflage: 500)	

Die am 28. November 1964 durch die Zusammenlegung einer Reihe von rechtsextremistischen Gruppierungen gegründete NPD ist die älteste rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik Deutschland. Zu den maßgeblichen Gründungsorganisationen gehörte die Deutsche Reichspartei (DRP) um Adolf von THADDEN, die zunächst im Schatten der 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP)¹⁶ stand, sich nach deren Verbot 1952 jedoch zur größten rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik entwickelt hatte. Erster Vorsitzender der neugegründeten NPD war Fritz THIELEN aus Bremen, den stellvertretenden Vorsitz übernahm Adolf von THADDEN.

Der NPD, die personell und inhaltlich Kontinuitäten sowohl zur SRP als auch zur NSDAP aufwies, gelang in den Jahren 1966-1968 der Einzug in folgende Landesparlamente: Hessen (7,9%), Schleswig-Holstein (5,9%), Niedersachsen (7,0%), Bremen (8,8%) sowie Baden-Württemberg (9,8%).

Der Aufstieg der NPD in den Jahren bis 1969 war auch eine Reaktion auf die durch die Studentenbewegung propagierten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Das NPD-Programm verfocht eine ideologische Gegenposition zu der sich in den sechziger Jahren vollziehenden juristischen Bewältigung der NS-Verbrechen:

„Seit Jahrzehnten lähmen die Bereitschaft zur Unterwerfung und die Anerkennung der Kollektivschuld die deutsche Politik. Wir weisen die Behauptung der Allein- und Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegern entschieden zurück. Die Bekämpfung dieser Lüge ist die Aufgabe des ganzen Volkes.“
(NPD-Parteiprogramm, angenommen auf dem 3. ordentlichen Bun-

¹⁶ Der Schwerpunkt der 1949 von Mitgliedern der deutschnationalen Deutschen Rechtspartei um Otto Ernst REMER gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP), die sich in Programmatik und Organisation an der NSDAP ausrichtete, lag in Norddeutschland, vor allem in Niedersachsen, wo sie im Mai 1951 bei den niedersächsischen Landtagswahlen 11% der Stimmen erhielt.

desparteitag in Hannover, November 1967).

Bei der Bundestagswahl 1969 errang die NPD 4,3% der Zweitstimmen und verfehlte knapp den Einzug in den Bundestag. Wahlergebnisse von etwa einem Prozent der Stimmen sowie eine negative Mitgliederentwicklung von 28.000 im Jahr 1969 auf 8.500 im Jahr 1978 waren charakteristisch für die NPD in den siebziger Jahren. Bei den Bundestagswahlen 1980 erzielte die NPD mit 0,2% das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung. Erst durch eine aggressivere Ausländerfeindlichkeit und weniger vergangenheitsbezogene Themenfelder „modernisierte“ die NPD Ende der achtziger Jahre ihr traditionelles Erscheinungsbild.

Organisation und Mitgliederentwicklung

Die NPD verfügt bundesweit über 15 Landesverbände mit 6.000 Mitgliedern. Im Vergleich zu 1998 stagniert die Mitgliederzahl. Ursächlich hierfür sind Spannungen, die infolge der relativ schlechten Wahlergebnisse 1998 und 1999 zwischen der Bundespartei und den NPD-Landesverbänden einerseits sowie zwischen den NPD-Verbänden und der Parteibasis andererseits aufgetreten sind. Zudem stieß die Hinwendung der NPD zu einem „volksbezogenen Sozialismus“ bei vielen Parteimitgliedern wegen der inhaltlichen Assoziation mit dem politischen System der DDR auf Ablehnung.

Zur Stagnation in der Mitgliederentwicklung führten vor allem Parteiaustritte im Zusammenhang mit zwei Abspaltungen von der NPD. So traten im Januar Mitglieder des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern um den ehemaligen Landesvorsitzenden Ronny GRUBERT aus der Partei aus. Die Neugründung Soziale Volkspartei (SVP) war nur von kurzem Bestand. In Thüringen gründeten unzufriedene NPD-Mitglieder um den abgesetzten Landesvorsitzenden Frank GOLKOWSKI den Bund Deutscher Patrioten (BDP). Die Mitgliederverluste konnten durch Neueintritte von Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads ausgeglichen werden, so dass die Zahl von ca. 6.000 Mitgliedern unverändert blieb.

Entwicklung in Niedersachsen

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Mitgliederzahl der NPD in Niedersachsen um 50 auf 450 Personen an. Der Mitgliederzuwachs ist darauf zurückzuführen, dass vermehrt Angehörige der neonazistischen Freien Kameradschaften direkt in die Kreisverbände der NPD eintraten und nicht – wie im Vorjahr – über die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) für die Mutterpartei rekrutiert wurden.

Der NPD-Landesverband Niedersachsen entwickelte insgesamt kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Die Parteiarbeit in den 15 Kreisverbänden beschränkte sich auch in diesem Jahr in erster Linie auf Mitgliederversammlungen. Einzige nennenswerte Aktion der NPD in Niedersachsen war eine Kundgebung am 11. Juni in Lüneburg unter dem Motto „Für ein Europa freier Völker – Gegen NATO und EU“, an der sich rund 75 Rechtsextremisten beteiligten. Eine für den

NPD / JN Kundgebung + Demonstration



am 4. Dezember 1999
in Braunschweig

Schluß mit der Hetze gegen die Deutsche Wehrmacht!

Treffpunkt:
11.00 Uhr
Stadtbad Nimes-Straße in Braunschweig



4. Dezember vom NPD-Landesverband Niedersachsen in Braunschweig angemeldete Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung war verboten worden. Nur vereinzelt beteiligten sich niedersächsische NPD-Mitglieder an Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in benachbarten Bundesländern. Darüber hinaus unterstützten einige NPD-Funktionäre aus Niedersachsen personell und materiell den Landtagswahlkampf der NPD am 19. September in Sachsen.

Auf dem Landesparteitag am 24./25. April in Schöningen wurde der bisherige Landesvorsitzende und NPD-Bundesgeschäftsführer Ulrich EIGENFELD aus Oldenburg erwartungsgemäß in seinem Amt bestätigt. Der Anfang des Jahres zum Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Lüneburger Heide/Elbe gewählte ehemalige Gauführer Nord der verbotenen Wiking-Jugend e.V., Manfred BÖRM, wurde als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt. Die Schriftleitung der vierteljährlich erscheinenden NPD-Publikation Niedersachsen-Spiegel wurde erneut Michael FIEDLER aus Alfeld übertragen.

Wir sind die
echte Opposition **NPD**
Die Nationalen

**Großdemonstration
am 1. Mai 1999
in Bremen**

„Arbeit zuerst
für Deutsche!“

Treffpunkt:
10 Uhr - „HERMANN-KOENIG-STRASSE“
in BREMEN-SEBALDSBRÜCK (VOR MERCEDES-BENZ)

Der NPD-Landesverband Niedersachsen öffnete sich auch 1999 für Neonazis. So schlossen sich ehemalige Angehörige Freier Kameradschaften aus dem Raum Lüneburg dem im NPD-Unterbezirk Lüneburg Heide/Elbe neugegründeten Kreisverband Harburg-Land an. In Südniedersachsen kooperierte der Kreisverband Göttingen anlässlich einer geplanten Demonstration der Autonomen Antifa am 26. Juni in Northeim mit dem Neonazi Thorsten HEISE und dessen Kameradschaft Northeim.

Als Ersatzveranstaltungen für die verbotenen Demonstrationen der NPD in Braunschweig, Magdeburg und Lehrte fand am 4. Dezember in Lüneburg ein nicht angemeldeter Aufzug statt, an dem sich ca. 80 Rechtsextremisten, darunter Manfred BÖRM, beteiligten. Bei dem Versuch der Polizei, den Aufzug aufzulösen, überrannten die Rechtsextremisten eine Polizeikette. Nach massiven Widerstandshandlungen setzte die Polizei den Schlagstock ein. Zunächst festgenommene Rädelsführer konnten kurzfristig von anderen Neonazis wieder befreit werden. Im weiteren Verlauf der Demonstration kam es zu kurzen Kundgebungen vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg und vor einem Ehrenmal auf dem Zentralfriedhof.

Die Polizei beendete die verbotene Kundgebung mit insgesamt 71 Festnahmen und leitete Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen Polizeibeamte, Körperverletzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein.

Teilnahme an Wahlen

Die NPD konnte im Berichtszeitraum bei Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen sowie Europawahlen nur unbedeutende Wahlergebnisse erzielen. Die schlechten Ergebnisse bei der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar (0,2%), bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 6. Juni (0,29%) sowie bei der Europawahl am 13. Juni (0,4%) setzten sich in der Tendenz fort bei den ostdeutschen Wahlen im September. Bei der Landtagswahl in Brandenburg am 5. September entfielen auf die NPD lediglich 0,7%, nachdem die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die Wahlteilnahme nur mühsam erlangt worden waren. Ebenso marginale Ergebnisse erzielte die NPD am 12. September in Thüringen mit 0,2% sowie am 19. September in Sachsen, das die NPD als ihre Hochburg betrachtet, mit 1,4 % der Stimmen.

Unter den 18 bis 24-jährigen Wählern in Sachsen erreichte die NPD einen Stimmenanteil von ca. 10%. Damit ist die NPD im Verhältnis zu ihrem Gesamtergebnis unter jungen Wählern deutlich überrepräsentiert.

Die Wahlergebnisse verdeutlichen die relative Bedeutungslosigkeit der NPD als Wahlpartei. Im Rahmen des „Drei-Säulen-Konzeptes“ ist die Teilnahme an Wahlen für die NPD derzeit neben dem „Kampf um die Straße“ und dem „Kampf um die Köpfe“ von nachgeordneter Bedeutung. Ungeachtet der marginalen Ergebnisse zeigte die NPD durch ihre Wahlteilnahme Präsenz im Verhältnis zu den anderen rechtsextremistischen Parteien, von denen sie sich programmatisch als „echte Opposition“ abzugrenzen sucht.

Bei den Wahlkämpfen in den neuen Ländern betrachtete die NPD insbeson-

dere die PDS als Konkurrenz und betonte in ihrem Wahlkampf zunehmend eine programmatische Hinwendung zu einem „deutschen/nationalen Sozialismus“:

„Nach Meinung des Diplompolitologen (gemeint ist der NPD-Vorsitzende Udo VOIGT) habe die PDS längst die Interessen der einheimischen Bevölkerung verraten, indem sie sich für einen unbegrenzten Ausländer-zuzug, offene Grenzen und ein Europa der Konzerne ausspreche.“
(Deutsche Stimme, September, Sonderbeilage zu den Landtagswahlen in Sachsen, Berlin, Brandenburg und Thüringen)

Beispielhaft für diese Strategie eines „deutschen Sozialismus“ ist die Kandidatur des ehemaligen Marxismus-Professors und Direktors des Institutes für Gesellschaftswissenschaften der Ingenieurhochschule Mittweida, Sachsen, Prof. Dr. Michael NIER. In einem Portrait der Deutschen Stimme 9/99 heißt es über dessen Kandidatur: „Als bekennender Sozialist glaubt er, daß nur noch eine nationale Wende wirkliche Veränderungen bringen kann.“

Völkisches Denken als ideologisches Leitmotiv

Charakteristisch für die Ideologie der NPD ist ein völkisch-kollektivistischer Denkansatz, eine antipluralistische, Individualrechte negierende Ideologie der „Volksgemeinschaft“. Das Volk wird als homogene Einheit, als eine Unterschiede leugnende völkische

Gemeinschaft gesehen, in der Einzelpersonen unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrnehmen. Das vordemokratisch geprägte Gesellschaftsbild der NPD ist nicht am Individuum ausgerichtet, sondern an prinzipieller Unmündigkeit des Menschen orientiert:

„Der Staat muß Wahrer des Ganzen sein. In der großen Gemeinschaft verbindet er die kleinen Gemeinschaften und gesellschaftlichen Gruppen. So schafft er Geborgenheit und erfüllt das Leben des einzelnen mit Sinn und Wert. Der Staat kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sich das Volk zur Hingabe an das Ganze begeistert und ihm diesen Auftrag erteilt.“

(Programm der NPD „Grundlagen nationaldemokratischer Politik“, 1967)

Der völkisch-kollektivistische Ansatz wird erkennbar im aktuellen Parteiprogramm, indem es heißt, die „Volks-herrschaft“ setze die „Volksgemeinschaft“ voraus. Deutlich wird dieser Ansatz in einer NPD-Definition des Begriffs „Menschenrechte“ („Nationalisten erkennen an, daß individuelle Menschenrechte im Rahmen der Volksgemeinschaft bedeutungsvoll sind“), denen der Begriff der „Volksgruppenrechte“ gegenübergestellt wird, die die Gefahren eines einseitigen Individualismus auffangen sollen. (Michael FIEDLER, Politische Begriffe, Niedersachsen-Spiegel 2/1998, S. 5). Charakteristisch für das ideologische Grundverständnis der NPD ist die Überhöhung der zentralen Begriffe wie Gemeinschaft, Nation, Organismus und Volk. Das Volk als ethnisch definierte Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft wird in seiner Bedeutung, seinen kulturellen Eigenarten und ethnischen Besonderheiten überbetont: Zentrale Begriffe im Sprachge-

brauch der NPD sind Volksganzes, Volksgemeinschaft, Volkscharakter, Volkswille, volksbewusst und völkisches Denken.

Die Beiträge in der Deutschen Stimme spiegeln die von der NPD vertretene Ideologie der Volksgemeinschaft wider, die insbesondere in Verbindung mit einem antikapitalistischen Ansatz eine fundamentale Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik beinhaltet. Nach diesem Verständnis führt die „Herrschaft des Großkapitals“ allmählich zum Verfall des Nationalstaats und mit ihm der Volksgemeinschaft:

„(A)uf der Unfreiheit der Nation und der Zerstörung der Volksgemeinschaft beruht deren (gemeint sind die ‚Nutznießer des herrschenden Systems‘) weiteres Wohlergehen.

Die wahre Volksherrschaft wird in Deutschland erst dann Wirklichkeit, wenn die Deutschen als Volk ihre nationale Identität wiedererlangen. Dies kann erst nach Abschüttelung der politisch, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Fremdherrschaft erfolgen. Der Weg dorthin geht nur über eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse.“ (Waldemar MAIER, „Volksherrschaft ist das Maß aller Dinge“, Deutsche Stimme Nr. 4, S. 1)

In dem in der Volksgemeinschaftsideologie enthaltenen Prinzip des Führertums weist die Programmatik der NPD Parallelen zum Nationalsozialismus auf:

„Eine Bewegung braucht Führer
Triebfeder einer Bewegung ist das Gewissen des Führers ...

Bonzenhafte Frühgeburten sind nie Organismen, sondern Organisationen, nie Bewegung, sondern Parteien. Deren Triebkräfte sind Paragraphen. Führer versuchen, andere Führernaturen heranzuziehen und geistige Kräfte zu binden. ... Die Kunst, ein Volk überzeugen zu können, führt früher oder später an die Spitze des Volkes. - Dafür kämpft die deutsche Freiheitsbewegung NPD!“ (Silex, „Organismus und Führertum formt eine Bewegung. Nachdenken über die Voraussetzung politischer Organisation“, Deutsche Stimme Nr. 1, S. 12)

Die fehlende Distanz zum historischen Nationalsozialismus wird deutlich in einer in der Deutschen Stimme veröffentlichten Rezension eines Buches über die nationalsozialistische Bewegung, in der der Nationalsozialismus in unkritischer Weise als ein „auf dem Fundament des deutschen Volkstums gegründeter nichtmarxistischer Sozialismus, als Gestalter der deutschen Volksgemeinschaft“ bezeichnet wird (Deutsche Stimme Nr. 2, S. 9). Im Kontext der völkisch-nationalistischen Ausrichtung der NPD steht der Gebietsrevisionismus, mit dem die NPD gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstößt. So reklamiert die NPD für sich das Ziel, die „deutschen Ostgebiete“ wiederzuerlangen:

„Der Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf ein ungeteiltes Vaterland bleibt bestehen ... Gelegentlich reden auch die Spitzenfunktionäre der Vertriebenenverbände noch vom ‚Recht auf Heimat‘ ... Sie ... agieren aber anlässlich ihrer opportunistischen Haltung nur noch in Richtung Zementierung des Status Quo, statt die völkerrechtlichen Aspekte der

**Unterschriften-
sammlung
gegen die Pläne
der rot-grünen
Bundesregierung**



***Weil auch wir Deutsche
eine Zukunft brauchen,
müssen wir uns wehren!***

*Diese wichtige Kampagne kostet viel Geld. Über eine finanzielle Unterstützung unserer
Unterschriftensammlung würden wir uns deshalb sehr freuen.*

‘offenen deutschen Frage’ ins Visier zu nehmen ... Dieser völkerrechtliche Grundsatz wurde ohne Not nach der Teilvereinigung von West- und Mitteldeutschland von unseren verantwortlichen Politikern fallengelassen.

... Nationale Aufgabe und Verpflichtung: Die Oder ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze.“ (Georg PALETTA, „Verrat der Kollaborateure ändert nichts am geltenden Recht auf Heimat. Vertriebenenverbände üben sich unter dem Einfluß der Verzichtspolitik im verräterischen Opportunismus.“, Deutsche Stimme Nr. 1, S. 7)

Fremdenfeindlichkeit als dominierendes Ideologieelement

Verbunden mit dem völkisch-nationalistischen Ansatz finden sich fremdenfeindliche Positionen als zentrales Element in der ideologischen Ausrichtung der NPD.

So enthielt bereits das Wahlprogramm der NPD für die Bundestagswahl 1998 fremdenfeindliche und völkische Positionen, indem die Beendigung der „menschfeindlichen Integrationspolitik“ sowie der Erhalt der „deutschen Volkssubstanz“ gefordert wird. Fremdenfeindliche Positionen werden in den Beiträgen der Deutschen Stimme propagiert. In drastischer Weise brachte Waldemar MAIER in der Januar-Ausgabe der Deutschen Stimme in dem Beitrag „Todesstandort Deutschland. Ist der Untergang des deutschen Volkes vorprogrammiert?“ fremdenfeindliche und antisemitische Positionen zum Ausdruck. MAIER forderte, „den Todesmarsch der Deutschen zu stoppen“, um das „biologische und damit auch kulturelle Aussterben der Deutschen“ zu verhindern:

„Es ist der alltäglich reale Horror, wenn mehrmals wöchentlich auf zwei Seiten die Todesanzeigen von Volksgenossen stehen, die einmal Helene, Frieda, Wilhelm, Hans, Gerhard usw. geheißen haben ... wenn aber auf mehr als 30 Anzeigen dieser Art nur noch vier bis fünf Geburtsanzeigen von Kindern kommen, die überdies noch mit so ‘wunderschönen’ Namen wie Sarah, Miriam, Jonas und Benjamin bedacht wurden, dann wird das Ausmaß der Katastrophe immer deutlicher, auf die sich unser Volk in immer größeren Schritten zubewegt ... denn darüber hinaus kommt heute schon auf jedes verätzte, ausgekratzt und abgesaugte deutsche Kind eine ausländische Lebendgeburt, und jeder verstorbene Deutsche wird derzeit durch zwei Einwanderer ersetzt.“

Fremdenfeindliche Positionen enthält vor allem ein vom niedersächsischen Landesvorsitzenden Ulrich EIGENFELD verfasster Beitrag „Die Reconquista Deutschlands“ (Niedersachsen-Spiegel Nr. 1, S. 13), in dem er das „massenhafte Einschleichen von Fremden vor allem aus dem nahen Osten, aus Afrika und Asien“ als „Vernichtung des deutschen Volkes“ apostrophiert. Ein Beitrag in der Deutschen Stimme (Ausgabe 6, S. 5) polemisiert gegen die Entwicklung von Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil als „Vertreibungspolitik“ und „ethnische Säuberungen“ („... wird die Bevölkerung im Zuge der Überfremdung ganzer Stadtviertel fast planmäßig ausgetauscht.“).

Programmatische Entwicklung

Vorrangiges politisches Ziel der NPD ist die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“ und die „Einheit von

Reich und Nation“. Bereits in ihrem Parteiprogramm von 1967 forderte die NPD die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges. Hierzu gehört vor allem die Errichtung eines starken Staates, der die Aufgabe hat, „über den Gruppeninteressen der Wahrer des Volksganzen zu sein“. Die im Grundgesetz garantierten Individualrechte werden ebenso wie das Mehrparteiensystem und die Volkssouveränität propagandistisch bekämpft. Die Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland – ihrem Selbstverständnis als Systemalternative, als „grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum“ gemäß – manifestiert sich in einer aggressiven Diffamierung demokratischer Organisationen und Institutionen.

Zu der programmatischen Neuorientierung der NPD seit Mitte der 90er-Jahre gehört die Konzeption eines Deutschen bzw. Nationalen Sozialismus, der die Idee der Volksgemeinschaft unter Zuhilfenahme sozialistischer Wirtschaftsvorstellungen zu modernisieren versucht. Hierbei bezeichnet die Kapitalismuskritik das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland als „ausbeuterisch“ und „menschenverachtend“. Die NPD sieht sich in ideologischer Gegnerschaft zum Liberalismus, da dieser die Staatsgewalt durch Gewaltenteilung beschränke und damit die „freie Marktwirtschaft, uneingeschränktes egoistisches Wirken der Kapitalisten“ der staatlichen Einflussnahme und damit der sozialen Gesamtverantwortung entziehe. (Michael FIEDLER, Politische Begriffe. Versuch einer ersten Bestandsaufnahme der Ordnung der Werte, Niedersachsen-Spiegel 2/1998, S. 4). Diesem Verständnis gemäß beschreibt Frank SCHWERDT, Mitglied im NPD-Parteivorstand, die „westliche Werte-

gemeinschaft“ als „liberalistischen Hauptfeind“ (Deutsche Stimme Nr. 8, S. 6).

Die nationalistischen Prämissen des Konzeptes der „deutschen Volkswirtschaft“ werden deutlich in einem Beitrag der Deutschen Stimme über die „Lösung der Geldverteilungsfrage“, der auf den nationalsozialistischen Ideologen Gottfried FEDER zurückgreift und damit eine Nähe zu nationalsozialistischen Positionen aufzeigt:

„Aus nationalen, sozialen und demokratischen Interessen muß daher die Reform bei den Notenbankgesetzen ansetzen. Dazu ist keine internationale Vereinbarung nötig. Jede Nation wird im eigenen Interesse nach einer Demokratisierung der Notenbankgesetze streben. Unser deutscher Sozialismus kann dazu den Weg weisen. Die immer gigantischere weltweite Verschuldung mit den dazugehörigen Zinsverpflichtungen werden ihn erzwingen.“

(Albert LÄMMEL: „Gedanken zur national-sozialen und demokratischen Volkswirtschaft“, Deutsche Stimme Nr. 1, S. 12)

Charakteristisch für die sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen der NPD ist das Verknüpfen der sozialen Frage mit dem nationalen Anliegen. Wirtschaftspolitik müsse demnach am Wohle des deutschen Volkes ausgerichtet sein, gefordert sei ein „volksbewusstes Unternehmertum“, ein „nicht raffendes, sondern schaffendes Kapital“.

Der von der NPD propagierte „volksbezogene, deutsche Sozialismus“ basiert auf den zentralen Werten „Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinnutz“. Die Tätigkeit des einzelnen dürfe nicht gegen die Interessen der Volksgemeinschaft verstoßen, sondern müsse im Rahmen des Staatsganzen und zum Nutzen aller erfolgen. Das als „Wirtschaftsdemokratie“ bezeichnete politische System der Bundesrepublik Deutschland gilt diesem Verständnis gemäß als undemokratisch. Dieser von ihr abgelehnten liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung setzt die NPD das Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“, bzw. „Großraumwirtschaft“ entgegen, die nach dem Verständnis der NPD gekennzeichnet ist durch den „Zusammenschluß der Völker gleicher oder verwandter Rasse und gleichen Raumes.“ (Silex, „Wirtschaft im völkischen Sozialismus“, Deutsche Stimme Nr. 2, S. 10).

Bereits im Mai 1998 hatten NPD-Funktionäre wie der stellvertretende NPD-Vorsitzende Dr. Hans-Günter EISENECKER sowie der ehemalige sächsische Marxismus-Professor Prof. Dr. Michael NIER in Plauen einen Arbeitskreis „Sozialisten in der NPD“ gegründet, in dessen Resolution (abgedruckt im DESG-inform Nr. 7-8/98) eine sozialistische Gesellschaft als einzig gerechte Gesellschaft bezeichnet wird. Das von der NPD propagierte sozialistische Gesellschaftsmodell sollte sich durch die Betonung nationalistischer Elemente von dem marxistisch-internationalistischen Modell unterscheiden. So

betonte Michael FIEDLER in seinen „Thesen zu Nationalismus und Neoliberalismus“ neben dem sozialistischen Selbstverständnis der NPD vor allem die am Nationalismus ausgerichtete programmatische Orientierung der NPD:

„Aktuell stehen sich heute Nationalismus und Neoliberalismus unveröhnlich gegenüber: ihre sich ausschließenden Grundprinzipien sind Ethnopluralismus und Globalisierung, kollektive Identität und Einweltlertum.

Der Nationalismus beruht auf der Erkenntnis, daß die Völker die höchsten Ordnungsformen der Art Mensch sind ... Das Gegenprinzip ist der Neoliberalismus, die brutale Endstufe des Liberalismus, an dem alle Völker zugrunde gehen.“

(Niedersachsen-Spiegel Nr. 1, S. 1)

Bei der von einem traditionalistischen Politik- und Wirtschaftsverständnis geprägten Parteibasis der Landesverbände in den alten Bundesländern ist die programmatische Entwicklung und das Konzept eines deutschen Sozialismus nicht unumstritten.

Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen

Ein Wahlbündnis mit anderen Parteien – wie das Angebot einer gemeinsamen Wahlliste von DVU, REP und NPD zur Europawahl – hatte der NPD-Bundesvorsitzende abgelehnt:

„Die kommenden Europawahlen böten rein theoretisch nun zwar erneut die Möglichkeit zur Bildung einer einheitlichen nationalen Wahlplattform. Doch ... der Gedanke daran wird heute wohl nur noch in nationalen Mini-Parteien und Sektiererkreisen weitergeführt.“
(Deutsche Stimme Nr. 1, S. 2)

Insbesondere kritisiert VOIGT in einem Kommentar der Deutschen Stimme (Nr. 3) die REP wegen ihres „systemimmanenten“ Verhaltens. Die REP sind für VOIGT, der seiner Partei ein „Sendungsbewusstsein für eine revolutionäre Ordnung“ zuschreibt, kein Bündnispartner.

Die ablehnende Haltung gegenüber Bündnissen mit DVU und REP bekräftigte VOIGT auf dem Europakongress der Jungen Nationaldemokraten (JN) am 30. Oktober: Die NPD werde als „etablierte nationale Kraft“ allein Erfolge erkämpfen. Demgegenüber betonte er die Zusammenarbeit mit aktiven Rechtsextremisten, da sich der „Kampf um die Straße“ nicht allein mit älteren, traditionell ausgerichteten NPD-Mitgliedern führen lasse.

Bereits im Vorjahr hatte sich die NPD jenseits ihres früheren Selbstverständnisses einer traditionellen Wahlpartei für Aktionsbündnisse mit neonazistischen Gruppierungen und rechtsextremistischen Skinheads geöffnet. VOIGT

hatte in diesem Zusammenhang das Schlagwort von der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition (NAPO) geprägt. So engagierten sich insbesondere Mitglieder der neonazistischen Freien Nationalisten aus Norddeutschland sowie andere Freie Kameradschaften im Rahmen von Demonstrationen der NPD, die sich damit als „nationale Sammlungsbewegung“ darstellt.

Ein weiteres Beispiel für die verstärkte Einbindung von Neonazis ist die Aufnahme des Neonazis Hans-Christian WENDT in die Redaktion des Parteiorgans Deutsche Stimme.

Im Impressum der September-Ausgabe (Nr. 9) wird WENDT als „Chef vom Dienst“ und für diese Ausgabe verantwortlich im Sinne des Presserechts aufgeführt. WENDT hatte Anfang 1998 eine „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten innerhalb und außerhalb der NPD“ (AGNS) gegründet, durch die Neonazis die Möglichkeit eröffnet werden sollte, sich ohne förmliche Par-

Hier brachten die Nationaldemokraten mit über 6.000 Teilnehmern mehr Menschen auf die Straße als SPD, DGB und PDS zusammen. In vielen Städten und Gemeinden stellt die NPD inzwischen kommunale Abgeordnete.



**Deutschland,
wir kommen!**

- **NPD: Eine nationale Partei im Wandel**
- **Voigt: „Aufbruch ins neue Jahrtausend“**

teimitgliedschaft in der NPD zu engagieren.

Öffnung der NPD für Neonazis

Die im Rahmen der Zusammenarbeit mit Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads durchgeführten Demonstrationen – von der NPD als „Nationaler Widerstand“ und „Kampf um die Straße“ bezeichnet – richteten sich in erster Linie gegen die Integration von Ausländern. So beteiligten sich Neonazis und rechtsextremistische Skinheads an von der NPD angemeldeten Veranstaltungen wie den Demonstrationen des NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg am 27. Februar („Keine deutschen Pässe für Ausländer“) und am 17. April („Keine deutschen Pässe für Ausländer“ / „Kein deutsches Blut für fremde Interessen – USA und NATO raus aus Europa“) sowie am 2. Oktober in Köln („Protest gegen doppelte Staatsbürgerschaft und Integration - Keine Pässe für Ausländer – Ausländerrückführung statt Integration“).

Während in den Vorjahren Protestveranstaltungen gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung ein zentrales Agitationsfeld der NPD bildeten, hat der zunächst hohe Mobilisierungseffekt des Themas Wehrmachtsausstellung als Kampagnenfeld der NPD bereits im Verlauf der einzelnen Protestaktionen des vergangenen Jahres abgenommen.

Unter Führung der NPD/JN fanden am 30. Januar in Kiel, am 22. Mai in Köln, am 10. Juli in Hamburg sowie am 9. Oktober in Osnabrück Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung statt. An den von der NPD (Köln), der JN (Kiel und Osnabrück) sowie

dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) in Hamburg angemeldeten Protestveranstaltungen beteiligten sich jeweils überwiegend Angehörige der Freien Kameradschaften. Bei den Aktionen in Kiel und Osnabrück traten insbesondere die Mitglieder der Kameradschaft Northeim um den Neonazi Thorsten HEISE in Erscheinung. Im Vergleich zu den Demonstrationen in Kiel und Hamburg, an denen noch etwa 1.000 bzw. 600 Rechtsextremisten teilnahmen, hat sich die Teilnehmerzahl in Osnabrück mit 200 nochmals verringert.

Die NPD bezeichnete die Protestveranstaltungen als „Demonstrationen des nationalen Widerstandes gegen die antideutsche Schandausstellung“. Die Demonstrationen standen jeweils unter einem für den Geschichtsrevisionismus der NPD charakteristischen Motto: „Unsere Großväter waren keine Verbrecher und wir sind stolz auf sie!“, „Stoppt die antideutsche Hetze!“, „Soldaten des Reiches, Euer Opfer unsere Verpflichtung ... Widerstand jetzt“. Die teilnehmenden neonazistischen Organisationen verwendeten dabei folgende Parolen: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht – Kameradschaft Northeim“, „Hopp, Hopp, Hopp – Ausländer stop“, „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“. Mit den Demonstrationen bietet die NPD als außerparlamentarische Opposition bewusst ein Forum für gemeinsame Aktionen.

NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz		
Bund:	Dresden	
Niedersachsen:	Steinfeld/LK Vechta	
Vorsitzende		
Bund:	Sascha ROßMÜLLER	
Niedersachsen:	Danny MARQUARDT	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	400	350
Niedersachsen:	40	40
Publikationen:	Der Aktivist – Nationalistisches Infoblatt (erscheint unregelmäßig, Auflage: 1.000)	

Als einzige rechtsextremistische Partei hat die NPD mit den Jungen Nationaldemokraten (JN) eine zahlenmäßig relevante und mobilisierungsfähige Jugendorganisation. Mit derzeit 350 Mitgliedern (einschließlich der Anwärter) bildet sie die größte und aktivste Organisation jüngerer Rechtsextremisten in Deutschland.

Die 1969 gegründeten JN sind nach der Satzung der NPD „integraler Bestandteil“ der Mutterpartei, verfügen jedoch über einen eigenständigen Handlungsspielraum. Der JN-Bundesvorsitzende Sascha ROßMÜLLER sowie weitere JN-Funktionäre gehören dem NPD-Bundesvorstand an.

Im Zuge der auf dem Bundeskongress 1996 erfolgten Umwandlung der JN in eine Kaderorganisation, die sich aus Mitgliedsanwärtern, Mitgliedern/Aktivisten, Kaderanwärtern und Kadern zusammensetzt – mittlere und höhere Führungsebenen werden nur noch durch Kaderanwärter und Kader besetzt – erhielten die JN eine neonazistische Ausrichtung. Insbesondere den von den Partei- und Organisationsverboten der 90er-Jahre betroffenen Neonazis boten sich die JN aufgrund ihrer Kaderstruktur als aktive

Organisation an und stellten somit ein Auffangbecken für die Neonazi-Szene dar. So gehören zur JN-Anhängerschaft und Führungsschicht inzwischen eine größere Anzahl kooperationsbereiter Neonazis. Aus diesen Positionen wirken die den JN angehörenden Neonazis in das nicht organisierte neonazistische Lager, z.B. in die Freien Kameradschaften hinein und führen der Organisation neue Mitglieder zu. Im gleichen Maße verstärken sie jedoch auch den neonazistischen Einfluss der JN auf die NPD.

Nicht zuletzt durch das zwischen den JN und Neonazis bestehende Kooperationsverhältnis haben sich die JN zu einer Nahtstelle zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen entwickelt, die sich insbesondere in gemeinsamen, als „nationaler Widerstand“ bezeichneten Aktionsbündnissen widerspiegelt. Beispielhaft hierfür sind die gemeinsam mit der NPD durchgeführten überregionalen Veranstaltungen wie die im Verlaufe des Jahres durchgeführten Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in Kiel, Köln, Hamburg sowie in Osnabrück. Die aktivistische und verstärkt neonazistische

Ausrichtung der JN findet zunehmend Resonanz bei nicht parteigebundenen rechtsextremistischen Skinheads und Neonazis, aus denen sich die Teilnehmer für Großdemonstrationen der NPD rekrutieren.

Auf dem am 10. April in Klingenberg (Bayern) veranstalteten Bundeskongress der JN wurde Sascha ROßMÜLLER zum neuen Bundesvorsitzenden, Alexander DELLE sowie Alexander von WEBENAU zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Damit vollzog sich im JN-Bundesvorstand der bereits erwartete Generationswechsel. Insgesamt acht Beisitzer wurden in den Bundesvorstand gewählt, darunter der Vorsitzende des JN-Landesverbandes Niedersachsen, Danny MARQUARDT. Der bisherige Bundesvorsitzende Holger APFEL, sein Stellvertreter Jürgen DISTLER sowie weitere führende Vorstandsmitglieder wie Steffen HUPKA und Jens PÜHSE übernahmen Funktionärsposten in der NPD. Mit Sascha ROßMÜLLER ist ein Befürworter der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten aus dem neonazistischen Spektrum – insbesondere mit den Freien Nationalisten – an die Spitze der JN gewählt worden, so dass die Einbindung von Neonazis in JN und NPD auch künftig die politischen Aktivitäten der NPD/JN prägen wird. In

seiner Rede hob der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT die Bedeutung der JN hervor, „die in die Mutterpartei wichtige Impulse und den innovativen Aktionismus transportieren“. Holger APFEL verwies in einem in der Deutschen Stimme (Nr. 3, S. 3) veröffentlichten Interview über den Führungs- bzw. Generationswechsel bei den JN auf den Charakter der JN als „revolutionäre Speerspitze der NPD“. APFEL schreibt es der „revolutionären Dynamik“ der JN zu, dass sich der systemüberwindende, antikapitalistische Ansatz zumindest in Teilen der NPD durchgesetzt habe.

Im Zusammenhang mit Querelen um die JN-Bundesvorstandswahlen gründete der ehemalige Vorsitzende des JN-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Achim EZER, am 5. Juni das Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG). Zusammen mit EZER verließen rund 30 Mitglieder, darunter der ehemalige JN-Bundesgeschäftsführer Oliver HÄNDEL und der ehemalige Beisitzer im JN-Bundesvorstand, Lars KÄPPLER, aus Unzufriedenheit mit der Wahl ROßMÜLLERS zum Bundesvorsitzenden die JN und traten größtenteils ins BDVG ein.

Auf dem anlässlich des 30-jährigen Bestehens der JN am 13. März in Eggenfelden (Niederbayern) durchgeführten „Jubiläumskongress“ unter dem Motto „30 Jahre Kampf – Aktion – Widerstand“ hob der frühere stellvertretende JN-Bundesvorsitzende und als Rechtsterrorist verurteilte Peter NAUMANN die Bedeutung der JN insbesondere in der Zeit nach der verlorenen Bundestagswahl 1969 hervor, in der die JN der Lethargie der NPD außerparlamentarischen Druck und politischen Aktionismus entgegen gesetzt habe. Der Bundesvorsitzende VOIGT dankte den JN in seiner Gastrede für die „Unterstützung des gemein-

samen Kampfes für die Freiheit Deutschlands von imperialistischen Fesseln.“ (Deutsche Stimme Nr. 4, S. 16)

Auf europäischer Ebene streben die JN die Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen Organisationen zu einer europäischen nationalistischen Einheitsfront an. In diesem Kontext stand die Durchführung des „6. Europäischen Kongresses der Jugend“ am 30. Oktober in Falkenberg (Bayern), an dem rund 500 Personen, darunter auch Gäste aus Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Litauen, Österreich, Rumänien, Schweden und den USA teilnahmen. Die „Europäischen Kongresse der Jugend“ werden seit 1994 von den JN in Deutschland durchgeführt, 1998 fand der Kongress in Griechenland statt.

Der JN-Pressedienst betonte in seiner Ausgabe vom 2. November die Bedeutung der Kongresse für die internationale Zusammenarbeit nationalrevolutionärer Bewegungen:

„Neben dem Kongreß diskutierten nach einer Lageanalyse die Führungskräfte der europäischen nationalrevolutionären Bewegungen mit der JN-Führung die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer engeren Kooperation. Konkrete Schritte zur Verbesserung der Kommunikationsstruktur wurden ebenso erörtert wie die Abstimmung künftiger massenwirksamer Großveranstaltungen ...“

Schwerpunkte des 40 Mitglieder umfassenden JN-Landesverbandes Niedersachsen, dessen Vorsitzender seit Dezember 1998 Danny MARQUARDT ist, liegen in den Regionen Buxtehude und Verden. Das frühere „JN-Zentrum“ in Ehrenburg bei Sulingen wurde schon vor einem Brandanschlag autonomer Antifaschisten aufgrund des schlechten baulichen Zustandes nicht mehr als Veranstaltungszentrum

genutzt¹⁷. Mitgliederversammlungen finden hauptsächlich in Privatwohnungen statt. Die bundesweite Tendenz, dass JN-Aktivitäten weitgehend in den Aktivitäten der Mutterpartei aufgehen und die JN kaum eigenständige Aktivitäten entwickeln, setzte sich auch in Niedersachsen fort. Zu den politischen Aktionen des JN-Landesverbandes Niedersachsen zählten in erster Linie die Durchführung einer Informations-Veranstaltung am 20. Februar in Osnabrück sowie die Anmeldung einer später verbotenen Demonstration für den 9. Juni in Leer. Darüber hinaus beteiligten sich Mitglieder des Landesverbandes an den Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in Kiel, Hamburg und Osnabrück.

Programmatik

Kern der politischen Programmatik der JN bilden die 1998 überarbeiteten „Thesepapiere“, in denen sich die JN zu einer „Neuen Volksgemeinschaft“ bekennen, in der die „Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems“ überwunden werden. Im Vordergrund steht die Errichtung eines „Neuen Reiches“ mit einer die „Volksgemeinschaft“ sichernden starken Zentralkraft. Entsprechend der politi-

¹⁷ In gleichlautenden Schreiben bezichtigten sich „Autonome und antifaschistische Gruppen“ am 15. Dezember, auf das Schulungs- und Freizeithaus der JN einen Brandanschlag durchgeführt zu haben. Bei dem Anschlag auf das nicht bewohnte Gebäude entstand ein Sachschaden in Höhe von 150.000 DM. Die Verfasser des Schreibens begründeten den Brandanschlag mit zunehmender rechtsextremer Gewalt und der „umfassenderen Strategie der Faschisten“, im Rahmen von Aufmärschen und Kundgebungen Rechtsextremisten zu rekrutieren.

schen Programmatik der NPD vertreten die JN einen systemüberwindenden, revolutionären Ansatz, der jedoch deutlich aggressiver und kämpferischer als durch die NPD zum Ausdruck gebracht wird. Dies zeigt ein Anfang 1998 veröffentlichtes Konzeptpapier über die Errichtung „national befreiter Zonen“, mit denen die JN die Etablierung einer „Gegenmacht von unten“ anstreben:

„Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben ... unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen.“¹⁸

Die gängigen JN-Themenfelder Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie völkischer Kollektivismus entsprechen weitgehend denen der NPD. Wie ihre Mutterpartei sind die JN fixiert auf antiamerikanisch bzw. antiwestlich geprägte außenpolitische Positionen. Dies manifestiert sich beispielsweise in der Forderung nach „Aufkündigung von Mitgliedschaften in raumfremden Bündnissen wie NATO und EU“.

Nähe zum historischen Nationalsozialismus dokumentiert sich in programmatischen Übereinstimmungen mit NS-Ideologieelementen sowie dem Bekenntnis zu NS-Führungspersonen und Herrschaftsstrukturen.

¹⁸ Das Konzept der „national befreiten Zonen“ basiert auf einem in der vom Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) herausgegebenen Zeitschrift *Vorderste Front* – Zeitschrift für politische Theorie und Strategie (Ausgabe 2/ Juni 1991) veröffentlichten Papier. Der unbekannte Autor forderte darin die Etablierung einer Gegenmacht „von unten“, die aus autonomen Freiräumen für die rechtsextremistische Szene erwachsen sollte.

Zentrales Element in der Weltanschauung der JN ist ein völkisch-kollektivistischer Ansatz im Sinne einer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der „Volksgemeinschaft“ sowie ein völkisch definierter Nationalismus. Eine Affinität zu nationalsozialistischem Gedankengut ist vor allem erkennbar in dem von den JN propagierten „Reichsgedanken“. So greifen die JN auch von Nationalsozialisten propagierte Vorstellungen einer „volkhafte Großraumordnung“ sowie eines „germanischen Staates deutscher Nation“ (Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 1933) in ihren Forderungen zur „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ auf :

„Reich ist nicht einfach Staat ... Die Wiederherstellung des Reiches ... gewährt den kleineren europäischen Völkern Hilfe gegen raumfremde Ideen und Imperialismen ... Das Reich ist also die Vision unseres Volkes, die das Gegenstück zu seinem Mythos bedeutet. Das Reich der Zukunft soll der Stammesgliederung und den geschichtlich gewachsenen Regionen Deutschlands Rechnung tragen ... Ein Europa der Völker bzw. Nationen wird als Kraftzentrum gegen ideologisch wie biologisch raumfremde Kräfte angestrebt.“

(JN-Thesenpapiere, Juli 1998, S. 24, 29)

Deutliche Anklänge an die NS-Programmatik enthält die in den „Thesenpapieren“ dargelegte Forderung der JN nach einer „starken Zentralgewalt des Reiches“, die eine fast wörtliche Übernahme aus dem NSDAP-Parteiprogramm von 1920 darstellt:

„Unter Zentralismus verstehen wir die organisatorische und politische Oberhoheit und -aufsicht des Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen.“



JN dokumentiert sich in dieser Definition von Nation, zu der das Volk den „biologischen Ausgangspunkt“ liefere: „Die europide Großrasse wird im allgemeinen in folgende Unterrassen gegliedert: Fälische ... nordische, osteuropide (ostbaltische), ostische (alpine), dinarische und westliche (mediterrane) Rasse ... Die jeweilige kennzeichnende Zusammensetzung aus Unterrassen gibt den europäischen Völkern ihre unverwechselbaren Nationaleigenschaften.“

(JN-Thesepapiere, Juli 1998, S. 28)
 Darüber hinaus dokumentiert sich die Gegnerschaft der JN zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in einem dezidiert antidemokratischen Ansatz, der die Führung der angestrebten Volksgemeinschaft durch demokratisch nicht legitimierte Eliten vorsieht („Herrschaft der Besten, die die Herrschaft der Minderwertigen beendet“). Die demokratische Rückbindung von politischen Entscheidungsträgern gilt nach diesem Verständnis einer „Volksherrschaft“ als „Abwälzen der Verantwortung auf namenlose Mehrheiten“. Ein Spezifikum dieses von den JN vertretenen Modells der „Volksherrschaft“ ist der Rückgriff auf vordemokratische Bindungen wie die Forderung nach „Beimengung eines aristokratischen Elements“:

„Demokratie in Verbindung mit Versatzstücken des Liberalismus („Demoliberalismus“) führt oft zur Überbetonung des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft ... Ohne leistungs- und gemeinschaftsorientierte Eliten ist das demokratische Vorbild kaum lebensfähig. Eine Demokratie ist dann lebensfähig, wenn sie sich auf einen Volksstaat stützen kann, den natio-

Kameradschaftswochenende

Willst Du das totale Erlebnis, noch genialer und radikaler als Du es jemals erlebt hast???

Dann komm mit in den sagenumwobenen Harz!!!
 Mach mit, beim wandern bis zum abwinken, mit Zwischenstops an vielen kulturellen Orten, Kameradschaftsabend mit Lagerfeuer bis zum umfallen, singen bis zur Heiserkeit und Schutung bis der Kopf raucht. Was, das ist nichts für Dich? Dann verkiech Dich weiter hintern Ofen und warte auf die Reichsflugscheiben oder gehe dahin, wo der Pfeffer wächst. Schlafmützen und Langweiler denen Kameradschaft nichts Wert ist, können wir im harten Kampf um unser deutsches Vaterland nicht gebrauchen.
 Also folge unserem Ruf!

Wann? 23./24. Okt. 1999

Wo? Erfahrt Ihr nach schriftlicher Anmeldung, bis spätestens 14.10.!!!

Wieviel? ca.30,-DM
 nur 15,-DM für Mädels
 (Übernachtung/Frühstück/Schulung)

Was? Sonnabend, den 23.10. bis 11.00 Uhr anreise
 12.00 Uhr Abfahrt zum Abmarschpunkt
 ca. 12.30 Uhr Wanderung durch den Harz
 ca. 19.00 Uhr Kam.-abend am Lagerfeuer
 Sonntag, den 24.10. ca. 10.00 Uhr Rechtsschulung
 bis 14.00 Uhr abreise

Veranstalter:
 Junge Nationaldemokraten Landesverband Niedersachsen
 Postfach: [REDACTED]
 Unterstützt durch: (JN)-Sachsen/Anhalt, JN-Nordmark

Eine weitere Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus ergibt die biologistische Definition des Volkes und der Nation nach Rassemertkmalen. Das rassistische Grundverständnis der

nen Willen nicht zerstört, vor-demokratische Überlieferungen und Bindungen anerkennt ...“

(JN-Thesepapiere, Juli 1998, S. 23)

In einer im Internet veröffentlichten Selbstdarstellung unter der Überschrift „Eine neue nationale Jugend für Deutschland“ betonen die JN die revolutionäre Ausrichtung ihrer Organisation:

„Die Jungen Nationaldemokraten verstehen sich als weltanschauliche, geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin, deren Aktivitäten hohe Einsatz- und Opferbereitschaft abverlangt wird. Wir bewegen uns dementsprechend nicht im Schattendasein unserer Mutterpartei, sondern entwickeln vielmehr als revolu-

tionäre Bewegung für junge Nationalisten zwischen 14 und 35 Jahren autonome konzeptionelle Vorstellungen ... Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewußt wird, daß es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden“

(NPD-Internet Ausdruck vom 21. Juli)

Mit ihrem jugendpolitischen Konzept zur „Politisierung der deutschen Jugend“, das Aktivitäten wie Sportveranstaltungen, Kameradschaftstreffen, politische Schulungen sowie vor allem öffentlichkeitswirksame Demonstrationen beinhaltet, versuchen die JN auf die durch die Abspaltung Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) hervorgerufene Stagnation in der Anhängerschaft zu reagieren.

Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Niedersachsen:	Burgdorf bei Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY (München)	
Niedersachsen:	Richard CARLS (Saterland)	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	18.000	17.000
Niedersachsen:	1.600	1.500
Publikationen:	Bis 02. 09. 1999 wöchentlich: Deutsche-Wochen-Zeitung / Deutscher Anzeiger (DWZ/DA), Auflage ca. 20.000 Deutsche National-Zeitung (DNZ), Auflage ca. 37.000 Seit 03. 09. 1999 wöchentlich: National-Zeitung / Deutsche-Wochen-Zeitung (NZ), Auflage ca 50.000	

Geschichte und Wahlergebnisse

Mit der von dem Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY im Jahre 1971 initi-

ierten Gründung der DVU e.V. als „überparteiliches Sammelbecken“ gegen die „verfassungswidrigen Ostverträge“ der sozialliberalen Bundes-

regierung unter Bundeskanzler Brandt reagierte der geschäftstüchtige Rechts-extremist auf den 1969 einsetzenden Zerfallsprozess der NPD, der bis zu diesem Zeitpunkt bedeutendsten rechts-extremistischen Partei. Vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der Partei Die Republikaner weitete das ehemalige NPD-Mitglied FREY im Jahre 1987 mit der Gründung der DVU-Liste D (ab 1991 ohne den Zusatz Liste D) sein Engagement parteipolitisch aus. Eine Satzungsänderung im darauf folgenden Jahr legte fest, dass alle über 16 Jahre alten Mitglieder der DVU e.V. Mitglieder in der neu geschaffenen Partei wurden, sofern sie keinen Einspruch erhoben. Die DVU-Liste D verzeichnete aufgrund dieser Bestimmung einen starken Mitgliederzuwachs (von 6000 im Jahre 1988 auf 25.000 Mitglieder im Jahre 1989). Der Verein DVU e.V. besteht neben der gleichnamigen Partei fort, hat aber ebenso wie die ihm angeschlossenen Aktionsgemeinschaften – z. B. Ehrenbund Rudel, Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) – lediglich bei der Rekrutierung neuer Mitglieder Bedeutung.

1987, im Jahr ihrer Konstituierung als Partei, erzielte die DVU ihren ersten Wahlerfolg, als es ihr auf Grund einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts mit 3,6 % der abgegebenen Stimmen gelang, einen Abgeordneten in die Bürgerschaft und zwei weitere Vertreter in die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung zu entsenden. Bereits damals führte die DVU den Wahlkampf in einer für alle folgenden Wahlkämpfe typischen Art und Weise unter hohem finanziellen Mitteleinsatz als Propagandaschlacht, ohne eine einzige öffentliche Veranstaltung anzubieten. Diese Vorgehensweise und die Nichtpräsenz von Funktionären in der Öffentlichkeit haben

der DVU den Beinamen „Phantompartei“ eingetragen.

Weitere Wahlerfolge erreichte die DVU bei den Landtagswahlen 1991 in Bremen (6,2%), 1992 in Schleswig-Holstein (6,3%) und – bislang am spektakulärsten – 1998 in Sachsen-Anhalt (12,9%). Am 5. September gelang der DVU mit 5,3% der Stimmen bei den Wahlen in Brandenburg der Einzug in ein weiteres ostdeutsches Landesparlament. Bei der Bremer Bürgerschaftswahl am 6. Juni erreichte die DVU 3,11% der Stimmen. Aufgrund des Wahlergebnisses in dem getrennt bewerteten Wahlbereich Bremerhaven (5,99%) erhielt sie einen Sitz in der Bremer Bürgerschaft. Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven am 26. September wiederholte die DVU ihren Erfolg und erreichte mit 5,2% der Stimmen drei Mandate. Die Landtagswahl in Thüringen am 12. September hingegen endete mit einem für die DVU enttäuschenden Ergebnis. Obwohl sie den Wahlkampf ähnlich aufwendig geführt hatte wie in Brandenburg, verfehlte sie mit 3,1% der Stimmen den Einzug in das Erfurter Landesparlament deutlich.

Die Auflistung der Wahlerfolge verdeutlicht, dass die mit hohem finanziellen Aufwand verbundene, auf die gezielte Ansprache der Wahlbevölkerung durch Propagandamaterialien gerichtete Strategie der DVU in Bundesländern mit relativ geringer Bevölkerungszahl am Erfolg versprechendsten anzuwenden ist. Auf eine Wahlteilnahme in größeren Bundesländern verzichtet die DVU in der Regel, weil dort ein sehr viel höherer finanzieller Aufwand zur Wählermobilisierung erforderlich wäre.

Parteistruktur und innerparteiliche Demokratie

Die in 16 Landesverbände untergliederte DVU wird von ihrem Vorsitzenden FREY autokratisch geführt. Ein Parteileben, das den Erfordernissen innerparteilicher Demokratie genügt, findet kaum statt. Sach- und Personaldiskussionen unterbleiben zumeist ebenso, wie sich Abstimmungen in einem von der Münchener Zentrale vorgegebenen Rahmen zu bewegen haben. Wahllisten der DVU werden im wesentlichen durch den Bundesvorstand festgelegt, nur in Einzelfällen kommt es zu Änderungen oder Ergänzungen.

Der Bundesparteitag der DVU am 16. Januar in München bestätigte FREY in seinem Amt als Parteivorsitzender. Gegenkandidaten gab es nicht. Zu Stellvertretern wurden Heinrich GERLACH aus Schleswig-Holstein, Peter JÜRGENSEN aus Baden-Württemberg und Bruno WETZEL aus Bayern gewählt. Als zweite bundesweit bedeutende Veranstaltung ist die jedes Jahr in der Passauer Nibelungenhalle stattfindende Großkundgebung zu erwähnen. Im Mittelpunkt der am 25. September durchgeführten Veranstaltung standen eine Rede FREYS und die Verleihung diverser Kulturpreise. Die Kundgebung hat keinerlei Bedeutung für den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess, sondern dient vorrangig dem Zusammenhalt der Partei und der DVU-Anhängerschaft.

In finanzieller Hinsicht befand sich die Partei bisher in nahezu vollständiger Abhängigkeit von ihrem Vorsitzenden, der die Parteischulden – nach Angaben des Wirtschaftsprüfers der DVU 11,4 Millionen DM – zinslos kreditiert. Seine dominierende Stellung ermöglicht es FREY, parteipolitisches Engagement und private Geschäftsin-

teressen miteinander zu verquicken. So verwendet er Gewinne aus dem Buchdienst seines FZ-Verlages (Freiheitlicher Buch- und Zeitschriften Verlag GmbH), Spenden und den Anteil seiner Partei an der Wahlkampfkosten-erstattung, um Verluste im Medienbereich auszugleichen und Wahlkämpfe zu finanzieren.

Wegen parteischädigenden Verhaltens strengte Prof. Dr. Klaus SOJKA, Mitglied des Landesvorstands der DVU in Schleswig-Holstein, im November vor dem Bundesschiedsgericht der DVU ein Verfahren zum Parteiauschluss FREYS und weiterer Mitglieder des Bundesvorstandes an. SOJKA warf dem Bundesvorstand vor, einen Verzicht auf eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2000 verfügt zu haben, ohne dass der Landesverband eine eigene Position dazu entwickeln konnte.

Der 1988 gegründete niedersächsische Landesverband der DVU befindet sich seit Jahren in einem schlechten organisatorischen Zustand. Seine Mitgliederentwicklung weist eine fallende Tendenz auf; derzeit verfügt der in Kreisverbände unterteilte Landesverband noch über ca. 1.500 Mitglieder. Auf Kreisebene bestehen so genannte Stammtische, aus denen sich Kreisverbände bilden sollen. Die Gründung von Nachwuchsorganisationen ist weiterhin nicht geplant. Öffentliche Veranstaltungen finden nicht statt.

Der in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden FREY am 25. April in Rotenburg (Wümme) durchgeführte Landesparteitag sollte der internen Entwicklung neue Impulse verleihen. An Stelle des bisherigen Landesvorsitzenden KRAUSE (Bremen), dem Inaktivität vorgeworfen wurde, wählten insgesamt 51 stimmberechtigte Mitglieder Richard CARLS (Saterland) zum neuen Vorsitzenden, ohne dass zuvor eine

Aussprache stattgefunden hatte. Die Verbreitung eines so genannten Info-Briefs, der über die Arbeit des Landesvorstandes und die anstehenden Planungen informiert, deutet darauf hin, dass der neugewählte Landesvorstand der negativen Mitgliederentwicklung und der Passivität der Mitglieder durch ein höheres Maß an Aktivitäten entgegenzuwirken bestrebt ist.

Wichtigstes Informationsmedium für Inhalte der von FREY bestimmten DVU-Politik und programmatisches Steuerungsinstrument zugleich ist die im FREY-eigenen „DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“ (DSZ-Verlag) erscheinende „Nationalzeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“, zu der die bis dahin von FREY publizierten Wochenzeitungen „Deutsche National-Zeitung“ und „Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger“ im September aus ökonomischen Gründen vereinigt wurden. 50.000 gedruckte Exemplare machen die Nationalzeitung zur auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikation.

Programmatik

Die DVU vermeidet Aufforderungen zur Systemüberwindung, wie sie von der NPD oder auch von marxistisch-leninistischen Organisationen bekannt sind. Jedoch vertritt die Partei in Wahlkämpfen und Publikationen ein nationalistisch eingefärbtes Weltbild, das in Widerspruch steht zu den normativen Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Das dominierende Ideologeelement Nationalismus bestimmt die Positionen der DVU sowohl zur deutschen Geschichte, die einer um die Wiederherstellung der „nationalen Ehre“ bemühten revisionistischen Uminterpretation unterzogen wird, als auch

fremdenfeindlich gewendete soziale Forderungen und die Einstellung zum europäischen Einigungsprozess. Charakteristisch hierfür sind die Forderungen des 1987 verabschiedeten, am 16. Januar im sozialpolitischen Bereich aktualisierten Parteiprogramms: „Deutschland soll deutsch bleiben“, „Deutschland zuerst“, „Gleichberechtigung für Deutschland“. Neben den genannten Ideologiekomponenten durchzieht ein kaum verkleinelter Antisemitismus die Berichterstattung der DNZ. Im Sinne einer Verschwörungstheorie ist die DVU bemüht, Deutschland als das Opfer der internationalen Politik darzustellen, um auf diese Weise eine von nationalistischem Geist bestimmte Wagenburgmentalität aufzubauen.

Fremdenfeindlichkeit

Soziale Probleme, die die DVU verstärkt in den Vordergrund ihrer Wahlkampfpropaganda gerückt hat, werden von ihr in monokausaler Weise mit der Anwesenheit von ausländischen, insbesondere türkischen Staatsbürgern erklärt. Bewusst schürt die DVU Ängste vor einer Überfremdung des Landes. Die NZ beispielsweise fragte auf der Titelseite der Ausgabe vom 29. Oktober: „Wird Deutschland Türken-Kolonie? – Neuer Massenzustrom aus dem Orient.“. In einer anderen Ausgabe konfrontiert die NZ die Leser unter der Überschrift „Kommen die Türken?“ mit einem Schreckensszenario für den Fall einer türkischen EU-Mitgliedschaft.

Wer brach den 2. Weltkrieg vom Zaun?
 Was 1939 wirklich geschah

National+Zeitung
 Deutsche Wochen-Zeitung

Die wahren Kosten für Ausländer

Das Signal der Brandenburg-Wahl

Wie Milliarden verschleudert werden

Wie Eichel Deutschland kaputt spart



Die Wahrheit über Bubis
 Wie er an die Millionen kam

National+Zeitung

Machen uns die Asylanten arm?

Singt Weber im Ausweiche-Streit?

Was auf die Deutschen zukommt

Tritt Schröders Todengräber?




Wehrmacht-Ausstellung geplatzt
 Ausländische Historiker decken Fälschungen auf

National+Zeitung
 Deutsche Wochen-Zeitung

Wird Deutschland Türken-Kolonie?

Deutschlands Auferstehung

Neuer Massenzustrom aus dem Orient

Siegt Islam auch im Abendland?




Nationalismus

Bestimmend für die nationalistischen Positionen der DVU zur deutschen Geschichte ist ein mit einer Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen einhergehender Revisionismus. Das Bestreben, das Bild einer alle historischen Brüche überdauernden Größe der deutschen Nation zu vermitteln, steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Leugnung bzw. der Relativierung deutscher Kriegsschuld. Zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs erschienen unter dem Titel „Wie kam es zum Zweiten Weltkrieg“ im August und September mehrere Beiträge zunächst in der DNZ und dann in der NZ. Darin wurde dem Leser unter Ausblendung der Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft durch eine manipulative Auswahl von Dokumenten suggeriert, der Krieg sei von Großbritannien und den USA langfristig geplant gewesen. Deshalb hätten die Westmächte Hitlers angebliche Verhandlungsbereitschaft ignoriert. Der deutsche Überfall auf Polen wird in der Serie – ganz in der Tradition der NS-Propaganda – als Reaktion auf polnische Übergriffe gegen deutsche Staatsbürger interpretiert.

Die angebliche Verdrängung dieser aus ihrer Sicht historischen Tatsachen führt die DVU auf eine Verschwörung gegen Deutschland zurück, dem ein Schuldkomplex eingeredet werde, um das im Krieg besiegte Land mit Hilfe willfähriger Politiker in fortwährender Abhängigkeit zu halten. Dieses Propagandabild beschreibt Deutschland als ein willenloses Objekt fremder Interessen und beinhaltet damit die Infragestellung der verfassungsmäßigen Ordnung.

Als exemplarisch für die Oktroyierung eines „antideutschen Geschichts-

bildes“ gilt der DVU die Bewertung der Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg durch die vom Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellte Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“. Die Vehemenz, mit der die DVU seit einigen Jahren gegen die Wehrmachtsausstellung agitiert, findet ihre Erklärung vor diesem ideologischen Hintergrund.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die von der DVU propagierte Forderung nach Wiederherstellung nationaler Größe in vordemokratischen, antidemokratischen Denktraditionen wurzelt; sie ist normativ nicht am Menschenbild der freiheitlichen demokratischen Grundordnung orientiert. Das markiert den Unterschied zwischen demokratischem Nationalgefühl und dem rechtsextremistischen Ideologieelement Nationalismus.

Antisemitismus

In den Publikationen des DVU-Vorsitzenden FREY wird der Holocaust nicht geleugnet, aber durch Vergleiche relativiert. Diffamierende Berichte über Repräsentanten des Judentums und israelfeindliche Darstellungen sind konstante Bestandteile der Berichterstattung der NZ bzw. ihrer Vorläuferpublikationen. Das Ausmaß dieser Berichterstattung, das in einem eklatanten Missverhältnis zum Anteil von Bürgern jüdischer Religionszugehörigkeit an der Gesamtbevölkerung steht,

soll einen die deutsche Politik dominierenden, deutschen Interessen zuwiderlaufenden jüdischen Einfluss suggerieren. Es wird der Eindruck einer Verschwörung erweckt. Dabei werden die Vorurteile des historischen Antisemitismus angesprochen und aktiviert.

Die Kommentierung des Todes von Ignatz Bubis ist dafür ein Beleg. Die rhetorische Frage, was Bubis bewirkt habe, wurde in der Deutschen National-Zeitung wie folgt beantwortet:

„Eines seiner politischen Hauptanliegen war, allen kommenden Generationen des deutschen Volkes ‘Kollektivverantwortung’ und ‘Kollektivhaftung’ für NS-Untaten als eine Art neuer Erbsünde aufzudrücken. Darin fand er schließlich die Unterstützung ziemlich der gesamten politischen Klasse und selbstverständlich auch der Journaille in Deutschland. Die Durchsetzung des Holocaust-Mahnmals ... war auch sein Werk. Bubis förderte den Nationalmasochismus in Deutschland, indem er zum Beispiel die Wehrmacht-Ausstellung unterstützte

In Wort und Schrift trat er für den Fortgang der unbeschränkten Einwanderung von GUS-Juden nach Deutschland ein, ohne dass die Immigranten irgend einen Bezug zu unserem Volk, unserer Kultur und unserer Sprache haben. Dieser Zustrom kostet viele Milliarden deutscher Steuergelder.

Wenn es um die Ausweitung von Wiedergutmachung ging, war Bubis zur Stelle. Er stemmte sich gegen ein absehbares Ende des Tributs ...

Die Einführung des Datums der Auschwitz-Befreiung als nationaler Gedenktag in Deutschland erfolgte auf Initiative Bubis ...

Zu den mehr als 5000 vorhandenen Gedenkstätten deutscher Untaten forderte er immer neue derartige Mahnmale unserer Schande.“

(Deutsche National-Zeitung Nr. 34 vom 20. August, S. 4)

Die Aussage, Bubis habe sich „keinesfalls in deutscher Erde“, sondern in dem Land begraben lassen wollen - nämlich Israel -, „für das sein Herz schlug“, bringt zum Ausdruck, dass FREYs Publikationen den Verstorbenen nicht als deutschen Staatsbürger akzeptiert haben. Die sich in dieser Argumentationsweise offenbarende Konstruktion eines „völkischen“ Gegensatzes zwischen Deutschen und Juden ist Ausdruck einer für die DVU typischen, sprachlich verklausulierten antisemitischen Grundhaltung.

Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien

Die programmatischen Aussagen der DVU weisen ein höheres Maß an Übereinstimmung mit der Partei Die Republikaner (REP) auf als mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Um angeblichen nationalen Interessen in der deutschen Politik zu einem größeren Einfluss zu verhelfen, verständigten sich die Vorsitzenden von DVU und REP, FREY und SCHLIEßER im November 1998 darauf, bei künftigen Wahlen eine unnötige Konkurrenz zu vermeiden. Auf ihrem Bundesparteitag in München am 16. Januar verabschiedete die DVU in Ergänzung hierzu eine Regelung, der zufolge nur jeweils diejenige Partei in einem Bundesland kandidieren solle, die bei der vorangegangenen Bundestagswahl auf der jeweiligen Landesebene das bessere Ergebnis erzielt habe. Entsprechend dieser Regelung verzichtete die DVU auf eine Teilnah-

me an der Landtagswahl im Februar in Hessen, während ihr die REP die Kandidatur bei den Bremer Bürgerschaftswahlen überließen. Eine über die bloße Wahlabsprache hinausgehende Wahlhilfe – z.B. in Form von Wahlaufrufen zugunsten der REP in den Wochenzeitungen FREYS – fand jedoch nicht statt.

Ist das Verhältnis von DVU und REP zumindest ansatzweise auf Kooperation ausgerichtet, so ist das Verhältnis der DVU zur von ihr noch Ende der achtziger Jahre unterstützten NPD nach deren Wandel zu einer vom Selbstverständnis her nationalrevolutionären Organisation feindselig. In einem Schreiben an die Mitglieder seiner Partei vom 16. Juni bemerkte FREY hierzu: „Die NPD unter ihrer derzeitigen Führung steht uns in Todfeindschaft gegenüber.“ Ursächlich für das gespannte Verhältnis dürften nicht in erster Linie persönliche Animositäten sein, sondern grundsätzliche Differenzen in Hinsicht auf die Radikalität des ideologischen Ansatzes. Während die DVU vor allem rechtsextremistische Vorurteilsstrukturen bedient, rechtsextremistische Ressentiments in der Bevölkerung aufgreift und verstärkt, aber die Institutionen des Staates und die Wirtschaftsordnung nicht unmittelbar in Frage stellt, zielen die Forderungen der NPD auf die Überwindung des Gesellschaftssystems in Richtung auf einen „Nationalen Sozialismus“ bzw. „Deutschen Sozialismus“.

Die Wahlergebnisse der DVU, die nach der Auffassung des Politikwissenschaftlers Richard Stöss¹⁹ in organisationssoziologischer Hinsicht keine Partei darstellt, können weiterhin als ein Indikator für rechtsextremistische Stimmungen innerhalb der Bevölkerung betrachtet werden, ohne dass eine dauerhafte Etablierung der DVU im Parteiensystem zu befürchten ist. Das Auftreten der politisch zumeist wenig qualifizierten DVU-Abgeordneten in der Öffentlichkeit und die permanente Zerstrittenheit der DVU-Fraktionen – wie z.B. im Landtag von Sachsen-Anhalt – dokumentieren die Unfähigkeit zur parlamentarischen Arbeit. Da es der zentralistisch auf den Vorsitzenden FREY ausgerichteten Partei überdies an innerparteilicher Demokratie mangelt, sind von der Basis ausgehende Impulse mit dem Ziel einer Modernisierung der in tradierten rechtsextremistischen Argumentationsmustern verharrenden Partei nicht zu erwarten.

¹⁹ Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn 1999, S. 85.

Die Republikaner (REP)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER	
Niedersachsen:	Peter LAUER	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	15.000	14.000
Niedersachsen:	600	600
Publikationen		
Bund:	Der Neue Republikaner (monatlich, Auflage 20.000)	
Niedersachsen:	Wir Republikaner in Niedersachsen (monatlich, Auflage : 600)	

Geschichte und allgemeine Entwicklung

Die REP wurden im November 1983 von zwei aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten und dem Fernsehjournalisten Franz SCHÖNHUBER gegründet. SCHÖNHUBER, der die REP zu einer rechten Sammlungsbewegung nach dem Vorbild des französischen Front National formen wollte, wurde bald zur dominierenden Figur. Wahlerfolge im Januar 1989 in Berlin (7,5%) und bei der Europawahl im Juni desselben Jahres (7,1%) bestätigten seinen Kurs. Die vorausgegangenen Wahlkämpfe hatten die REP vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen mit fremdenfeindlichen Parolen geführt.

Richtungskämpfe zwischen Funktionären, die die REP als eine national-konservative Partei rechts von den Unionsparteien etablieren wollten, und Kräften, die eine Kooperation mit den rechtsextremistischen Parteien DVU und NPD anstrebten, bestimmten von Anfang an die innerparteiliche Entwicklung. SCHÖNHUBER vollzog zu

Beginn des Jahres 1990, als die REP vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Wiedervereinigung innenpolitisch an Bedeutung verloren, einen Positionswechsel, um den gewachsenen Einfluss seines innerparteilichen Konkurrenten, des damaligen bayerischen Landesvorsitzenden Harald NEUBAUER zu beschneiden. Die direkte Folge dieser Neuorientierung waren die Verabschiedung eines bis heute gültigen Beschlusses auf dem Bundesparteitag in Ruhstorf bei Passau am 7./8. Juli 1990, der inhaltlich auf die Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen zielte²⁰ und das Hinausdrängen NEUBAUERS aus der Partei. Im

²⁰ Der Wortlaut des „Rustorfer-Beschlusses“ lautet: „Niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen (z. B. NPD, DVU, EAP, ANF, KNS, Wiking-Jugend etc.) eine aktive Rolle gespielt hat, darf in Zukunft eine Funktion in unserer Partei übernehmen. Zur Einhaltung dieses Beschlusses bedarf es keiner Ersatz-Spruchkammer, zuständig ist dafür der Bundesvorstand.“

Gegenzug protegierte SCHÖNHUBER Funktionäre, die in organisatorischer Hinsicht keinen offensichtlichen rechts-extremistischen Hintergrund aufwiesen wie Dr. Rolf SCHLIERER, der zu seinem Stellvertreter avancierte.

Ein erneuter Positionswechsel SCHÖNHUBERS, der sich nach der vorangegangenen Niederlage seiner Partei bei der Europawahl (3,9%) im August 1994 ohne Beteiligung von Parteigremien in einer gemeinsamen Erklärung mit dem DVU-Vorsitzenden FREY für die Kooperation beider Parteien aussprach, führte zu seiner innerparteilichen Entmachtung und schließlich zu seinem Austritt aus der Partei. An seiner Stelle wurde SCHLIERER auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 in Sindelfingen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. SCHLIERER stellt sich als ein Politiker dar, der eine Modernisierung und Intellektualisierung der REP anstrebt, um sie als eine rechtskonservative Kraft im demokratischen Parteienspektrum zu etablieren. SCHLIERERS Position war zu keinem Zeitpunkt in der Partei unumstritten. Gegenwärtig verfügt SCHÖNHUBER, der nach wie vor für eine Zusammenarbeit von DVU und REP plädiert, über eine nicht unbedeutende Anhängerschaft innerhalb einzelner Landesverbände.

Die Zustimmung, die der ehemalige REP-Funktionär NEUBAUER inzwischen erfährt, darf als Beleg für die nachlassende Akzeptanz des SCHLIERERSchen Kurses gewertet werden. NEUBAUER, der sich als Mitherausgeber der Zeitschrift Nation & Europa politisch bei der von ihm mitbegründeten Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) engagiert, wurde im Laufe des Jahres von mehreren Untergliederungen der REP als Referent eingeladen, obwohl das Parteipräsidium unmittelbar vor der Europawahl mit knapper Mehrheit

ein generelles Verbot von Veranstaltungen mit dem früheren Generalsekretär und Bundessprecher der REP beschlossen hatte, was die automatische Einleitung von Parteiordnungsverfahren im Falle der Zuwiderhandlung bedeutet. Ungeachtet der Androhung von Sanktionen führte der Kreisverband Offenbach-Land am 16. Mai eine Kundgebung mit NEUBAUER als Hauptredner durch. An der Veranstaltung nahm auch der hessische Landesgeschäftsführer Hans HIRZEL teil, der bislang als loyaler Anhänger SCHLIERERS galt. Am 3. September referierte NEUBAUER vor dem REP-Landesverband Hamburg. In Anwesenheit des Landesvorsitzenden FIEDLER forderte er alle rechtsextremistischen Parteien zur Zusammenarbeit auf: „Nur wenn die Rechte enger zusammenarbeitet, hat sie Erfolg. Berührungängste sollten überwunden werden.“ SCHLIERERS „Schmusekurs“, kritisierte er, habe die Partei ins Abseits geführt. Besonders deutlich wurde die Wertschätzung, die NEUBAUER in Teilen der REP inzwischen erfährt, als er im September von den REP in Altenburg/Thüringen zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

SCHLIERERS Position ist vor allem deshalb erschüttert, weil politische Erfolge ausbleiben. Die Wahlergebnisse sprechen in dieser Hinsicht eine eindeutige Sprache: Landtagswahl in Hessen am 7. Februar: 2,7% der Stimmen, Europawahl am 13. Juni: 1,7%, Landtagswahl im Saarland am 5. September: 1,3%, Landtagswahl in Thüringen am 12. September: 0,76% (dort kandidierten die REP auf einer gemeinsamen Liste mit dem Bund Freier Bürger und einem „Bündnis 99“), Landtagswahl in Sachsen am 19. September: 1,5%, Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Oktober: 2,7%. Die für die Partei unbefriedigenden Wahlergebnisse hatten eine direkte Rück-

wirkung auf die Mitgliederentwicklung. Innerhalb eines Jahres verloren die REP 1.000 Mitglieder. Die von SCHLIERER mit dem DVU-Vorsitzenden FREY getroffenen Wahlabsprachen sollen diesen negativen Trend stoppen.

Landesverband Niedersachsen

Bundesweit befinden sich die REP, die in allen Bundesländern über Landesverbände verfügen, sowohl finanziell als auch strukturell in einer Krise. Die Ausführungen des stellvertretenden niedersächsischen Landesvorsitzenden Heinz-Otto LEHMANN in der monatlich verbreiteten Publikation Wir Republikaner in Niedersachsen beschreiben die Defizite in Hinsicht auf Motivation und Qualifikation der Parteimitglieder über Niedersachsen hinaus in exemplarischer Weise:

„Das erfolgsversprechende Gedeihen unserer Partei wird durch eine zu schmale Mitgliederbasis eingeschränkt. Unser ‚Wurzelwerk‘ ist nicht in der Lage, die vorhandenen lebensnotwendigen ‚Nährstoffe‘ in Form von Personen mit Sachverstand, Hintergrundwissen und Einsatzwillen großflächig so aufzusaugen und weiterzuleiten, wie es für das Wachsen einer mächtigen Krone, u.a. in Form von kompetenten politischen Vertretern, notwendig wäre.

Trotz aller möglichen bisherigen finanziellen ‚Düngeversuche‘ ist unser ‚Wachstum‘ insgesamt dürrftig geblieben. Offensichtlich stimmt etwas nicht mit der ‚Düngergabe‘ Finanzen.“

(Wir Republikaner in Niedersachsen, Nr. 15, April)

Die Mitgliederzahl der niedersächsischen REP stagnierte nach eigenen Angaben bei ca. 600 Mitgliedern.

Parteiinterne Auseinandersetzungen bestimmten die Entwicklung der REP in Niedersachsen auch im Jahre 1999. Kritiker des Landesvorstands strebten dessen Ablösung auf dem Landesparteitag am 15. Mai in Hannover an. Die Vorstandswahlen führten jedoch zur Bestätigung des Landesvorsitzenden Peter LAUER, der 96 Stimmen erhielt, während für seinen Gegenkandidaten Gerhard TEMPEL 48 Delegierte votierten. TEMPEL gehört dem Landesvorstand nicht mehr an, ist aber weiterhin Bundesgeschäftsführer. Mit ihm ist ein weiterer Kritiker LAUERS nicht mehr im Landesvorstand vertreten. Da LAUER als ein Vertreter der Linie des Bundesvorsitzenden SCHLIERER auf die strikte Einhaltung des Ruhstorfer Abgrenzungsbeschlusses achtet, kann seine Bestätigung auch als ein Erfolg SCHLIERERs bewertet werden. Kontakte zur NPD oder zur DVU hat es unter seiner Führung in Niedersachsen bislang nicht gegeben. Ebenso wenig sind Einladungen an NEUBAUER bekannt geworden.

Öffentlich sind die REP in Niedersachsen kaum in Erscheinung getreten. Den Europawahlkampf führten sie mit großer Zurückhaltung. Angesichts der sich hierin offenbarenden finanziellen und strukturellen Defizite hat die Parteiführung eine verstärkte Mitgliederwerbung und Jugendarbeit zu Schwerpunkten der künftigen Parteiarbeit erklärt.



Programmatik und Ideologie

Das Wertesystem der REP wurzelt in tradierten nationalkonservativen Wertevorstellungen vom Zusammenleben in menschlichen Gemeinschaften. Es ist tendenziell antiindividualistisch und steht damit in einem Spannungsverhältnis zu den im Grundgesetz verankerten Individualrechten. Die REP beklagen einen allgemeinen Werteverfall, für den sie die gesellschaftlichen Veränderungen in Folge der Studentenrevolte des Jahres 1968 verantwortlich machen.

Fixpunkt der programmatischen Vorstellungen der REP ist die Nation, deren Existenz sie durch Einwanderung bedroht sehen. Im Parteiorgan Der Neue Republikaner beispielsweise wird ausgeführt:

„Westlicher Hedonismus bedient sich zwecks Lohndumping und Rentensicherung der ‚Integration‘ von Muslimen, die aber andere Ziele verfolgen und mittels ihrer demographischen Waffe den Spieß einfach umdrehen.“

(„Das Ende des Individualismus. Reißt uns der Vormarsch des Islam endlich aus der Gleichgültigkeit?“ ,

in: Der Neue Republikaner Nr. 6, S. 7)

Ähnlich dramatisierend und diffamierend äußert sich der Parteivorsitzende SCHLIERER. Die folgenden Zitate wurden vom Parteiorgan Der Neue Republikaner unter der Überschrift abgedruckt „Deftige Sprüche, die Sie nicht in Ihrer Zeitung gelesen haben!“:

„Rot-Grün versteht unter Familienförderung die Zulassung der Homo-Ehe und die Einbürgerung von Ausländerkindern. Null-Kind für deutsche und Homo-Ehe – ein Vernichtungsprogramm für unser Volk!“

„‘Mehr Integration‘ will die CDU. Wer integriert eigentlich wen, wenn in den Großstadt-Ghettos mehr Aus-

länder als Deutsche leben? Wer integriert wen an Schulen ohne deutsche Schüler? Wir haben zu viele Ausländer, das ist das Problem!“

„Über Deutschland darf nicht die grüne Fahne des Propheten wehen, sondern nur Schwarz-Rot-Gold.“

(Der Neue Republikaner Nr. 3, S. 3)

Der Vorsitzende des bayerischen REP-Landesverbandes, Johann GÄRTNER, äußerte im Zusammenhang mit der vom bayerischen Innenminister Beckstein verfügten Ausweisung eines straffällig gewordenen türkischen Jugendlichen:

„Der Herr Beckstein soll nicht nur einen ‚Mehmet‘ als Wahlkampfschlager rausschmeißen: Die ‚Mehmet‘ stehen an jeder Straßenecke!“

(Der Neue Republikaner Nr. 3, S. 3)

Von Fremdenfeindlichkeit geprägt ist auch die Agitation der REP gegen eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Informationsschriften der REP sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Einladung zu weiterer Massenzuwanderung nach Deutschland“, einem „Anschlag auf das deutsche Staatsvolk“ bzw. von einem „Austausch des eigenen Volkes“.

Auf internationaler Ebene betrachten die REP Deutschland als das Objekt fremder Interessen. Gegen den Krieg im Kosovo beispielsweise, den die REP als Versuch der „Hegemonialmacht USA“ betrachten, Mitteleuropa in der Rolle eines Protektorats zu belassen, agitierten sie mit der Parole: „Die NATO bombt, Deutschland zahlt!“. Deutschland habe sich zum „Welthilfepolizisten einer amerikanisch dominierten internationalen Organisation gemacht“. Es sei der „Zahlmeister“ Europas, zuständig für die unangenehmen Aufgaben wie die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo, während die europäischen Partner auf Kosten des deutschen Steuerzahlers

und der deutschen Wirtschaft eine rein national ausgerichtete Interessenpolitik verfolgten. Den europäischen Einigungsprozess lehnen die REP aber nicht nur wegen einer angeblich ungleichen ökonomischen Lastenverteilung ab, sondern auch, weil er aus ihrer Sicht zum Verlust der „nationalen Identität“ führt. Am Ende dieses Prozesses seien die Deutschen „austauschbare Konsumenten in der multikulturellen Masse“.

Als Hauptgrund für die ihrer Meinung nach mangelhafte Wahrnehmung nationaler Interessen betrachten die REP eine von ausländischen Mächten interessenpolitisch instrumentalisierte „einseitige Vergangenheitsbewältigung“. Bestimmend für die diesbezügliche Kritik der REP sind revisionistische Positionen der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen durch eine Strategie des Aufrechnens. Die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin, das für den Parteivorsitzenden SCHLIERER „ein Mahnmal täglicher Selbsterniedrigung“ darstellt, wird von ihm mit folgender vergleichender Betrachtung abgelehnt:

„Anstatt das Zentrum Berlins mit einem gigantomanischen ‚Holocaust-Mahnmal‘ zu veranstalten, sollte die Politik sich endlich darum kümmern, den deutschen Opfern eine angemessene Stätte des Gedenkens zu schaffen.“

(Pressemitteilung Nr. 44 des REP-Bundesverbandes v. 25. Juni)

An anderer Stelle seiner Ausführungen nahm SCHLIERER grundsätzlich zur demokratischen Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen Stellung:

„Wer das eigene Volk mit immer monströseren Schuldbekennnissen vergewaltigt und gleichzeitig die an Deutschen begangenen Verbrechen unter den Teppich kehre, bewirke

das Gegenteil von Versöhnung.“
(Pressemitteilung Nr. 44 des REP-Bundesverbandes v. 25. Juni)

Revisionistische Positionen bestimmen auch die Auseinandersetzung der REP mit der so genannten Wehrmachtsausstellung.

Die argumentative Übereinstimmung zwischen REP und DVU in den genannten Themenfeldern ist hoch. Wenngleich zu konstatieren ist, dass die auf parlamentarische Mitarbeit zielenden REP über eine größere programmatische Bandbreite verfügen, basieren die zwischen den Parteivorsitzenden SCHLIERER und FREY getroffenen Wahlabsprachen auf einem Fundament an gemeinsamen politischen Vorstellungen. Grundsätzlich konkurrieren beide Parteien um die gleiche Wählerklientel.

Anders gestaltet sich das Verhältnis der REP zur NPD, deren systemüberwindender, auf Einbindung von Neonazis gerichteter Ansatz von den REP abgelehnt wird. Kritisch und mit einer grundsätzlichen Absage an eine Kooperation verbunden kommentierte das Parteiorgan Der Neue Republikaner das Abschneiden der NPD bei den Landtagswahlen in Hessen:

„Wer bei Altnazis und Altstasis die ‚national-soziale‘ Alternative sucht, schadet in erster Linie denen, die es ernst mit dem Schicksal unserer Nation meinen ... Wer das ‚System‘ beseitigen will, muß den Mut und die Fähigkeit zum Revolutionär haben. Daran fehlt es der NPD ebenso wie am klaren Gegenentwurf. Diese Partei ist endgültig auf dem Weg ins Abseits. Mit solchen Kräften kann und wird niemand von uns zusammenarbeiten.“

(Der Neue Republikaner Nr. 1-2, S. 3)

Insgesamt äußerten sich einflussreiche Gruppierungen und Funktionäre der REP im Berichtszeitraum unverändert ablehnend gegenüber Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und verdeutlichten – in der bundesweiten Betrachtung der REP – diese Ablehnung in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität in der Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten, bei der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, bei der Diskriminierung der islamischen Religionsausübung als „mensenverachtende und demokratiefeindliche Politreligion“ (Der neue Republikaner Nr. 9) sowie in Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zur Beobachtung der Partei „Die Republikaner“ durch den Verfassungsschutz

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat mit Urteil vom 7. Dezember entschieden, dass der Landesverband der Partei Die Republikaner (REP) vom Verfassungsschutz beobachtet werden darf. Im Ergebnis bestätigte es damit die Feststellung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Lüneburg vom 26. Juni 1997, wonach die REP verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Die Partei verwende für rechtsextreme, antidemokratische Vereinigungen typische Argumentationsmuster und greife Institutionen und Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie ständig pauschal und polemisch an.

Nach Ansicht des Gerichtes steht das so genannte Parteienprivileg einer nachrichtendienstlichen Beobachtung nicht entgegen. Vielmehr fordere der Verfassungsgrundsatz der „streitbaren Demokratie“, bei tatsächlichen Anhaltspunkten, die den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen begründeten, auch gegen eine politische Partei zu ermitteln. Eine solche Beobachtung sei nicht darauf beschränkt, einen Verbotsantrag vorzubereiten, sondern diene auch der Unterrichtung der Regierung und der Öffentlichkeit über die Entwicklung verfassungsfeindlicher Kräfte und solle diese in die Lage versetzen, sich politisch mit der Partei auseinander zu setzen.

Die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln stelle aber einen schwer wiegenden Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht einer politischen Partei dar. Insbesondere der Einsatz von V-Leuten sei geeignet, den parteiinternen Meinungsaustausch zu

verunsichern und die Willensbildung nachteilig zu beeinflussen. Im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bedürfte die heimliche Informationsbeschaffung daher besonderer Rechtfertigung. Mit dieser Frage hatte sich das Oberverwaltungsgericht nicht hinreichend befasst, so dass der Rechtsstreit vom BVerwG an das Niedersächsische OVG in Lüneburg zurückverwiesen wurde.

Dem Urteil kommt grundsätzliche Bedeutung zu, da – nach verschiedenen Obergerichten – erstmals auch das BVerwG ausdrücklich festgestellt hat, dass bei den REP tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen vorliegen; zugleich hat es Maßstäbe für die Be-

obachtung politischer Parteien durch Verfassungsschutzbehörden festgelegt. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ist der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gegen die REP möglich: Nur so können – wie auch das OVG Koblenz durch Urteil vom 10. September festgestellt hat – Erkenntnisse über die innere Struktur der REP und über Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Parteien gewonnen werden. Das OVG Koblenz hatte die Beobachtung der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln für zulässig erachtet. Diese Entscheidung ist mittlerweile rechtskräftig, da das BVerwG die Nichtzulassung der Revision durch Beschluss vom 03. März 2000 bestätigt hat.

Weitere rechtsextremistische Organisationen

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Sitz		
Bund:	Villingen-Schwenningen	
Niedersachsen:	Braunschweig	
Vorsitzende		
Bund:	Jürgen SCHÜTZINGER, Ingo STAWITZ, Andre BEIERSDORF	
Niedersachsen:	Bernd Louis HEID	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	900	700
Niedersachsen:	20	30

Die DLVH konstituierte sich im Oktober 1991 in Schwenningen als Partei mit dem Ziel, die Zerstrittenheit im deutschen Rechtsextremismus zu überwinden. Ein Hauptinitiator der Neugründung war der vormalige REP-Funktionär Harald NEUBAUER, den die REP kurz zuvor wegen der von ihm verfolgten Bestrebungen einer Zusammenarbeit mit DVU und NPD ausgeschlos-

sen hatten. NEUBAUER, der mit Peter DEHOUST die auflagenstarke rechtsextremistische Zeitschrift Nation & Europa – Deutsche Monatshefte herausgibt und über gute Kontakte zu den REP verfügt, ist bis heute der wichtigste Vertreter der DLVH.

Das Ausbleiben von Wahlerfolgen führte im Oktober 1996 zur Aufgabe des Parteienstatus. Seither setzt die DLVH ihre Arbeit als Verein fort. Sie räumt ihren Mitgliedern damit die Möglichkeit ein, sich den rechtsextremistischen Parteien REP, DVU und NPD anzuschließen.

Ihrem Charakter als Sammlungsbe-
wegung gemäß vereint sie Ideologie-
elemente des Rechtsextremismus. Die
thematische Bandbreite reicht von der

Forderung nach Rückgabe der Ostge-
biete über die Kritik an der vermeint-
lichen Unterwürfigkeit der deutschen
Politik gegenüber den europäischen
Nachbarstaaten bis zum Aufgreifen
sozialer Probleme in Verbindung mit
ausländerfeindlichen Positionen.

In Hannover führt die DLVH unter
der Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft
Ostpreußen regelmäßig Veranstaltun-
gen in einem städtischen Freizeitheim
durch.

Der Stahlhelm e.V.

Sitz		
Bund:	Düsseldorf	
Niedersachsen:	Jork, Landkreis Stade	
Vorsitzende		
Bund:	Günter DRÜCKHAMMER	
Niedersachsen:	Kai-Uwe DRÜCKHAMMER	
Mitglieder		
Bund:	1998	1999
	120	120
Niedersachsen:	25	25
Publikation:	Der Stahlhelm	

Der Stahlhelm e.V. – Bund der Front-
soldaten – wurde im November 1918
in Magdeburg als Vereinigung von
Teilnehmern des Ersten Weltkrieges
gegründet. Nach nationalsozialisti-
scher Gleichschaltung bzw. Umbenen-
nung in „Nationalsozialistischer deut-
scher Frontkämpferbund“ 1934 und
formeller Auflösung 1935 reorganisier-
te sich der Stahlhelm 1951. Bundesfüh-
rer in den Jahren 1953 bis 1958 war
der ehemalige Generalfeldmarschall
Albert Kesselring. Der ehemalige
Großadmiral Karl Dönitz erhielt den
Status eines Ehrenmitgliedes.

Der Verein gliedert sich in Landes-
verbände bzw. Gaue. Der seit Anfang
des Jahres 1997 bestehende Landesver-

band Niedersachsen ist aus der 1983
gegründeten Ortsgruppe Jork des
Stahlhelm hervorgegangen. Der Bun-
desverband wird von Günter DRÜCK-
HAMMER („Erster Bundesführer“), der
Landesverband Niedersachsen von sei-
nem Sohn Kai-Uwe geleitet, der
zugleich Bundesjugendführer ist.
Neben Niedersachsen verfügt der
Stahlhelm über weitere Landesverbän-
de in Rheinland-Pfalz und im Saarland
sowie über eine Untergliederung in
Flandern/Belgien.

Charakteristisch für die Weltanschauung des Stahlhelms sind die Ideologeelemente Nationalismus und Militarismus. Im Mittelpunkt der programmatischen Ausrichtung des Stahlhelm steht die gebietsrevisionistische Zielsetzung, die sich in der Vereinszeitschrift Der Stahlhelm dokumentiert:

„DER STAHLHELM erklärt, daß er den durch den alliierten Druck, unter Mithilfe deutscher Politiker geschaffenen Zustand nicht anerkennt.

DER STAHLHELM fordert den deutschen Nationalstaat, das Widerrufende der Kriegsschuldfrage, das Deutschland die Alleinschuld der beiden Weltkriege anlaste.

DER STAHLHELM fordert die Korrektur der deutschen Ostgrenzen, er fordert die Hoheit über die völkerrechtswidrig geraubten Landesteile im Osten und Sudeten.

DER STAHLHELM fordert die Wiederanerkennung der Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen der deutsche Soldat in zwei Weltkriegen ehrenvoll, tapfer und aufopfernd bis zum letzten Mann gekämpft und gelitten hat ...“
(Der Stahlhelm Nr. 1/2, S. 11, Fehler aus dem Original übernommen)

*Meine Frau und ich sind
30 Jahre alt und*

im STAHLHELM !

*Meine Tochter und mein Sohn, sind
16 Jahre alt und*

im JUNGSTAHLHELM !

Und meine jüngeren Kinder, sind
im SCHARNHORST-Bund !

Und wo bleibst DU ?

DER STAHLHELM e.V. Amt für Information u. Werbung
- Info. gegen 3 DM in Briefmarken

Eine Nähe des Stahlhelms zum historischen Nationalsozialismus wird deutlich in der regelmäßigen Glorifizierung von maßgeblichen Vertretern des 3. Reiches in der Vereinszeitschrift, wie Otto-Ernst REMER, Generalmajor des Wachbataillons „Groß-Deutschland“ (Ausgabe Nr. 11/12 von 1997, S. 3) und des ehemaligen Reichs-Stahlhelmführers Franz Seldte, der im 3. Reich Arbeitsminister war. Die anlässlich der Jubiläumsfeier zum 80-jährigen Bestehen des Stahlhelms im November 1998 vorgestellte Änderung der Organisation trat 1999 in Kraft. In der neuen Struktur werden erstmalig alle Altersgruppen erfasst. Demnach werden Kinder im Stahlhelm-Spielkreis, Personen bis 18 Jahre im Scharnhorst-Bund, Personen bis 30 Jahre im Jungstahlhelm-Bund, Personen über 30 Jahre als Stahlhelm-Mitglied sowie Frauen im Stahlhelm-Frauenbund organisiert.

In der Ausgabe Nr. 5/6 des Stahlhelms wird unter der Überschrift „1. Pfingstbiwak unseres Scharnhorst“ ein Artikel über ein Zeltlager der Scharnhorst-Gruppen zu Pfingsten 1999 veröffentlicht. Zur Eröffnung des Biwaks habe der Stahlhelm-Bundesjugendführer die Bedeutung der verstärkten Jugendarbeit hervorgehoben:

„Heute am 15. Mai des Jahres 1999 weht seit langer Zeit wieder die Fahne des Scharnhorst über uns, diese Fahne, unter der Ihr, meine Scharnhorst-Kameraden, für die Freiheit unseres geliebten Vaterlandes streiten sollt, unter der Ihr gemeinsam Kameradinnen und Kameraden suchen sollt, um zu wachsen, um Kameradschaft zu erleben und zu erlernen, Ihr die Ihr Vorbilder unserer Jugend werden sollt ...“
(Der Stahlhelm Nr. 5/6, S. 6)

Mit der angestrebten Einbindung von Frauen, Mädchen und Kindern hat der Stahlhelm die Voraussetzung dafür

geschaffen, insbesondere Familien der Mitglieder in den Verein aufnehmen und entsprechend den eigenen Anschauungen beeinflussen zu können. Mit den auf verschiedene Altersgruppen zielenden Veranstaltungen angeboten wie „Spielkreise am Wochenende, Bastelnachmittage, Zelten und Lagerfeuer, Ausmärsche für die Kleinen und Märsche für die Größeren und ganz Großen“ ist der bisher stagnierende Verein um eine breitere Rekrutierungsbasis bemüht.

Die Aktivitäten des bisher 25 Mitglieder umfassenden Landesverbandes Niedersachsen beschränken sich im Wesentlichen auf regelmäßig im vereinseigenen Heim in Jork stattfindende Kameradschaftsabende. Gelegentlich durchgeführte Biwaks und Wehrsport-Aktivitäten jüngerer Mitglieder belegen militaristische Tendenzen.

Eine Abordnung des niedersächsischen Landesverbandes nahm im Juli an der Einweihungsfeier des Vereins-



heimes des Stahlhelm-Landesverbandes Rheinland-Pfalz und an einer Feier anlässlich eines vom Stahlhelm-Verband Flandern in Belgien durchgeführten Heldengedenktages teil.

Der Finanzbedarf wird aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem Verkauf der zweimonatlich erscheinenden Publikation Der Stahlhelm gedeckt.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)

Sitz:	Kaufbeuren
Vorsitzender:	Georg-Albert BOSSE, Wolfsburg
Publikation:	Recht und Wahrheit (zweimonatlich als Doppelausgabe, Auflage ca. 2.500)

Die DDF wurde 1983 von dem ehemaligen Wehrmachtsgeneral und 2. Vorsitzenden der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP), dem 1997 verstorbenen Otto Ernst REMER gegründet. REMER verherrlichte das NS-Regime und hielt am Ziel der Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches“ fest.

Seit 1995 besitzt die DDF keine organisatorischen Strukturen mehr. Sie ist heute nur noch als „Ein-Mann-Ver-

ein“ des Georg-Albert BOSSE, der 1989 zum Vorsitzenden gewählt wurde, anzusehen. BOSSE ist vom Landgericht Braunschweig wegen Leugnung des Holocausts und wegen fortgesetzter Volksverhetzung bereits mehrfach verurteilt worden.

Die Aktivitäten der DDF beschränken sich auf die zweimonatige Herausgabe der Publikation Recht und Wahrheit durch BOSSE als Alleinverantwortlichen sowie auf die ein- bis zweimal im Jahr stattfindenden Recht und Wahrheit – Lesertreffen, an denen Gesinnungsgenossen zahlreicher rechtsextremistischer Organisationen teilnehmen. Am Lesertreffen in Hessesch-Lichtenau im Oktober beteiligten sich ca. 150 Personen.

Recht und Wahrheit enthält Artikel verschiedener rechtsextremistischer Autoren. Die Zeitschrift propagiert nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Charakteristisch für die DDF ist die Verbreitung geschichts- und gebietsrevisionistischer Thesen. Die folgenden Ausführungen des Vorsitzenden BOSSE in Vorworten von Recht und Wahrheit sind exemplarisch für die Argumentationsmuster der DDF:

„Hüten wir uns aber vor den Listen unseres Gegners, der übernehmen will, was unser ist. Wachen wir über die Aufrichtigkeit unseres Denkens, Fühlens und Wollens, das ohne Wenn und Aber Deutschland gilt, dem Land unserer Väter, dem Land unserer Kinder und Kindeskinde. Wenn uns Deutschland genommen

wird (und wir uns kampfflos nehmen lassen, was unser Leben ausmacht), gibt es uns bald nicht mehr!“

(Recht und Wahrheit Nr. 5/6)

„Die geschichtliche Krisensituation, in der wir Deutschen uns befinden, hält schon viel zu lange an, als daß man noch Hoffnung auf eine alsbaldige Genesung des Patienten hegen könnte. Seit 1945 torkelt der Patient von einer lebensbedrohenden Krise in die andere ... Geno- wie Phänotypus dieses Volkes sind natürlich keine Krankheit. Aber dieses Volk soll – das will nicht Gott, das wollen seine Feinde! – sich selbst und seine Eigenart verleugnen. Es soll und darf nicht so sein, wie es ist, sondern hat gefälligst so zu sein, wie seine Führer es sehen wollen. Im Gegensatz zu der ihm auferlegten Selbstverleugnung – welch absurde, schizophrene Forderung! – habe es andersherum das charakteristische Anderssein der bei ihm Gastrecht genießenden fremden Völkerschaften anzuerkennen sowie deren Religionsbräuche zu respektieren. Als Beispiel werden ihm in Deutschland lebende Juden, Moslems, Hindus und Buddhisten vorgehalten.“

(Recht und Wahrheit Nr. 3/4)



Freundeskreis Deutschland e. V.

Sitz:	Colnrade, Landkreis Oldenburg	
Mitglieder:	1998	1999
	20	20
Publikation:	Der Hermann und der Hermannsruf	

Der Freundeskreis Deutschland e.V. mit Sitz in Colnrade, Landkreis Oldenburg, wurde am 14. September 1996 gegründet. Er beschreibt sich selbst:

„Freundeskreis Deutschland e.V. = Basisdemokratische außerparlamentarische Opposition zur Bewahrung des eigenen Rechts und der eigenen Kultur. Kurz, der Freiheits- und Friedenswille einfacher Menschen!“
(Undatierte Druckschrift „Freundeskreis Deutschland e. V. – Das sind wir!“)

Der Verein, der sich aus Mitgliederbeiträgen und Spenden finanziert, nutzt einen im Eigentum seines Vorsitzenden stehenden alten Bauernhof im Landkreis Diepholz, den er im Rahmen regelmäßiger „Gemeinschaftsdienste“ als Vereinsheim „Auehof“ umbaut. Er hat über Funktionäre, Mitglieder und Förderer Kontakte zu anderen rechts-extremistischen Organisationen wie z.B. der NPD, der DVU, den REP und Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland.

Die weltanschaulichen Grundsätze des Vereins, der rund 20 Mitglieder umfasst, sind den unregelmäßig erscheinenden Vereinspublikationen wie der Hermann oder Der Hermannsruf zu entnehmen. Bereits die Titel der Publikationen haben einen programmatischen Aussagewert. Hermann der Cherusker symbolisiert eine Epoche der deutschen Geschichte, die vom Freundeskreis Deutschland idealisiert wird. Der Kampf Hermanns gegen die römische Fremdherrschaft wird als Vor-

bild betrachtet für den geforderten kulturellen Kampf gegen die amerikanische Fremdbestimmung:

„Auch unsere Eigenheit ist seit vielen Jahrzehnten bedroht. Nicht vom ‚Imperium Romanum‘, nein, wir haben es heute mit dem ‚Drachen der Lüge‘ zu tun: dem ‚Imperium Americanum‘ ... Unser Geisteserbe wurde durch nicht endende kulturelle Bevormundung und verordnetes ‚Importdenken‘ verdrängt: die Weiterführung des Krieges mit anderen Mitteln! Nur noch eine verfolgte Sich-selbstbewußte Minderheit bewahrt dieses Erbe nach Kräften.“

(Der Hermannsruf Nr. 2, Hartung [Januar] 2000)

Diesem Verständnis gemäß begreift sich der Freundeskreis als „gänzlich unamerikanische Gemeinschaft“. Diese Amerika-Ablehnung, in der die „Ideologie der Globalisierung“ gleichgesetzt wird mit „Amerikanisierung“, impliziert eine grundlegende Gegnerschaft zu den für die freiheitliche demokratische Grundordnung konstitutiven Individualrechten:

„Dieser Ideologie liegt das Axiom – ein nicht zu beweisender Grundsatz – von der Gleichheit und Einheit der Menschheit zugrunde. Nach ihm besteht so etwas wie der universelle Mensch und darum auch eine einheitliche Geschichte.“

(„Globalisierung – Ideologie und Strategie“, Beilage zum 2. Hermannsruf).

Die Ablehnung der behaupteten amerikanischen Bevormundung stützt sich auf einen antipluralistischen und völkisch-kollektivistischen Standpunkt. Der Freundeskreis Deutschland sieht die Zukunft des deutschen Volkes bedroht durch die „Entfremdung von der eigenen ‚Eigenart‘ „ und – in letzter Konsequenz – durch einen „geplanten Ethnozid, die kulturelle Auslöschung“.

Kennzeichnend für die weltanschaulichen Grundsätze des Freundeskreises Deutschland ist eine auf völkischem Denken basierende nationalistische Ausrichtung. Zentrale Kategorie ist hierbei die „Volksgemeinschaft“. Das Volk wird als homogene Einheit, als eine Unterschiede negierende völkische Gemeinschaft gesehen. Forderungen wie die „Bildung volksbewusster Persönlichkeiten“, die „solidarische Volksgemeinschaft“, die „Gesundung unseres Volkes“ sowie die Schaffung einer „natürlichen Ordnung“ sind Ausweis dieses völkischen Denkens:

„Unser Bekenntnis ist die deutsche Nation, gebildet durch unser Volk mit all seinen Stämmen ... Die Freiheit und Souveränität unseres deutschen Volkes zu erhalten und seinen Fortbestand als Nationalstaat zu sichern, ist oberstes Ziel.“

(Grundsatzpapier des Freundeskreises Deutschland, September 1996)

Der Freundeskreis Deutschland proklamiert einen „kulturellen Widerstand“ gegen eine Situation, die als „Volks-

drangsale“ beschrieben wird. Fremdenfeindliche Akzente enthält insbesondere die polemische Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft in verunglimpfender Form:

„Überall – insbesondere in den Ballungsräumen, den ‚multikriminellen Zonen‘ – streben negative Kräfte, oft fremden Ursprungs, nach kulturellem und politischem Einfluß.“
(Flugblatt des Freundeskreises Deutschland)

Die weltanschaulich begründete Ablehnung der Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates orientiert sich am „Neugermentum“ und der germanischen Götter- und Mythenwelt. Dieses ideologische Fundament wird in dem auf rechtsextremistischen Kategorien wie Gefolgschaft und Führertum basierenden Politik- und Gemeinschaftsverständnis deutlich. Die Gruppe betrachtet sich als Gemeinschaft, die die Lücke zwischen den Herrschenden und dem Willen des Volkes schließt:

„Die Stärkung unserer volkseigenen Abwehrkräfte ist für die Zukunft die Voraussetzung, dem undemokratischen Treiben Einhalt zu gebieten. Die Besinnung auf unser Wesen und die Förderung der inneren Kraft unserer Eigenart sind die Grundlage für die Wiedererlangung der geistigen und praktischen Souveränität unserer Nation. Das erreichen wir durch unsere Brauchtumsarbeit an der Wurzel unseres Volkes.“

(Undatierte Druckschrift „Freundeskreis Deutschland e. V. – Das sind wir!“)

Neue Rechte

Bei der Neuen Rechten handelt es sich um

„eine intellektuell vergleichsweise anspruchsvolle Strömung des Rechtsextremismus, die sich am Vorbild der 'Konservativen Revolution' der Weimarer Republik orientiert, mit einer metapolitischen Strategie in erster Linie auf die Umwertung bestehender Werte zielt.“²¹

Die Neue Rechte stellt keinen in sich gefestigten Personenzusammenschluss, sondern eine Vielzahl ideologischer Plattformen besonders jüngerer intellektueller Kreise dar – als Modernisierung und Intellektualisierung des Rechtsextremismus. Darüber hinaus rezipiert die Neue Rechte Ideen der französischen Nouvelle Droite um den Publizisten Alain de BENOIST.²²

Die der Neuen Rechten mit dem traditionellen Rechtsextremismus gemeinsame Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates wird getragen von den ideologischen Grundmustern Antiliberalismus (Forderung nach einem autoritär geführten Staat mit elitären Strukturen), Antiparlamentarismus, völkischer Nationalismus, völkischer Kollektivismus (an der Ideologie der Volksgemeinschaft ausgerichtete antiindividualistische Kollektivorientierung unter Missachtung der universellen Menschen- und Bürgerrechte), Ideologie der Ungleichheit, Homogenitätsstreben sowie einem Freund-Feind-Politikverständnis (Forderung

von Homogenität im innen- sowie Kampfbereitschaft im außenpolitischen Bereich).

Publikationen

Zu den rechtsextremistischen Periodika, die ein Forum bieten für die Ideologiebetrachtungen der Neuen Rechten, gehören die seit 1951 erscheinende Coburger Monatsschrift Nation & Europa (Auflage: 10.000). Die von Manfred ROUHS vierteljährlich herausgegebene Zeitschrift Signal – Das patriotische Magazin (früher: Europa Vorn), die von Hans Ulrich SANDER monatlich edierte Zeitschrift Staatsbriefe sowie die zweimonatlich vom rechtsextremistischen Verlag der Freunde (VdF) herausgegebene Zeitschrift Sleipnir bieten ein Forum für Autoren der Neuen Rechten.

Bedeutendstes Publikationsorgan für die Neue Rechte ist die in einer Auflage von etwa 20.000 Exemplaren erscheinende Wochenzeitung Junge Freiheit, zu deren Autoren Vertreter unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen sowie auch des demokratischen Konservatismus zählen. Die Junge Freiheit – ihrem Selbstverständnis gemäß parteipolitisch ungebunden – versteht sich als moderne national-konservative Zeitung, die bestrebt ist, zunächst durch Besetzung von Themen im vopolitischen Raum und durch die angestrebte Vernetzung der „patriotischen“ Kräfte in Deutschland eine rechtsintellektuelle Subkultur zu schaffen, die als Basis zur längerfristigen Durchsetzung eigener politischer Zielvorstellungen dienen soll. Die politischen Themenschwerpunkte der Jungen Freiheit – Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses, Thematisierung eines „Werteverfalles“ und eines „Verlustes der nationalen Iden-

²¹ Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I: Literatur, Köln 1989, S. 136.

²² Die von BENOIST 1968 gegründete Denkschule G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) erhält ein Forum für ihre Programmatik in den Zeitschriften Nouvelle École, Éléments sowie Krisis.

SIGNAL

DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN

**Krieg
auf dem
Balkan:**

Franz Schönhuber:
Verbrannte Erde?

*Prof. Dr. Hrvoje
Lorkovic:*

**KOSOVO - Mythen,
Rechte, Vorwände**

Europas Kolonialherren greifen an!

Dr. Franz Uebe-Wentler:
Deutsche Wehrmacht
traditionsunwürdig?

tität“, Forderung nach einem „starken Staat“ sowie Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen – spiegeln die ideologischen Merkmale der Neuen Rechten wider.

In das Konzept des Ethnopluralismus gekleidete fremdenfeindliche Akzente enthält z. B. der in der Jungen Freiheit (Nr. 6, 5. Februar, S. 16) veröffentlichte Beitrag „Ein Volk steht am Scheideweg“, in dem die Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft als „Austausch des Staatsvolkes“ bezeichnet wird. Das für die Neue Rechte charakteristische Streben nach einer ethnisch reinen und kulturell homogenen Gesellschaft sowie die ethnische Definition des Volkes enthalten fremdenfeindliche Positionen:

„Tatsache ist, daß Türken mit einem deutschen Paß in der Tasche bleiben, was sie sind. Denn für sie ist Nationalgefühl keine Frage der Papiere, sondern der Kultur und Religion ... Da es sich um die permanente Veränderung des Staatsvolkes handelt, wird man zweifeln dürfen, ob so dem deutschen Volke gedient wird und ob derartige Maßnahmen geeignet sind ... Schaden von ihm abzuwenden. Die türkischen Absichten laufen praktisch auf die Etablierung einer türkischen Minderheit in Deutschland hinaus, die – mit dem Völkerrecht im Rücken – politische Forderungen geltend machen kann.“

Im Sinne des Ethnopluralismus propagiert ein in der Jungen Freiheit veröffentlichter Beitrag „Multiple Identität“ (Nr. 34, 20. August, S. 16) die Entwicklung eines europäischen Ethos der Selbstverpflichtung zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklung Europas zu einer Zuwanderergesellschaft, zu einem „melting pot“ unterschiedlicher Ethnien:

„Das brasilianische Modell würde völlige ethnisch-kulturelle Vermischung und Nivellierung auf den simpelsten zivilisatorischen Nenner bedeuten. Die Balkanisierung hingegen würde eine Überschichtung der Ethnien in Form einer brisanten Gemengelage bedeuten ... Rassenkriege ... und härteste soziale Unruhen wären zwangsläufig die Folge ... Die vernünftige Alternative zu dieser Ghettogesellschaft ... wäre die Erhaltung des historisch gewachsenen, europäischen Ethnopluralismus: die Erhaltung der Völker und Volksgruppen möglichst in ihren traditionellen Siedlungsgebieten und Identitäten.“

Die anti-egalitäre Ausrichtung neuerer Ideologie manifestiert sich in dem von Pierre KREBS, dem Gründer des rechtsextremistischen Thule-Seminars, verfassten, in der Jungen Freiheit (Nr. 41, 8. Oktober, S. 13) sowie in der Deutschen Stimme (Nr. 9, S. 11) besprochenen Buchs „Im Kampf um das Wesen“, in dessen Kapitel „Americapolis oder die westliche Besetzung der Welt“ KREBS das „anorganische Modell der universalen Gleichheitsgesellschaft amerikanischen Zuschnitts“ kritisiert; die „multirassische Gesellschaft“ begehe „Ethnosuizid“, indem sie Völker und Rassen vermische.

Für die Neue Rechte charakteristische geschichtsrevisionistische Akzente, insbesondere die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, sind regelmäßig in Beiträgen der Jungen Freiheit enthalten. Insbesondere die Ausgabe Nr. 21 vom 21. Mai enthält in dieser Hinsicht Beiträge wie „Holocaust-Kultur“, „selektive Vergangenheits-Überwältigung“, „Produkt alliierter Umerziehungsstrategie“ und „Zeugnis nachkriegsdeutscher Beflissenheit zur Selbstbeschränkung“ (gemeint ist das Grundgesetz).

Linksextremismus

Einführung

Die beiden philosophischen Denktraditionen Kommunismus und Anarchismus, deren Entstehen in das 19. Jahrhundert zurückreicht, sind für den Linksextremismus in ideengeschichtlicher Hinsicht konstitutiv. Verbindendes Element aller linksextremistischer Strömungen ist die Überhöhung des Gleichheitsgedankens. Kommunismus und Anarchismus unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Während der weitgefaste Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen individuelle Freiheitsrechte überdeckt, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisation und damit Machtstrukturen schlechthin ab. Beide Richtungen orientieren sich jedoch an der Utopie einer klassen- oder herrschaftsfreien Ordnung, d.h. der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf vorzuleben versuchen („Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen“), lehnen auf Zwang beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft wie die von Kommunisten geforderte Diktatur des Proletariats ab. Insgesamt sehen sich Linksextremisten in der Tradition der Werte der Aufklärung, insbesondere der Errungenschaften der französischen Revolution.

Neben den sich dogmatisch an den Lehren von Marx, Engels und Lenin ausrichtenden Organisationen (Marxisten-Leninisten) wie DKP, KPF und

MLPD entwickelten sich seit Mitte der 70er-Jahre aus dem antibürgerlichen Spontaneismus hervorgegangene undogmatische Gruppierungen zu einer zweiten linksextremistischen Hauptströmung. Zu nennen sind hierbei vor allem autonome Zusammenschlüsse.

Gemeinsam ist allen Linksextremisten die aus einer antikapitalistischen Ideologie abgeleitete Forderung nach Überwindung des als faschistisch, imperialistisch und rassistisch charakterisierten politischen Systems. Während die marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisationen weitgehend in bloßer Systemkritik verharren, legitimieren die Autonomen ihre konkreten politischen Aktions- und Themenfelder – Antifaschismus, Antirassismus, Antiimperialismus – als Widerstandsbewegung gegen diese dem System analytisch zugeordneten Attribute.

Von zentraler Bedeutung für das internationalistische Engagement aller Linksextremisten ist die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie, nach der der Kapitalismus andere Staaten zur Lösung seiner Probleme durch die „Macht seines Finanzkapitals“ sowie durch „Imperialistische Kriege“ unterwerfe. Auch die Gruppierungen des inzwischen nahezu bedeutungslosen linksextremistischen Terrorismus legitimierten ihre Anschläge mit antiimperialistischen Begründungsmustern.

Während die Autonomen in ihrem eher sprunghaften Aktionismus keine konkreten politischen Konzepte anbieten, bildet das Staats- und Gesellschaftssystem der ehemaligen DDR einen ideologischen Fixpunkt für DKP und KPF. Von daher überrascht es nicht, dass sich beide Organisationen, die sich als Fortführung des Kommunismus über dessen historisches Ende hinaus verstehen, wechselseitig als

politische Bündnispartner begreifen. Ihre Bedeutung im gesamten linksextremistischen Spektrum ist relativ gering.

Das konkrete politische Handeln der Autonomen ist in erster Linie antifaschistisch motiviert. Ihr spezifisches Antifaschismusverständnis dient als moralische Legitimation für zunehmend gewaltsame Aktionen, insbesondere gegen rechtsextremistische Organisationen und Personen. Hierin versuchen Autonome einen Brückenschlag zum demokratischen Engagement gegen rechtsextremistische Strukturen herzustellen.

Neben diesen antifaschistisch motivierten Aktionen gegen Rechtsextremismus konzentriert sich autonomes Handeln darüber hinaus auf Themenfelder mit Symbolcharakter für das abgelehnte politische System – Widerstand gegen Kernenergie, Gentechnik, Asylrechtspolitik und EXPO – sowie auf die Auseinandersetzung mit dem als

„Repressionsapparat“ bezeichneten Staat.

Am autonomen Widerstand gegen die EXPO können die autonomen Argumentationsmuster exemplarisch aufgezeigt werden. Nach diesem Verständnis repräsentiert die EXPO die „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates, denen die Menschen im kapitalistischen System ausgeliefert seien.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld für autonome Aktionen ist der Widerstand gegen Kernenergie, der im Vergleich zum EXPO-Widerstand in den Hintergrund trat, weil 1999 keine Castor-Transporte durchgeführt wurden. Bei Wiederaufnahme der Castor-Transporte wird dieses Aktionsfeld für die autonome Bewegung wieder an Bedeutung gewinnen. Das Ausmaß des Protestes kann als Indikator für die Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der autonomen Bewegung und darüber hinaus auch anderer Gruppierungen des Linksextremismus gelten.

Autonome

Anhänger	1998	1999
Bund:	7.000	über 7.000 davon über 6.000 militante Linksextremisten
Niedersachsen:	670	670
Publikationen		
Bund:	INTERIM, Berlin (zweiwöchentlich) radikal (unregelmäßig)	
Niedersachsen:	RAZZ, Hannover (monatlich) EinSatz!, Göttingen (monatlich) BRAST, Göttingen (monatlich) göttinger Drucksache (wöchentlich) alhambra, Oldenburg (monatlich) NO RESPECT, Oldenburg (unregelmäßig) Revolution Inside, Oldenburg (unregelmäßig) Fight back!, Braunschweig (zweimonatlich)	

Ideologisch orientiert sich die heutige autonome Bewegung an dem anarchistischen undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung der 60er-Jahre und deren fundamentaler Kritik an der als materialistisch, imperialistisch und faschistisch bezeichneten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Diesen undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung kennzeichnete eine radikale Kritik an dem als bürokratisch dargestellten Organisationsverständnis des Marxismus-Leninismus (straffe zentralistische Partei, revolutionäre Avantgarde). Die zentralen Begriffe Spontaneität, Autonomie der Lebensweise und Selbstorganisation der „Unterdrückten“ korrespondierten mit dem Gesellschaftsentwurf des Anarchismus: Selbstorganisation des menschlichen Zusammenlebens anstelle staatlicher Ordnung, die Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“.

Die Autonomen besitzen keine einheitliche Gesellschaftsutopie. Vorherrschend sind neben anarchistischen

(„herrschaftsfreie Gesellschaft“) und anarcho-kommunistischen Ideen (Ablehnung jeden Privateigentums – „Alles gehört allen“) vor allem Kapitalismus- und Imperialismuskritik. Einigkeit besteht in der Gegnerschaft zum kapitalistischen System als angeblicher Ursache aller gesellschaftlichen Missstände. Erst diese Gegnerschaft zum Staat und zum Kapitalismus wirkt integrierend auf die autonome Bewegung, erst der Widerstand gegen die herrschenden gesellschaftlichen Normen ermöglicht eine Identitätsstiftung.



Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO)

Die grundsätzliche Ablehnung hierarchischer und bürokratischer Strukturen führte Anfang der 90er-Jahre zu Kritik innerhalb des autonomen Spektrums. Bemängelt wurde das Fehlen von verbindlichen Strukturen, was die kontinuierliche Entwicklung von Theorie und Praxis verhindere; effektive Arbeit sei nur in einer organisierten Bewegung möglich. Als Ergebnis der durch diese Kritik ausgelösten „Organisierungsdebatte“ schlossen sich Befürworter einer Vernetzung 1992 zur Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) zusammen.

Trotz vorhandener Fluktuation innerhalb der AA/BO ist die Gesamtzahl der Mitgliedsgruppen seither relativ konstant geblieben. Ende 1999 gehörten ihr 11 autonome Antifa-Gruppen aus 9 Städten an, darunter aus Niedersachsen die Autonome Antifa (M)²³ (AA[M]) aus Göttingen sowie das Braunschweiger Antifaschistische Plenum (AP) mit dessen Jugendorganisation Jugend Antifa Aktion (JAA). Weitere Gruppen kommen u.a. aus Bonn, Berlin, Hamburg, Nürnberg und Passau.

Ihrem Selbstverständnis eines revolutionären Antifaschismus gemäß versteht sich die AA/BO als „ein möglicher Ansatz revolutionäre antifaschistische Politik zu betreiben“. Ziel der AA/BO ist es, „die Zersplitterung der Linken längerfristig zu überwinden“. Grundlegend ist eine fundamentale Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland:

„Nur durch die Entwicklung einer eigenständigen revolutionären Politik, die den nach einer Systemalternative suchenden Menschen eine wirkliche Perspektive bietet, kann auch den Nazis erfolgreich entgegengetreten und das Wasser abgegraben werden ... Dazu gehört auch, den antifaschistischen Kampf radikal und klassenkämpferisch zu führen.“

(Zitiert nach einem Reader über das von der AA/BO organisierte „antifaschistische Camp“ bei Witzenhausen vom 1.-5. Juli 1998)

Erforderlich sei der „revolutionäre Klassenkampf und das Arbeiten an der kommunistischen Perspektive“.

Ein wichtiges Aktionsfeld der AA/BO war auch im Jahr 1999 der Kampf gegen rechtsextremistische Strukturen. Dazu zählen aus autonomer Sicht in erster Linie militante Aktionen gegen Personen und Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Schwerpunktmäßig widmete sich die AA/BO der Durchführung ihrer Kampagne „Antifa Offensive 99“, an der sich im Laufe des Jahres bundesweit über 30 Gruppierungen beteiligten. Das Ziel der Kampagne war die stärkere Einbindung anderer nicht der AA/BO angehörender Antifa-Gruppen. In einem im Juli von der Göttinger AA(M) über das Internet veröffentlichten Strategiepapier zur „Antifa Offensive 99“ unter



²³ Das M steht für das Treffdatum der Gruppe, den Mittwoch.

Den rechten Vormarsch stoppen!



Mit uns zusammen...?!

Dann setzt Dich mit uns in Verbindung.

Oder komm einfach

vorbei, nimm ein oder zwei Getränke zur Dir und hinein in einen kommunikativen Abend an einem Tisch voll mit aktiven (autonomen) AntifaschistInnen.

*Jeden 1. und 3. Freitag im Monat
21.30 Uhr – 0.00 Uhr*

Autonome Antifa [M]

organisiert in 

*Kampf auf der Straße, Kampf in der
Fabrik das ist unsere Antwort auf
ihre Politik!*



dem Titel „Den rechten Vormarsch stoppen!“ wird das Ziel der Kampagne – die „antifaschistische Organisierung voranzutreiben“ – deutlich. Als gemeinsame bundesweite Initiative sollte die Kampagne neue Ideen, Aktionsformen und Konzepte entwickeln, damit „Antifa-Gruppen wieder aus einer Position der Stärke heraus agieren“ könnten. Diese „Position der Stärke“ bilde dann die „Grundlage, den faschistischen Großaufmärschen erfolgreiche Aktionen entgegenzusetzen“:

„Im Rahmen der Kampagne wird es das ganze Jahr hindurch koordiniert Aktionen, Veranstaltungsreihen, Infotouren, Konzerte und Demonstrationen gegen Strukturen der NPD/JN, Unabhängige Kameradschaften, rechte Subkultur, 'akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen', die Republikaner, Burschenschaften oder die DVU geben.“

Die Aktionsformen innerhalb der Kampagne „Antifa Offensive 99“ entsprechen dem militanten Selbstverständnis der innerhalb der AA/BO vertretenen autonomen Gruppen. Die Göttinger Autonomen-Zeitschrift EinSatz! berichtete fortlaufend über die im Rahmen der „Antifa Offensive 99“ stattfindenden Aktionen. Die Ziele der Kampagne hatte die AA(M) in der Ausgabe 36 des Blattes vom Februar/März erläutert:

„Es geht darum, antifaschistischer Politik wieder mehr eigenes Profil zu verleihen und der Bewegung selbst größeren Stellenwert zu verschaffen. Praktisch soll dies mit Aktionen umgesetzt werden, die sich gegen den organisierten Neofaschismus richten, vor allem gegen die Strukturen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und deren Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN). Aber auch 'Unabhängige

Kameradschaften' und 'akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen' gelten als wichtige Angriffspunkte. Ort, Zeit und Form der Aktionen sollen dann aber nicht von den Nazis diktiert, sondern eigenständig bestimmt werden.“

Dieser Zielsetzung gemäß – zu agieren statt zu reagieren – organisierte die Göttinger AA(M) am 26. Juni eine Demonstration unter dem Motto „Den rechten Vormarsch stoppen!“ gegen die neonazistische Kameradschaft Northeim des ehemaligen Landesvorsitzenden der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Thorsten HEISE, mit etwa 500 überwiegend dem autonomen Spektrum zuzurechnenden Teilnehmern. Einzelne autonome Gruppen stellten auch solche Aktionen unter das Motto der „Antifa Offensive“, die entgegen der Intention der Kampagne reine Reaktionen auf Aufmärsche von Rechtsextremisten darstellten.²⁴

Die Bemühungen der AA/BO, über die Grenzen Deutschlands hinweg Kontakte zu knüpfen, werden deutlich in einem Nachbereitungspapier der Mitgliedsgruppe Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) zur Anti-EU-Demonstration am 29. Mai in Köln, in dem die Bildung eines europaweiten Antifa-Blocks als Erfolg im Sinne der Bündnisbemühungen dargestellt wurde. Die AAB sieht als Fazit die Notwendigkeit, die AA/BO weiter zu öffnen und sich um die Antifa-Gruppen zu bemühen, die sich in der „Antifa Offensive“ engagieren. Als Beispiele für notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurden die Kontakte mit Antifaschisten aus Skandinavien

²⁴ Zu den Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten im Zusammenhang mit dem von den Autonomen proklamierten revolutionären Antifaschismus (vgl. den Abschnitt Aktionsfeld Antifaschismus).



und Frankreich sowie aus osteuropäischen Ländern herausgestellt.

Ein weiterer bundesweiter Zusammenschluss von Antifa-Gruppen, der sich weniger verbindlich gibt und ohne starre Konzepte auskommen will, firmiert unter der Bezeichnung Bundesweites Antifa Treffen (BAT). Die ideologischen Differenzen zu der für das autonome Selbstverständnis hierarchisch strukturierten und straff organisierten AA/BO sind hierbei beträchtlich. Eine Zusammenarbeit findet daher nur sporadisch und anlassbezogen statt, zuletzt 1997 bei gemeinsamen Aktivitäten zur Verhinderung von rechtsextremistischen Aufmärschen zum „Rudolf-Heß-Gedenktag“.

Publikationen

Regional und überregional erscheinen, teilweise auch konspirativ hergestellte Publikationen haben innerhalb der linksextremistischen autonomen Szene Bedeutung beim Informationsaustausch und als Diskussionsforum.

„Bastelanleitungen“ für Sabotagemittel, Taterklärungen zu Anschlägen, Aufrufe zu Demonstrationen sowie Diskussionspapiere werden in diesen Medien veröffentlicht.

Herausgegeben werden die teilweise schon seit den achtziger Jahren erscheinenden Publikationen in der Regel von örtlichen Gruppen. Der thematische Schwerpunkt liegt vorrangig im regionalen Bereich, enthalten sind

aber auch Aufrufe zu bundesweiten, in geringerem Maße auch zu internationalen Veranstaltungen.

Zentrales Thema der in Hannover monatlich erscheinenden RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover ist – wie bereits im vergangenen Jahr – die EXPO 2000. Die im EXPO-Widerstand engagierte, dem autonomen Spektrum zuzuordnende Anti-EXPO-AG aus Hannover verdeutlicht in der Februar-Ausgabe der RAZZ (Nr. 109) ihre Gegnerschaft zur EXPO sowie zu den „herrschenden Verhältnissen“:

„Damit bietet sich die EXPO geradezu an für gemeinsame Aktionen aller, die sich gegen Rassismus, Patriarchat und Kapitalismus einsetzen ... Feiern wir mit – auf unsere Art!“

Unter der Überschrift „Herrschaftswechsel: Alles bleibt anders!“ stellt die lediglich in der ersten Jahreshälfte von der Autonomen Antifa Weser/Ems herausgegebene Oldenburger Schrift NO RESPECT einen Gesellschaftsentwurf vor, der die Forderung nach einem „revolutionären Widerstand“ und damit Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung einschließt. Eine theoretische Überhöhung erfährt dieser systemalternative Entwurf durch eine Verknüpfung der grundlegenden autonomen Argumentationsmuster Antifaschismus, Kampf gegen patriarchale Herrschaftsverhältnisse und Kapitalismuskritik im Sinne des so genannten „triple-oppression-Ansatzes“ (die Grundannahme einer dreifachen Unterdrückung des Menschen durch Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus):

„Radikale, linke, gesellschaftsverändernde Politik, die auf die Befreiung aller Menschen von jeglichen Unterdrückungsverhältnissen abzielt, findet nicht in den bürgerlichen Parlamenten sondern auf der Straße statt. Langfristiges Ziel muß der

(Wieder)Aufbau einer neuen basisdemokratisch organisierten außerparlamentarischen Bewegung sein, die auf einem antifaschistischen, antisexistischen und antikapitalistischen Konsens gründet. Die Emanzipation von den herrschenden Verhältnissen beginnt im eigenen Kopf – und nicht an den Wahlurnen der bürgerlichen Demokratie. Deshalb: Ergreift Partei! Organisiert den revolutionären Widerstand!“
(NO RESPECT Nr. 6, Ausgabe November/Dezember/Januar)

Ebenfalls im ersten Halbjahr erschien die von der Antifaschistischen Aktion Oldenburg als „Jugendinfo für Oldenburg und umzu“ herausgegebene Zeitschrift Revolution Inside. Die Sonderausgabe zum 1. Mai beschäftigt sich ausschließlich mit dem Themenfeld Antifaschismus und ruft unter dem Motto „Den Nazis zeigen, wo der Hammer hängt“ zur Teilnahme an Demonstrationen „gegen den Naziaufmarsch in Bremen und Oldenburg“ auf.

Weiterhin regelmäßig erschien die nach dem Aktions- und Kommunikationszentrum in Oldenburg benannte bereits in den achtziger Jahren gegründete Zeitung alhambra, zu deren Unterstützern nach eigenen Angaben u. a. die Antifaschistische Aktion Oldenburg, die DKP Oldenburg sowie die Oldenburger SDAJ gehören. Den thematischen Schwerpunkt der Publikation bildet das Aktionsfeld Antifaschismus. So wurden mehrere Selbstbeziehungsschreiben militanter autonomer Gruppen zu Anschlägen auf Personen des rechtsextremistischen Spektrums veröffentlicht.

Bereits im dritten Jahr erscheint im monatlichen bzw. zweimonatlichen Rhythmus die Braunschweiger Publikation Fight back!. Die dem Antifaschistischen Plenum/Jugend Antifa Aktion Braunschweig, Mitglied der AA/BO, zuzuordnende Publikation „Antifaschistische (Jugend) Info Braunschweig“ wird nach eigenen Angaben kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Lokalen Braunschweigs verteilt. Darin werden Möglichkeiten und Formen eines militanten Widerstandes im Zusammenhang mit dem „antifaschistischen Kampf“ zum Ausdruck gebracht, die seit Beginn des Erscheinens redaktioneller Schwerpunkt der Publikation sind.

Im Bereich Göttingen sind die monatlich erscheinende EinSatz! – Zeitung für autonome Politik – sowie die seit 1996 herausgegebene und insbesondere auf eine jugendliche Leserschaft zielende kostenlos verbreitete BRAST, eine „offensive jugend-information“, die bedeutendsten Publikationen für die autonome Bewegung.

Zu den thematischen Schwerpunkten der EinSatz! gehören die grundlegenden autonomen Argumentationsmuster „Kampf gegen staatliche Repression“, Antirassismus/Antifaschismus sowie Antiimperialismus. So beschreibt die EinSatz! in ihrer im Mai erschienenen Ausgabe Nr. 38 anlässlich der 1. Mai-Demonstration in Bremen die Option der „militanten Offensive“ gegenüber dem abgelehnten System: „So lange Menschen der kapitalistischen Verwertungslogik ausgesetzt werden, staatlich initiierte rassistische Hetze Minderheiten in soziale Isolation führt und sie dem faschistischen Mob überläßt, die Außenpolitik der BRD sich wieder offen aggressiv imperialistisch gebärdet und der Polizeiapparat wieder aus-

gebaut wird, wird es Menschen geben, die nicht nur am 1. Mai militant in die Offensive gehen.“

Im Zusammenhang mit einer Demonstration und Agit-Prop-Aktion der AA(M) am 2. Oktober in Göttingen unter dem Motto „Es ist Zeit ... für den revolutionären Antifaschismus“ veröffentlichte die EinSatz! einen Aufruf, der die mit dem „revolutionären Antifaschismus“ verbundene „Systemfrage“ verdeutlichte:

„Wie seit jeher wird am 2. Oktober die Systemfrage gestellt: Ohne taktische Umschweife heißt es wieder: Kapitalismus abschaffen! Über eigenkulturelle Aktionsformen werden linksradikale Positionen der Öffentlichkeit präsentiert ... Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte! Es gibt Alternativen zu Ausbeutung und Unterdrückung! Und diese Alternativen müssen erkämpft werden.“

(EinSatz! Nr. 40, September)

Auch in der wöchentlich erscheinenden göttinger Drucksache werden die grundlegenden autonomen Themenfelder reflektiert, insbesondere werden Formen der Militanz als Mittel der politischen Auseinandersetzung im Rahmen des antifaschistischen Kampfes diskutiert. So veröffentlichte die göttinger Drucksache in ihrer Ausgabe Nr. 349 vom 16. Juli einen Beitrag über einen Einbruch in die Wohnung eines Rechtsextremisten durch ein „Kommando revolutionärer erster Mai“, der sich mit den Motiven dieser Gruppierung solidarisierte („Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe! Für ein verstärktes Maß an gezielten Ruppigkeiten!!“).

Nach mehr als einjähriger Unterbrechung im Jahr 1997 und einer Ausgabe im Jahr 1998 erschien im Juni die für das autonome Umfeld überregional bedeutende Untergrundzeitschrift

radikal (Nr. 156). Um einer erneuten Strafverfolgung wie 1995 zu entgehen, wird die Druckschrift konspirativ – mit fiktiven Absendern versehen – vertrieben.²⁴ Die Herausgeber betonen, dass sie ihre verdeckten Strukturen auch weiterhin nutzen werden, „um die Sachen, die sonst keinen Platz finden, zu veröffentlichen.“ Dazu gehörte vor allem der Abdruck von „Bastelanleitungen, die so einfach zu handhaben sind, dass ein Nachbau bzw. Nachmachen nicht nur von SpezialistInnen leistbar ist.“ So enthält die neue Ausgabe der radikal eine detaillierte Anleitung zum Bau eines Brandsatzes mit Zeitzündler. Der Einsatz von Brand- und Sprengsätzen gehöre zum Repertoire militanter Politik.

Die Autoren der radikal verdeutlichen ihre grundlegende Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Der Kampf gegen das System wird jedoch durch keine Zielvorstellung getragen. Im Gegensatz zu traditionellen Marxisten-Leninisten oder orthodoxen Kommunisten, deren Systemkritik sich mit ideologisch überhöhten festgefügteten Zukunftsvorstellungen verbindet, dominiert weitgehend Destruktion:

²⁴ Am 13. 06. 1995 waren auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft in Niedersachsen und zahlreichen weiteren Bundesländern mehr als 50 Objekte durchsucht worden. Die Maßnahmen richteten sich gegen mutmaßliche Hersteller und Verbreiter der radikal, gegen Angehörige der terroristischen Gruppierung Das K.O.M.I.T.E.E. sowie gegen Angehörige der Antiimperialistischen Zelle (AIZ). Im August und Oktober 1997 wurden die Verfahren gegen die angeschuldigten mutmaßlichen „radikal“-Redakteure gegen Zahlung von Geldbußen in Höhe von 1.000,- bis 6.000,- DM eingestellt. Nach dem Rückzug des früheren Redaktionskollektivs hat sich inzwischen (in „dritter Generation“) ein neuer konspirativer Zusammenhang etabliert.

„unser ziel ist die radikale – weil ‘an die wurzeln gehende’ – umwälzung dieses systems. die aufhebung aller herrschaftsverhältnisse ... wenn wir diese gesellschaft umwälzen wollen, dann gilt es, sie jetzt zu bekämpfen, mit allen mitteln die uns in die köpfe und in die hände fallen.“

Die Herausgeber der radikal betrachten Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung:

„Wir sind ... nicht bereit, diesem staat das gewaltmonopol zu überlassen! wir sind illegal und kriminell in der definition dieses staates, etwas anderes können und wollen wir hier auch nicht sein!“

(radikal Nr. 156)

Von bundesweiter Bedeutung für die autonome Bewegung ist die seit 1988 wöchentlich erscheinende Berliner Publikation INTERIM, die ebenfalls die autonomen Themenschwerpunkte Antifaschismus und Antiimperialismus aufgreift. In der Mitte April erschienenen Sonderausgabe (INTERIM Nr. 473) mit dem Schwerpunktthema „Weltwirtschaft“ wird in einem Diskussionsbeitrag mit dem Titel „Die Globalisierung der Ökonomie oder die Ökonomisierung des Globus“ die Reichtumsverteilung zugunsten der Unterdrückten gefordert – die notfalls auch gewaltsam erfolgen soll. Da der heutige Weltmarkt und die Macht des Kapitals nicht reformierbar seien, könne es langfristig nur um die Abschaffung dieses Systems gehen, dem „Entwürfe einer antipatriarchalen, anti-kapitalistischen und egalitären Gegen-gesellschaft“ gegenübergestellt werden.

Neben den autonomen Publikationen und Veröffentlichungen in elektronischen Medien dienen so genannte Infoläden/Jugendzentren als Anlauf- und Kontaktstellen bei der Planung von Kundgebungen und Veranstaltungen sowie der Kommunikation innerhalb der autonomen Bewegung. Insbesondere in der Jugendarbeit der linksextremistischen Organisationen kommt den Treffpunkten eine Bedeutung zu. Kontaktstellen gibt es beispielsweise in Oldenburg (Alhambra), Braunschweig (Antifaschistisches Café), Göttingen (Juzi, Roter Buchladen) und Hannover (UJZ Kornstraße).

FIGHT BACK! ANTIFASCHISTISCHES (JUGEND) INFO BRAUNSCHWEIG



1. Mai in Braunschweig: Als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber DemonstrantInnen tragen Polizisten jetzt Namensschilder. So können Straftäter innerhalb der Polizei auf einfachste identifiziert werden

Aktionsfeld Antifaschismus

Militanter Antifaschismus stellt eines der wichtigsten Aktionsfelder autonomer Bestrebungen dar. Der Kampf gegen Rechtsextremisten sowie gegen so genannte „Faschisten“ und staatliche Institutionen beinhaltet in erster Linie militante Aktionen gegen Personen und Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Staat und Gesellschaft werden in einer ungebrochenen, „faschistischen“ Tradition des NS-Staates gesehen.

In einem Reader der AAX/BO wird unter der Überschrift „Faschismus und BRD-Staat“ folgende Auffassung vertreten:

„Die postfaschistische BRD konnte auf den Ergebnissen der nazifaschistischen Politik aufbauen, welche die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung zerschlagen und das Klassenbewußtsein des Proletariats nachhaltig zersetzt hatte. Es gab eine Kontinuität nicht nur der Personen. Der deutsche Imperialismus hat während des Faschismus Instrumente entwickelt, die modifiziert in der

BRD aufgegangen sind und mit denen er regulierend in die Entwicklung eingreift, mit dem Ziel, ökonomische Krisenprozesse zu verhindern bzw. zu vermindern ... und politische Prozesse von vornherein zu neutralisieren ... Auf der Repressionsebene sind das exemplarisch zentrale staatliche Unterdrückungsinstrumente, die qualitativ über das Niveau der Weimarer Republik hinausgehen ...“ (Zitiert nach einem im Frühjahr veröffentlichten Reader der AA/BO über die Ergebnisse des „Antifa-Camps“ vom Juli 1998)²⁶

²⁶ An dem von der AA/BO initiierten Antifa-Camp unter dem Motto „Organisiert den revolutionären Widerstand!“ auf der Jugendburg Ludwigstein bei Witzzenhausen vom 2.-5. Juli 1998 hatten sich etwa 430 Personen beteiligt, darunter etwa 100 aus Mitgliedsgruppen der AA/BO.

Kampf dem Faschismus

Für die Zerschlagung aller
faschistischen Banden
und Organisationen!



Jugend Antifa Aktion (JAA): Jeden Montag ab 18.30 Uhr
Antifaschistisches Café: Jeden Freitag ab 20.00 Uhr

Antifaschistisches Plenum
und Jugend Antifa Aktion (JAA)

... organisiert in



Faschismus²⁷ gilt demnach als eine kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung, als integraler Bestandteil aller westlichen Demokratien. Dieses extremistische Verständnis von Antifaschismus dient als Begründungsmuster für die Ablehnung und Bekämpfung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland:

²⁷ Faschismus im engeren Sinne bezeichnet den italienischen Faschismus, eine von Benito Mussolini in Italien zu Beginn der 20-er Jahre begründete politische Bewegung mit den charakteristischen Elementen: charismatisches Führertum, Politisierung der Massen, aggressiver Nationalismus und Imperialismus. Demzufolge werden Organisationen, die sich in die Tradition des historischen italienischen Faschismus stellen, als neofaschistisch bezeichnet. Im Zuge einer Ausweitung des Faschismusbegriffes, insbesondere durch Linksextremisten, ist der Begriff zu einem politischen Kampfbegriff geworden. Dabei wird der als bürgerliche Demokratie bezeichnete freiheitliche Rechtsstaat als „faschistoid“ diskreditiert.

„Denn das war und ist Konsens: Faschisten, ihre Strukturen, faschistische Tendenzen in dieser Gesellschaft oder letztlich Faschismus selbst sind nicht zu trennen vom kapitalistischen Verwertungssystem. Sie sind Ausdruck und Produkt desselben ...“

(Zitiert nach einem im Frühjahr veröffentlichten Reader der AA/BO über die Ergebnisse des „Antifa-Camps“ vom Juli 1998)

In diesem Feindbild existieren keine Grenzen zwischen den zu bekämpfenden rechtsextremistischen Gruppierungen und dem demokratischen Rechtsstaat. Dem Selbstverständnis autonomer Gruppen entsprechen Anschläge gegen Personen des rechtsextremistischen Spektrums und gegen rechtsextremistische Organisationen, aber auch auf die dem System der Bundesrepublik Deutschland angeblich innewohnenden faschistischen Strukturen.

Diese ideologische Ausdehnung des Faschismusvorwurfs auf den Staat verdeutlichen Ausführungen in einem von Autonomem im Februar publizierten Rückblick („Faschismus 1998 in Südniedersachsen“) auf das Jahr 1998:

„Dabei soll es nicht darum gehen, den Faschismus als das größere Übel im Vergleich zum kleineren Übel Demokratie zu bekämpfen, sondern das Übel allgemein zu bekämpfen. Faschismus stellt für uns eine Variante eines kapitalistisch organisierten Staates dar.“

Die AA(M) reflektiert in ihrem Reader über die Ergebnisse des „Antifa-Camps“ vom Juli 1998 den autonomen Antifaschismus-Begriff und diskutiert Möglichkeiten und Grenzen eines „revolutionären Antifaschismus“. Als inhaltliche Aufgabe der Antifa-Bewegung betrachten die Verfasser das Aufzeigen der „Ursachen von Faschismus“ in der Gesellschaft durch die „Ausein-

andersetzung mit Methoden und Strukturen der kapitalistisch organisierten BRD“:

„Es sollte deutlich werden, daß Kapitalismus nicht nur deshalb bekämpfungswert ist, weil eine Herrschaftsoption der Faschismus ist. Kapitalismus gehört abgeschafft in seinem Normalzustand, in seinem gewöhnlich demokratischen Mäntelchen!“

Der Reader der AA(M) differenziert zwischen „staatstragendem (sozialdemokratischem) Antifaschismus“ und „revolutionärem Antifaschismus“. Der „staatstragende Antifaschismus“ doktore lediglich an Symptomen herum, ohne die Ursachen zu benennen oder anzugehen. Die Politik des Staates ziele nur auf die „Vernichtung des revolutionären Antifaschismus“.

Unterschieden werden kann mithin zwischen linken antifaschistisch motivierten Aktionen gegen Rechtsextremisten und einem linksextremistisch-systemkritischen antifaschistischen Ansatz, dem die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zeugen ist. Mit ihren Aktionen versuchen die Autonomen von dem positiven Inhalt des Begriffes Antifaschismus, der die Auseinandersetzung mit neonazistischen bzw. rechtsextremistischen Bestrebungen beinhaltet, zu profitieren und einen Brückenschlag zu Protestaktionen demokratischer Antifaschisten herzustellen.

Im Verlaufe des Jahres kam es immer häufiger zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen Links- und Rechtsextremisten u.a. in Oldenburg, Lüneburg, Göttingen und Wunstorf. Im Mittelpunkt konfrontativer autonomer Aktionen standen öffentliche Aufmärsche und Zusammenkünfte von Rechtsextremisten, die durch Gegenaktionen verhindert werden sollten.

Nach einem in der Berliner Autono-

men-Publikation INTERIM (Nr. 467) veröffentlichten Konzept sollte der „Preis für die Teilnahme an einem Naziaufmarsch soweit als machbar nach oben“ getrieben werden. Dabei solle es das Ziel sein, „bei den Nazis so viel wie möglich materiellen Schaden anzurichten.“

In diesem Zusammenhang steht ein Brandanschlag auf einen angeblich von Rechtsextremisten genutzten VW-Bus in Hannover, zu dem sich eine Gruppierung „Autonome Sehen Alles“ bekannte. Zu dem Halter des Busses heißt es in der Selbstbeichtigung, dieser bewege sich im „Braunzonen-Netzwerk“ zwischen politischem Konservatismus und Rechtsextremismus. In einer im Juni in der autonomen Publikation alhambra veröffentlichten Tatbekennung zu einem beschädigten PKW in Oldenburg wird ausgeführt:

„Mit der Aktion wollten wir ihm zum einen seine Beteiligung an den Naziaktivitäten am 1. Mai etwas erschweren und ihm zum anderen einen kleinen Vorgeschmack darauf geben, was ihn in Zukunft noch erwarten wird. Nazis angreifen! Für militante Initiativen!“

(alhambra, Juni)

Von zentraler Bedeutung für den „Antifaschistischen Kampf“ der Autonomen sind militante Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Führungspersonen. Dazu zählt nach dem Verständnis der Autonomen der direkte Angriff auch im Privatbereich:

„ ... ergänzenderweise ... auch zuhause aktiv zu werden, z. B. durch Besuche in Privatwohnungen oder bei den dort zurückgelassenen Autos ...“

„außerdem werden die Nazis früher oder später darauf kommen, dass ihre Wohnungen ungeschützt sind und entsprechenden Schutz hinterlassen. Der fehlt dann aber wieder beim Aufmarsch.“

(INTERIM Nr. 467)

Die wachsende Gewaltbereitschaft des autonomen Spektrums dokumentiert sich an einem Wohnungseinbruch eines „autonomen kommandos - revolutionärer 1. mai“ bei einem Göttinger Rechtsextremisten in dessen Abwesenheit. Im Selbstbekennungsschreiben heißt es:

„faschisten wie p. ... haben in göttingen keine ruhe mehr und sollen diesen angriff als warnung verstehen ... neonazis verpisst euch aus göttingen. um unsere entschlossenheit zu unterstreichen haben wir ein rotes feuerzeug auf seinem bett hinterlassen. wir können auch anders. den organisierten neofaschismus zerschlagen! für die militante offensive.“

(göttinger Drucksache Nr. 343 v. 21. Mai)

Zu dieser Form der „militanten Offensive“, d.h. des direkten Angriffs auf Personen des rechtsextremistischen Spektrums gehören weitere Anschläge wie der Brandanschlag auf den PKW eines Göttinger Rechtsextremisten, zu dem sich ein „Kommando flammendes Vergnügen“ in der göttinger Drucksache (Ausgabe Nr. 350 vom 30. Juli) bekannte, sowie ein Brandanschlag auf das Wohnobjekt des ehemaligen Landesvorsitzenden der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) Thorsten HEISE in Northeim vom 28. Oktober, zu dem sich eine

„Antifaschistische Brigade Söderberg“ bekannte.²⁸ Die AA(M) bezeichnete den Anschlag, bei dem nicht zuletzt durch die Zerstörung von erheblichen Beständen des dort untergebrachten Handelsdepots an Musik-CDs mit rechtsextremistischen Texten ein Schaden von etwa 270.000 DM entstanden war, in der autonomen Publikation EinSatz! (Nr. 41, November) als „zündende Idee“.

Zu dem Vorgehen der Autonomen im Rahmen der „militanten Offensive“ gehört neben der gezielten Kenntlichmachung von Treffpunkten und Einrichtungen rechtsextremistischer Organisationen die gezielte steckbriefähnliche Kenntlichmachung von Rechtsextremisten mit allen verfügbaren persönlichen Daten, das so genannte „outen“, in autonomen Publikationen sowie auf Flugblättern und Plakaten. Dabei zeigten sich die Verfasser dieser Beiträge über die näheren Lebensumstände ihrer „Angriffsziele“ gut informiert. So sollten Flugblätter mit dem Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun!“ im Kreis Northeim über die vermeintlich rechtsextremistischen Aktivitäten einer namentlich genannten

²⁸ Die „Antifaschistische Brigade Söderberg“ stellt vermutlich einen Aktionsnamen einer autonomen Gruppierung dar. Björn Söderberg war ein schwedischer Gewerkschaftsfunktionär, der Mitte Oktober in Stockholm von mutmaßlichen Rechtsextremisten ermordet worden war, nachdem er an seinem Arbeitsplatz die neonazistischen Aktivitäten eines Mitarbeiters enthüllt hatte. Der Mord an Söderberg steht in einer Reihe rechtsextremistischer Mordanschläge und Überfälle in Schweden: Im Mai wurden zwei Polizisten von mutmaßlichen Rechtsextremisten erschossen, ein Journalist einer antirassistischen Zeitung wurde bei einem von der Gruppierung „Arische Bruderschaft“ verübten Brandanschlag schwer verletzt, im Juli wurde ein jüdischer Dirigent von rechtsextremistischen Jugendlichen misshandelt.

Person informieren. Eine Broschüre, die zur Teilnahme an einer Demonstration unter dem Motto: „Weg mit der faschistischen Kameradschaft Northeim!“ aufruft, enthält zahlreiche Fotos und persönliche Daten mutmaßlicher Rechtsextremisten sowie eine umfangreiche Chronologie der politischen Betätigung des Northeimer Neonazis Thorsten HEISE.

Antifaschistisch motivierte Protestdemonstrationen gegen rechtsextremistische Veranstaltungen bildeten den Schwerpunkt autonomer Aktionen. In den Aktionen der Autonomen wird der über den konkreten Protest gegen rechtsextremistische Strukturen hinausgehende systemkritische Ansatz deutlich. So wird in einem von der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/ Uelzen herausgegebenen Flugblatt, das zur Teilnahme an einer Gegendemonstration zur Kundgebung der NPD am 11. Juni aufruft, Faschismus als eine Reaktion des kapitalistischen

Systems zur Bewältigung politischer und ökonomischer Krisen definiert:

„Faschismus fußt auf Werten und Unterdrückungsmethoden, die integraler Bestandteil des hiesigen Systems sind. Konsequenter Antifaschismus bedeutet mehr als gegen Nazis zu sein. Unser Kampf zielt nicht nur auf die Zerschlagung faschistischer Gruppen, sondern richtet sich gegen Strukturen innerhalb der Gesellschaft, die den Faschismus hervorbringen. Unser Ziel: Die klassenlose Gesellschaft!“

Herausgefordert und dem „Dilemma einer Doppelmobilisierung ausgesetzt“ sah sich die autonome Bewegung durch eine auf den 1. Mai, den „Tag der revolutionären Linken“ datierten Großdemonstration der NPD/JN in Bremen. Es galt zu verhindern, dass die „soziale Frage“ am traditionellen Kampftag der ArbeiterInnenklasse von rechts“ besetzt werde. So steht der 1. Mai nach dem Verständnis der Auto-

FASCHISTEN BEKÄMPFEN!

zusammen. auf allen ebenen. mit allen mitteln.



samstag · 6. november 1999 · ab 9 uhr · göttingen
blockaden und demonstration
gegen den naziaufmarsch



nomen „in der Tradition des revolutionären Kampfes um die Aufhebung des Kapitalismus und die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft.“

In ähnlicher Weise zu Protestveranstaltungen veranlasst sah sich die AA(M) laut einer über das Internet veröffentlichten Presseerklärung durch die Ankündigung eines rechtsextremistischen Aufmarsches in Göttingen in zeitlicher Nähe zum 9. November („Der Jahrestag der Pogromnacht 1938 ... muss für faschistische Aufmärsche absolut tabu bleiben.“). Als Reaktion hatte die AA(M) für den 6. November bundesweit zu Gegenaktionen unter dem Motto: „Faschisten bekämpfen! Alle zusammen – auf allen Ebenen – mit allen Mitteln!“ mobilisiert. Eine erhebliche Gewaltbereitschaft manifestierte sich bereits in dem entsprechenden Aufruf der AA(M) „Faschisten Bekämpfen!“:

„Der 6. November wird entweder ein Desaster für die Neonazis, da sie auf breiten antifaschistischen Widerstand treffen, oder zu einem politischen Desaster für den Polizeistaat, wenn dieser einen faschistischen Aufmarsch in Göttingen durchsetzen sollte.“

Auch die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung spielte im Themenfeld des militanten autonomen Linksextremismus insofern eine Rolle, als sie zur Mobilisierung für den „antifaschistischen Kampf“ genutzt wurde, wenn Rechtsextremisten wegen „Verunglimpfung“ der Wehrmacht zu Aktionen gegen die Ausstellung aufriefen. Über die Mobilisierung hinaus bot die Ausstellung für militante Linksextremisten kaum Anlass zu konkreten inhaltlichen Auseinandersetzungen, lediglich die Braunschweiger Autonomenzeitschrift Fight back! unterstellte

der Wehrmachtsausstellung einen „Nutzen für die herrschende Klasse“. So werde der Vernichtungskrieg allein auf den rassistischen Vernichtungswillen des Nazi-Regimes zurückgeführt, Hintergründe für Krieg und Faschismus jedoch nicht berücksichtigt.

„Mit keinem Wort geht die Ausstellung darauf ein, dass Hitler durch das Kapital an die Macht gebracht wurde, dass der Wehrmacht in die besetzten Gebiete das deutsche Kapital folgte, dass es sich beim Zweiten Weltkrieg um einen ‘normalen’ imperialistischen Krieg handelte.“

(Fight back! Nr. 13, S. 4ff.)

In Osnabrück bot die Wehrmachtsausstellung am 9. Oktober etwa 500 dem autonomen Spektrum zuzurechnenden Personen Anlass für gewaltsame Auseinandersetzungen mit Demonstranten der NPD/JN und der Polizei.

Autonome Aktivitäten zum Themenfeld Antifaschismus sollen auch die Rekrutierung jugendlichen Nachwuchses voranbringen. So lud die AA(M) per Flugblatt zweiwöchentlich zu einem „kommunikativen Abend an einem Tisch voll mit aktiven (autonomen) AntifaschistInnen“ ein. Auch die dem Antifaschistischen Plenum angegliederte Braunschweiger Jugend Antifa Aktion (JAA) versuchte in der Zeitschrift Fight back! durch Thematisierung schulspezifischer Probleme die jugendliche Leserschaft für sich zu interessieren. So stellte die JAA in einem Beitrag in der auch an Schulen verteilten Zeitschrift die geplante Wiedereinführung von so genannten „Kopfnoten“, die der Bewertung von Sozial- und Arbeitsverhalten der Schüler dienen sollen, in einen für Autonome charakteristischen antikapitalistischen Begründungskontext:

„Die Funktion dieser Noten ... ist ein weiterer Schritt der Selektion der Kapitalisten. Durch diese Benotung können kapitalistische Betriebe genau zwischen fürs Kapital rentablen (fleißigen, nicht aufmüpfigen ArbeiterInnen, die die Produktion nicht stören) und unrentablen ArbeiterInnen wählen ...

Der Selektion der herrschenden Klasse nicht tatenlos zusehen!“
(Fight back! Nr.13, S. 14ff.)

Die unterschiedlichen militanten Aktionen weisen erneut darauf hin, dass dem „antifaschistischen Kampf“ eine für den Zusammenhalt autonomer Gruppierungen immer größere Bedeutung zukommt. So bilden rechtsextremistische Aktivitäten eine ständige Rechtfertigung für militante Aktionen. Die autonome Militanz hat eine integrative Funktion für die autonomen Gruppierungen und deren Selbstverständnis.

Aktionsfeld Antirassismus

Die Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus stehen im autonomen Verständnis in einem ideologischen Zusammenhang. Antifaschistisch motivierte Aktionen konzentrieren sich hiernach nicht nur auf rechtsextremistische Strukturen, sondern auch auf eine diese Strukturen vermeintlich fördernde rassistische Grundausrichtung der Bundesrepublik Deutschland. Im autonomen Verständnis stellt Rassismus ein grundlegendes Element der nach ihrer Interpretation von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft dar. Der Kampf gegen den dem Staat zugeschriebenen systemimmanenten Rassismus ist fester Bestandteil autonomen Handelns. Das wichtigste Element des Aktionsfeldes

Antirassismus ist der Widerstand gegen die Asylrechtspraxis sowie die Forderung nach einem „Bleiberecht für alle Flüchtlinge“.

Die der militanten AA/BO angehörende Antifaschistische Aktion Passau veröffentlichte hierzu im Internet einen Beitrag über die rassistische Politik aller etablierten Parteien, die den Rechtsextremisten eine Legitimation für Gewalttaten gegen Ausländer und Asylbewerber bietet. Als Beispiel dafür sei die im Januar begonnene Unterschriftenkampagne der CDU/CSU gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft zu werten, als deren Folge Vertreter und Einrichtungen der CDU/CSU in die Zielrichtung militanter Autonomer gerieten. In Niedersachsen kam es in diesem Zusammenhang in vielen Städten zu demonstrativen Blockadeaktionen sowie zu gewalttätigen Aktionen bis hin zu Sachbeschädigungen und Körperverletzungen.

Die Redaktion der überregional verbreiteten Berliner Autonomen-Zeitschrift INTERIM solidarisierte sich im Vorwort ihrer Ausgabe Nr. 468 vom 28. Januar, deren Titelblatt skizzenhaft eine brennende Unterschriftenliste zeigt, mit den bundesweiten militanten Aktionen gegen die als „Hetzkampagne“ bezeichnete Unterschriftensammlung. Die ebenfalls in Berlin erscheinende autonome Publikation Stressfaktor rief in ihrer Februar-Ausgabe zu militanten Aktionen gegen die Unterschriftenkampagne auf. Ziel sei es,

„die meisten trophäen in form von ausgefüllten listen zu ergattern oder die schönsten verschönerungen anzubringen. erfreulicherweise ist die wut über die neueste hetzkampagne der cdu tatsächlich in vielfältigen aktionsformen gemündet. keine frage! so nen stand auf den kopf zustelln macht spaß, ist gut und verdammt notwendig.“

Die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen wertete die Unterschriftenkampagne in einem Flugblatt von Anfang 1999 als „völkischen Stumpfsinn“ sowie „dumpfbraune Blut-und-Boden-Ideologie“ und befürwortete militante Aktionen, „bei denen Rassisten verprügelt wurden oder die Stände zerstört“ worden seien. Die unmittelbare Verknüpfung der autonomen Argumentationsmuster Antifaschismus und Antirassismus manifestiert sich in dem Aufruf:

„Wir fordern alle Menschen auf, dem Treiben der Reaktionäre und Faschisten ihren Widerstand entgegenzusetzen. Für Rassismus verdient niemand Toleranz!“

Das Antifaschistische Plenum/Jugend Antifa Aktion (AP/JAA), Braunschweig, fordert auf einem Flugblatt, „gegen die rassistischen Hetzer“ vorzugehen. Dabei verweist das der AA/BO angehörende AP/JAA auf „mehrere Aktionen unbekannter Personen, die Rassisten verprügelt oder mit Farbe beworfen“ hätten. Das Thema wird hinsichtlich der Frage einer eventuell zu überprüfenden Verfassungstreue ausländischer Mitbürger mit dem autonomen Aktionsfeld Internationalismus verknüpft:

„Wie soll z.B. ein Kurde jemals die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn allein das Eintreten für den rechtmäßigen kurdischen Befreiungskampf hierzulande als Straftat geahndet wird.“

Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Kurden als Reaktion auf die Verhaftung des PKK-Führers Abdullah ÖCALAN schrieben Autonome der Bundesrepublik Deutschland eine „rassistische Hetz- und Kriminalisierungskampagne“ gegen die Kurden zu.

Aktionsfeld „Widerstand gegen die Weltausstellung EXPO 2000“

Ein wichtiges Aktionsfeld autonomer Gruppierungen ist der Widerstand gegen die EXPO 2000. Er ist im autonomen Verständnis symbolhaft für den Widerstand gegen die im Sinne des so genannten „triple oppression“-Ansatzes als ausbeuterisch, patriarchalisch und rassistisch abgelehnte staatliche Ordnung und verbindet insoweit die grundlegenden autonomen Ideologieelemente Antifaschismus, Antiimperialismus sowie Kampf gegen Umstrukturierung.²⁹

Über ein zusammenhängendes theoretisches Programm verfügen die sich im Widerstand gegen die EXPO engagierenden linksextremistischen Gruppierungen nicht, weder in Hinsicht auf eine Analyse der herrschenden Zustände und Strukturen, noch bezüglich der Ausformulierung politischer Ziele. Dies markiert einen

²⁹ Unter „Umstrukturierung“ verstehen Autonome die Modernisierung, Sanierung und Umgestaltung städtischer Wohnviertel zu Lasten sozial Benachteiligter. Zu diesem Themenfeld zählen neben dem EXPO-Widerstand und der Kampagne gegen die Olympischen Spiele in Berlin vor allem Aktionen gegen die „Verdrängung aus den Innenstädten“.

grundsätzlichen Unterschied zu orthodox kommunistischen Organisationen. Das politische System gilt diesen Gruppierungen wegen seines menschenfeindlichen kapitalistischen Verwertungsinteresses als ablehnenswert.

Die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit ist bestimmend für die Aktionen der im Anti-Expo-Widerstand zusammengeschlossenen Gruppierungen. Aus der Wahrnehmung systembedingter Ungerechtigkeit in Verbindung mit autonomer Militanz erwächst die gefährliche Mobilisierungsfähigkeit autonomer Gruppierungen.

Die in den Widerstandsformen enthaltene Gesellschafts- und Systemkritik „...die verschiedenen Themenschwerpunkte der systemkritischen Kräfte zusammenlaufen zu lassen, ...“ mündet allerdings in grundsätzliche z. T. militante Systemopposition: „...unsere Kämpfe ... als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen...“ sowie „...Sofortige Stilllegung des HERRschenden Systems.“

Seit Beginn des Jahres artikulierten militante Linksextremisten in Niedersachsen ihren Widerstand gegen die EXPO vor allem in einer Vielzahl von Veröffentlichungen. Überregional wurden verschiedene Reader verbreitet, die Zusammenstellungen von Beiträgen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten enthalten:

- Der „Anti EXPO Reader – Materialien gegen die Weltausstellung in Hannover“, in zwei Teilen veröffentlicht von Personen des linksextremistischen TIPP-EX-Bündnisses³⁰

³⁰ Treffen Intergalaktischer Perspektiven gegen die EXPO 2000. Die Gruppierung bezeichnet sich als ein „offenes Anti-EXPO-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf“, das sich inzwischen aufgelöst hat.

enthält eine Zusammenstellung von Beiträgen, die sich mit der Kritik des Expo-Widerstandes an „wesentlichen Themen und der Ideologie“ befassen, die auf der EXPO der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen sowie mit „Strukturen und Akteuren, die hinter der EXPO“ stehen.

- Der „INNEN!STADT!READER! – MATERIALIEN GEGEN AUSGRENZUNG, PRIVATISIERUNG UND SICHERHEITSWAHN“ gibt einen Überblick über die „innerstädtische Entwicklung in Hannover vor der Weltausstellung Expo 2000“ aus Sicht des autonomen EXPO-Widerstandes.
- Der „AntiExpoRundbrief“ erscheint in unregelmäßigen Abständen und enthält neben einer Vielzahl von bundesweiten Kontaktadressen auch Beiträge zu Strategien, Aktivitäten und konkreten Planungen des EXPO-Widerstandes.

Nach Auffassung der Autonomen stellt das Weltbild des neuen Jahrtausends, das auf der EXPO 2000 präsentiert werden soll, statt struktureller Änderungen nur eine Modernisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse dar. Eine theoretische Überhöhung und damit zentrale Legitimation erhält der Widerstand gegen die EXPO in den vielfältigen linksextremistischen Veröffentlichungen durch den „triple-oppression-Ansatz“:

„Ausbeutung, Patriarchat, Rassismus sollen Fremdworte in der herrschenden Erkenntnistheorie über die globalen strukturellen Zusammenhänge bleiben, auch im nächsten Jahrtausend.“

(Anti EXPO Reader Teil 1, Mai)

„Die Expo 2000 ist, kurz gesagt, eine gigantische Werbeveranstaltung für das kapitalistische Weltwirtschaftssystem und dessen Akteure ... Bei

den sogenannten Lösungen handelt es sich um nichts anderes als um Modernisierung und damit Stabilisierung von kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Herrschaft.“ (AntiExpoRundbrief No.9)

„Tatsächlich ist die EXPO 2000, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der ‚industriellen Revolution‘ und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht.“

(Anti EXPO Reader Teil 1, Mai)

Ziele der EXPO-Widerstand anfänglich noch auf die Verhinderung der Weltausstellung, konzentrieren sich die Bemühungen nunmehr darauf, die EXPO 2000 – in Anlehnung an eine Parole des Widerstandes gegen die EXPO 92 in Sevilla – zu „demaskieren“, d.h. deren Herrschaftsfunktion aufzuzeigen:

„Demaskierung, d.h. die Ziele neoliberaler Prozesse, ökonomischer Umgestaltung und innerer Sicherheitskonzepte öffentlich machen und kritisieren.“

(„Strategievorschl ag für gemeinsame, emanzipatorische Aktionen“, INTERIM Nr. 488 vom 25. November)

Im Hinblick auf die Vielzahl der durch die EXPO repräsentierten „Herrschaftsaspekte“ sehen die Autonomen die Weltausstellung als möglichen gemeinsamen Anknüpfungspunkt für Gruppierungen aus verschiedenen „Teilbereichsbewegungen“ wie Feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Internationalismusbewegung, anti-rassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa-Gruppen, antimilitaristische Zusammenhänge sowie so genannte Anti-Repressions-Gruppen, die gegen den „patri-

archialen, rassistischen und kapitalistischen Zukunftsentwurf dieses Systems“ zusammengeführt werden können:

„Wenn wir auf der EXPO den kompletten Bauplan der Konzerne, Regierungen, Technokraten für ihre ‚Schöne Neue Welt‘ vorgesetzt bekommen, sollten wir im Gegenzug versuchen, die verschiedenen Felder des weltweiten Widerstands (von AtomkraftgegnerInnen bis Zapatistas, von antipatriarchal bis zersetzend) in Zusammenhang zu stellen und gemeinsam Formen zu finden, die öffentlich deutlich machen, daß wir uns eine ganz andere Zukunft vorstellen als die, die sie uns mit der EXPO verkaufen wollen.“

(INNEN!STADT!READER!, Oktober)

Nicht alle der angesprochenen Gruppen müssten „Anti-Expo-ExpertInnen“ werden, da die EXPO aus dem Blickwinkel jeder einzelnen Teilbereichsbewegung und auf Grundlage der jeweiligen politischen Arbeit genügend Ansätze für Kritik biete. Wenn es gelänge, dass sich diese verschiedenen Blickwinkel ergänzten und damit eine gemeinsame Kritik an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen insgesamt sichtbar werde, sei schon viel erreicht, was auch über die EXPO hinaus Bestand haben könnte. Ziel sei nicht allein der Kampf gegen die EXPO 2000, sondern insbesondere die Entwicklung von Perspektiven, die auch über die EXPO 2000 hinausreichen:



„Über den Prozess der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an den einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken.“

(Anti EXPO Reader Teil 1, Mai)

EXPO-Widerstand in Hannover

In Hannover nimmt die dem autonomen Spektrum zuzurechnende Anti-EXPO-AG (c/o AStA Uni Hannover), die seit 1990 den Widerstand gegen die Weltausstellung propagiert, eine führende Rolle im EXPO-Widerstand ein.

Zentrales Moment im Widerstand der Anti-EXPO-AG ist die fundamentale Gegnerschaft zum Kapitalismus. Im Hinblick auf die „menschenfeindliche Dominanz des kapitalistischen Verwertungsinteresses“ wird das politische System der Bundesrepublik Deutschland massiv abgelehnt. Die EXPO 2000 als „nationales Großprojekt“ sei wie alle Weltausstellungen eine „Selbstinszenierung kapitalistischer Macht“, die das „Kulturverständnis der Herrschenden“ transportiere. Widerstand gegen die EXPO bedeute mehr als Widerstand gegen ein fünfmonatiges Großereignis. Ziel des Widerstandes gegen die EXPO sei es, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen.

Die Aktivitäten der Anti-EXPO-AG richten sich vorwiegend gegen staatliche bzw. wirtschaftliche Vorhaben, die nach dem Verständnis der Autonomen die Unmenschlichkeit des Systems

symbolisieren, wobei primär Ereignisse mit sozialem Bezug als Aufhänger für Aktionen genutzt werden:

„Die Expo muß bekämpft werden, weil sie Symptom und Motor der ... Umstrukturierung ... ist, deren Folge die bewußt in Kauf genommene soziale Verelendung der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen ist.“
(„Tragoedia dell'Expo. Prolog, Texte der Anti-EXPO-AG an der Uni Hannover, Oktober 1994)

Thematischer Schwerpunkt des regionalen autonomen EXPO-Widerstandes in Hannover war seit Beginn des Jahres der „Kampf gegen Umstrukturierung“. Insbesondere im Hinblick auf die EXPO sollte die Innenstadt Hannovers durch Modernisierung, Sanierung und Umgestaltung „gesäubert“ werden von „Punks, Obdachlosen und anderen unerwünschten Personengruppen“. Der Stadt Hannover wird vorgeworfen, in Vorbereitung der EXPO gezielte Standortpolitik und damit Ausgrenzung von sozial Benachteiligten zu betreiben.

Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die so genannte „Sicherheitspartnerschaft“, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bundesgrenzschutz, Polizei, Stadtverwaltung, Justiz und privaten Sicherheitsdiensten. Diese sei ein weiterer Schritt zum Ausbau von „Ausgrenzungs- und Kontrollstrategien“ des herrschenden Systems. Die EXPO übernehme in Hannover die Legitimationsfunktion für die Erhöhung der „Bullenpräsenz in der City“ sowie die Verhängung von Platzverweisen, Aufenthalts- und Hausverboten. Über die „identifikationsstiftende Wirkung“ der EXPO finde diese Politik der „Vertreibung und des Sicherheitswahns“ mit großer Zustimmung statt:

„Dies stellt nur eine Facette der herrschaftsstabilisierenden Funktion der EXPO dar. Die EXPO ist und bleibt ein kapitalistisches und nationalistisches Propagandaobjekt! Versauen wir den Herrschenden ihre Propagandashow! Gegen Ausgrenzung und Sicherheitswahn! Schluß mit dem Leistungsterror! Weg mit allen Grenzen!“

(Anti EXPO Reader Teil 1, Beitrag der ANTI-EXPO-AG, Mai)

Unter dem Motto „Gegen Ausgrenzung, Privatisierung und Sicherheitswahn“ initiierte die regionale autonome Szene in Hannover im Mai so genannte Innenstadtaktionstage in Form von Straßentheater, Fahrrad-demonstrationen und Kundgebungen. Die Innenstadtgruppe Hannover, ein dem autonomen Spektrum zuzurechnender Personenzusammenschluss, kündigt für das Jahr 2000 bundesweite Aktionstage an unter dem Motto „Expo 2000 – nicht ohne uns – Verdammte aller Metropolen, vereinigt Euch!“:

„Im Jahr 2000 findet in Hannover die EXPO statt – ein Schauspiel für die Reichen und Mächtigen. Durch die Innen!Stadt!Aktions!Tage wollen wir etwas gegen diese schöne neue Expo-Welt setzen ... Die Innenstadt selbst stellt sich so als Exponat vor, was nach Vorstellung der neuen Weltordnung in den repräsentativen Zonen der Stadt passieren soll. Aber so einfach werden wir es ihnen nicht machen, deshalb werden wir die Innen!Stadt!Aktions!tage 2000 der ‚Neuen Unordnung‘ widmen.“
(INNEN!STADT!READER!, Oktober)

Bundesweite Vernetzung des EXPO-Widerstandes

Vorrangiges Ziel des EXPO-Widerstandes im Jahr 1999 war insbesondere die überregionale Ausweitung und Vernetzung des Widerstandes gegen die EXPO 2000. Von Dezember 1998 bis November 1999 veranstalteten Angehörige des linksextremistischen EXPO-Widerstandes insgesamt vier „bundesweite Anti-EXPO-Treffen“, auf denen neben der inhaltlichen Diskussion vor allem Strategien des EXPO-Widerstandes und deren konkrete Aktionsformen entwickeln werden sollten.

Im Internet hieß es dazu in einer Ergebnisveröffentlichung:

„Das dritte Anti-Expo-Treffen hat sich deutlich entschieden, schon im Vorfeld der Expo mit Aktionen gegen das auf der Expo präsentierte Gesellschaftsmodell zu beginnen, wobei eine dezentrale (strukturell !) Aktionsform gewahrt sein soll, d.h. nicht zentral organisierte Aktionen, für die MitläuferInnen gebraucht werden, sondern Aktionen, die von Basiszusammenhängen u.ä. vorbereitet und dann mit oder ohne Mobilisierung von weiteren durchgeführt werden.“

(Veröffentlichung im Internet, November)

Für den Zeitraum der Weltausstellung werden dezentrale Aktionen an verschiedenen EXPO-Standorten im gesamten Bundesgebiet angekündigt. Nach dem Vorbild des „Streckenkonzeptes des Castor-Widerstandes“ sollen verschiedene Aktionen „naheinander oder örtlich nebeneinander“ stattfinden.

Zu Beginn der EXPO soll eine Großdemonstration mit anschließenden Innenstadt-Aktionstagen und einem internationalen Widerstandscamp

stattfinden. Die Woche der EXPO-Eröffnung sei mit „permanenten Störungen, Protestaktionen und sonstigen Interventionen“ zu begleiten. „Dezentrale Aktionen in der Stadt“ werden ebenso angekündigt wie „Sabotage“ und Straßenpartys, sogenannte „Reclaim-The-Streets“-Veranstaltungen (RTS).

Hinweise auf überregionale Aktivitäten des EXPO-Widerstandes enthält auch ein „regionaler Rundbrief anti expo 2000“, in dem die Gründung eines „anti-expo-südtreffens“ mit Kontaktadressen in Baden-Württemberg bekannt gegeben wird. Es wird angekündigt, mit phantasievollen direkten Aktionen Widerstand zu leisten.

Eine GRUPPE LANDFRIEDENSBRUCH veröffentlichte in der Berliner autonomen Zeitschrift INTERIM (Nr. 488 vom 25. November) einen Beitrag zum „Widerstand gegen die neoliberale Ordnung - an den Symbolen Expo 2000 und globaler Widerstand!“. Unter dem Motto „DIE AUSBEUTUNG DEMASKIEREN - GEGENMACHT VON UNTEN SCHAFFEN“ wird Widerstand gegen die EXPO gleichbedeutend mit Widerstand gegen den Neoliberalismus und für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft dargestellt. Innerhalb der nächsten Jahre werde es keine bessere Gelegenheit geben als die EXPO 2000, „um Widerständigkeit neu zu organisieren, das neoliberale Weltbild zu entlarven und wieder Raum zu schaffen in der Gesellschaft für eine Suche nach Alternativen zum Kapitalismus und zu den herrschenden Machtstrukturen. In diesem Sinne rufen wir dazu auf ... die EXPO 2000 als Symbol für die neoliberale Weltordnung anzugreifen und zu nutzen, um eine Debatte zu Gegenmodellen durchzusetzen.“

(INTERIM Nr. 488 vom 25. November)

Eine „internationale Vernetzung des Anti-Expo-Widerstandes“ kündigt eine Gruppierung Internationaler AntiExpo-Kontakt (AEK) aus München an. In der November-Ausgabe der hannoverschen Autonomien-Zeitschrift RAZZ (Nr. 117) betonte die Gruppe die Notwendigkeit bundesweiten wie auch international organisierten dezentralen Widerstandes gegen die EXPO. Der „scheinbaren Alternativlosigkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems“ müssten „Vorstellungen von einer Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft“ entgegengesetzt werden.

In der Berliner Zeitschrift INTERIM (Nr. 487 vom 4. November) wurde auf die zwischenzeitlich erfolgte Gründung eines „offenen Anti-Expo-Plenums“ in Berlin hingewiesen.

Straftaten von militanten EXPO-Gegnern

Aufrufe zu militanten Angriffen gegen die „EXPO 2000 als Symbol für die neoliberale Weltordnung“ und die dezentralen EXPO-Projekte sind auch 1999 verbreitet worden.

So wurden neben Blockaden auf zentralen EXPO-Baustellen in Hannover Störungen oder Verhinderung von Werbe-Veranstaltungen der EXPO angekündigt. In einer Internetveröffentlichung vom November heißt es dazu:

„Die Expo 2000 kann schon im Vorfeld angegriffen oder anders thematisiert werden. Etliche der dezentralen Projekte sind überall in Mitteleuropa und auch darüberhinaus zu finden. In Hannover ist der Bau und die Umstrukturierung der Stadt längst in vollem Gang. Die Expo beginnt (glauben die VeranstalterInnen jedenfalls ...) am 01.06.2000.“

Auf dem Titelblatt der Oktober-Ausgabe der RAZZ (Nr. 116) wird unter dem Motto „EXPO 2000 Widerstand zu erwarten – sie haben Namen und Adresse – Fensterscheiben und Autos – Expo angreifen“ zur Militanz aufgerufen. Im redaktionellen Vorwort der November-Ausgabe der RAZZ (Nr.117) stellte eine unbekannte Autorin eine für notwendig erachtete, zweigleisige Strategie im Widerstand gegen die EXPO 2000 dar:

„... es bleiben nur zwei Möglichkeiten, die sich nicht im Wege stehen. Die eine hat zum Ziel, die Expo zu nutzen, um zu diversen politischen Themen eine größere Öffentlichkeit effektiver informieren zu können (Einwanderungspolitik, Rassismus, Nazis und ihre Opfer in der BRD, Sexismus, Gentechnologie, Neoliberalismus, Nato-Kriege und Imperialismus, Trikont und Neokolonialismus, deutsches Großmachtstreben) und sie eventuell in einen Zusammenhang zur Expo zu setzen. Die andere setzt auf Sabotage des reibungslosen Ablaufes der Propagandashow.“

Welche Mittel dazu jeweils gewählt würden, sei zweitrangig. Beide Möglichkeiten sollten genutzt werden, wobei die Vermittelbarkeit des argumentativen Hintergrundes bei den Aktionen kenntlich gemacht werden müsste.

Im Vergleich zu Straftaten vergangener Jahre mit thematischem EXPO-

Bezug, bei denen Brandanschläge mit Sachschäden in einer Höhe von bis zu 300.000 DM verübt worden waren, wurden 1999 lediglich Straftaten mit vergleichsweise geringer Schadenshöhe begangen. Die Tatorte lagen fast ausschließlich im Großraum Hannover/Braunschweig. Neben Farbbeutel- und Pflastersteinwürfen auf Einrichtungen von Repräsentanten und Sponsoren der EXPO in Hannover wurden vor allem Farbschmierereien verübt.

In Braunschweig beschädigten unbekannte Täter in der Nacht zum 14. September Baufahrzeuge auf dem Gelände der so genannten VW-Halle. Ein am Tatort hinterlassenes Flugblatt mit der Überschrift ANGRIFF AUF EXPO & VW-HALLE verdeutlicht den Symbolgehalt des Anschlages auf die Braunschweiger Halle für den militanten Widerstand gegen die EXPO („Die Halle wie auch die EXPO sind ein Symbol der herrschenden Weltordnung!!“) und kündigt die Verstärkung der Anschläge an („Für einen militanten Widerstand. Der Kampf gegen Macht- und Kapital geht weiter!“).

Auch in einem Selbstbeziehungsschreiben zu Buttersäure-Aktionen auf Einrichtungen von Sponsoren der VW-Halle in Braunschweig in der Nacht zum 19. September rechtfertigten die bislang unbekanntenen Verfasser die Aktionen mit dem Symbolcharakter der EXPO für die von ihnen abgelehnte „herrschende Weltordnung“. Auch die Halle sei nur eines von vielen Beispielen, das in engem Kontext mit der EXPO 2000 stehe:

„So stellt die EXPO ein Symbol für all das dar, wogegen wir uns stellen müssen, denn wir glauben an eine bessere Zukunft, in der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung aller Menschen möglich wird.“

Die sich im EXPO-Widerstand betätigenden militanten Gruppierungen versuchen nicht in erster Linie, theoretisch zu überzeugen, sondern betrachten ihre Aktionen als Katalysator für einen größeren Widerstand, ohne indes zu konkretisieren, wie der Schritt von punktuelltem Widerstand zur umfassenden Systemopposition vollzogen werden soll.

Obwohl die Zahl der zum Widerstand gegen die EXPO 2000 aufrufenden linksextremistischen Publikationen 1999 stark angestiegen ist, erschöpfen sich konkrete Aktionen des linksextremistischen EXPO-Widerstandes derzeit überwiegend in Ankündigungen.

Die Berliner autonome Zeitschrift INTERIM (Nr. 482 vom 26. August) äußert sich in einem Resümee zu den Aktivitäten der linksextremistischen Szene gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel im Mai/Juni in Köln eher verhalten:

„Von Köln 99 ... nach Hannover 2000? ... Für das Kampagnenhighlight 2000, die Expo in Hannover, fehlt sogar eine funktionierende Infrastruktur vor Ort. Die aktiven Kleinstgruppen haben sich wegen Erfolglosigkeit schon vor Jahren aufgelöst.“

Eine ähnlich skeptische Einschätzung hinsichtlich der konkreten Möglichkeiten des EXPO-Widerstandes kommt auch im redaktionellen Vorwort der November-Ausgabe der RAZZ (Nr. 117) zum Ausdruck:

„Der Anti-Expo-Widerstand ist nicht auf dem Stand, die Expo angreifen zu können und zu wollen (?). Er ist trotz wichtiger ... Bemühungen noch nicht einmal in der Lage, über seinen Tellerrand hinaus, effektiv aufklärerisch und bewußtseinsbildend tätig zu sein.“

Gemäß Lenins Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten definieren Autonome den revolutionären Internationalismus als Antiimperialismus; das heißt, wegen des Expansionsdranges des Kapitals findet eine Verlagerung des Klassenkampfes auf die internationale Ebene statt. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der Kampf gegen Ausbeutung im eigenen Land erhalten auf diese Weise einen prinzipiell gleichen Rang, Aktionen auf beiden Ebenen bedingen einander. Wenn Autonome sich für internationale Befreiungsbewegungen engagieren, zielen sie vom theoretischen Ansatz daher auch immer auf die revolutionäre Perspektive im eigenen Land.

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten des „Antiimperialistischen Widerstandes“ wie auch autonomer Gruppierungen bildete die Solidaritätsarbeit zugunsten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Neben der Forderung, das seit 1993 bestehende PKK-Betätigungsverbot aufzuheben, und der Betreuung von mutmaßlichen PKK-Aktivisten während ihrer in Deutschland laufenden Prozesse war diese Bestrebungen geprägt von der Unterstützung deutscher Linksextremisten, die sich an militärischen Aktionen im Osten der Türkei und im Nordirak beteiligt hatten und in Gefangenschaft geraten waren. Der Braunschweiger Autonome Jörg ULRICH, der sich seit Dezember 1997 in Gefangenschaft der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) befand, ist im Sommer nach Deutschland zurückgekehrt.

Die PKK erfährt durch die Autonomen jedoch keine rückhaltlose Unterstützung. Während sich vor allem Personen aus der „antiimperialistischen“ Szene mit dem „Befreiungskampf der PKK“ vorbehaltlos solidarisch erklären, richtet sich die Kritik vieler Autonomen gegen die vorrangig nationalistische Zielsetzung der PKK. Wenig Akzeptanz finden der hierarchische Aufbau des Parteiapparates und der um ÖCALAN betriebene Führerkult. Auf Ablehnung stoßen ferner die Spendenpraxis der PKK wie auch ihr rigides Vorgehen gegen parteiinterne Kritiker und Abweichler. Zudem kritisieren Autonome patriarchale Strukturen innerhalb der PKK.

In besonderer Weise engagieren sich die Gruppierungen der linksextremistischen Kurdistan-Solidarität für die PKK. Bei der Informationsstelle Kurdistan (ISKU) – mit Sitz in Berlin – handelt es sich um eine bundesweite „Kontakt- und Vernetzungsstelle“ von Gruppierungen und Initiativen der linksextremistischen Kurdistansolidarität. Eigenen Angaben zufolge umfasst die auch in Niedersachsen in Braunschweig, Göttingen, Harburg-Land sowie Hannover vertretene ISKU mehr als 40 Gruppen und Einzelpersonen im gesamten Bundesgebiet. Die Organisation, die eine herausgehobene Rolle in der linksextremistischen Solidaritätsarbeit für die PKK einnimmt, gibt als Publikation den Kurdistan-Report heraus.

Am 22. Oktober begann auf Initiative der Informationsstelle Kurdistan e.V. in Bremen eine Busrundreise, die durch mehrere deutsche Städte führte. Im Mittelpunkt der Kampagne stand die Forderung nach Freilassung des PKK-Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN. Am 25. und 26. Oktober hielten sich PKK-Unterstützer in Hildesheim und Göttingen auf, wo die Kurdistan-Solidarität Göttingen, ohne große Resonanz zu erzielen, eine „mehrstündige Kundgebung auf dem Marktplatz mit Agitpropaktionen“ durchführte.

Eine im Internet veröffentlichte Erklärung verdeutlicht die Intentionen der Kampagne und den Zusammenhang zwischen internationalistischem Engagement und dem Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland:

„Zuletzt nach der Entführung ... Öcalans ... richtete sich eine neue Repressions- und Hetzkampagne gegen die kurdische Bevölkerung in der BRD. Obwohl sich diese Geschehnisse in aller Öffentlichkeit abspielen, gingen die Proteste und der Widerstand dagegen fast ausschließlich von den KurdInnen selbst aus, die dabei kaum Unterstützung von Seiten der fortschrittlichen Kräfte in der BRD erfahren haben. Um diesen Zustand zu durchbrechen, hat die Informationsstelle Kurdistan die Kampagne 'Freiheit für Abdullah Öcalan - Für eine politische Lösung in Kurdistan' gestartet ...“

(ISKU, Internet-Ausdruck vom Oktober)

Noch deutlicher kommt die Wechselbeziehung zwischen Internationalismus und Kampf gegen das nationale politische System in einem Flugblatt der „Kurdistan-Solidarität Göttingen – Mitglied der Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU)“ zum Ausdruck, das dem im April erschienenen STAEDTE-

BERICHT goettingen der AA(M) für den Zeitraum „Mitte Februar – Mitte 1999“ beigefügt war:

„Heute ist uns die imperialistische Unterdrückung und der Kampf der Kurdinnen und Kurden näher denn je, und um so notwendiger ist es für die Herrschenden, jede Solidarisierung der deutschen Öffentlichkeit schon im Keim zu ersticken. Und um so notwendiger ist es für uns, uns nicht von martialischen Bullenaufgeboten einschüchtern zu lassen, den Lügen der Presse keinen Glauben zu schenken und uns mit dem Kampf der PKK zu solidarisieren ... Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!“

Ein Beitrag der Kurdistansolidarität in der göttinger Drucksache (Nr. 339) vom 16. April, der sich mit der Abschiebung einer kurdischen Familie beschäftigte, endete mit der ebenso eindeutigen Parole:

„Tod den menschenverachtenden Systemen in der Türkei und der BRD!“

Kampagne von Linksextremisten gegen Kernenergie und Atommülltransporte

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich die Debatte um die friedliche Nutzung der Kernenergie zu einem zentralen Konfliktfeld der deutschen Innen- und Wirtschaftspolitik entwickelt, zusätzlich genährt durch die Reaktorunfälle in Harrisburg und 1986 in Tschernobyl. Das Thema wurde zum Kristallisationspunkt einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Grenzen technischen Fortschritts und die Verantwortung wissenschaftlicher Forschung. Die sich dabei abzeichnenden innergesellschaftlichen Konfliktlinien finden ihre Fortsetzung in der Diskussion über den Einsatz der Gentechnik. Das Engagement vieler Bürger gegen die Kernenergie bzw. ihr Wille, sich gegen einen als Bedrohung empfundenen technischen Fortschritt zur Wehr zu setzen, manifestierte sich in der Gründung von demokratischen Bürgerinitiativen, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Politik gewannen.

Die Aktivitäten linksextremistischer Atomkraftgegner, die zur Verbreiterung ihrer Basis an das Engagement der Bürgerinitiativen anzuknüpfen bestrebt sind, unterscheiden sich in der Zielsetzung grundsätzlich von deren Intentionen. Indem sie einen kausalen Zusammenhang zwischen der Nutzung der Kernenergie und dem Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland behaupten, sind die von ihnen in diesem Zusammenhang durchgeführten Aktionen immer auch als Kampfformen mit Symbolcharakter gegen die demokratisch verfasste Ordnung zu bewerten. Die Schriften der linksextremistischen Kernkraftgegner bringen dies zum Ausdruck. Die Verfasser des Artikels „Natürlich wollen

wir Zusammenarbeit“ in der Zeitung ANTI ATOM AKTUELL, führen aus:

„Für uns schließt der Kampf gegen die Atomindustrie auch die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse mit ein, auf deren Grundlage die Atomindustrie und politisch Verantwortliche ihr menschenverachtendes Treiben organisieren.“

(ANTI ATOM AKTUELL Nr. 98, Februar, S. 42 ff)

In einem Artikel zum Aktionstag am 27. Februar am Baugelände der Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben unter dem Titel „PKK statt PKA – Offene Grenzen ...“, der mit „Einige Braunschweiger Atomkraftgegner“ unterschrieben ist, heißt es in derselben Zeitschrift ebenso unmissverständlich:

„Wir sehen, daß der Kapitalismus mit seiner Profitlogik und verantwortungslosem Umgang mit Menschen und Umwelt ... solche Technologien, wie die Atom- oder Gentechnologie, fördert. Daher ist es innerhalb der Anti-Atom-Bewegung wichtig, sich dem Primat der Ökonomie zu widersetzen und sich kritisch mit unserer Scheindemokratie auseinanderzusetzen.“

(ANTI ATOM AKTUELL Nr. 99, März, S. 30 ff)

Den von der Bundesregierung angestrebten Ausstieg aus der Atomenergie bewerten linksextremistische Kernkraftgegner einhellig als nicht glaubhaft. In einer zur Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung vom 09. bis 11. April in Heidelberg u.a. im Internet veröffentlichten Presseerklärung wird festgestellt,

„... daß es mit Rot-Grün noch nicht einmal einen Einstieg in den Atomausstieg geben wird ... Deshalb sei der außerparlamentarische Widerstand notwendiger denn je.“

Ungeachtet dieses Appells hat die Fokussierung des Anti-Kernkraft-Widerstandes auf die Castor-Transporte Konsequenzen für die Kampagnenfähigkeit in Zeiten, in denen wie 1999 keine Transporte erfolgen, und für die Verfolgung systemüberwindender Zielsetzungen. In der Zeitschrift ANTI ATOM AKTUELL wurde selbstkritisch ausgeführt:

„Wir haben eine neue politische Situation und müssen jetzt quasi eine neue Bewegung aufbauen, denn die ‘alte’ Bewegung war fast nur noch ‘Anti-Castor-Bewegung’ und diese ist in den letzten Monaten arg zusammengeschmolzen ... Zehn Jahre Frustration und Perspektivlosigkeit der ‘linken’ und emanzipatorischen Bewegung haben Spuren hinterlassen. Konkrete Aktionen, soweit sie überhaupt noch zustandekommen, beziehen sich nur noch auf Einzelpunkte ...“

„ANTI ATOM AKTUELL Nr. 105, Oktober, S. 57)

Die mangelhafte Mobilisierungsfähigkeit in Zeiten ohne Castor-Transport dokumentiert sich in der Absage einer bereits seit Oktober 1998 für Mitte des Jahres geplanten Großdemonstration, weil weder über den Zeitpunkt noch den Veranstaltungsort Einigkeit erzielt werden konnte. In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausbleiben eines Castor-Transportes steht ferner der Rückgang von Straftaten gegen Anlagen der Deutschen Bahn AG. 1999 wurden lediglich zwei Anschläge in Niedersachsen registriert: auf Niederspannungsmasten an der Verbindungsstraße zwischen Drangstedt, Kreis Cuxhaven, und Alfstedt, Kreis Roten-

burg/Wümmen sowie auf eine Bahnstromleitung an der Strecke Löhne-Osnabrück.

Für den Fall der Wiederaufnahme der Castor-Transporte ist mit einer Zunahme linksextremistisch motivierter Aktionen und Straftaten zu rechnen. Die Ankündigungen sind in dieser Hinsicht eindeutig. Während der Frühjahrskonferenz der Kernkraftgegner vom 9. bis 11. April in Heidelberg einigten sich die Teilnehmer, darunter auch Personen aus dem autonomen Spektrum, darauf, dass

„die Castor-Transporte weiterhin Angriffsziel für Aktionen bleiben. Sie richten sich gegen den nächsten Transport, egal wohin er fährt oder von wo er kommt ... Castor-Transporte werden ... auch weiterhin als Hebel zur Durchsetzung der sofortigen Stilllegung betrachtet.“

(ANTI ATOM AKTUELL Nr. 101-102, Mai, S. 58)

Die von verschiedenen Initiativen am 3. Juli in Kassel durchgeführte Konferenz zur Vorbereitung von Aktionen anlässlich des nächsten Castor-Transports kam zu einem ähnlichen Ergebnis.

Im Mittelpunkt der vom 22. bis 24. Oktober in Dannenberg durchgeführten Herbstkonferenz, an der auch Linksextremisten teilnahmen, standen Strategiefragen. Aufgegriffen wurde die von der anarchistischen Zeitschrift *graswurzelrevolution* (Nr. 237, März, S. 1) konkretisierte so genannte Verstopfungsstrategie, der zufolge durch „direkten Widerstand“ gegen „Entsorgungs“-Projekte und Atommüll-Transporte die Chance eröffnet werden soll, „Pseudolösungen“ sowohl der Kraftwerksbetreiber als auch der Regierung zu blockieren:

„Die Verstopfung der AKWs muss als Hebel zu ihrer Stilllegung genutzt werden!“

(ANTI ATOM AKTUELL Nr. 106, November, S. 46)

Von einer grundsätzlichen Bereitschaft, dieses Ziel auch durch den Einsatz militanter Mittel zu realisieren, muss ausgegangen werden. Ein Indiz hierfür ist die Kommentierung von Durchsuchungen, die der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB), gefährlicher Eingriffe in den Bahnverkehr sowie anderer Straftaten am 6. Juli bei verschiedenen Tatverdächtigen im Landkreis Lüneburg, im Wendland, in Berlin, Bremen und Hamburg durchführen ließ.³¹ Für den Verfasser einer „Stellungnahme zu den polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen am 6. Juli“, die in der autonomen Berliner Publikation *INTERIM* veröffentlicht wurde, liegt das Ziel der Durchsuchungswelle in der Schwächung und politischen Ausgrenzung eines radikalen Teils dieser Bewegung, da die „Anti-AKW-Bewegung immer noch die größte, alle gesellschaftlichen Schichten miteinbeziehende außerparlamentarische Opposition“ sei. Militante Aktionen im Zusammenhang mit den Atom-Transporten, die sich „nicht immer im Rahmen polizeilich legitimer Handlungsmöglichkeiten“ bewegen könnten, rechtfertigt der

²⁶ Hintergrund des Ermittlungsverfahrens sind Anschläge auf Bahnanlagen in den Jahren 1996 und 1997, bei denen zeitgleich an ca. 20 Orten im Bundesgebiet – mit Schwerpunkten in Niedersachsen und Berlin – selbstgefertigte Hakenkrallen in Bahnüberleitungen eingehängt wurden. Die Folge waren erhebliche Sachschäden am Leitungsnetz sowie starke Behinderungen im Bahnverkehr. Die Verantwortung für die Anschläge im Jahr 1996 übernahmen Linksextremisten in einem „Kommuniqué autonomer Gruppen“.

Verfasser mit dem Hinweis auf die Machtfülle der Energiekonzerne einerseits und die Ohnmacht der politischen Einflussnahme in Parteien und Parlament andererseits:

„Sie sind Teil des vielfältigen, phantasievollen Widerstands, der vom Flugblattverteilen bis zu nächtlichen Aktionen reicht und bei dem ein Grundkonsens immer gewahrt ist, keine Menschenleben zu gefährden.“

(INTERIM Nr. 480, 15. Juli)

Im Zusammenhang mit den Durchsuchungsmaßnahmen steht ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Firma Siemens am 14. Juli in Berlin. In einem Selbstbeziehungsschreiben, mit dem eine „Autonome Gruppe Gegenenergie“ den Anschlag als Reaktion auf die „Repression gegen die Anti-AKW-

Bewegung“ rechtfertigte, werden weitere Straftaten gegen die Deutsche Bahn AG angekündigt:

„Die Deutsche Bahn AG ist ein legitimes Ziel der Anti-AKW-Bewegung ... Wir werden auch in Zukunft Gleise demontieren, blockieren und unterhöhlen, Fahrscheinautomaten zerstören, Strommasten fallen, Hakenkrallen einhängen, Plakate kleben, Flugblätter verteilen, auf Bahnhöfen demonstrieren, Feste feiern - den ganzen Fahrplan durcheinanderbringen bis wir unser Ziel erreicht haben.“

Die Erklärung endet mit den Parolen „Für die Abschaltung aller Atomkraftwerke und die Stilllegung der herrschenden Klassen weltweit! ... Gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung!“

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz		
Bund:	Essen	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Heinz STEHR	
Niedersachsen:	Detlef FRICKE	
Mitglieder		
	1998	1999
Bund:	6.500	5.000
Niedersachsen:	430	430
Publikationen		
Bund:	Unsere Zeit (erscheint wöchentlich, Auflage etwa 8.500)	
Niedersachsen:	Hannoversches Volksblatt, Die Rote Spindel, Pulverturm und der Rote Käfer (Betriebszeitung)	

Die 1968 in der Phase der beginnenden Entspannungspolitik von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands

(KPD) gegründete DKP, die im Verlaufe ihrer Geschichte bei Bundestags- und Landtagswahlen niemals nennenswerte Erfolge hat erzielen können, war bis zur Wende im Jahre 1989 ein Einfluss-

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der DKP Hannover, Juli 1999

"Sparprogramm" Rot-Grün:

**Kriegskosten
verschärfen
Sozialabbau** !

**Geld ist
genug da !**

rund 2.000

instrument der DDR bzw. der SED in der Bundesrepublik Deutschland. In der Folgezeit hat die in ideologischer und finanzieller Hinsicht seinerzeit von der SED abhängige Partei stark an Bedeutung und Mitgliedern verloren. Eine grundsätzliche programmatische Neuorientierung in Reaktion auf die seit 1989 in Europa eingetretenen Veränderungen ist dennoch nicht zu erkennen. Nach wie vor sind die inzwischen umgewälzten Gesellschaftssysteme des ehemaligen Ostblocks für die DKP ideologische Fixpunkte. Ein doktrinärer Marxismus-Leninismus und eine daraus abgeleitete Imperialismustheorie bestimmen als ideologische Konstanten unverändert das weltanschauliche Selbstverständnis der DKP. Die Arbeiterklasse, als deren Avantgarde sich die DKP ungeachtet ihres marginalen Einflusses versteht, wird in ungebrochener Tradition als revolutionäres Subjekt betrachtet. Symptomatisch für dieses ideologische Selbstverständnis sind die Ausführungen des Parteivorsitzenden Heinz STEHR im theoretischen Organ der Partei, den „Marxistischen Blättern“:

„Durch das Ende des Sozialismus in Europa wurden die Verhältnisse in der Welt aus dem Gleichgewicht gebracht. Es scheint fast so, als sei nur noch die Katastrophe möglich ... (I) Im internationalen Maßstab gilt: Alle Kräfte zu bündeln, um die Auswirkungen der neuen Weltordnung unter Hegemonie der imperialistischen Zentren abzuwehren ... Wir brauchen eine neue internationale Zusammenarbeit ... die auf der wissenschaftlichen Weltanschauung der Theorien von Marx, Engels und Lenin ... beruht ... Das schließt ... gemeinsame Grundvorstellungen über das Gesellschaftssystem der Zukunft, den Sozialismus, ein. Dazu gehört aus Sicht der DKP, daß ... die Macht und Eigentumsverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten verändert werden.“
(Marxistische Blätter Heft 3, S. 40 ff.)

Das internationalistische Selbstverständnis kommt in Solidaritätsaktionen für Kuba zum Ausdruck, die trotz der finanziell angespannten Lage der Partei fortgesetzt werden. Die marxistisch-leninistische Imperialismustheorie ist von grundlegender Bedeutung für die – während des Kosovo-Konfliktes verschärfte – Kritik der DKP am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) bildet für die DKP einerseits einen politischen Manövrierraum einengende finanziell übermächtige Konkurrenz, andererseits wird die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) – als eigenständiger Zusammenschluss integraler Bestandteil der PDS – als natürlicher Bündnispartner betrachtet. Die dargelegte ideologische Ausrichtung der DKP entspricht in weiten Teilen der Programmatik der KPF, insbesondere die weiterbetriebene Verherrlichung der DDR weist in der politischen Analyse identische Argumentationsmuster auf. Kontakte zur KPF bestehen auf allen Organisationsebenen. Das Verhältnis zur Gesamtpartei PDS wurde allerdings durch Äußerungen des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Dieter DEHM belastet. DEHM erklärte, die DKP sei als Partei, die für Parlamente antritt, überflüssig. Auch die Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf offenen Listen der PDS wurde von ihm kritisiert.

Die DKP verzichtete auf eine eigene Kandidatur bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni und rief ihre Anhänger dazu auf, die PDS zu wählen, um eine Aufsplitterung der linken Kräfte zu vermeiden. Parteiinterne Kritiker bewerteten den Verzicht als Profilverlust für die DKP und monierten die Abhängigkeit vom Wohlwollen der PDS hinsichtlich der

Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf offenen Listen. Tatsächlich bekam lediglich ein bayerisches DKP-Vorstandsmitglied einen (aussichtslosen) Listenplatz zugewiesen, und dies auch erst auf Intervention des zur KPF gehörenden Mitgliedes des Bundesvorstandes der PDS, Michael BENJAMIN.

Für den Verzicht auf eine Kandidatur dürften in erster Linie jedoch finanzielle Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Auch das DKP-Parteiorgan *Unsere Zeit* (UZ) blieb von der Finanzschwäche der Partei nicht verschont. Die DKP rief 1999 erneut zu Spenden zum Erhalt der Zeitung auf. Trotz intensiver Bemühungen, dem anhaltenden Abwärtstrend durch Werbung neuer Abonnenten entgegenzuwirken, sank die Auflage der UZ innerhalb eines Jahres von 8.800 auf etwa 8.500 Exemplare.

Herausragendes Ereignis war für die Partei das 11. UZ-Pressfest – Volksfest der DKP – vom 27.–29. August in Dortmund, für dessen Durchführung erhebliche finanzielle und organisatorische Kräfte aufgewendet wurden. An der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung, in deren Rahmen zugleich der 30. Jahrestag der Gründung des Parteiorgans UZ gefeiert wurde, war auch die Bezirksorganisation Niedersachsen mit zahlreichen Helfern beteiligt. Die Teilnahme von Vertretern befreundeter kommunistischer Parteien sollte den internationalistischen Anspruch der DKP unterstreichen. Das Ziel, Außenstehende für die DKP zu interessieren, wurde nicht erreicht. Die Veranstaltung wurde von ca. 15.000 Personen besucht.

Die DKP bemüht sich, der zunehmenden Überalterung der Parteimitgliedschaft durch eine gezielte Jugendarbeit entgegenzuwirken. Neben der eigenen Jugendorganisation, der Sozialistischen Deutschen

Arbeiterjugend (SDAJ), soll nach Angaben des Parteivorsitzenden STEHR auch die im November 1997 gegründete Assoziation Marxistischer Studenten (AMS) in die Aktivitäten einbezogen werden. Zu den Zielsetzungen der Jugendarbeit führte STEHR auf dem „jugendpolitischen Ratschlag der DKP“ am 13. Juni in Essen aus:

„Konzentrieren müssen wir uns in der Jugendpolitik auf Klassenpolitik und damit auch auf die Arbeiterjugend ... Klassenpolitik heute erfordert auch Aussagen zu den Bereichen ... Antimilitarismus, Antifaschismus und Internationalismus.“

Aktivitäten der SDAJ sind in Niedersachsen vor allem in Oldenburg zu registrieren. Das Selbstverständnis der SDAJ formuliert die dort ansässige Gruppe in ihrer Zeitung propaganda libre vom Juli:

„Als marxistischer Jugendverband sind wir uns dabei im klaren, daß diese Forderungen nur dauerhaft durchgesetzt werden können, wenn die Eigentumsverhältnisse in diesem Land grundlegend umgewälzt werden. Deshalb treten wir für einen Bruch mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ein, in der eine handvoll Unternehmer über den Großteil der Bevölkerung herrschen ...“.

Name und Organisationssignet der AMS lassen eine Anlehnung an den von der DKP 1969 unter dem Namen AMS Spartakus gegründeten Vorläufer ihrer späteren Studentenorganisation Marxistischer Studentenbund Spartakus, die sich 1990 selbst auflöste, erkennen. Die AMS versteht sich als eine

„radikal antikapitalistisch, internationalistisch und revolutionär – eben marxistisch ... konsequent antifaschistisch und antirassistisch, gegen Faschisten und Reaktionäre auch an den Hochschulen“ gerichtete Organisation.

(Informationen der AMS im Sommersemester 1998, S. 8).

Als bundesweites Organ der AMS dient der SprecherInnenrat, in dem Mitglieder der Hochschulgruppen aus Hannover und Göttingen vertreten sind. In Niedersachsen existiert daneben eine weitere Gruppe der AMS in Oldenburg.

Unterstützung von Seiten der DKP erfuhr die Organisation bei der Erstellung ihrer erstmals 1999 unter dem Titel „Alles Marx!“ als Beilage der UZ erschienenen Semesterzeitung. Der dort veröffentlichte Beitrag „Das System überwinden!“ offenbart die Übereinstimmung mit der DKP in den politischen Zielsetzungen. Wie die DKP



betrachtet auch die AMS die Arbeiterklasse als Subjekt eines auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung zielenden revolutionären Prozesses:

„Wir setzen uns ein für ... den gemeinsamen Kampf der fortschrittlichen Student-Innen mit der ArbeiterInnen-Klasse und ihren Organisationen sowie weiteren Schichten der

Gesellschaft, die sich gegen die Unterdrückung und die Macht des Kapitals zur Wehr setzen ... Unser Ziel ist ... der Sturz des kapitalistischen Systems.“

Der Bezirksvorstand der DKP Niedersachsen bewertet die Zusammenarbeit mit der AMS ebenfalls als einen wichtigen Schritt, um die Partei gegenüber jungen Menschen zu profilieren.

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

Mitglieder	1998	1999
Bund:	2.000	2.000
Niedersachsen:	25	25
Publikationen		
Bund:	Mitteilungen der KPF der PDS (monatlich)	
Niedersachsen:	offen-siv (zweimonatlich, anlassbezogene Sonderausgaben)	

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) versteht sich als eine Partei, die verschiedene Strömungen linkstheoretischen Denkens repräsentiert (Strömungspartei). Satzungsgemäß können innerhalb der PDS eigenständige Zusammenschlüsse gebildet werden, vorausgesetzt diese unterstützen die Programmatik der Gesamtpartei. Ein solcher Zusammenschluss ist die am 30. 12. 1989 gegründete KPF, die für sich beansprucht, die sozialistische Identität der PDS zu wahren und etwaigen Reformbestrebungen in Richtung auf eine Sozialdemokratisierung der Mutterpartei entgegenzuwirken. Inzwischen verfügt die KPF in fast allen Bundesländern über eigene Organisationseinheiten.

In ideologischer Hinsicht stellt sich die KPF in die Tradition der sich auf die Lehren von Marx und Lenin berufenden kommunistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik. Dies schließt die dogmatisierte Orientierung an einem Fortschrittsmodell ein, das eine revolutionäre Abfolge gesellschaftlicher Formationen auf einem ständig höheren Entwicklungsniveau bis hin zur Realisierung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsmodells als höchster Stufe der Entwicklung behauptet. Das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik Deutschland wird in dieser Sichtweise in seiner Bedeutung auf eine gesellschaftliche Durchgangsformation reduziert; das heißt, die KPF weist der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland keinen Wert an sich zu, sondern betrachtet sie lediglich als Basis ihres

Kampfes für eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

Aus der Orientierung an der Tradition der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung resultiert eine von führenden Funktionären der KPF häufig zum Ausdruck gebrachte ideologische Nähe zum Gesellschaftsmodell der DDR, das als ein legitimer historischer Versuch gewertet wird. Michael BENJAMIN, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF und zugleich des Bundesvorstandes der PDS, beispielsweise bestreitet, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei und verteidigt den Mauerbau als eine völkerrechtlich korrekte Maßnahme. Kritik an der DDR wird von der KPF allenfalls auf der Ebene systemtheoretischer Abstraktion geübt, ein argumentativer Kunstgriff, der es ermöglicht, konkrete Missstände – wie Menschenrechtsverletzungen – auszublenden. Exemplarisch für diese Argumentationsweise ist ein von BENJAMIN gemeinsam mit zwei weiteren Mitgliedern des PDS-Vorstandes verfasstes Minderheitsvotum zu den von der Programmkommission der PDS im November veröffentlichten „Thesen zur programmatischen Debatte“, die von Teilen der Presse als Hinwendung der PDS zu einem reformorientierten Politikansatz bewertet wurden. Die KPF publizierte das Minderheitsvotum als Heft 12/1999 ihres Organs Mitteilungen der KPF.

Nicht zuletzt weil sie nach wie vor die Traditionsströmungen innerhalb der PDS widerspiegelt, ist ein Ausschluss der KPF trotz programmatischer Differenzen mit der Parteiführung nicht zu erwarten, wie Äußerungen des Parteivorsitzenden Lothar BISKY und des Bundesgeschäftsführers Dietmar BARTSCH, der sich gegen Antikommunismus innerhalb der PDS aussprach, dokumentieren. Zu dieser Haltung der Parteiführung mag auch beitragen, dass die Relation der Mitgliederzahlen von KPF (2.000 Mitglieder) und Gesamtpartei (94.000 Mitglieder) nicht die wahre Bedeutung der KPF ausdrückt. Die Mitgliedschaft der PDS ist überaltert. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Ausschluss der KPF auch unter dem Aspekt der innerparteilichen Motivation kontraproduktiv.

Der Einfluss der KPF auf den niedersächsischen Landesverband der PDS dokumentiert sich in der Präsenz ihrer Mitglieder auf verschiedenen Organisationsebenen. So stellt die KPF mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten der PDS, Rolf KÖHNE, einen der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden im achtköpfigen Landesvorstand der PDS Niedersachsen. Im 23 Mitglieder umfassenden Bundeskoordinierungsrat, neben dem Bundessprecherat das Leitungsgremium der KPF, ist mit der hannoverschen KPF-Funktionärin Monika WINDHORN seit Juni 1999 ein Mitglied des Landesverbandes Niedersachsen vertreten.

Neben den bundesweiten Mitteilungen der KPF der PDS erscheint in Niedersachsen die Zeitschrift *offen-siv*, die zwar als Sozialistisches Monatsblatt der PDS Göttingen und Hannover firmiert, für deren Redaktion und Geschäftsführung jedoch Anhänger der KPF verantwortlich zeichnen. Aufgrund finanzieller Engpässe wird das spendenfinanzierte Blatt, das 1999

sein fünfjähriges Bestehen feierte, nur noch zweimonatlich veröffentlicht. Aufgegriffen werden fast ausschließlich Themen mit überregionaler Bedeutung. Kennzeichnend für die meisten Beiträge der Zeitschrift ist eine bejahende Haltung gegenüber dem Gesellschaftssystem der DDR und ein bereits an der Diktion ablesbarer doktrinärer Marxismus-Leninismus. So formulierte das Redaktionsmitglied Frank FLEGEL sein Missfallen über die Nominierung des Wahlkampfleiters und führenden Theoretikers der PDS André BRIE auf Platz 2 der PDS-Bundesliste zur Wahl zum Europäischen Parlament:

„Einen Totalitarismustheoretiker kann ich nicht als meinen Repräsentanten ansehen. Er repräsentiert die Ideologie des Klassenfeindes – und die ist nunmal nicht die meine. Da ein Totalitarismustheoretiker den männlichen Spitzenplatz der Europawahlliste der PDS zugeschanzt bekam, ist die Wahl der PDS für mich nicht möglich.“

(offen-siv Heft 3, S. 51)

Besondere Aktivitäten entfaltete die Redaktion der offen-siv mit der Durchführung einer Tagung „50 Jahre DDR – Für Frieden und Sozialismus – Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes“ am 20. und 21. November in Berlin. Die Wahl des Veranstaltungsortes ist vor allem auf die enge Verbindung der Redaktion zur Zeitschrift Rotfuchs der stalinistischen DKP-Gruppe Berlin Nord-Ost sowie zu dem dieser Gruppe angehörenden verantwortlichen Redakteur Dr. Klaus STEINIGER und dessen Frau, der ehemaligen stellvertretenden DKP-Partei-vorsitzenden Bruni STEINIGER zurückzuführen.



Neben der DKP unterstützten nach eigenen Angaben auch andere linksextremistische Gruppierungen und Personen wie die KPD sowie Teile der PDS die Redaktion der offen-siv bei der Organisation der Konferenz. Die Konferenz hatte die „Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR“ zum Ziel:

„Ohne die 1989/90 vollendete Konterrevolution würden wir in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Gründung der DDR feiern“.

Ein weiteres Ziel der Konferenz war es zu vermitteln,

„daß die DDR die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und die Existenz des ‘Warschauer Paktes’ der wesentliche Garant der Abwesenheit von Weltkriegen und Kriegen in Europa während der ersten 45 Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus war. Damit soll klar gemacht werden, daß die sogenannte ‘Wende’ 1989/1990 kein ‘Niedergang’ ... des Sozialismus war, sondern eine gezielte konterrevolutionäre Zer-

schlagung (mit anschließender Annektion durch den BRD-Imperialismus) ...“

(offen-siv Heft 5, S. 5)

Es müsse deutlich werden,

„daß das Erbe des Sozialismus in der DDR ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunistischen Bewegung der BRD ist bzw. sein muß“.

(offen-siv Heft 5, S. 5)

In einem Gastbeitrag in der offen-siv glorifizierte die DKP-Funktionärin Bruni STEINIGER die DDR:

„... der Staat, der dem deutschen Kapital vierzig Jahre lang Macht und Eigentum entzog, war das humanste, das gerechteste Deutschland, das es je gegeben hat. SED und DDR sorgten für die umfassende Verwirklichung der sozialen Menschenrechte. Im Interesse der historischen Wahrheit und um dieses künftigen Generationen zu übermitteln, muß man es tausendmal wiederholen. Bei allen Narben des Alten, bei allen Lasten des Kalten Krieges, bei aller Unvollkommenheit war die DDR die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes.“

(offen-siv Heft 3, S. 43)

Gemeinsame Themenfelder revolutionär-marxistischer Linksextremisten

Die Aktivitäten orthodoxer linksextremistischer Zusammenschlüsse anlässlich von Gedenktagen – Tag der Arbeit am 1. Mai, Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 10. Januar, 50. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober – offenbaren die zwischen ihnen bestehenden ideologischen Gemeinsamkeiten.

Als gemeinsame ideologische Elemente anzuführen sind: der Glaube an die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse, ein auf die Realisierung des Sozialismus zielendes lineares Fortschrittsmodell, die Notwendigkeit eines revolutionären Umschwungs, die Adaption der Leninschen Imperialismustheorie, die Forderung nach einer weltweiten Zusammenarbeit der ausgebeuteten Menschen gemäß der Marx'schen Formel „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ sowie die positive Bezugnahme auf die sozialistischen Gesellschaftssysteme des ehemaligen Ostblocks.

Ein Flugblatt der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) aus Anlass des 1. Mai verdeutlicht ein erhebliches Ausmaß an ideologischer Übereinstimmung mit den in den vorangestellten Kapiteln ausführlich dargestellten theoretischen Grundlagen der Politik von DKP und KPF:

„Eine wirkliche Wende erfordert eine Veränderung der Gesellschaftsordnung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... Damit die sozialistische Gesellschaft nicht wieder zerstört wird, muß die Arbeiterklasse die Denkweise der verantwortlichen Führer in Partei, Wirtschaft und Staat kontrollieren ... Der Sozialismus ist nicht am Ende - es ist der nächste gesellschaftliche Schritt vorwärts in der Menschheitsgeschichte!

... Proletarier aller Länder, vereinigt euch! ... Ausländische und deutsche Arbeiter - eine Klasse - ein Gegner - ein Kampf!“

(Flugblatt der MLPD zum 1. Mai)

Die MLPD mit Sitz in Gelsenkirchen ist 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands entstanden. Bundesweit zählt die Organisation, die über mehrere Landesverbände und Bezirke verfügt, ca. 2.000 Mitglieder; in Niedersachsen gehören ihr jedoch nur wenige Mitglieder an.

Dominierendes Thema für alle orthodoxen Linksextremisten war der Konflikt im Kosovo, der eine mobilisierende und integrative Wirkung entfaltete und dessen Ursache seitens der Kommunisten weitgehend ohne Reflektion der humanitären Situation im Kosovo und der dort begangenen Gräueltaten allein der imperialistischen Natur der westlichen Staaten zugeschrieben wurde. Kapitalinteressen und nicht etwa humanitäre Erwägungen hätten den Einsatz der Truppen bestimmt. Im bereits zitierten Flugblatt der MLPD wurde diesbezüglich ausgeführt:

„Es ist die gleiche Politik des Maximalprofits, die nur jeweils mit verschiedenen Mitteln durchgesetzt werden soll. Erst im echten Sozialismus, wenn die arbeitenden Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung befreit sind, werden Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit und Raubkriege abgeschafft.“

Ähnlich monokausal bewertete der DKP-Vorsitzende STEHR das Eingreifen der NATO:

„Es geht der NATO gar nicht um Menschenrechte, im Kosovo nicht und nirgends, es geht um politische und ökonomische Ziele des Imperialismus.“

In einem in den Mitteilungen der KPF abgedruckten Referat vor dem Bundeskoordinierungsrat der KPF diagnostizierte das niedersächsische DKP-Vorstandsmitglied Manfred SOHN in ebenso apodiktischer Weise:

„Lenins Imperialismusanalyse (ist) im Kern nach wie vor gültig und ... infolgedessen (treibt) der Imperialismus von seinem Wesen, seiner ökonomischen Struktur her, immer zu Aggressionen nach außen und Repressionen nach innen ... Wie die Zeit von 1949 bis 1989 bewiesen hat, kann eine reale Macht ihn zum Frieden zwingen, aber aus sich heraus besitzt er keine Friedensfähigkeit.“

(Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 5, S. 1 ff.)

Die Bundesrepublik Deutschland wird von den orthodoxen kommunistischen Parteien als ein Großmachtspolitik treibender imperialistischer Staat dargestellt und unter Ignorierung ihrer rechtsstaatlichen Verfasstheit und des europäischen Einigungsprozesses in eine ungebrochene Traditionslinie mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich gestellt. Symptomatisch für diese Sichtweise ist ein Diskussionsbeitrag zur Friedens- und Bündnispolitik im offensiv-

Bei den in Jugoslawien einziehenden NATO-Truppen „ ... handelt es sich um Besatzungstruppen. Mit dabei die deutsche Wehrmacht, pardon, Bundeswehr. Diese Armee hat nichts, aber auch gar nichts gerade auf jugoslawischem Staatsgebiet oder sonstwo außerhalb deutscher Grenzen zu suchen! Ich verweigere dieser Armee und jedem einzelnen Soldaten ausdrücklich meine Solidarität ... Ich bin ja auch nicht solidarisch mit einem Polizisten, nur weil er Mitglied der deutschen Polizeigewerkschaft ist. Beide, Soldat und Polizist, sind Mitglieder des kapital-

listischen Repressionsapparates. Sie haben sich freiwillig dafür entschieden und stehen folglich auf der anderen Seite der Barrikade. So einfach ist das.“

(offen-siv Heft 5, S.48 ff.)

Die aus Anlass des Kosovo-Konfliktes forcierten Aktivitäten der orthodoxen kommunistischen Parteien, zu denen auch so genannte Anti-Kriegs-Bündnisse mit militanten Autonomen gehörten und der von ihnen praktizierte Verbalradikalismus können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie sich nach wie vor in einer tiefen Orientie-

rungskrise befinden. Der Anspruch, Vorhut der Arbeiterklasse zu sein, und die Wirklichkeit klaffen in eklatanter Weise auseinander. Anstatt mit programmatischer Weiterentwicklung auf die veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu reagieren, verharren die orthodox-kommunistischen Organisationen in ideologischer Erstarrung. Die geringe Mobilisierungskraft in Bezug auf die Ostermärsche zu einem Zeitpunkt, als der Kosovo-Konflikt seinen Höhepunkt erreichte, ist ein beredtes Beispiel für ihre derzeitige Lage.

Rote Hilfe e. V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle: Göttingen

Mitglieder	1998	1999
------------	------	------

Bund:	3.000	3.000
-------	-------	-------

Niedersachsen:	400	450
----------------	-----	-----

Publikation:	Die Rote Hilfe (vierteljährlich, Auflage 4.400)	
--------------	---	--

Die RH versteht sich als eine „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Sie sieht sich in der Tradition einer gleichnamigen, kommunistischen Gruppierung der Weimarer Republik und setzt sich durch Erstattung von Prozess- und Rechtsanwaltskosten für linksextremistische Straftäter ein. Außerdem werden anlassbezogen und zu bestimmten Fragestellungen Broschüren und Flugblätter herausgegeben. Der Bundesvorstand hat seinen Sitz seit Jahresbeginn in Göttingen, dort gibt es auch die mitgliederstärkste Ortsgruppe. Weitere niedersächsi-

sche Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Hannover und Buchholz. Die Redaktion des Vereinsorgans Die Rote Hilfe und der Literaturvertrieb befinden sich in Kiel.

„Das Eintreten für die Ziele der Arbeiterbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr“ sind nach einer in jeder Ausgabe des Vereinsorgans abgedruckten Selbstdarstellung die Elemente der politischen Betätigung der RH. Diese Formulierung verweist auf einen neben der kommunistischen Traditionslinie gewachsenen autonomen Einfluss auf die Organisation.

Als ihre Hauptaufgabe betrachtet die RH den Kampf gegen staatliche Repression im nationalen und interna-



DIE ROTE HILFE

tionalen Rahmen. Das Berichtsspektrum des vierteljährlich erscheinenden Vereinsorgans verdeutlicht die Spannweite des Engagements. Es reicht vom Einsatz für den inhaftierten und zum Tode verurteilten PKK-Vorsitzenden ÖCALAN bis zur Agitation gegen den europäischen Einigungsprozess, der den Herrschenden die Gelegenheit gebe,

„gegen linke, soziale, fortschrittliche, revolutionäre, emanzipatorische und Arbeiter- und Arbeiterinnen-Bewegungen und -Politik einen in dieser Art noch nie da gewesenen Repressionsapparat zu schaffen“.

(Die Rote Hilfe Nr. 2, April-Juni)

Anlässlich des „Tages der politischen Gefangenen“, den die RH seit 1995 gemeinsam mit der linksextremistischen Gruppierung LIBERTAD! propagiert, erschien im März eine Sonderausgabe der Zeitung Die Rote Hilfe, die sich vorwiegend mit den Haftbedingungen politischer Gefangener und der Abschiebung von Asylbewerbern beschäftigte. Eine Kampagne zur Freilassung der „politischen Gefangenen“ aus der RAF schloss sich an. Mit anderen Gruppierungen des linksextremistisch/antiimperialistischen Spektrums zeichnete die RH verantwortlich für die internationale Arbeitskonferenz „Befriedung oder Befreiung“, Perspektiven internationaler Solidarität – Für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit“, die im April in Berlin stattfand. Die Ortsgruppe Göttingen der RH forderte die Ehrenbürgerschaft für den im US-Bundesstaat Pennsylvania wegen Mordes an einem Polizisten zum Tode verurteilten Journalisten Mumia ABU-JAMAL, der in den sechziger und siebziger Jahren der „Schwarzen Befreiungsbewegung“ in den USA angehört hatte. Die Initiative sei als Protest gegen die geplante Hinrichtung zu verstehen.

Graswurzelbewegung

Der Beginn der Graswurzelbewegung ist auf das Jahr 1972 zu datieren, als Mitglieder der 1969 gegründeten „Gewaltfreien Aktion“ in Augsburg unter dem Einfluss anarchistischen Denkens in der Studentenbewegung erstmals die Zeitschrift *graswurzelrevolution*³² herausgaben. Die *graswurzelrevolution* wurde zum Kristallisationspunkt eines Zusammenschlusses von Personen aus unterschiedlichen Gruppierungen, die sich ein gewalt- und hierarchiefreies Zusammenleben der Menschen zum politischen Ziel setzten. In den siebziger Jahren gewann die Graswurzelbewegung erheblichen Einfluss auf die Friedens- und die Anti-Atomkraft-Bewegung. Die im Zusammenhang mit den damaligen Aktivitäten geführte Organisationsdebatte mündete 1980 in die Bildung eines Dachverbandes, der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA), ein seit 1997 organisatorisch und ruhender Zusammenschluss. Die monatlich publizierte Zeitschrift *graswurzelrevolution* jedoch ist das Diskussionsforum der Bewegung geblieben. Sie hat ihren Redaktionssitz in Oldenburg inzwischen aufgegeben und unterhält Koordinationsredaktionen in Münster und München.



³² Der Begriff „Graswurzelrevolution“ wurde in den sechziger Jahren von Theoretikern der Gewaltfreiheit im angloamerikanischen Sprachraum geschaffen. Er spielt darauf an, dass sich ein Widerstandsnetz an der Basis der Gesellschaft wie das Wurzelwerk von Graspflanzen durch wechselseitige Verflechtung ausbreiten und verfestigen soll.

Aus dem von einem radikalen Freiheitsgedanken getragenen Menschenbild der Graswurzelbewegung resultiert eine prinzipielle Gegnerschaft zu allen politischen Organisationsformen, da diese notwendigerweise auf Machtverhältnissen beruhen, wenn auch, wie im Falle des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, auf demokratisch legitimierter Macht. An Stelle der von ihr abgelehnten freiheitlichen demokratischen Grundordnung strebt die Graswurzelbewegung an,

„daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden.“

(Selbstdefinition der Graswurzelbewegung in jeder Ausgabe der graswurzelrevolution)

Die eigenen Kampf- und Organisationsformen sollen die angestrebte Gesellschaftsform vorwegnehmen, die in Form einer sozialen Revolution mit dem auch als „ziviler Ungehorsam“ verstandenen Mittel der direkten gewaltfreien Aktionen herbeigeführt werden soll. Bei den Aktionsformen handelt es sich um

„... massenhafte(n) zivile(n) Ungehorsam (Boykottaktionen, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks bis hin zum Generalstreik, Kriegsdienstverweigerung) mit dem Ziel der Zersetzung der Machtzentren, insbesondere der bewaffneten Streitkräfte. Gegen eine genügend breite Massenbewegung, die durch gesellschaftliche und ökonomische Gegenmacht Druck ausübt und repressive Maßnahmen unterläuft, kann das herrschende Übergewicht der Waffen nicht zur Geltung kommen.“

(aus „Thesen über Staatlichkeit und

Anarchie heute“, Internet-Homepage der graswurzelrevolution, Stand November)

Gewalt gegen Sachen wird befürwortet, Gewalt gegen Personen aber abgelehnt.

Der „gewaltfreie Widerstand“ der Gruppen und Personen der Graswurzelbewegung richtete sich 1999 insbesondere gegen das als Symbol der „unmenschlichen Herrschaftsformen“ angesehene Militär. Mit Beginn des Krieges in Jugoslawien im März wurden die Bundeswehr als „Nachfolgearmee“ der Deutschen Wehrmacht und die Nato als „imperialistisches Militärbündnis“ diffamiert. Der Krieg im Kosovo beherrschte die Titelschlagzeilen der radikal pazifistischen graswurzelrevolution bis zum Oktober: „Krieg ist Massenmord!“ (April), „Gegen den Krieg!“ (Mai), „Nach dem Krieg ist vor dem Krieg“ (Oktober). In zwei Beilagen der Zeitschrift, die unter dem Titel „Stoppt den Krieg! Nein zu Bomben, Krieg, Vertreibung!“ erschienen, wurde zu „direkten gewaltfreien Aktionen gegen den Krieg“, wie beispielsweise Blockaden von Einrichtungen der Bundeswehr und verbündeter Armeen, sowie „zur Verweigerung jeglicher Form von Kriegsdienst“ aufgefördert.

Der von der Graswurzelbewegung in der Vergangenheit propagierte Widerstand gegen die Kernenergie, die Gentechnik und die EXPO 2000 rückte angesichts der Dominanz des Themenfeldes Antimilitarismus zwangsläufig in den Hintergrund. Über die graswurzelrevolution wurde

jedoch für verschiedene Veranstaltungen (Aktionen, Demonstrationen, Camps) in allen genannten Themenfeldern auf Landes- und Bundesebene mobilisiert. Personen aus der Graswurzelbewegung gehörten zu den Organisatoren oder Teilnehmern dieser Veranstaltungen.

Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU)

Sitz		
Bund:	Berlin (Geschäftskommission)	
Niedersachsen:	Göttingen und Hannover	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	100	150
Niedersachsen:	10	10
Publikation:	direkte aktion (zweimonatlich)	

Der Anarchismus, neben dem Marxismus die zweite ideengeschichtlich im 19. Jahrhundert verwurzelte Hauptströmung links-theoretischen Denkens, hat in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich, Italien und Spanien niemals eine herausragende Rolle gespielt. Auch in der Nachkriegszeit richteten sich die linksextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland ideologisch primär an der marxistischen bzw. marxistisch-leninistischen Lehre aus. Im Verlaufe der Studentenrevolte setzte erstmals seit dem Ende der Weimarer Republik eine umfangreiche Rezeption der Klassiker des Anarchismus ein, die nicht verstellt war durch die marxistische Kritik am Anarchismus. In diese Zeit fällt auch die Wiederbelebung des anarcho-syndikalistischen Gedankens, auf dem die Gründung der FAU, der deutschen Sektion der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA), im Januar

1977 basiert. Die FAU knüpft an die Freie Arbeiterunion Deutschlands (FAU(D)) der Weimarer Republik an, die 1919 aus einem Zusammenschluss autonomer Gewerkschaften mit der anarchosyndikalistischen Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) hervorging. Ihren Höchststand erreichte die FAU (D), die zu keinem Zeitpunkt einen nennenswerten Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung ausübte, Mitte der zwanziger Jahre mit 200.000 Mitgliedern.

Wie aus einer Selbstdarstellung hervorgeht, die in jeder Ausgabe des in Hannover verlegten Organs der FAU direkte aktion abgedruckt wird, strebt die Organisation als Ziel „die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft“ an. Zur Voraussetzung hat dies die Zerschlagung des Staates und damit auch die Verweigerung einer Mitarbeit im parlamentarischen System. Die Durchset-

zung der Zielsetzung soll über „sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z. B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc.“ erfolgen. Hinzuzufügen ist, dass die bereits in der Vergangenheit von den südwesteuropäischen anarchosyndikalistischen Bewegungen propagierte „Direkte Aktion“ auch das Mittel der Sabotage umfasst.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der FAU, die klassische Gewerkschaftsarbeit, wie Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen, als zu kurz gegriffen betrachtet, steht der ökonomische Bereich. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben soll der Macht des kapitalistischen Systems entgegenwirken mit dem Ziel der Befreiung der Menschen von den Zwängen der Hierarchie. In einem Kommentar des Organs direkte aktion zum EU-Gipfel wird die Vision einer künftigen Gesellschaft entworfen:

„Schönes Leben – das bedeutet für uns, frei, gleich und solidarisch in gerecht organisierten Gemeinschaften zu leben, mit vollkommener individueller Freiheit. Das geht nur ohne Chefs, ohne Hierarchien und ohne Konkurrenzkampf ... Wir wollen ohne Bosse, Regierungen, Behörden und Grenzen leben!“
(direkte aktion, Mai/Juni)

Mit konkreten Aktionen trat die FAU insbesondere im Rahmen einer Kampagne gegen ein niedersächsisches Naturkostunternehmen in Erscheinung, das Tee, Kaffee, pflanzliche Heilmittel, Kräuter- und Gewürzprodukte aus ökologischem Vertragsanbau herstellt und vertreibt.

Die FAU warf dem Unternehmen vor, seine mexikanischen Kaffeeproduzenten arbeiteten mit rechten Paramilitärs zusammen und die Plantagenarbeiter würden unter unsozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen existieren.

Im Zusammenhang mit der FAU-Boykottkampagne gegen dieses Unternehmen wurde ein Boykott-Aktivist mit rechtskräftigem Urteil des Landgerichts Hamburg vom 30. 05. 1997 verurteilt, weitere rechtswidrige Boykottaktivitäten zu unterlassen.

Die radikale FAU-Kampagne gegen den ökologischen Produkthandel erinnert an die Militanz der Veganer gegenüber Fleischereien, die nach ökologischen Prinzipien arbeiten.

Ehemalige terroristische Vereinigungen (RAF, RZ und AIZ)

Der seit 1986 wegen der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) mit internationalem Haftbefehl gesuchte Horst Ludwig MEYER ist im September bei einem Schusswechsel mit Polizeibeamten in Wien ums Leben gekommen. Die ihn begleitende, seit 1984 zur Fahndung ausgeschriebene mutmaßliche RAF-Angehörige Andrea KLUMP konnte festgenommen werden. Ihr wird die Mitwirkung an einem versuchten Sprengstoffanschlag zur Last gelegt. MEYER, dem die Beteiligung an mehreren Attentaten vorgeworfen wurde, zu denen Tatbekennungen der RAF vorlagen, war 1984 gemeinsam mit seiner mittlerweile von ihm geschiedenen Ehefrau Barbara in die Illegalität abgetaucht. Barbara MEYER hatte sich im Mai, aus dem Libanon kommend, den deutschen Strafverfolgungsbehörden gestellt.

Als Reaktion auf das Geschehen in Wien verübte eine Aktionsgruppe Horst Ludwig Meyer einen Brandanschlag auf das Botschaftsgebäude der Bundesrepublik Österreich in Kopenhagen. Hingegen reagierte die deut-

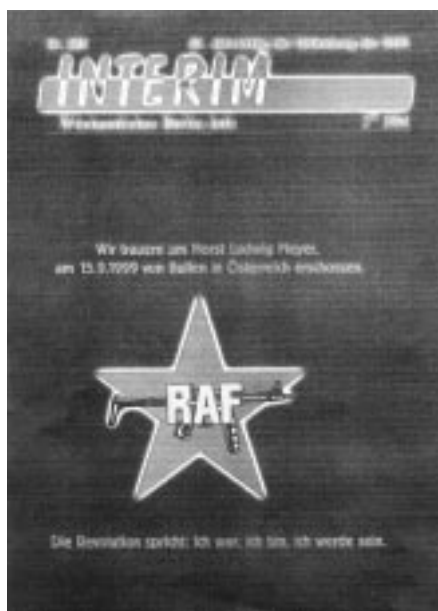
sche linksextremistische Szene auf den Tod von Horst Ludwig MEYER verhalten. Einige Szenepublikationen agitieren gegen eine angebliche staatliche „Killfahndung“. Die Autonome Antifa (M) aus Göttingen ließ in einer Presseerklärung verlauten:

„Der Tod MEYERs macht deutlich, daß auch nach der Beendigung des bewaffneten Kampfes die Killfahndung als Bestandteil der Vernichtungsstrategie gegen die radikale Linke weiterbesteht.“

(Internet, Stand 30. September, Angehörigen Info Nr. 225 v. 04. Oktober)

Aufgrund der seit 1996 festgestellten Inaktivität gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass die terroristischen Organisationen Revolutionäre Zellen (RZ) und Rote Zora nicht mehr existieren. Im Mai wurde ein mutmaßliches Mitglied der ehemaligen RZ in Berlin festgenommen, nachdem in einem von ihm gemieteten Kellerraum erhebliche Mengen an Sprengstoff gefunden wurden. Diese stammten aus einem Diebstahl bei einer Firma im niedersächsischen Salzhemmendorf; Material aus dem gleichen Los war bei Anschlägen verwendet worden, zu denen sich Mitglieder der RZ bekannt hatten. Nach weitergehenden Ermittlungen wurde der im Juli aus der Untersuchungshaft entlassene Verdächtige im November aufgrund eines erweiterten Haftbefehls wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Beteiligung an drei Anschlägen erneut festgenommen.

In Frankfurt a. M. kam es im Oktober zur Festnahme des mutmaßlichen Mitglieds Rudolf SCHINDLER. Er wird verdächtigt, an dem unter der Führung des Terroristen Illich RAMIREZ-SANCHEZ, genannt „Carlos“, verübten Attentats auf die Wiener OPEC-Konfe-



renz im Jahr 1975 beteiligt gewesen zu sein. Ein weiteres Mitglied der frühen RZ, Hans Joachim KLEIN, der im September 1998 aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Frankreich festgenommen worden war, wurde im Mai an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. KLEIN war bereits 1977 aus der Terrorzene ausgestiegen und hatte jahrelang in Frankreich gelebt.

Die Antiimperialistischen Zellen (AIZ) verübten zwischen 1992 und 1995 insgesamt neun Anschläge. Mit der Festnahme von Bernhard FALK und Michael STEINAU im Februar 1996 endeten die Aktivitäten der terroristischen Gruppierung. Am 1. September wurden FALK und STEINAU nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer wegen versuchten Mordes in fünf Fällen und der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages zu Freiheitsstrafen von 13 bzw. 9 Jahren verurteilt. Der Ausgang des Verfahrens fand in der linksextremistischen Szene keine nennenswerte Resonanz mehr.

Ausländerextremismus

Einführung

Dem aktuellen Bericht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung zufolge lebten Ende 1999 7,32 (8,9%) Millionen Ausländer in Deutschland, davon ca. 25 % aus Staaten der Europäischen Union. Die weitaus größte Gruppe der in Deutschland lebenden Ausländer stellen türkische Staatsangehörige mit 2,11 Millionen (28,8%), 6,6 Millionen der in Deutschland lebenden Ausländer sind in den alten Bundesländern ansässig, lediglich 240.000 leben in den neuen Bundesländern, 480.000 in Berlin.

Dem Bericht zufolge sinken die Ausbildungsquoten ausländischer Jugendlicher, die Arbeitslosigkeit unter Ausländern bewegt sich auf einem historischen Höchststand.

Die Arbeitslosigkeit insbesondere unter türkischen Jugendlichen in Deutschland ist nicht zuletzt ein Beleg für gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen, die einen Ansatzpunkt für extremistische Organisationen wie die IGMG, die ADÜTDF und den ICCB darstellen. Bei den islamistischen Organisationen IGMG und ICCB sowie bei der nationalistisch ausgerichteten ADÜTDF ist es vor allem die Rückbesinnung auf traditionelle islamische Werte in einer extremistischen Interpretation, die den Jugendlichen Identifikationsmöglichkeiten und damit Rückhalt bieten soll. Während die IGMG in erster Linie ihre Ziele über politischen Einfluss zu verwirklichen sucht, handelt es sich beim ICCB um eine militante Organisation mit sektenähnlichem Charakter. Der ICCB-Vorsitzende KAPLAN wurde im März u. a. wegen des Verdachts der Anstiftung zu Straftaten festgenommen. Anhänger der Organisation sind verdächtigt,

einen Anschlag auf das Atatürk-Mausoleum in der Türkei verübt zu haben.

Die Einbindung in die jeweilige Organisation vergrößert die durch die soziale Desintegration ohnehin schon vorhandene Distanz zum Wertesystem der Bundesrepublik Deutschland. Diese Entwicklung wirkt tendenziell den Intentionen des neuen auf Integration zielenden Staatsangehörigkeitsrechts entgegen.

Für die im Ausland operierende extremistischen Organisationen von Ausländern ist die Bundesrepublik Deutschland in logistischer Hinsicht von Bedeutung. Insbesondere die PKK, die LTTE, die TKP/ML sowie die Dev Sol finanzieren die Aktivitäten in ihren Heimatländern zu einem wesentlichen Teil durch Spendengeldkampagnen in Deutschland und im übrigen Europa.

Wegen der unzureichenden Integration von Türken in die deutsche Gesellschaft bildet die politische Entwicklung in der Türkei für die meisten der hier lebenden Kurden und Türken einen wichtigen Bezugspunkt, zumal sie sich überwiegend aus muttersprachlichen Medien informieren. Insbesondere die weitere Entwicklung der PKK nach der Verhängung des Todesurteils gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN wird von der kurdischen Gemeinde mit großer Aufmerksamkeit registriert. Im Gegensatz zu früheren Jahren führte die Zuspitzung der Situation in der Türkei nicht zu gewalttätigen Ausschreitungen. Da eine EU-Mitgliedschaft der Türkei neben der Fortführung des Demokratisierungsprozesses von der Lösung des Kurdenproblems abhängig gemacht wird, forciert die PKK den friedlichen, auf einen politischen Ausgleich mit der Türkei zielenden Ansatz.

Zu den Organisationen, deren Handeln einen Reflex auf die politische Entwicklung im Herkunftsland dar-

stellt, gehört der Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI), der internationale Großereignisse für Protestaktionen und Demonstrationen nutzt wie zuletzt den G8-Gipfel im Juni in Köln sowie den Staatsbesuch Präsident Chatamis in Paris im Oktober.

Neben den bereits genannten islamistischen Organisationen stellt eine besondere Herausforderung seit der

islamischen Revolution im Iran der islamische Fundamentalismus (Islamismus) dar. Die der ältesten islamistischen Organisation, der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft (MB), zuzurechnenden Gruppierungen sowie die Hizb Allah betrachten Deutschland auch als Basis für ihre Aktivitäten in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Sitz:	Damaskus (bis 10/98, seitdem ohne festen Sitz)	
Vorsitzender:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	11.500	12.000
Niedersachsen:	1.600	1.600
Publikationen:	Serxwebun (Unabhängigkeit), monatlich Kurdistan-Report, zweimonatlich Weitere Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen der PKK, wie z.B. Jina Serbilind (Die stolze Frau) Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans) Sterka Ciwan (Stern der Jugend) Ronahi (Licht)	

Geschichtliche Entwicklung der PKK

Die am 27. November 1978 gegründete Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ging aus der 1973 an der Universität Ankara gebildeten Gruppe Kürdistan Devrimçeleri (Kurdistan-Revolutionäre) um den damaligen Studenten der Politikwissenschaften Abdullah ÖCALAN hervor. Der 1949 als Sohn eines Landarbeiters in Anatolien geborene ÖCALAN – von seinen Anhängern APO (Onkel) genannt – stand seitdem als Generalsekretär, später als so genannter Generalvorsitzender an der Spitze der Organisation.

Die Ideologie der straff hierarchisch organisierten Kaderpartei ist nach ihrem Selbstverständnis eine Synthese aus nationalistischem und kommunistischem Gedankengut. Mit der Betonung der nationalistischen Komponente stand die PKK jedoch im Widerspruch zu dem Internationalismus der meisten in dieser Zeit erstarkten links-extremistischen türkischen Organisationen. Ursprüngliches Ziel war die Abschüttelung der Fremdherrschaft sowie die Errichtung eines unabhängigen Staates Kurdistan, einschließlich kurdisch besiedelter Gebiete in Syrien, Iran, Irak und Armenien – eine Forde-

rung, die von ÖCALAN mittlerweile vor dem Hintergrund seiner Gefangen-nahme sowie der neuen auf einen politischen Ausgleich zielenden Linie als unrealistische Vision bezeichnet wurde:

„Gebt den Kurden ihre Sprache und ihre Würde zurück, und ihr seid den Aufstand los.“

(Der Spiegel Nr. 29, 19. Juli, S. 137)

Zur Realisierung ihrer Zielsetzungen führte die PKK seit dem 15. August 1984 mit Hilfe ihres militärischen Armes, der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), einen Guerillakrieg im Südosten der Türkei, der auf beiden Seiten 32.000 Tote forderte. Zu dem auch auf Deutschland und Europa aus-geweiteten politischen Kampf – gekennzeichnet durch die Doppelstrategie, auf der einen Seite Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungen sein zu wollen, zugleich aber auch durch gezielte Gewaltaktionen Organisationsstärke zu demonstrieren – gehören die Rekrutierung neuer Mitglieder und Kämpfer, die Spendengeldsammlungen sowie vor allem Anschläge auf öffentliche und private türkische Einrichtungen.

Aufgrund der von der PKK gesteuerten Anschläge sowie der von ihr organisierten gewalttätigen Protestaktionen kurdischer Gruppen Anfang der neunziger Jahre verfügte der Bundesminister des Innern am 22. November 1993 ein Betätigungsverbot gegen die PKK, einschließlich ihrer Teilorganisationen.

In der Folgezeit demonstrierte die nun konspirativ agierende, in den Strukturen weitgehend intakte PKK ihre Organisationsfähigkeit durch Anschläge sowie durch von ihr gesteuerte, teilweise gewalttätige Demonstrationen. Der im Mai 1996 erklärte Gewaltverzicht markierte eine Wende in der politischen Strategie. Trotz einer von der PKK aufrechterhaltenen verbalen Drohkulisse und der ihr nach wie vor zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, ihren Forderungen mit Militanz Nachdruck zu verleihen, verzichtete die PKK weitgehend auf gewaltsame Aktionen.

Ende 1998 präzierte ÖCALAN seine Vorstellungen von einer politischen Lösung der Kurdistanfrage unter Verzicht auf einen eigenständigen kurdischen Staat im Rahmen eines Sieben-Punkte-Programms, das vor allem die Konzeption eines Autonomiestatus ohne Verletzung des türkischen Territoriums vorsah. Bedingung sollten ferner die rechtliche Gleichstellung der Kurden mit allen übrigen Staatsbürgern der Türkei sowie die Anerkennung der kurdischen Sprache, Kultur und Identität sein.

Entwicklung der PKK seit der Ergreifung ÖCALANs

Auf die Festnahme ÖCALANs am 15. Februar in Kenia und dessen Verschleppung in die Türkei reagierten PKK-Anhänger europaweit mit mili-



tanten Protestaktionen, vorrangig gerichtet gegen griechische, türkische, israelische und kenianische Einrichtungen. Der gravierendste Vorfall in diesem Zusammenhang ist die versuchte Besetzung des israelischen Generalkonsulates in Berlin durch eine kurdische Gruppe am 17. Februar, bei der vier Kurden durch Schüsse israelischer Sicherheitskräfte ums Leben kamen.

Auch in Niedersachsen erfolgten zahlreiche gewalttätige Aktionen, darunter die Besetzung des griechischen Generalkonsulats in Hannover am 16. Februar, militante Ausschreitungen von PKK-Anhängern am 17. Februar in Osnabrück sowie die versuchten Rathausbesetzungen in Braunschweig und Salzgitter am 18. bzw. 23. Februar.

Überwogen in der Phase unmittelbar nach ÖCALANs Festnahme militante Reaktionen, so kehrte die PKK auf Europaebene alsbald zurück zu der von ÖCALAN propagierten friedlichen Linie. Das Mitglied des PKK-Zentralkomitees, Murat KARAYILAN forderte am 19. Februar die in Europa lebenden Kurden über den kurdischen Fernsehsender MED-TV zu gewaltfreien und demokratischen Protestformen auf, während er die in der Türkei und in Kurdistan lebenden Kurden dazu aufrief, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den türkischen Staat vorzugehen.

Anlässlich des ursprünglich auf den 24. März terminierten und dann verschobenen Beginns des Gerichtsverfahrens gegen ÖCALAN führten kurdische Gruppen um den Termin des traditionellen Neujahrsfestes NEWROZ³³

(21. März) bundesweit Demonstrationen durch, die den Weisungen der für die Parteiarbeit in Westeuropa verantwortlichen Nationale Befreiungsfront (ERNK) gemäß friedlich verliefen. Im Zusammenhang mit der Prozessöffnung gegen ÖCALAN auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali am 31. Mai kam es in mehreren deutschen Städten, darunter auch in Oldenburg, zu Solidaritätskundgebungen.

Als Reaktion auf die von der türkischen Staatsanwaltschaft am 8. Juni geforderte Todesstrafe erklärte das Parteipräsidium der PKK am 10. Juni, dass die Vollstreckung der Todesstrafe gegen ÖCALAN zu einem verschärften, jahrzehntelang andauernden Krieg führen würde. Dieses Gremium, bestehend aus einigen führenden Funktionären der PKK, bildete sich nach der Festnahme ÖCALANs als eine Art oberstes Exekutivorgan der PKK, ohne den tatsächlichen Führungsanspruch des inhaftierten Generalvorsitzenden, etwa durch die Wahl eines unmittelbaren Nachfolgers, in Frage zu stellen.

Nach dem am 29. Juni vom türkischen Staatssicherheitsgericht gegen ÖCALAN verhängten Todesurteil führten PKK-Anhänger bundesweite Demonstrationen durch, die entsprechend den Vorgaben der PKK-Führung gewaltfrei verliefen. Vom 29. Juni bis 4. Juli kam es allerdings u.a. in Hannover, Bremen, Stuttgart und Berlin zu Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen. Deeskalierend wirkte in diesem Zusammenhang der Aufruf des Präsidialrates der PKK Protestaktionen friedlich durchzuführen.

³³ NEWROZ, „der neue Tag“, der den Widerstand gegen die Unterdrückung symbolisiert, wird traditionell von den Völkern Kleinasiens und des Mittleren Ostens begangen. Das Fest wird alljährlich am 21. März zum Frühlingsbeginn gefeiert und markiert einen „hoffnungsvollen Neuanfang“. Es gilt als Symbol für Brüderlichkeit, Frieden und Freiheit.

Das Angebot einer Abkehr vom bewaffneten Kampf in der Türkei und die Bereitschaft zu einer politischen Lösung der Kurdenfrage, die verbunden wurde mit der Forderung nach Aussetzung der Todesstrafe, setzte die PKK auch anlässlich des Strafprozesses öffentlichkeitswirksam um. So begrüßte der Präsidialrat der PKK in einer am 5. August veröffentlichten Erklärung den Aufruf ÖCALANs vom 3. August, den bewaffneten Kampf einzustellen. Die Entschlossenheit der PKK, den neuen Kurs konsequent und öffentlichkeitswirksam umzusetzen, manifestierte sich in dem Vorhaben, das Parteiprogramm im Sinne der neuen Linie zu modifizieren.

Der Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes am 15. August, in früheren Jahren stets Anlass für öffentlichkeitswirksame Aktionen der PKK, blieb weitgehend unbeachtet. Als Großveranstaltung wurde am 14./15. August im niederländischen Etten-Leur das „III. Mazlum Dogan Kultur-, Jugend- und Sportfestival“ mit ca. 8.000 Teilnehmern durch die Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) ausgerichtet, an dem auch Personen aus Niedersachsen teilnahmen. Der Name des Festivals, das erstmals 1997 im belgischen Leuven von der YCK ausgerichtet worden war, soll an den PKK-Funktionär Mazlum Dogan erinnern, der 1982 bei einem Hungerstreik in türkischer Haft gestorben war.

Anknüpfend an die Ankündigung Abdullah ÖCALANs vom 3. August erklärte Osman ÖCALAN, Bruder des Generalvorsitzenden und Mitglied des Präsidialrats der PKK, am 1. September im Fernsehsender MEDYA-TV den 15-jährigen bewaffneten Kampf der PKK für beendet. Die Ziele der PKK würden zukünftig lediglich auf politischem Wege verfolgt. Abdullah ÖCALAN rief eine achtköpfige Gruppe von ARGK-

Kämpfern dazu auf, sich den türkischen Sicherheitsbehörden zu stellen und damit einen symbolischen Schritt zu einer friedlichen und demokratischen Lösung zu gehen. Die Gruppe unter Führung des ehemaligen Europasprechers der PKK, Ali SAPAN, ergab sich am 1. Oktober an der irakisch-türkischen Grenze dem türkischen Militär und wurde sofort festgenommen.

Als Reaktion auf die Bestätigung des Todesurteils gegen ÖCALAN durch das türkische Kassationsgericht in letzter Justizinstanz am 25. November veranstalteten PKK-Anhänger bundesweit zahlreiche ohne Störungen verlaufene Demonstrationen. In Hannover versammelten sich am 20. November ca. 500 Personen friedlich unter dem Motto „Nein zur Todesstrafe - Frieden in Kurdistan“, in Göttingen fand am 25. November eine Versammlung unter dem Motto „Nein zur Hinrichtung - Frieden jetzt sofort!“ mit ca. 150 Teilnehmern statt.

Insgesamt zeichnete sich seit dem Frühjahr 1999 eine primär politische, auf Gewaltverzicht orientierte Linie der PKK gegenüber der Türkei ab. Zu den zentralen Forderungen der PKK gehören nunmehr die Aussetzung der Todesstrafe gegen ÖCALAN, Amnestien für PKK-Aktivisten sowie – abrückend von dem Autonomie-Konzept – die Einbindung der PKK in ein demokratisches System der Türkischen Republik.

Organisationsstrukturen der PKK

Die illegalen, unter Verstoß gegen das deutsche Betätigungsverbot im Untergrund betriebenen Strukturen der PKK sind hierarchisch gegliedert.

PKK - Arbeiterpartei Kurdistans
(Partiya Karkeren Kurdistan)

- Generalvorsitzender: Abdullah ÖCALAN („APO“)
- Präsidialrat
- Politbüro und Zentralkomitee



ACM - Europäische Frontzentrale
(Avrupa Cephe Merkezi)
ERNK - Nationale Befreiungsfront
(Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan)

mit Komitees u.a. für Finanzen, Kultur, Außenbeziehungen, Schulungen

Y-Gruppen u. a. für Jugend, Juristen, Schriftsteller, Journalisten, Muslime;
Partei Kurdischer Arbeiterfrauen, Front Freier Frauen Kurdistans



Regionen
(EYALET)

in Deutschland z. Zt. 7 Regionen (Stand ca. 12/99)
Niedersachsen gehört insbesondere zu den Regionen NORD und NORD-WEST



Gebiet
(BÖLGE)

z. Zt. ca. 30 Gebiete bundesweit (Stand ca. 12/99)



Raum
(ALAN)

(bei großen Räumen ggf. noch weitere Untergliederung in so genannte
Stadtteilkomitees)

Die oberste Führungsebene in Europa ist die Europäische Frontzentrale (Avrupa Cephe Merkezi – ACM). Die gesamte öffentliche Parteiarbeit in Westeuropa obliegt der von der PKK als Frontorganisation bezeichneten Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan – ERNK).

Die Bundesrepublik Deutschland ist organisatorisch in sieben Regionen untergliedert, die sich wiederum aus ca. 30 Gebieten zusammensetzen. Niedersachsen liegt in der PKK-Region NORD, die neben den PKK-Gebieten Kassel und Bielefeld auch die Gebiete Hannover, Salzgitter und Osnabrück umfasst, sowie in der PKK-Region NORD-WEST, der u. a. das Gebiet Oldenburg zugehört.

Über eine Vielzahl von Teil- und Nebenorganisationen versucht die PKK europaweit, unter den verschiedenen sozialen Gruppen der in Europa lebenden Kurden neue Mitglieder zu rekrutieren, ohne dass aus dem Organisationsnamen unmittelbar eine Verbindung zur PKK hergestellt werden kann. So sind der im März 1994 in Bochum gegründeten Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM)³⁴, die in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK eingebunden ist, Vereine in mehr als 30 deutschen Städten angeschlossen, u. a. in Hannover, Celle, Braunschweig und Salzgitter. Nach Angaben der YEK-KOM gehören den Vereinen mehr als 10.000 Mitglieder an.

³⁴ Die YEK-KOM wurde nach dem 1993 erfolgten Verbot des Dachverbandes FEYKA-Kurdistan und seiner Mitgliedsvereine als „neue Föderation“ neuer örtlicher „Kulturvereine“ gegründet.

Europaweit bestehen daneben unter dem Dach der ERNK diverse so genannte Y-Gruppen. Das Y steht für Yekitiya und bedeutet Union oder Vereinigung. Von besonderer Bedeutung sind die häufig in Erscheinung tretenden Organisationen für Jugendliche, Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK), für Lehrer, die Union der kurdischen Lehrer (YMK) und für Juristen, die Union der Juristen Kurdistans (YHK). Eine weitere aktive Vereinigung, der Freie Frauenverband Kurdistans (YAJK), vollzog 1999 eine Umwandlung in die Partei Kurdischer Arbeiterfrauen (PJKK) und rief parallel dazu eine Front Freier Frauen Kurdistans (EJAK) mit kulturellem Arbeitsschwerpunkt ins Leben.

Die Aktivitäten der Y-Gruppen bewegen sich im Rahmen der von der PKK vorgegebenen politischen Ziele und Strategien. Eine entsprechende Veranstaltung führte die YCK am 13. November in Celle im Rahmen der Feiern zum 13. Jahrestag ihrer Gründung mit ca. 600 Teilnehmern durch. Weitere Veranstaltungen wie Jugend- und Sportfeste dienen ebenfalls der Heranführung kurdischer Jugendlicher an die PKK.

Propagandamittel der PKK

Das seit 1995 über Satellit in Europa, dem Nahen/Mittleren Osten, Nordafrika sowie Teilen der früheren Sowjetunion ausgestrahlte Fernsehprogramm MED-TV, das eigenen Angaben zufolge 18 Stunden täglich in drei kurdischen Dialekten sowie in Türkisch, Arabisch, Armenisch und Englisch sendete, war bis März zentrales Medium für die Verbreitung der Propaganda der PKK, deren Beschlüsse und Erklärungen dadurch einen großen Teil der im Ausland lebenden



RONAHI

Zeitschrift des Verbandes der StudentInnen aus Kurdistan

Heft Nr./Number 14
Büch. Preis DM 3,-
Juli 1999

گەڕدێن هەبوویا مەشێتە
فێکرا بکرا مە ئێستە
تەکمیل دکر مە دین ئو دەولەت
تەمسیل دکر مە علم ئو حیکمەت
بەحەودێ
حەسی ١٩٩٩ ئ

KURDISTAN NATIONAL CONGRESS
KONGREYA NETEWÎ YA KURDISTAN
کۆنگرەیی نەتەوایی کوردستان
KONGREYA NETEWA YA KURDISTAN

**KURDISTAN
AUF DEM WEG
ZUR EINHEIT!**

**Diejenigen, die große Kriege führen,
stellen auch einen großen Frieden her!**

Kurden erreichten. Mit darüber hinaus kulturell gestalteten Beiträgen war MED-TV wichtig für den emotionalen Zusammenhalt der im Ausland lebenden Kurden und stellte für sie zugleich eine Brücke zur ihrer Heimat dar.

Der Entzug der Sendelizenz für MED-TV durch die britische Fernsehkommission Independent Television Commission (ITC) am 23. April führte zu einem einschneidenden Rückgang der PKK-Propagandatätigkeit.

Auf der früheren Frequenz des Senders MED-TV werden seit Mai bzw. Juli die beiden kurdischen Sender C-TV und MEDYA-TV, die sich im westlichen Ausland befinden, ausgestrahlt.

Während C-TV ein vorwiegend kulturelles Programm sendet, können über MEDYA-TV in einem dreisprachig gestalteten Programm – türkisch und zwei kurdische Dialekte – kulturelle und politische Beiträge einschließlich Nachrichtensendungen empfangen werden. In zahlreichen über MEDYA-TV gesendeten Diskussionsrunden kommentierten PKK-Führungsfunktionäre die politische Situation der Kurden in der Türkei aus Sicht der PKK.

Ein weiteres wichtiges Propagandamittel für die PKK ist die seit dem 28. August 1995 in türkischer Sprache in Neu-Isenburg erscheinende Tageszeitung Özgür Politika, die neben Erklärungen der Führungsebene vor allem Aufrufe zu regionalen und überregionalen Veranstaltungen veröffentlicht. PKK-Organisationen wie YEK-KOM, YCK und YEK (Union der Yezi-den) geben eigene Zeitschriften heraus.

Auch das Internet erlangte als Informationsmedium für die PKK eine zunehmende Bedeutung. Neben Kontaktadressen verschiedener PKK-Organisationen sind über das Internet aktuelle politische Themen abrufbar. Eine eigene Homepage gestaltet das seit 1995 in Köln bestehende und seit dem Mai 1999 in Berlin ansässige Kurdistan-Informationszentrum (KIZ), das die Öffentlichkeit im Stile einer Nachrichtenagentur über die Lage in den kurdisch besiedelten Gebieten informiert.

Schulung und Finanzierung

Die PKK führt regelmäßig in Deutschland sowie im benachbarten westlichen Ausland theoretische Ausbildungen und Schulungen für Jugendliche, Halbkader und Vollkader durch. Die Schulungen umfassen sowohl eine politisch-ideologische Ausbildung mit dem Ziel der Kadergewinnung als auch der Rekrutierung von Kämpfern.

Die Rekrutierung der Jugendlichen erfolgt jedes Jahr nach einem vorher festgelegten Plan. So werden je nach Größe des entsprechenden Organisationsgebietes bis zu 20 Personen ausgewählt. Jugendliche werden teilweise ohne das Wissen der Eltern und gegen ihren eigenen Willen zur Ausbildung befohlen.

Fortbildungsveranstaltungen für Funktionäre und so genannte Volksversammlungen in den YEK-KOM-Mitgliedsvereinen dienen der PKK zur Propagierung ihrer neuen Strategie seit der Festnahme ÖCALANS.

Die PKK benötigte für ihren Parteiapparat, ihre Propagandaarbeit und – bis zu seiner Einstellung – den bewaffneten Kampf in der Türkei beträchtliche finanzielle Mittel. Neben Mitgliedsbeiträgen und Einnahmeerlösen aus Veranstaltungen finanziert sich die

PKK vor allem über Spendengelder, die in jährlich durchgeführten Spendenkampagnen mit Sollvorgaben für alle Ebenen der PKK – teilweise unter Androhung von Gewalt – gesammelt werden. Im Zusammenhang mit der Festnahme ÖCALANs wurden 1999 darüber hinaus diverse Sonderspendenkampagnen initiiert, beispielsweise zur Finanzierung der Verteidigung ÖCALANs.

Die Spendenbereitschaft der PKK-Anhänger sank, zumal ein unverändert hoher Bedarf für den Kampf in Kurdistan vor dem Hintergrund der propagierten friedlichen Linie der PKK wenig einsichtig erschien. Insgesamt wurde das Spendensoll, ähnlich dem des Vorjahres, auf europaweit ca. 30 Millionen DM beziffert. Er dürfte allerdings bei weitem nicht erreicht worden sein.

Zur Bündnispolitik der PKK

Insbesondere das Bündnisverhalten der PKK ist Ausdruck der neuen, politisch orientierten und auf Gewaltverzicht ausgerichteten Linie. In öffentlichen Stellungnahmen distanzierte sich die PKK von militanten linksextremistischen türkischen Parteien. So beteiligte sich die PKK im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren nicht an den Häftlingsrevolten in türkischen Gefängnissen, die getragen wurde von den linksextremistischen türkischen Parteien Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front (DHKP-C), Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML), Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und Bund der Revolutionären Kommunisten der Türkei (TIKP) – Organisationen, mit denen die PKK in früheren Zeiten kooperiert hatte.

Ausblick

Die PKK bekräftigte ihre Absicht, als politische Kraft im demokratischen Parteienspektrum in der Türkei anerkannt zu werden. Um dies zu unterstreichen, kündigte die PKK zum Beginn des Jahres 2000 an, ihren bisherigen militärischen und politischen Flügel umzustrukturieren und die Bezeichnung Kurdistan im Namen der Organisation zu streichen.

Die weitere politische Entwicklung der PKK hängt entscheidend von der Frage der Vollstreckung des Todesurteils gegen ÖCALAN ab, der das türkische Parlament mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen muss. Gegner einer Begnadigung ÖCALANs finden sich vor allem in den Reihen der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP), die als zweitstärkste Partei gemeinsam mit der von Ministerpräsident Ecevit geführten Demokratischen Linkspartei (DSP) und der Mutterlandspartei (ANAP), die gegenwärtig die türkische Koalitionsregierung bilden.

Ein Verzicht auf die Hinrichtung ÖCALANs würde zur Fortsetzung des derzeitigen friedlichen Kurses der PKK beitragen.

Die PKK wird auch weiterhin im Rahmen friedlicher Aktionen für die Anerkennung der Rechte der Kurden in der Türkei demonstrieren. Die propagierte gewaltfreie, auf einen politischen Ausgleich zielende Linie wird sich aufgrund der bestehenden gefestigten Kaderstrukturen der PKK, nicht zuletzt aber auch vor dem Hintergrund der Erklärung zur Einstellung des bewaffneten Kampfes behaupten, sofern von einer Vollstreckung des Todesurteils gegen ÖCALAN abgesehen wird.

Devrimci Sol (Dev Sol)/ DHKP-C mit KARATAS- und YAGAN-Flügel

Sitz		
Europazentrale:	Köln	
Zentralkomitee:	Istanbul	
Vorsitzender:	Dursun KARATAS	
Mitglieder	1998	1999
Bund	ca. 1.000	1.100
Niedersachsen:	ca. 110	80
Publikationen:	Kurtulus – Zeitung des KARATAS-Flügels Tavir – Zeitung des KARATAS-Flügels Devrimci Cözüm – Zeitung des YAGAN-Flügels Devrimci Sol – Haber Buelteni – Dev Sol – Nachr.-bulletin	

Zu den wichtigsten Organisationen im türkischen linksextremistischen Spektrum zählt die 1978 gegründete Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Die Devrimci Sol strebt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems in der Türkei durch eine militärische Revolution an. Bereits 1980 wurde sie nach zahlreichen Terroranschlägen in der Türkei verboten. Wegen ihres militanten Vorgehens sowie Verstößen gegen das Vereinsgesetz erfolgte 1983 auch in Deutschland ein Verbot. In der Folgezeit setzte die Devrimci Sol ihre Aktivitäten konspirativ fort.

Aus der Spaltung der Devrimci Sol sind die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front DHKP-C (KARATAS-Flügel, benannt nach dem langjährigen Leiter der Devrimci Sol, Dursun KARATAS) und die Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke (THKP-C) Devrimci Sol (YAGAN-Flügel, benannt nach dem im März 1993 von türkischen Sicherheitskräften getöteten Anführer der Oppositionsgruppe, Bedri YAGAN) 1993 nach jahrelangen internen Flügelkämpfen her-

vorgegangen. Deren Tradition verpflichtet, verfolgt die DHKP-C den Umsturz des türkischen Staates mit dem Endziel der Errichtung einer kommunistischen Ordnung nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen. Zu den Aktivitäten der DHKP-C in der Türkei gehören Terroranschläge gegen Personen des öffentlichen Lebens sowie gegen militärische und staatliche Einrichtungen.

Der in Deutschland weniger bekannte YAGAN-Flügel weist nur in Nuancen ideologische Unterschiede zum KARATAS-Flügel auf. Zwischen den beiden Gruppierungen besteht seit der Spaltung eine erbitterte Feindschaft, die bis zu gegenseitigen Mordanschlägen führte. Beide Flügel betrachten Gewalt sowohl in der Türkei als auch in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele.

Am 13. August 1998 wurden auch die Dev Sol-Nachfolger durch das Bundesinnenministerium verboten. Das Verbot hat den Handlungsspielraum der DHKP-C in der Bundesrepublik stark eingeschränkt. Vollversammlun-

IRKÇI-FAŞİST HAREKETLERE KARŞI MÜCADELEYİ YÜKSELTELİM



Laßt uns den Kampf gegen rassistische und
faschistische Bewegungen vorantreiben !

Elevons la lutte contre les
mouvements racistes-fascistes

DEVİRİMCİ SOL GÜÇLER



Willkommen auf den deutschen Seiten des Volksbefreiungskampfes
in der Türkei. Dies ist ein anti-Imperialistischer und anti-
faschistischer Krieg gegen die Kräfte des Imperialismus und ihrer
türkischen Helfer, der türkischen Oligarchie. Der Kampf für Freiheit,
Menschenwürde und Sozialismus in der Türkei wird geführt von der
DHKP/C



Revolutionären Volks Befreiungs Partei - Front

Wenn Sie noch nichts über die DHKP/C wissen, schlagen wir vor, das Dokument [OUR COUNTRY IS RIFE FOR REVOLUTION](#), zu laden. Es existiert allerdings leider nicht auf deutsch. Es ist ein wichtiges Dokument der DHKP/C. Es beschreibt den Weg zur türkischen Revolution und wie die Türkei nach dem Sieg der revolutionären Kräfte im Befreiungskampf aussehen soll. Wenn Sie nichts englisches lesen wollen schlagen wir das Dokument von der THKP-C zur DHKP-C vor. Es enthält einen Abriss der Geschichte der DHKP/C

gen und Gedenkfeiern werden vornehmlich im benachbarten Ausland durchgeführt.

Beide Organisationen finanzieren sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern, die in jährlich durchgeführten Spendenkampagnen mit einem vorher festgelegten Zielbetrag – teilweise unter Anwendung von Gewalt – gesammelt werden. Mindestspenden bis zur Höhe eines Monatseinkommens werden auch von Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern erwartet.

Im Februar verurteilte das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg drei Funktionäre der DHKP-C zu langjährigen Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchten Totschlags sowie versuchter Geiselnahme. Im März erklärte der Generalsekretär KARATAS in einem Schreiben an den Generalbundesanwalt den Gewaltverzicht, insbesondere gegenüber türkischen Einrichtungen in Deutschland:

„Die DHKP-C wird einzig den bewaffneten Kampf in der Türkei fortsetzen und sich darüber hinaus für die in Westeuropa lebenden Landsleute einsetzen, um deren Unterstützung und Solidarität zu gewinnen.“

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik eines Funktionärs der DHKP-C in Hamburg, der vom Hanseatischen Oberlandesgericht wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, rief die DHKP-C ihre Anhänger dazu auf, sich an diesem Hungerstreik zu beteiligen. In mehreren Haftanstalten der Bundesrepublik schlossen sich daraufhin dort inhaftierte DHKP-C-Anhänger dem Hungerstreik an, um gegen die Verurteilung und die Haft-

bedingungen zu protestieren. Die DHKP-C veröffentlichte über Internet Stellungnahmen zum Hungerstreik und organisierte Demonstrationen vor den jeweiligen Haftanstalten.

In Niedersachsen sind Hannover und Braunschweig regionale Schwerpunkte der Aktivitäten der DHKP-C.

Auf die Festnahme des PKK-Generalvorsitzenden ÖCALAN am 15. Februar in Kenia reagierte die DHKP-C mit massiven Protestaktionen. Zu Beginn des gegen ÖCALAN auf der Gefängnis-

insel Imrali in der Türkei geführten Prozesses hatte die DHKP-C zunächst gemeinsame Aktionen mit der PKK durchgeführt. Im Verlauf des weiteren Prozesses distanzierte sich die DHKP-C jedoch von der PKK wegen der von ÖCALAN propagierten friedlichen, auf einen politischen Ausgleich mit der Türkei zielenden Linie. Insbesondere die von der PKK proklamierte Abkehr vom bewaffneten Kampf gegen die Türkei wurde von der DHKP-C vehement kritisiert.

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ ML)

Leitungen		
Leitung:	Zentralkomitees in der Türkei	
Leitung Deutschland:	Büros in wechselnden Orten Westeuropas	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	2.000	1.900
Niedersachsen	180	160
Publikationen:	Özgür Gelecek – Freie Zukunft Denge Partizan – Stimme des Partisanen Öncü Partizan – Avantgarde Partizan/DABK Halkın Günlüğü – Tagebuch des Volkes Partizan – Der Partisan/Partizan-Flügel Isci Köylü Kurtuluşu – Internationale Rote Bewegung/TIKKO Tohum – Das Samenkorn	

Die 1972 von Ibrahim KAYPAKKAYA gegründete Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten, deren Programm eine Synthese aus marxistisch-leninistischen und maoistischen Elementen darstellt, spaltete sich 1994 aufgrund persönlicher Auseinandersetzungen in den PARTIZAN-Flügel und das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) auf. Dem dominierenden PARTIZAN-Flügel gehören 1200 Mitglieder an, dem DABK 800. Es gibt Anzeichen für eine Wiederannäherung der beiden Teilorganisationen.

Gemeinsames Ziel ist die gewalttätige Zerschlagung des türkischen Staates und die Errichtung einer demokratischen Volksregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, führt der militärische Arm, die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) einen terroristischen Guerillakrieg in der Türkei. Die TIKKO erklärte sich verantwortlich für einen Bombenanschlag auf den Gouverneur der türkischen Provinz Cankiri zu Beginn des Jahres, dem drei Menschen zum Opfer fielen.

Beide Teilbereiche der TKP/ML unterhalten in Deutschland Basisorganisationen. Die Organisationen des PARTIZAN-Flügels haben sich unter ihren alten Bezeichnungen – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) und Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) – neu strukturiert. Die ATIF unterhält „Bürgerbüros“, mit denen sie angeblich die Integration von Ausländern betreiben möchte. Für diesen Zweck wirbt die Organisation bei den jeweiligen Kommunen um Fördermittel. Ferner sind dem PARTIZAN-Flügel als Nebenorganisationen der Internationale Schriftsteller- und Künstlerverband (DSB) und die Neue Demokratische Jugend (YDG) zuzurechnen.

Die Basisorganisationen des DABK verschleiern ihre Zugehörigkeit zur Organisation weitgehend. Zu ihnen zählen die Konföderation für demokratische Kräfte in Europa (ADHK) und die Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF).

Sowohl der PARTIZAN-Flügel als auch das DABK finanzieren sich über jährlich durchgeführte Spendenkampagnen. So sollen die Kampagnen 1998/1999 mehr als 1 Million DM erbracht haben. Die eingesammelten Gelder dienen zur Unterhaltung der Parteibüros, zur Finanzierung von Veranstaltungen und zur Unterstützung der bewaffneten Kämpfer in der Türkei. In Niedersachsen konzentriert die TKP/ML ihre Aktivitäten auf die Städte Hannover, Gifhorn, Göttingen und Salzgitter.

Die TKP/ML beteiligte sich an Aufzügen und Veranstaltungen anderer linksextremistischer Gruppierungen, um gegen die Haftbedingungen in der Türkei zu protestieren. Nachdem eine Häftlingsrevolte unter Führung von inhaftierten Mitgliedern der TIKKO in einem Gefängnis in Ankara im Sep-

tember Tote und Verletzte gefordert hatte, demonstrierten mehrere hundert Anhänger der TKP/ML in der Bundesrepublik gegen die Haftbedingungen in der Türkei.

Anlässlich des 26. Todestages ihres Gründers KAYPAKKAYA kamen zu Gedenkveranstaltungen in Gießen und Leverkusen jeweils zwischen 4.000 und 5.000 Anhänger zusammen.

Neben den beiden Flügeln der TKP/ML besteht eine weitere Abspaltung, nämlich die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP), die in Deutschland ca. 700 Mitglieder umfasst. Sie rekrutierte sich anfangs aus ehemaligen TKP/ML-Mitgliedern und verfügt heute als Basisorganisation über die Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF).

Deutsche Türk-Föderation (ATF)/ Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK)

ehemals: Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

Sitz:	Frankfurt/Main – Riederwald	
Vorsitzender:	Cemal CETIN	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	7.500	7.800
Niedersachsen:	450	500
Publikationen:	Türk Federasyon Ortadoyu Bulletin der Türkischen Föderation	

Bedeutendste extrem-nationalistische türkische Organisation in Deutschland ist die 1978 in Frankfurt/Main gegründete ADÜTDF, deren Anhänger auch als Graue Wölfe³⁵ bezeichnet werden. Bereits im Oktober 1996 hatte sich die ADÜTDF umbenannt in Deutsche Türk-Föderation, Almanya Türk Federasyon (ATF). Dem ebenfalls neugegründeten europäischen Dachverband Konföderation der idealistischen Türken in Europa, Avrupa Ülkücü Türk Demekleri (AÜTDK) obliegt seitdem die Koordination der Arbeit der einzelnen nationalen Türk-Föderationen in Europa.

Die ADÜTDF vertritt in Deutschland die Interessen der türkischen MHP. Ideologische Grundlage des MHP-Programms bildet die vom 1997 verstorbenen Gründer und langjährigen Vorsitzenden der Partei, Alparslan TÜRKES, ausgearbeitete nationalistische Interpretation der kemalistischen Prinzipien. Grundlegend für die politische Programmatik der MHP ist ein türkisch-völkischer Nationalismus verbunden mit den Ideologiemerkmalen des Antikommunismus sowie der Betonung des Führerprinzips. Ein wesentliches Element der politischen Programmatik der MHP ist der Pantürkismus, der Gedanke der Errichtung eines Großtürkischen Reiches, in dem alle Turkvölker vereinigt sind.

Während die MHP bei den Parlamentswahlen 1995 an der Zehn-Prozent-Hürde gescheitert war, wurde sie im April 1999 mit 18% der Stimmen zweitstärkste Partei und bildet gemeinsam mit der von Ministerpräsident Ecevit geführten Demokratischen Linkspartei (DSP) und der Mutterlandspartei (ANAP) die amtierende türkische Koalitionsregierung.

Parallel zur zunehmenden islamistischen Ausrichtung der MHP in der Tür-

³⁵ Als „Graue Wölfe“ bezeichnet wurde ursprünglich die Jugendorganisation der Partei der nationalistischen Bewegung, Milliyetçi Hareket Partisi (MHP). Der „Graue Wolf“ hat für das politische Selbstverständnis der ADÜTDF bzw. der MHP symbolhafte Bedeutung. Um das Totemtier der Türken in ihrer zentralasiatischen Ursprungsregion (Altai-Gebirge) aus vorislamischer Zeit existiert eine mythologische Sage zur Herkunft der Türken.

kei kam es auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen MHP-Flügeln. 1987 spaltete sich von der Türk-Föderation die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine, auch Türkisch-Islamische Union (TIKDB, später ATIB) genannt, ab. Die ATIB betont seitdem den Islam als konstitutives Element des Türkentums. Neben dem Pantürkismus betont die ADÜTDF in den letzten Jahren vor allem islamistische Positionen; ihre politische Programmatik ist daher eher eine politisch-kulturelle Synthese aus Türkentum und Islam.

Ihrem nationalistischen Grundverständnis gemäß steht die MHP in Gegnerschaft zu den den türkischen Nationalstaat in Frage stellenden separatistischen türkischen Organisationen wie der PKK. Die MHP steht einer Begnadigung des zum Tode verurteilten PKK-Vorsitzenden ÖCALAN ablehnend gegenüber. Im Zusammenhang mit der Festnahme ÖCALANs am 15. Februar in Kenia kam es in der Türkei zu Übergriffen von PKK-Anhängern gegen Einrichtungen der MHP.

Die Organisationsstruktur der ADÜTDF ist von der Europaebene bis zur örtlichen Vereinsebene hierarchisch gegliedert. Nach eigenen Angaben ist die ADÜTDF im Bundesgebiet in über 180 Vereinen organisiert, die wiederum in Regionen zusammengeschlossen sind. In Niedersachsen existieren u.a. Vereine in Hannover, Goslar, Braunschweig und Salzgitter. Im Zuge der im Herbst vorgenommenen Umstrukturierung der bisherigen Region Nord wurden die niedersächsischen Vereine der Region Niedersachsen zugeordnet.

Ziel der Vereine ist die Ausdehnung ihres Einflusses auf die in Deutschland lebenden Türken im Sinne der politischen Ziele der MHP. Einer der Arbeitsschwerpunkte ist die Gewinnung von

jugendlichen Mitgliedern, die insbesondere vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Desintegration sowie Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt durch die Thematisierung türkisch-islamischer Werte angesprochen werden.

Auf der 21. Generalversammlung der ADÜTDF am 2. Oktober in Oberhausen, an der ca. 8000 Personen teilnahmen, wurde der bisherige Bundesvorsitzende Mehmet ERDOGAN nicht in seinem Amt bestätigt. Ihm wurden organisatorische Mängel und finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen. Statt seiner wurde der bisher nur wenig bekannte Cemal CETIN zum Vorsitzenden gewählt. Erster stellvertretender Bundesvorsitzender wurde der bisherige Vorsitzende der Region Nord, Jusuf ARSLAN.

Abgesehen von einzelnen Kulturveranstaltungen wie dem von der Türkischen Familienunion Hannover und Umgebung e.V. am 23. Mai und am 19. September in Hannover mit ca. 600 bzw. 400 Teilnehmern durchgeführten Treffen gingen von den niedersächsischen Vereinen der ADÜTDF nur geringe Aktivitäten aus.

Die ADÜTDF versucht, sich in Deutschland als demokratische Vereinigung der Mitte zu präsentieren. Gleichwohl hält sie unverändert an einer pantürkischen Ideologie ebenso fest wie an ihrer kompromisslosen Gegnerschaft gegenüber den Kurden, insbesondere der PKK. Die Organisation ist von einer latenten Gewaltbereitschaft insbesondere der jüngeren Anhänger gekennzeichnet.

Islamistisch-extremistische Bestrebungen

Die Ideologie der Islamisten wird häufig als rückwärts gewandte Utopie bezeichnet. Historischer Bezugspunkt islamistischen Denkens ist ein Ur-Islam zur Zeit des Wirkens Mohammeds und seiner Gefährten, den es wiederherzustellen gelte. Dabei wird die islamische Frühgemeinde verklärt und in z. T. willkürlicher Interpretation zum Idealbild für die Gegenwart erhoben. Nach Meinung der Islamisten kannte die islamische Urgemeinschaft keine Klassengegensätze. Der Bezug auf sie bedeutet die Orientierung auf eine religiös integrierte, patriarchalisch organisierte Gemeinschaft. Für die Islamisten handelt es sich hierbei um ein vollkommenes System, das sämtliche Belange des menschlichen Lebens erschöpfend regelt und automatisch soziale Gerechtigkeit für jedermann herstellt.

Die führenden Islamisten entstammen nicht der sozialen Unterschicht. Vielmehr bildet die traditionelle Mittelschicht das ideologische Zentrum des Islamismus. Sie reagiert hiermit ideologisch auf ihre kulturell zurückgehende Bedeutung durch die verwestlichte Mittel- und Oberschicht. Über den engeren Kern seiner sozialen Trägerschaft hinaus strahlt der Islamismus jedoch auch aus auf andere Bevölkerungsgruppen. Von besonderer Bedeutung für die Akzeptanz des Islamismus ist das soziale Engagement seiner Protagonisten. Jihad-Gruppen konzentrieren ihre Aktivitäten auf ärmere Stadtviertel und versuchen dort durch soziale Arbeit Anhänger zu gewinnen. Nicht zuletzt hieraus erklärt sich der Erfolg der Refah-Partei in der Türkei und der Hamas in den palästinensischen Autonomiegebieten. In Ägypten hat die Muslimbruderschaft zahlreiche

zinslos kreditierte Projekte der Klein- und Kleinstproduktion wie z. B. Bäckereien aufgebaut, die in einem Netzwerk zusammengefasst sind.

Das soziale Engagement bildet auch für die in Deutschland aktiven islamistischen Organisationen, insbesondere für die IGMG, den Ansatzpunkt für die politische Einflussnahme. Ihr Betreuungsangebot bildet ein soziales Auffangnetz für solche Moslems, denen die hiesige Gesellschaft keine Zukunftsperspektive zu bieten scheint. Es besteht die Gefahr, dass auf diese Weise reale Desintegrationerscheinungen bis zur Entwicklung islamistischer Ghettos „als Staat im Staate“ unserer freiheitlichen Gesellschaft verstärkt werden.

Vor dem Hintergrund einer ebenso gloriosen wie glorifizierten Vergangenheit ist bei den Islamisten ein Gefühl der Deklassierung durch die frühere westliche koloniale Herrschaft und die Dominanz der westlichen Kultur tief verankert.

Vor diesem Hintergrund haben sich der Westen und der westliche Lebensstil zum Feindbild entwickelt. Für die Islamisten stellen die westlichen Gesellschaften einen Hort des Bösen und der Verderbtheit dar. Der Westen ist in ihren Augen dekadent, seine Menschen zügellos. Abgelehnt werden die Grundlagen der westlichen Demokratie: die Volkssouveränität und die Existenz eines autonom definierten Individuums, denn die Islamisten verwerfen den Gedanken einer freien menschlichen Vernunft.

Weil der Anspruch des Islam universal ist, wird von Islamisten häufig als letztes Ziel die Schaffung eines weltweiten Gottesstaates propagiert. Die Überzeugungen der Islamisten stimmen zwar in den Grundzügen überein, weichen in Einzelheiten aber beträchtlich voneinander ab. Während die

meisten islamistischen Organisationen beispielsweise das Herrschaftssystem in ihrem jeweiligen Heimatland bekämpfen und in Anlehnung an den Westen geschaffene Institutionen rigoros ablehnen, haben die Islamisten der Fazilet-Partei in der Türkei den parlamentarischen Weg zur Verbreitung ihres politischen Einflusses gewählt. Zahlreiche islamistische Zusammenschlüsse sind überdies auf Führungspersonen fixierte Kleingruppen, die Bedeutung nur in einem engeren sozialen Umfeld haben. Gerade hieraus resultiert die Unberechenbarkeit des Islamismus.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als

religiöse Bewegung zur „Rückbesinnung“ auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld ist vielmehr eine militante Sonderströmung, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert. Diese Spielart des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen und/oder sie durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden zur Abgrenzung von anderen islamistischen Varianten als islamistische Extremisten bezeichnet.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Sitz:	Köln	
Vorsitzender:	Dr. Yusuf ISIK (kommissarisch)	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	27.000	27.000
Niedersachsen:	2.500	2.600
Publikation:	Milli Görüs und Perspektive (Neue Weltsicht und Perspektive)	

Geschichte und Organisationsstruktur

Die Vorgängerorganisation der IGMG, die Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)³⁶, wurde 1985 in Köln gegründet. Im Frühjahr 1995 erfolgte die Aufteilung der AMGT in die IGMG und in die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG). Von politischer Relevanz ist ausschließlich die IGMG. Die EMUG verwaltet den Immobilienbesitz der Organisation, dessen

Wert auf ca. 100 Millionen DM geschätzt wird.

³⁶ Vorläuferorganisation der AMGT wiederum war die „Türkische Union Europa e.V.“ Nach Auseinandersetzungen der Führungskader spaltete sich die Organisation 1983 in einen iran-orientierten Flügel, aus dem 1984 der „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB) unter Cemalettin KAPLAN hervorging, und in einen der türkischen „Nationalen Heilspartei“ (MSP) nahestehenden Flügel. Die MSP-orientierte Gruppe gründete 1985 die „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT = Avrupa Milli Görüs Teskatlari).

Die IGMG erstreckt sich über Europa, Kanada, Australien und Mittelasien. Mit nahezu 300 Gemeinden bildet Deutschland als das Land mit der größten türkischen Auslandsgemeinde den organisatorischen Schwerpunkt. Vereinsrechtlich ist die IGMG in Bonn gemeldet, ihre Vorstands- und Verwaltungsarbeit wird jedoch von Köln aus geleistet. Der von der Orts- über die Regional- bis zur Bundesebene gestaltete Aufbau der Organisation ist hierarchisch. In Streitfragen wird zentralistisch entschieden. Der Mangel an innerorganisatorischer Demokratie offenbarte sich, als Meinungsverschiedenheiten zwischen dem niedersächsischen Landesverband, der Islamischen Föderation Niedersachsen und der Zentrale in Köln über eine Immobilie in Laatzen-Gleidingen durch die Absetzung des Landesvorstandes beendet wurden. Die IGMG verfügt über diverse Unterorganisationen, mit deren Hilfe sie gezielt auf einzelne Schichten der Bevölkerung einwirkt. So bestehen Organisationen für Frauen, Jugendliche, Akademiker und Studenten. Personell und finanziell eng mit der IGMG verflochten ist die als gemeinnützig anerkannte Islamische Union Europa e.V. (IUE), die für die IGMG beispielsweise Spendensammlungen durchführt.

Besonderen Wert legt die IGMG, die ihre Ziele nicht auf revolutionärem Wege, sondern durch ideologische Beeinflussung realisieren möchte, auf Schulungsmaßnahmen. Für diesen Zweck unterhält sie zahlreiche eigene Schuleinrichtungen und Bildungszentren sowie eine organisationseigene Führungsakademie. An den in den Sommerferien stattfindenden Kursen nahmen nach IGMG-eigenen Angaben 1999 über 16.000 Mädchen und Jungen teil. Zu einer so genannten Jugendvollversammlung der IGMG am



16. Oktober in der Düsseldorfer Philipshalle kamen 7.000 Teilnehmer zusammen.

Auch in Niedersachsen verfügt die IGMG über ein ausgedehntes Organisationsnetz mit Ortsvereinen in Städten und Gemeinden. Am Mitgliedern stärksten sind die Vereine in Hannover, wo sich der Landesvorsitz befindet, in Braunschweig, Peine, Hameln und Garbsen. Darüber hinaus gibt es Vereine, die mit der IGMG eng verbunden sind. Bei Neugründungen werden Attribute wie türkisch oder islamisch in den Vereinsbezeichnungen vermieden. Stattdessen wird lediglich der Tätigkeitsbereich, sei es Bildung, Kultur, Integration oder Sport, betont.

Die Aktivitäten der IGMG in Niedersachsen konzentrierten sich auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie auf Frauen. Im November führte die Jugendabteilung des IGMG Bezirks Hannover ein zweitägiges Ausbildungsseminar durch, an dem auch überregionale Führungsfunktionäre teilnahmen. Weitere Veranstaltungen waren u.a. ein Schwimmfest in Osna-

brück, Besuche von Freizeitparks und Jugendcamps. Im Mittelpunkt der Kinder- und Jugendausbildung standen die Sommerferienkurse.

Finanzierung

Die IGMG finanziert sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen, Erträgen organisationseigener Wirtschaftsbetriebe sowie aus Einnahmen, die bei der Durchführung von Pilgerfahrten nach Mekka und Medina erzielt werden. Die Einnahmen, die sich auf mehr als 100 Millionen DM belaufen, werden zum Teil für den Kauf von Immobilien verwendet.

Beruhete das Spendenaufkommen in der Vergangenheit auf freiwillig von den Mitgliedern erbrachten Leistungen, so ist inzwischen festzustellen, dass den Vereinen von der Zentrale in Köln feste Vorgaben über die Höhe der abzuliefernden Spenden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder auferlegt werden. Sollvorgaben bestimmen auch die Höhe der abzuführenden Gewinne aus dem Betrieb IGMG-eigener Läden.

Verstärkt haben sich die Kontakte der IGMG zu Holdinggesellschaften. Weil es für gläubige Moslems aus religiösen Gründen unzulässig ist, Zinseinkünfte zu erzielen, versuchen in Deutschland lebende Türken, ihr Vermögen durch den Erwerb von Anteilscheinen solcher Holdings bzw. durch stille Teilhaberschaften auf islamkonforme Weise zu steigern.³⁷ Zwischen

den Betreibern dieser Holdings und der IGMG-Führung haben sich feste Beziehungen zum wechselseitigen wirtschaftlichen Vorteil herausgebildet. Vorstandsmitglieder der Holdings halten direkten Kontakt zum Generaldirektor der Zeitung Milli Gazete, der zugleich Angehöriger des Vorstands der IGMG-Zentrale in Köln ist.

Die Führung der IGMG wirkt auf ihre Mitglieder ein, an Verkaufsveranstaltungen der Holdings teilzunehmen. Die der IGMG nahe stehende Zeitung Milli Gazete enthält regelmäßig Hinweise und Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen. Als Gegenleistung unterstützen die Holdings die IGMG finanziell bei der Durchführung von Veranstaltungen. Als Sponsoren für das Jugend- und Kulturfest des IGMG-Bezirks Hannover am 21. November und für eine IGMG-Veranstaltung in Braunschweig nennt Milli Gazete die UTM-Holding bzw. die Tugra-Holding.

Ideologie

Die Verwirklichung ihrer Ziele strebt die IGMG nicht durch Gewaltanwendung, sondern durch die aktive politische und gesellschaftliche Betätigung ihrer Mitglieder an, die sich in Ausländerbeiräten, Gewerkschaften und Hochschulgruppen engagieren sollen. Seit längerem verzichtet die Organisation auf die offene Propagierung von antisemitischen und islamistischen Positionen – wie die Forderung nach einer islamischen Türkei –, die vor einigen Jahren noch kennzeichnend für die Publikationen der IGMG waren. Trotz dieser Zurückhaltung, die in erster Linie der gewachsenen öffentlichen Aufmerksamkeit hinsichtlich der Praxis der Organisation geschuldet sein dürfte, steht die weltanschauliche

³⁷ Allein die Jet-Pa-Holding hat nach Angaben ihres Eigentümers bei 15000 Auslandstürken 500 Millionen DM gesammelt. In der türkischen Presse werden auch Beträge von bis zu 1,5 Milliarden DM genannt, die mit dem Versprechen einer 45prozentigen Verzinsung eingesammelt worden seien. Die Jet-Pa-Holding hat ihren Sitz zwischenzeitlich nach Liechtenstein verlegt.

Grundlage der IGMG im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die für den demokratischen Rechtsstaat konstitutive Trennung zwischen Staat und Religion wird von der IGMG nach wie vor nicht akzeptiert. Generalsekretär Mehmet ERBAKAN äußerte hierzu:

„Die politische Abstinenz der christlichen Kirchen ist uns fremd. Im Islam lassen sich Politik und Religion nicht voneinander trennen.“

(Die Zeit, 04. Februar)

In einem scheinbaren Widerspruch zum universalistischen Anspruch des Islam, zum Ziel der weltweiten Islamisierung, steht das Bekenntnis der IGMG zur türkischen Nation, das der stellvertretende Generalvorsitzende Hasan DAMAR mit den Worten „Wir lieben unser Land und unsere Nation mehr als unser Leben“ (Milli Gazete vom 2. Juni) zum Ausdruck brachte. Diese Äußerung ist nicht als Bekenntnis zur modernen türkischen Republik, sondern vielmehr als Ausdruck der Rückbesinnung auf das Osmanische Reich zu bewerten. Welche Bedeutung das Osmanische Reich für das Geschichtsbewusstsein der IGMG hat, wurde deutlich, als die Organisation aus Anlass des 700. Jahrestags der Gründung des Osmanischen Reiches in zahlreichen europäischen Städten feierliche Gedenkveranstaltungen durchführte. Auf einer dieser Feiern hob der IGMG-Vorsitzende und Generaldirektor Europa der Milli Gazete Dr. Yusuf ISIK hervor, dass sich das Osmanische Reich auf vier Pfeiler gestützt habe. Einer dieser Pfeiler seien die Ulema, die Religionsgelehrten, gewesen.

Mit der Rückbesinnung auf das Osmanische Reich verbinden sich weitergehende Überlegungen. Zum einen beinhaltet sie eine Abkehr von der Modernisierungspolitik Kemal Atatürks, der bewusst mit der osmanischen Vergangenheit gebrochen hatte, um einen Nationalstaat auf laizistischer Grundlage zu schaffen. Zum anderen verbindet sich mit dem Anknüpfen an die osmanische Tradition eine Wiederbelebung des Kalifatsgedankens, einer Führerschaft über alle Muslime. Kemal Atatürk hatte das Kalifat 1924 abgeschafft. Zur Zeit des Vielvölkerstaates Osmanisches Reich erlebte der Islam seine kulturelle Blütezeit und den Höhepunkt seiner machtpolitischen Bedeutung unter türkischer bzw. osmanischer Führerschaft.

Eine Wiederbelebung des osmanischen Erbes ist auch in der Türkei bei der der IGMG ideologisch eng verbundenen Fazilet-Partei (FP) zu registrieren. Die Fazilet-Partei ist die Nachfolgeorganisation der inzwischen wegen ihrer die kemalistischen Prinzipien ablehnenden islamistischen Ausrichtung verbotenen Refah-Partei. Obwohl die IGMG organisatorische Verbindungen offiziell bestreitet, unterstützt sie die FP personell und finanziell. In der Wochenzeitschrift Die Zeit vom 04. Februar wurde die IGMG als „die Geldmaschine der Islamisten in der Türkei“ bezeichnet.

Zur Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen IGMG und FP bereisen regelmäßig Abgeordnete, Funktionäre und ehemalige Kabinettsmitglieder der früheren Regierung Erbakan die IGMG-Vereine und deren Veranstaltungen.

Kennzeichnend für die enge Kooperation zwischen IGMG und FP ist die Mitgliedervollversammlung der IGMG im Müngersdorfer Stadion in Köln am

Millî Görüş

PERSPEKTİVE

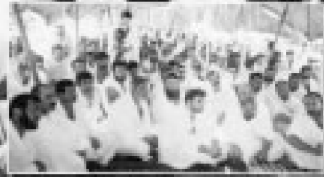
YIL/JAHRGANG:5 SAYI/NR: 53 MAYIS/MAY '99

5. GENEL KURUL, BARIS VE KÜLTÜR SEVİLCİLERİNE

BUYURUN

Millî Görüşle Hac, başkadır

Kurban '99 sevindirdi



5. Juni, an der ca. 25.000 Anhänger aus Deutschland und dem europäischen Ausland teilnahmen. Spruchbänder im Stadion ehrten den abwesenden Vorsitzenden der FP und ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan: „Mein Hodscha, wir folgen Deinem Weg“.

Als ehemaliger Justizminister in der Regierung Erbakan forderte Sevkett Kazan die Anwesenden auf, ihre nationale und geistig-religiöse Identität zu schützen und zu bewahren; sie alle sollten mit Hilfe der IGMG gegen Assimilation kämpfen.

Die Ausführungen Kazans verdeutlichen, dass die IGMG von ihrer ideologischen Grundausrichtung her einer Integration von türkischen Staatsbürgern, insbesondere von in Deutschland geborenen türkischen Jugendlichen, in die deutsche Gesellschaft entgegenwirken möchte. Unterstrichen wird dies durch Äußerungen von Funktionären der IGMG. Der Leiter der Jugendgruppen Nordruhr beispielsweise forderte einem Bericht der Milli Gazete vom 15. März zufolge, „dass sich die Jugendlichen der zweiten und

dritten Generation zu ihrer nationalen und religiösen Kultur bekennen sollten.“

Den panislamischen Anspruch der IGMG dokumentieren ihre Verbindungen zu verschiedenen islamischen Dachorganisationen. Mit ihrem Funktionär Hassan ÖZDOGAN stellt die IGMG den Vorsitzenden des Islamrats in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl die IGMG dem Zentralrat der Muslime Deutschlands (ZMD) nicht als Mitgliedsorganisation angehört, ist sie über die Person des EMUG-Vorsitzenden Ibrahim EL-ZAYAT, der zugleich Bundesvorsitzender der im ZMD vertretenen Muslim Studentenvereinigung in Deutschland e.V. (MSV) ist, im ZMD präsent. Mitglied im ZMD ist auch die Islamische Gemeinschaft in Deutschland, die als verlängerter Arm und regionale Vertretung der ägyptischen Muslimbruderschaft gilt. Neben der MSV und der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland ist die IGMG auch im Islamischen Konzil vertreten. Als Vizepräsident des Islamischen Konzils fungiert der Vorsitzende des Islamrats, ÖZDOGAN.

Der Kalifatsstaat

Sitz:	Köln	
Leitung:	Metin KAPLAN	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	1.200	1.100
Niedersachsen:	250	250
Publikation:	Ümmet-i-Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)	

Der Kalifatsstaat wurde 1984 von Cemaleddin KAPLAN unter der Bezeichnung Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. als Abspaltung von der AMGT, Vorläufer-

organisation der IGMG, gegründet. Ungefähr die Hälfte der Mitgliedsvereine der AMGT wechselte zur neuentstandenen Organisation. Von Beginn an bestimmten Cemaleddin KAPLAN

und – nach seinem Tod am 15. Mai 1995 – sein Sohn Metin KAPLAN das Organisationsleben und die ideologischen Zielsetzungen des Vereins. Cemaleddin KAPLAN ließ sich 1993 auf einem Kongress seiner Organisation zum „Emir der Gläubigen und Kalifen der Rechtgläubigen“ wählen. Sein Sohn folgte in dieser Funktion.

Die Schriften Cemaleddin KAPLANs, eines 1982 nach Deutschland gekommenen ehemaligen Beamten der staatlichen türkischen Religionsbehörde, haben einen bis heute richtungsweisenden Stellenwert. Seine Schrift „Die neue Weltordnung?“ ist ein Zeugnis für die für den Kalifatsstaat charakteristische Selbstisolierung innerhalb der deutschen Gesellschaft. KAPLAN fordert darin von den Mitgliedern seiner Organisation:

„Keine Einigung mit dem Regime des Unglaubens und der Ketzereien, auch keine Neigung zur Kompromissbereitschaft“

Im Gegensatz zur IGMG bemühte sich der Kalifatsstaat daher nicht um Kontakte zu offiziellen deutschen Stellen oder zu den Kirchen. Der den Mitgliedern auferlegte Zwang zur Endogamie – weibliche Organisationsmitglieder dürfen nur solche Männer heiraten, die einen Treueschwur auf den Kalifen geleistet haben – macht den Kalifatsstaat zu einer sektenartigen Vereinigung mit einem für islamische Sondergruppen typischen elitären Denken.

Bereits Cemaleddin KAPLAN definierte auf der Grundlage seiner universalistischen Islaminterpretation die ideologischen Feindbilder Kapitalismus, Kommunismus bzw. Sozialismus, Demokratie, Laizismus, das kemalistische System, Parteien und Nationalismus. Er verurteilte die islamistische Fazilet-Partei Necmettin Erbakans und die IGMG, weil sie sich auf das parlamentarische System eingelassen hätten

und von ihm korrumpiert worden seien. Das von Metin KAPLAN 1998 im Rahmen der so genannten Dschihad³⁸. Mobilisierung bekräftigte Nahziel des Kalifatsstaates ist der Sturz des laizistischen kemalistischen Systems in der Türkei und die Errichtung eines islamistischen Staates auf türkischem Boden, dessen Verfassung und Rechtssystem der Koran bzw. die Scharia bilden sollen. Aus dem universellen Anspruch des Islam abgeleitetes Fernziel ist die weltweite Islamisierung.

In einer Presseerklärung vom 13. Februar 1998, die das Organ des Kalifatsstaates Ümmet-i-Muhammed nachdruckte, brachte KAPLAN das religiös-ideologische Selbstverständnis seiner Organisation zum Ausdruck:

„Unsere Quelle ist der Koran, unser Vorbild der Prophet. ... Wir erhalten die Anweisung aus dem Koran und die Ausführung vom Propheten Mohammad. ... Wir haben gesagt, dass der Islam sowohl eine Religion als auch ein Staat ist. ... Wir haben gesagt, dass wir den Staat um den Koran herum versammeln wollen und damit vereinigen wollen. Wir haben gesagt, dass der Koran das Grundgesetz, die Schariya das Gesetz und der Staat der Islam sein soll.“

(Ümmet-i-Muhammed am 11. November, Nr. 300)

³⁸ Der Begriff „Dschihad“ bedeutet wörtlich übersetzt „sich bemühen, streben“. Gemeint sind Anstrengungen zur Verbreitung des Glaubens auf dem Wege Gottes. Dies schließt nicht notwendigerweise die gewalttätige Verbreitung der Religion ein. Die Übersetzung „Heiliger Krieg“ geht auf die Zeit der Kreuzzüge zurück.



Anlässlich der 6. Jahresfeier der Gründung des Kalifatsstaates am 13. Januar in der ULU-Moschee in Köln, an der etwa 1.500 Personen teilnahmen, verkündete KAPLAN seinen Anspruch auf die Führung einer islamistischen Türkei, ein Ziel, das er durch einen Marsch nach Istanbul zu erreichen beabsichtigt. Um seinen Anspruch bildhaft zu unterstreichen, ließ er sich vor den jubelnden Anhängern einen Koran und ein Schwert überreichen. In seiner Rede warnte er die Bundesregierung vor weiterer Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung.

Neben demokratiefeindlichen und antikemalistischen Ausführungen sind antisemitische und antizionistische Thesen charakteristisch für die Veröffentlichungen des Kalifatsstaates. In *Ümmet-i-Muhammed* (Nr. 302 v. 25. 11. 99) wird der Zionismus als Urheber des weltweiten Kampfes gegen den Islam verurteilt:

„Der Kommunismus und die Demokratie sind beides Werkzeuge des Zionismus. Zusammengefasst kann man sagen, dass der Islam drei Feinde hat: den Kommunismus, den Kemalismus und die Demokratie. Alle drei werden aus der zionistischen Zentrale geleitet.“

Organisationsstruktur

Die Organisation des Kalifatsstaates ist hierarchisch ausgerichtet. Die Vorsitzenden der Landesverbände, die Gebietsemire, erhalten ihre Weisungen direkt von KAPLAN. Vorstände der Mitgliedsvereine müssen durch die Zentrale in Köln bestätigt werden. Seit dem Tod des Gründers Cemalettin KAPLAN ist ein deutlicher Rückgang des Mitgliederbestandes zu registrieren. Derzeit gehören der Organisation in Deutschland nur noch etwa 50 Moschee-Vereine und Gemeinden an. Die negative Mitgliederentwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Führungsanspruch Metin

KAPLANs, der innerhalb der Organisation nicht über die unangefochtene Autorität und das Charisma seines Vaters verfügt, in Frage gestellt wurde. Mangelnde Autorität versuchte Metin KAPLAN durch zunehmende Radikalität und Militanz auszugleichen. Die innerorganisatorischen Auseinandersetzungen kulminierten, als Dr. Yusuf SOFU, der sich Anfang 1996 zum Gegenkalifen hatte ausrufen lassen, am 8. Mai 1997 in Berlin von bislang unbekanntem Tätern ermordet wurde. KAPLAN hatte auf die Ausrufung des Gegenkalifats mit einer so genannten Todes-Fatwa reagiert.

Neben Deutschland ist der Kalifatsstaat in Frankreich, den Niederlanden und in Belgien mit Vereinen vertreten. Auch in der Türkei hat die Organisation zahlreiche Anhänger. Die dortigen Sicherheitsbehörden haben in der Vergangenheit mehrfach gegen Anhänger des Kalifatsstaates ermittelt. So wurde im Jahre 1993 ein zwölköpfiges islamisches Parlament des Kalifatsstaates in Istanbul von der Polizei zerschlagen. In einem Prozess vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul hatten sich Anfang Dezember 1998 29 Anhänger KAPLANs wegen der Planung eines Selbstmordanschlages auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara zu verantworten. Unter den Angeklagten befanden sich auch niedersächsische Anhänger der Braunschweiger Kalifatsstaat-Gruppe. In den Monaten Oktober bis Dezember desselben Jahres wurden darüber hinaus Mitglieder des Kalifatsstaates in verschiedenen türkischen Städten festgenommen.

Der Kalifatsstaat finanziert sich durch das Spendenaufkommen seiner Mitglieder, die zweieinhalb Prozent ihres Jahreseinkommens als islamische Pflichtsteuer abzuführen haben. Durch den Verkauf der wöchentlich erschei-

nenden verbandseigenen Zeitschrift Ümmet-i-Muhammed, den Verkauf von Publikationen – die Mitgliedervereine sind gehalten, eine bestimmte Anzahl von Büchern und Schriften gegen Bezahlung abzunehmen – und durch die Vermietung und Verpachtung von Immobilien an die örtlichen Mitgliedsvereine kamen weitere Gelder zusammen. Mit Spendengeldern erworbene Vereins- und Gebetshäuser wurden in das Eigentum der in den Niederlanden ansässigen Stiftung „Stichting Dinaar aan Islam“ überführt, in deren Finanzgebaren außer KAPLAN nur seine engsten Vertrauten Einblick haben.

Der Kalifatsstaat unterhält einen eigenen Propagandasender, HAKK-TV, dessen Sendungen seit 1999 zweimal wöchentlich ausgestrahlt werden. Außerdem verbreitet die Organisation Informationen im Internet.

Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Anhänger des Kalifatsstaates und Metin KAPLAN

Am 9. Februar durchsuchte die Polizei im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes gegen Metin KAPLAN und weitere Führungsmitglieder des Kalifatsstaates wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung und des gemeinschaftlich begangenen Mordes an Dr. Yusuf SOFU in Braunschweig und Hildesheim Wohnungen von Anhängern sowie dem Verband zuzuordnende Moscheeräume. Am 25. März wurde Metin KAPLAN wegen des gegen ihn erhobenen Vorwurfs der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Anstiftung seiner Anhänger zu Straftaten verhaftet.

Die Festnahme KAPLANs und die Durchsuchung der Räume der ULU-Moschee in Köln führten zu heftigen Reaktionen seiner Anhänger. Bei Auseinandersetzungen in Köln mit Polizeikräften kam es zu Gewalttätigkeiten, in deren Verlauf 14 Polizeibeamte verletzt wurden. Gewaltfrei hingegen verliefen Demonstrationen vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe am 5. Juni und in Berlin am 13. November. In Karlsruhe beteiligten sich 2.500 und

in Berlin 2.300 Anhänger KAPLANs aus Deutschland und dem benachbarten westlichen Ausland. Aus der Anzahl der Demonstranten kann auf eine nach wie vor nicht unerhebliche mobilisierungsfähige Anhängerschaft geschlossen werden. Die von KAPLAN auch nach seiner Inhaftierung im Verbandsorgan Ümmet-i-Muhammed veröffentlichten Beiträge belegen seinen unverändert steuernden Einfluss auf die Verbandsaktivitäten.

Muslimbruderschaft (MB)

Basisdaten für Deutschland		
Sitz:	München/Aachen	
Leitung:	Dr. Ahmed AL-KHALIFA/Dr. Issam EL-ATTAR	
Mitglieder ³⁹	1998	1999
Bund:	1.100	1.200
Niedersachsen:	70	90
Publikationen:	Al Ra'id (Der Kundschafter) Sawt Almanya (Stimme Deutschlands)	

Die 1928 von Hassan Al Banna in Ägypten gegründete multinationale Muslimbruderschaft (MB) ist die älteste islamistische Organisation. Sie ist heute weltweit in nahezu allen Ländern vertreten, in denen arabische Muslime leben.

In der Bundesrepublik Deutschland übt die MB Einfluss auf verschiedene sunnitisch-extremistische Vereinigungen aus. Zur Wahrung und Erhöhung ihres Einflusses ist die MB Mitglied im

Zentralrat der Muslime (ZMD). Vorrangiges Ziel der MB ist es, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für sich zu rekrutieren. Die Anhänger der MB operieren konspirativ und treten öffentlich nur mit ihren Publikationen in Erscheinung. Von ihr betriebene Islamische Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen haben sie als Begegnungsstätten die Funktion einer Klammer für islamistische Organisationen verschiedener Länder.

Die MB, die sich in Ägypten vor allem im sozialen Bereich engagiert, vermeidet das offene Bekenntnis zur Gewalt und verurteilt inzwischen – vermutlich um Konflikte mit der ägyptischen Regierung zu vermeiden –

³⁹ Mitgliederzahlen der MB einschließlich IGD und Islamische Avantgardisten.

militante Aktionen anderer Organisationen wie z.B. der Ende der 60er Jahre in Ägypten entstandenen Jama'at Islamiyya.

Regionale Vertretungen der MB

Die 1960 gegründete Islamische Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) mit bundesweit etwa 500 Anhängern gehört zu den größeren Gruppen der MB. Ihr Hauptstützpunkt ist das von ihrem Generalsekretär, dem Ägypter Dr. Ahmed KHALIFA geleitete Islamische Zentrum München (IZM). Darüber hinaus verfügt die IGD über 10 Zweigstellen. In Hannover ist der Verein Islamisches Gemeinschaftszentrum Hannover e.V. der MB zuzurechnen. Laut Vereinssatzung fällt bei Auflösung des Vereins das Vereinsvermögen an den Verein Islamisches Zentrum München.

Die Islamischen Avantgarden wurden Anfang der 80er-Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Dr. Issam EL-ATTAR, gegründet. Die Ziele der 500 Mitglieder starken Organisation entsprechen den Bestrebungen der IGD. Die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UJELAM) sind Untergruppierungen der Islamischen Avantgarden.

Die Islamische Heilsfront (FIS) wurde im März 1989 in einer Phase innerstaatlicher Liberalisierung in Algerien gegründet. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen Staatswesens in Algerien. Die algerische Regierung nahm Unruhen im März 1992 zum Anlass, die aus den Parlamentswahlen 1991/92 als Sieger hervorgegangene FIS zu verbieten. Die FIS verfügt über einen militärischen Arm, die Islamische Heilsarmee (AIS). Von der FIS abgespal-

ten hat sich im April 1992 die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA). Die GIA, die eine Reihe kleinerer, meist autonom handelnder Gruppen in sich vereinigt, ist für Massaker an der algerischen Zivilbevölkerung und die Ermordung ausländischer Bürger in Algerien verantwortlich. Der im April gewählte neue algerische Staatspräsident Bouteflika startete im Sommer mit dem Gesetz über die Eintracht der Bürger den erneuten Versuch einer nationalen Aussöhnung mit den moslemischen Rebellen. Nachdem die AIS das Angebot auf Straffreiheit bzw. Strafminde rung grundsätzlich angenommen hatte, schlossen sich mehrere hundert Mitglieder regionaler GIA-Gruppen dem von der AIS verkündeten Waffenstillstand an.

Der Islamische Bund Palästina (IBP) wurde im Mai 1981 im IZ München gegründet. Er vertritt seit Beginn der Intifada (Aufstand der palästinensischen Jugend) im Dezember 1987 die Interessen der bislang ausschließlich in Israel und den teilautonomen palästinensischen Gebieten terroristisch aktiven Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS). Die HAMAS repräsentiert den palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft; ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas.

Bisher waren HAMAS und IBP im Bundesgebiet lediglich propagandistisch tätig. Auf europäischer Ebene knüpft die HAMAS Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen, z.B. durch die Teilnahme an Konferenzen unter Beteiligung der GIA, der libanesischen Hizb Allah und dem Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Von ihren ca. 200 Anhängern im Bundesgebiet sind nur einzelne Mitglieder und Funktionäre in Niedersachsen ansässig.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Basisdaten für Deutschland

Mitglieder	1998	1999
Bund:	750	800
Niedersachsen:	100	110
Publikation:	Al Ahd (Die Verpflichtung)	

Die extremistische libanesische Schiitenorganisation Hizb Allah (Partei Gottes) wurde im Jahre 1982 auf Betreiben des Iran gegründet. Dank iranischer Unterstützung entwickelte sich die Organisation rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. Fernziel der Organisation ist die Errichtung einer islamischen Republik im Libanon nach iranischem Vorbild. Den palästinensisch-israelischen Friedensprozess lehnt die Organisation strikt ab. Vertreter der Hizb Allah bezeichnen den Tag, an dem das Gaza-Jericho-Abkommen unterzeichnet wurde, in verschiedenen Presseerklärungen als „den schwärzesten Tag in der Geschichte der islamischen Nation“ und kündigten an, den „Kampf gegen die Zionisten“ unvermindert fortzusetzen. Weiterhin unverändert ist die Bereitschaft der Hizb Allah zur Anwendung von Gewalt im Kampf gegen Israel. Die Hizb Allah hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder Anschläge auf israelische Einrichtungen im Südlibanon, aber auch im Ausland – u. a. in Istanbul, Ankara und Buenos Aires – begangen. Die Anschläge im Südlibanon werden unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“ durchgeführt.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren ebenfalls unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“. Sie sind weiterhin um die Verfestigung ihrer Strukturen bemüht, um ihren politischen Aktivitäten einen organisatorischen Rahmen zu geben. Künftig sollen die Mitgliedsvereine die Bezeichnung Jamiyat Ahl ul Bait (Verein der Angehörigen des Propheten Mohammed) führen. Wie auch in der Vergangenheit instruierten Funktionäre aus dem Libanon die Anhänger in den hiesigen Zweigorganisationen entsprechend der politischen Linie. Die Teilnahme von 600 Hizb-Allah-Anhängern an dem am 16. Januar in Berlin begangenen Ghods-Tag (Jerusalemtag)⁴⁰ dokumentiert die bestehenden Verbindungen zu den Anhängern der sunnitischen AMAL (Gruppen des libanesischen Widerstands) sowie zu iranischen Islamisten.

⁴⁰ Jerusalem ist im Islam die drittheiligste Stadt nach Mekka und Medina. Der arabische Name der im Koran und in den Überlieferungen nicht namentlich erwähnten Stadt al Quds (im persischen: Ghods) bedeutet „Die Heilige“. Den Quds-Tag hat der iranische Revolutionsführer Ajatollah KHOMEINI 1979 im Bestreben initiiert, den Export der iranischen Revolution zu fördern.



In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah konspirativ in mehreren Ortsgruppen bzw. Stützpunkten organisiert, u. a. in Hannover und Osnabrück. Treffpunkte der Hizb Allah-Anhänger sind insbesondere Moscheen in Münster, Hannover, Braunschweig, Einbeck sowie im Raum Osnabrück.

Der zum Islam konvertierte, zuletzt in Braunschweig lebende Stefan SMYREK, der Kontakt zu islamistischen Gruppen suchte, um am Heiligen Krieg teilzunehmen, wurde Ende November 1998 bei seiner Ankunft in Tel Aviv von israelischen Sicherheitskräften unter dem Verdacht festgenommen, im Auftrage der Hizb Allah einen Terroranschlag in Israel geplant zu haben. Der

Anfang 1999 vor einem israelischen Gericht begonnene Prozess endete mit der Verurteilung zu einer Haftstrafe von 10 Jahren wegen Vorbereitung eines Selbstmordanschlages in Israel.

Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)

Basisdaten für Deutschland

Mitglieder	1998	1999
Bund:	150	150
Niedersachsen:	35	Einzelmitglieder
Publikation:	Quds (Jerusalem)	

Die U.I.S.A. organisierte sich bereits Mitte der 60er-Jahre im Iran als Anti-Schah-Bewegung und verfügt heute als Dachverband der islamisch-iranischen Studentenvereine über zahlreiche Zweigstellen in mehreren europäischen Ländern, so auch in Deutschland. Die Organisation wird aus Teheran direkt bzw. von iranischen diplomatischen Vertretungen und dem iranischen Nachrichtendienst gesteuert.

Zu den Hauptaufgaben der U.I.S.A. gehört die Propagierung der Revolutionsideen Ayatollah KHOMEINIs, der Kampf gegen die vermeintlichen Hauptgegner des Islam, die USA und ihre Verbündeten, sowie die Ausprägung und gegebenenfalls Bestrafung aktiver iranischer Oppositioneller. Das Todesurteil gegen den Schriftsteller Salman Rushdie wird ausdrücklich gebilligt.

Die U.I.S.A. sucht Kontakte zu islamistischen Organisationen anderer Länder, die islamische Republiken nach iranischem Vorbild anstreben. An dem von KHOMEINI ins Leben gerufenen Ghods-Tag am 16. Januar in Berlin verteilten Anhänger der U.I.S.A. Flugblätter.

Die U.I.S.A. unterhält enge Kontakte zum Islamischen Zentrum Hamburg e.V. (IZH), einer Mitgliedsorganisation im Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD). Das aus Teheran gesteuerte IZH, dessen Leiter vom Iran

bestimmt wird, ist Hauptveranstaltungsort der U.I.S.A..

Anlaufpunkt für die Vereine in Niedersachsen (u.a. in Braunschweig, Göttingen und Delmenhorst) ist eine dem IZH organisatorisch unterstellte Moschee in Langenhagen. Die Moschee wird auch von schiitischen Türken, Pakistanern, Afghanen und vor allem von libanesischen Hizb Allah-Anhängern besucht. Obwohl die Anzahl der Anhänger der U.I.S.A. in Deutschland rückläufig ist und sich ihre Aktivitäten vermehrt ins Ausland verlagert haben, wo iranische Studenten inzwischen zahlenmäßig stärker vertreten sind als in Deutschland, sind die hier lebenden U.I.S.A.-Mitglieder nach wie vor Träger nachrichtendienstlicher und propagandistischer Aktivitäten Irans. Einfluss übt die U.I.S.A. insbesondere auf islamistische Organisationen wie die Hizb Allah aus.

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Sitz		
international:	Paris	
Deutschland:	Köln	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	900	900
Niedersachsen:	50	50
Publikationen	IRAN-Liberation (in English) Löwe und Sonne (u.a. in Farsi, Deutsch, English)	

Der NWRI wurde 1981 unter Führung von Massoud RADJAVI als Dachorganisation linksgerichteter iranischer Oppositionsgruppen und Einzelpersonen in Paris gegründet. Dominierenden Einfluss übt die Organisation der Volksmodjahedin Iran (Modjahedin-e Khalgh – MEK –, d.h. Glaubenskämpfer des Volkes) aus, die 1965 in Teheran von jungen Intellektuellen aus der Teheraner Mittelschicht gegründet wurde und deren Ideologie eine Synthese aus marxistischen Versatzstücken und einer sozialrevolutionären Interpretation des schiitischen Islam darstellt. Während der iranischen Revolution im Jahre 1979 leisteten die Volksmodjahedin an der Seite von Ayatollah KHOMEINI einen wichtigen militärischen Beitrag zum Sturz des Schah-Regimes. Ferner waren die Volksmodjahedin an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran beteiligt. Als sich die Organisation in der Folgezeit weigerte, die Waffen niederzulegen, kam es zu einem von beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführten Machtkampf zwischen den Volksmodjahedin und den neuen Herrschern in Teheran.

Der Führer der Volksmodjahedin RADJAVI floh nach Frankreich, wo er den NWRI gründete. Während des iranisch-irakischen Krieges kämpften die Volksmodjahedin auf Seiten des Irak.

Dort entstand 1987 als militärischer Arm der Organisation die National Liberation Army (NLA), eine mehrere tausend Kämpfer zählende Guerillaarmee, die seit Jahren – seit 1997 wieder mit steigender Tendenz – bewaffnete Überfälle auf iranisches Gebiet und Anschläge gegen das iranische Regime durchführt, wie u.a. das am 10. April 1998 verübte Attentat auf den stellvertretenden iranischen Generalstabschef Shirazi.

1993 konstituierte sich der NWRI als iranisches Exilparlament und bestimmte Maryam RADJAVI, Ehefrau von Massoud RADJAVI, zur „künftigen iranischen Präsidentin“.

In der westeuropäischen Öffentlichkeit tritt der NWRI mit dem Anspruch auf, die legitime demokratische Opposition Irans zu verkörpern und die bedeutendste iranische Oppositionsgruppe darzustellen. Vergangenheit und faktische Bedeutung der Organisation jedoch widersprechen dieser Selbsteinschätzung. Durch die enge Kooperation mit dem Irak, den extensiven Personenkult um Massoud und Maryam RADJAVI und die Anschläge im Iran hat der NWRI bei der iranischen Bevölkerung Kredit verloren. Der NWRI stellt weder eine demokratische Alternative zum derzeitigen iranischen Herrschaftssystem dar, noch hat

er innerhalb der iranischen Gesellschaft nennenswerten Einfluss. Der vorsichtige, von einem Großteil der jüngeren Bevölkerung befürwortete Kurs einer politischen Liberalisierung durch den 1997 gewählten Staatspräsidenten Chatami engt den Handlungsspielraum der Organisation weiter ein. Viele Mitglieder haben den NWRI mittlerweile verlassen. Gleichwohl gelang es dem NWRI im März anlässlich des Besuches des iranischen Staatspräsidenten Chatami in Rom, mehrere tausend Anhänger aus ganz Europa für eine Demonstration zu mobilisieren. Internationale Aufmerksamkeit erhoffte sich die Führung des NWRI, als sie die von der Bundesregierung im Juni in Köln ausgerichtete Gipfelkonferenz der acht wichtigsten Industriestaaten, den so genannten G-8-Gipfel, zu demonstrativen Aktionen nutzte. Entgegen der bis dahin üblichen Praxis führte der NWRI die Demonstrationen zur Vermeidung polizeilicher Auflagen unangemeldet durch. An den Aktionen während der zweitägigen Gipfelkonferenz beteiligten sich insgesamt 4.500 Mitglieder.

Der Besuch des iranischen Staatsoberhauptes am 27. Oktober in Paris, der Hauptstadt der iranischen Exilopposition, bot einen weiteren Anlass für medienwirksame Aktivitäten. An einer zentralen Großdemonstration, zu der der NWRI weltweit aufgerufen hatte, beteiligten sich etwa 2.000 Anhänger, die auf Transparenten den Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran forderten.

An den Aktionen in Italien und Frankreich beteiligten sich Anhänger des NWRI aus Deutschland. Die Sicherheitsbehörden wiesen zahlreiche aus Deutschland angereiste Exiliraner bereits an den Grenzübergängen ab.

Von der Mobilisierungsfähigkeit des

NWRI zeugen auch die Demonstrationen, die die Organisation im Juli in Frankfurt und Bonn aus Anlass der, wie es in den Aufrufen hieß, „Ermordung der iranischen Studenten in Teheran“ durchführte. Diesen Aktivitäten vorausgegangen waren in Teheran gewaltsam verlaufene Auseinandersetzungen zwischen Hochschülern, die für die Fortführung des Liberalisierungskurses von Staatspräsident Chatami demonstrierten und iranischen Ordnungskräften. Mit seinen Aktivitäten erwies sich der NWRI als Trittbrettfahrer der Ereignisse in Teheran; Einfluss auf die Aktionen der Studenten im Iran hatte die Organisation nicht.

Mitgliedsorganisationen des NWRI

Nach eigenen Angaben gehören dem NWRI neben den Volksmodjahedin folgende Organisationen an:

- Nationale Demokratische Front (NDF).
Die NDF beruft sich auf das Erbe des 1953 gestürzten iranischen Ministerpräsidenten Mossaddegh. Sie wird von dessen Enkel Hedayat Matin-Daftari geführt. Mit der Aufnahme der NDF versuchte der NWRI aus taktischen Gründen an das politische Erbe des im Iran populären früheren Ministerpräsidenten anzuknüpfen.
- Assoziation zur Verteidigung der Unabhängigkeit und Demokratie im Iran (DAD),
- Volksfedayin,
- Towhidi Händlergilde und
- Engagierte Universitäts- und Hochschullehrer Irans.

Tarnorganisationen des NWRI

Neben den offiziellen Mitgliedsorganisationen verfügt der NWRI über Tarnorganisationen, die sich vornehmlich mit der Betreuung iranischer Flüchtlinge und kulturellen Aktivitäten befassen. Unter anderem sind folgende Vereine bekannt:

- Flüchtlingshilfe Iran e.V.,
- Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e.V. (VEIF),
- Verein Iranischer Demokratischer Akademiker (VIDA),

- Frauen für Demokratie im Iran und
- Iranische Moslemische Studentenvereinigung e.V. (IMSV).

Einige dieser Tarnvereine des NWRI führen Straßensammlungen durch, mit deren Erlös der NWRI seinen militärischen Widerstand gegen das iranische Regime finanziert. In Niedersachsen wurden Straßensammlungen der Iranischen Moslemischen Studentenvereinigung (IMSV) bekannt, denen durch Bescheinigungen der Flüchtlingshilfe Iran e.V. ein offizieller Anstrich gegeben werden soll.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Basisdaten für Deutschland

Sitz in Deutschland:	Gummersbach	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	700	750
Niedersachsen:	60	60
Publikationen:	Tamil-Land An der Front Ee Lamurasu Vulkan	

Die revolutionär-marxistische LTTE führt auf Sri Lanka einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralmacht mit dem Ziel der Errichtung eines Tamil Eelam genannten tamilischen Staates. In historischer Perspektive knüpft dieses Ziel an die Zeit vor 1833 an, als auf der Insel zwei Königreiche existierten, ein tamilisches und ein singhalesisches. Die dem Hinduismus anhängenden Tamilen, die einen Bevölkerungsanteil von 18% haben, unterscheiden sich von der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung (Bevölkerungsanteil: 74%) nicht nur durch den Glauben, sondern auch durch Schrift und Sprache. Als die Kolonialmacht Großbritannien die

beiden Königreiche 1833 zur Kolonie Ceylon zusammenfügte, entwickelten sich die Tamilen zu einem von den Briten privilegierten Herrschaftsvolk.

Die während dieser Zeit aus machtpolitischen Gründen von der Kolonialmacht geförderten ethnischen Gegensätze bestimmten die innenpolitische Entwicklung Sri Lankas von der Beendigung der Kolonialzeit im Jahre 1947 bis heute. Seit 1956 dominiert die singhalesische Bevölkerungsmehrheit Regierung und Verwaltung Sri Lankas. Der Buddhismus wurde zur Staatsreligion erklärt, Beamtenposten erhielten nur Personen mit perfekten singhalesi-

schen Sprachkenntnissen. Der sich hiergegen formierende tamilische Widerstand nahm mit der Zeit immer militanteren Formen an. Tamilenpogrome im Jahre 1983, als die Forderung nach einem tamilischen Staat in der Verfassung von Sri Lanka unter Strafe gestellt wurde, hatten schließlich den Aufstieg der 1972 von Vellupilai PRABHAKARAN unter dem Namen Tamil New Tigers gegründeten LTTE zur Folge. 1976 erfolgte die Umbenennung der Organisation. Seit dem 27. Januar 1998 ist die Organisation in Sri Lanka offiziell verboten.

Die LTTE operiert mit großer Brutalität. Ihre Kämpfer zeichnet absoluter Gehorsam aus. Im Dezember beispielsweise verübten Anhänger der LTTE auf Sri Lanka zwei Selbstmordanschläge. Einem weiteren Bombenanschlag auf das Büro der sri lankischen Ministerpräsidentin in Colombo am 5. Januar 2000 fielen zwölf Menschen zum Opfer. Nach wie vor verfügen die Kämpfer der LTTE über eine hohe Gefechtsbereitschaft. Besonders deutlich wurde dies im November, als die LTTE eine militärische Offensive startete und mehrere Stützpunkte der Armee von Sri Lanka eroberte. Die dabei zum Einsatz gekommene schwere Artillerie und die von Zeitungen gemeldete Verwendung von Stinger-Raketen demonstrieren das militärische Potential der LTTE.

In Deutschland leben rund 55.000 Bürger aus Sri Lanka, in Niedersachsen ca. 5.000. Zumeist handelt es sich um Angehörige der verfolgten tamilischen Minderheit. Bislang hat die LTTE in Deutschland keine Anschläge durchgeführt. Hauptaktivität ist das Sammeln von Spenden zur Finanzierung des Kampfes in Sri Lanka. Dabei bediente sich die Organisation in der Vergangenheit auch erpresserischer und gewalttätiger Methoden, auf die die Organisation in letzter Zeit jedoch aus Furcht vor Strafverfolgungsmaßnahmen weitgehend verzichtet. Wegen der Gefährdung der Angehörigen in der Heimat dürften sich jedoch die wenigsten Tamilen den Spendenaufrufen entziehen. Als Ziel für die im Mai begonnene europaweite Spendensammlung, deren Ende nicht terminiert ist, wurde eine Summe von 7 Millionen DM vorgegeben.

Neben Spendensammlungen konzentrieren sich die Aktivitäten der LTTE auf die Verteilung von Druckschriften und auf die Durchführung von Kulturveranstaltungen über Tarnorganisationen wie der World Tamil Movement (WTM), deren eigentlicher Zweck aber ebenfalls in der Sammlung von Spenden zu sehen ist. Zum Programm dieser kulturellen Veranstaltungen gehören Lieder und Gedichte in tamilischer Sprache, politische Reden. In jährlichen Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen wird auf die Menschenrechtsverletzungen auf Sri Lanka hingewiesen. Am 18. Juni beispielsweise demonstrierten 1.000 Anhänger der LTTE, darunter Tamilen aus dem Bereich Goslar, gegen die finanzielle Unterstützung der Regierung in Sri Lanka durch die G-7-Staaten. Eine Gedenkveranstaltung für einen verstorbenen LTTE-Führungsfunktionär am 16. Januar in Dortmund

wurde ebenfalls von Repräsentanten der Organisation aus dem niedersächsischen Raum besucht. An der jährlich durchgeführten Heldengedenkveranstaltung, die am 4. Dezember in Duisburg durchgeführt wurde, beteiligten sich ca. 8.000 Personen. Das gewachsene Interesse, das diese hohe Teilnehmerzahl signalisiert, erklärt sich mit einem Ansehensgewinn der LTTE unter Exiltamilen infolge der militärischen Erfolge auf Sri Lanka.

Tätigkeitsschwerpunkte der LTTE in Niedersachsen sind die Räume Salzgitter, Göttingen, Hannover sowie der

Harz und sein Umland. Die hierarchisch aufgebaute, konspirativ operierende Organisation wird von der Zentrale über eingesetzte Repräsentanten (Stadtführer) gesteuert, denen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfskräfte an die Seite gestellt werden. Ein Netz solcher Repräsentanten erstreckt sich über die größeren niedersächsischen Städte, so dass bei Sammelaktionen alle in Niedersachsen lebenden tamilischen Familien erfasst werden. Formale Mitgliedschaften kennt die LTTE in Deutschland nicht, sie stützt sich auf ihre Anhänger und Aktivisten.

Scientology-Organisation (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	Heber JENTZSCH David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltung/RTC)	
Mitglieder	1998	1999
Bund:	5.000–6.000	5.000–6.000
Niedersachsen:	400	600 ⁴¹
Publikationen:	Freiheit (für die Öffentlichkeit bestimmt), Dimensionen, Impact, Auditor (interne Publikationen)	
Kirchen/Gemeinden:	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart	

Ziele der Scientology-Organisation

Der US-amerikanische Science-Fiction-Autor Lafayette Ronald HUBBARD (1911–1986) veröffentlichte 1950 ein Buch mit dem Titel Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit, mit welchem er auf die von ihm entwickelte Methode, „ungenutztes geistiges Potential und wahre Fähigkeiten“ freizusetzen, aufmerksam machte. In der Folgezeit kam es zur Gründung so genannter Dianetik-Zentren und schließlich zur Gründung der weltweit tätigen Scientology-Organisation (SO).

Aus diversen von der SO herausgegebenen Schriften geht das Ziel hervor, einen neuen Menschen mit scientologischer Prägung schaffen zu wollen, der die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt übernehmen wird. Würde der Gesellschaft die scientologische Technologie nicht vollständig aufgezwungen, wäre die Welt in ihrer derzeitigen Erscheinungsform zum Untergang verurteilt, da Scientology den einzig wahren Weg zur persönlichen Unsterblichkeit darstelle.

So sieht sich die Scientology-Organisation als eine „Erlösungsreligion“⁴², die „dem Menschen den Zustand vollständiger geistiger Freiheit von dem endlosen Kreislauf von Geburt und Tod vermitteln und ihn von seinen Banden im physischen Universum befreien“ will, ihr „Anliegen ist die Erlösung aller Menschen ...“.

⁴¹ Die Zahlen stellen keine Zunahme in der Mitgliederentwicklung dar, sondern beruhen auf einer verbesserten Erkenntnisgewinnung.

⁴² Satzung der Scientology Kirche Niedersachsen e.V., § 3.

Aus den Publikationen und Äußerungen des Organisationsgründers Lafayette Ronald HUBBARD (1911–1986) sowie den Stellungnahmen der Organisation ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Die SO in Deutschland bekennt sich in ihren Veröffentlichungen ausdrücklich zu der politischen Programmatik ihres Gründers. Es werden weiterhin Bücher angeboten, in denen nur für „ehrliche Wesen“⁴³ das Recht und damit auch die Grund- und Menschenrechte gelten sollen.

Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden

Am 5./6. Juni 1997 hatte die Innenministerkonferenz festgestellt, dass bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen und somit die gesetzlichen Voraussetzungen einer Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden erfüllt sind. Grundlage dieser Entscheidung war der Abschlussbericht einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Vor diesem Hintergrund befasst sich auch der niedersächsische Verfassungsschutz mit der Aufklärung von Zielen und Aktivitäten der SO. In dem als Broschüre des nordrhein-westfälischen Innenministeriums über das Internet (<http://www.verfassungsschutz.nrw.de>) aufrufbaren Abschlussbericht sind die Anhaltspunkte für die Unvereinbarkeit sowohl der

Programmatik als auch der Aktivitäten der Scientology-Organisation mit Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland im Einzelnen dargelegt.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat auch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz nach Genehmigung durch den Innenminister im Juli 1997 mit der Beobachtung der Scientology-Organisation (SO) begonnen.

Organisation

Die SO wird international vom so genannten „Religious Technology Center“, dessen Vorsitzender David MISCAVIGE ist, über kontinentale Verbindungsbüros gesteuert. Die SO-Einrichtungen in Deutschland sind dem Büro in Kopenhagen nachgeordnet. Nach eigenen Angaben agiert die SO in Deutschland im „kirchlichen“ Bereich aus 8 „Kirchen“, etlichen „Missionen“ und 2 „Celebrity-Centren“⁴⁴ und behauptet, ca. 30.000 Mitglieder im Bundesgebiet zu haben. Nach Feststellungen der Verfassungsschutzbehörden dürfte sich diese Zahl jedoch zwischen 5.000 und 6.000 bewegen. Die Organisation unterscheidet nicht zwischen einmaligen Kontaktaufnahmen und aktiven Mitgliedern.

Die Scientology-Organisation in Niedersachsen

Derzeit ist für Niedersachsen von ca. 600 Scientologen auszugehen.

⁴³ Vgl. HUBBARD, Scientology – Die Grundlagen des Denkens, Seevetal-Maschen 1997, S. 153; HUBBARD, Dianetik – Das Handbuch der Dianetik-Verfahren, Kopenhagen 1995, S. 378 und 487.

⁴⁴ SO-„Betreuungsstelle“ für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Musiker etc.).

Wenn Sie noch nicht vollständiger OT sind, nicht vollständig ursächlich Ihr Leben handhaben, dann hat das folgende Bulletin des Generalinspektor-Netzwerkes vom Vorsitzenden des Vorstandes des Religious Technology Center ganz bestimmt etwas mit Ihnen zu tun. In ihm beschreibt er die, von RTC durchgeführten Entdeckungen und Auswertungen der Willkürfaktoren in der Fallprogrammierung – und was es für Ihren Fortschritt zu vollständigem OT bedeutet.



INSPECTOR GENERAL NETWORK BULLETIN NR. 39
vom Religious Technology Center, Inhaber der Dianetik und Scientology Marken

6. Juni 1999

AN: PUBLICS
INFO: ALLE MITARBEITER IN ORGS UND MISSIONEN
VOM: VORSITZENDEN DES VORSTANDES
RELIGIOUS TECHNOLOGY CENTER

IHR FORTSCHRITT ZU OT
(Willkürfaktoren aufgehoben!)

In Niedersachsen ist die Organisation mit einer „Kirche“ in Hannover (Gemeinde Hannover der Scientology Kirche Hamburg e.V.) vertreten. Daneben hat sich in Seevetal-Maschen die Firma New Era Publications Deutschland GmbH etabliert, die mit dem Vertrieb von scientologischen Druckschriften, Video- und Tonmaterial befasst ist.

Scientology weist im nördlichen Teil Niedersachsens eine ausgeprägte Anbindung an die in Bremen und Hamburg ansässigen Organisationen auf, während sich der Einzugsbereich der „Gemeinde“ Hannover bis nach Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt erstreckt.

Gemeinde Hannover

Über 200 aktive Scientologen, von denen 20 als feste Mitarbeiter zu bezeichnen sind, nutzen die Gemeinde.

Im Vergleich mit in anderen Bundesländern angesiedelten SO-Vertretungen nimmt die „Org“⁴⁵ Hannover keine herausragende Position ein. Ihr ist es bisher auch nicht gelungen, weitere SO-Teilorganisationen (z. B. Celebrity-Centren oder Objekte im WISE⁴⁶-Bereich) in Niedersachsen zu etablieren.

⁴⁵ „Org“ ist die SO-Abkürzung für Organisation.

⁴⁶ WISE = Das „World Institute of Scientology Enterprises“ mit dessen Unternehmen die von HUBBARD entwickelte „Verwaltungstechnologie“ in der Wirtschaft etabliert werden soll.



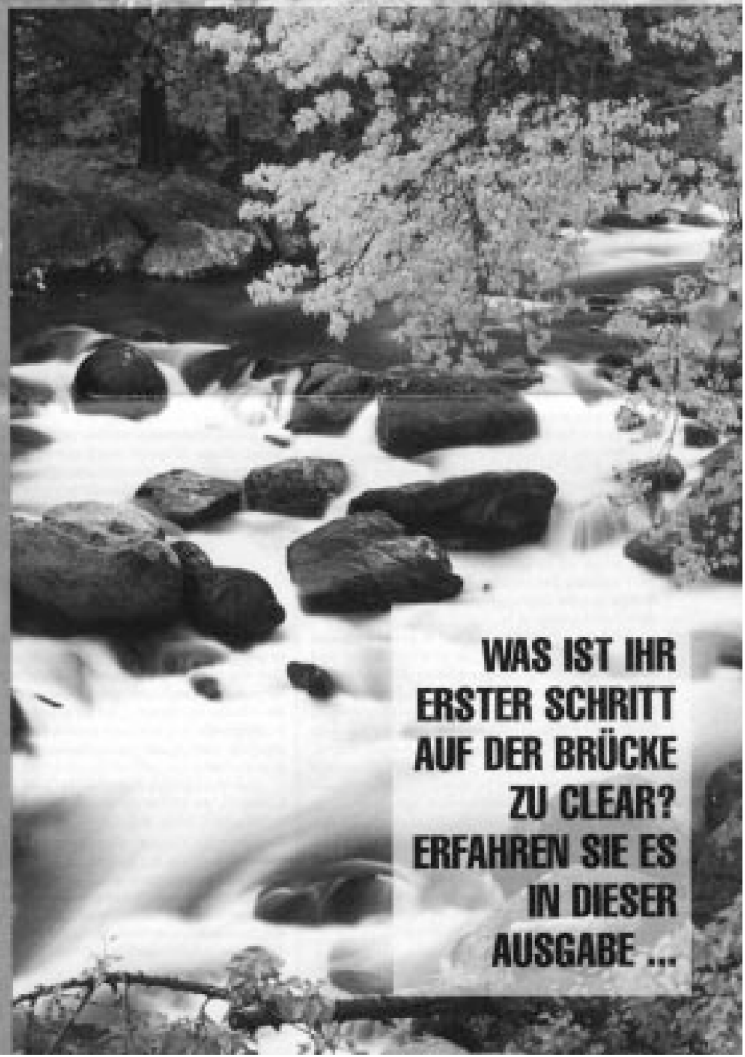
DIMENSIONEN

IN DIESER AUSGABE

REINIGUNG
von L. Ron Hubbard
Seite 2

**IHRE ROUTE ZU
CLEAR**
Seite 5

**WAS GESCHIEHT
IN UNSERER
ORGANISATION**
Seite 8



**WAS IST IHR
ERSTER SCHRITT
AUF DER BRÜCKE
ZU CLEAR?
ERFAHREN SIE ES
IN DIESER
AUSGABE ...**

Die Anfang 1999 seitens der „Org“ Hannover intensivierten Werbeaktivitäten führten weder im Bereich der Mitglieder- noch bei der Mitarbeiterwerbung zu einem Erfolg. Aufgrund der weiterhin unregelmäßig in sog. Wochenblättern mit dem standardisiert erscheinenden Anzeigentext: „Etwas Sinnvolles tun? Kirche stellt ein. Tel....“ ist es offensichtlich nicht gelungen, neue Interessenten zu gewinnen. Auch die behördlich genehmigten, im hannoverschen Innenstadtbereich aufgebauten Informationsstände haben, sofern die hierfür erteilte Erlaubnis überhaupt genutzt worden ist, in der Öffentlichkeit zu keiner nennenswerten Reaktion geführt.

Trotz Urteils des OVG Lüneburg vom 13. 11. 95 (Az.:12 L 1856/93) durch das Scientology untersagt worden ist, zu Werbezwecken gezielt Passanten in der Öffentlichkeit anzusprechen, sind hannoversche „Org“-Mitglieder weiterhin in Sachen „Body-routing“ aktiv. Die Werbungsbemühungen der „Org“ Hannover werden jedoch als zunehmend erfolglos beurteilt.

Bundesweite Aktionen der SO mit niedersächsischer Beteiligung

Werbekampagne „Was ist Scientology?“

Im Januar 1999 startete die SO eine bundesweite Werbekampagne über die „New Era Productions Deutschland GmbH“ mit Sitz in Seevetal, Niedersachsen. Die Aktion stand unter dem SO-Motto „Selber denken“ und sollte vor allem für das Buch „Was ist Scientology?“ werben. Bundesweit wurden die Scientologen angehalten, möglichst viele Bücher selbst käuflich zu erwerben bzw. andere Personen zum Erwerb zu animieren.

Die geplante Ausstrahlung von Werbespots im Fernsehen ist gescheitert. Lediglich auf „BBC-World“ wurde ein Spot ausgestrahlt. Daneben ist es nur gelungen, eine Anzeige von New Era in einer Publikation des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zu platzieren.

Demonstration in Hamburg

Am 07. August fand in Hamburg eine genehmigte Demonstration der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM),⁴⁷ einer Teilorganisation der SO, gegen den zeitgleich in der Hansestadt stattfindenden Kongress der Weltvereinigung der Psychiatrie (WPA) statt. An der Demonstration haben über 20 Scientologen aus Niedersachsen teilgenommen

Mit Hilfe verschiedener Schilder (Aufschrift: „Schluss mit Elektroshocks“, „Psycho-Pillen zerstören Lebenswillen“ etc.), schwarzer Luftballons mit weißem Schriftzug „Psychiatrie tötet“ sowie Handzetteln versuchten die ca. 800 Demonstranten, auf sich aufmerksam zu machen. Bei Außenstehenden wurde jedoch keine Wirkung erzielt.

Die Veranstaltung diente auch erneut dem Versuch, eine gesellschaftspolitische Kontinuität zwischen dem „Dritten Reich“ und dem heutigen Deutschland zu suggerieren. Hierdurch soll systematisch die bestehende verfassungsmäßige Ordnung verunglimpft werden.

⁴⁷ KVPM = Die 1969 gegründete Citizens Commission on Human Rights (CCHR) formierte sich Anfang der 70er Jahre unter dem Namen KVPM in Deutschland.

MAGAZIN DER INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS AUSGABE 04

IMPACT



WAS IST
SCIENTOLOGY?

L. RON HUBBARD

DER VON DER IAS FINANZIERT

WAS IST
SCIENTOLOGY?

KREUZZUG

SCIENTOLOGY: PHILOSOPHIE EINES NEUEN ZEITALTERS
VON L. RON HUBBARD

SONDERBERICHT: EHRENAMTICHE GEISTLICHE
- HILFE FÜR ERDBENENOPFER IN KOLUMBIEN

SO-Broschüre „Verfassungsschutz als Rufmordinstrument“

In der SO-Broschüre „Verfassungsschutz als Rufmordinstrument“ wird gegen die Beobachtung von Scientology polemisiert, die Legitimation des Verfassungsschutzes grundsätzlich angezweifelt sowie sein Vorgehen gegen „religiöse Minderheiten“ angegriffen.

Die Publikation erhebt die Forderung, die Beobachtung Scientologys durch den Verfassungsschutz unverzüglich einzustellen, den Dialog mit SO von politisch verantwortlicher Seite aufzunehmen und letztendlich die Organisation als Kirche anzuerkennen.

Jährlicher Bericht des US-Außenministeriums zum Thema Religionsfreiheit

Die Veröffentlichung des amerikanischen Außenministerium „Jährlicher Bericht über internationale Religionsfreiheit für 1999: Deutschland“ enthält Kritik am vermeintlich diskriminierenden Verhalten des Bundes und der Länder gegen Scientology. Anhand behaupteter Rechtsverletzungen wird darauf gedrängt, mit der Diskriminierung Scientologys aufzuhören. Es sei die Aufgabe deutscher Behörden, den Dialog mit der SO nunmehr aufzunehmen.

**WICHTIGER AUFRUF AN ALLE
MITGLIEDER AUF LEBENSZEIT!**

Treten Sie dem IAS-Kreuzzug für völlige Freiheit bei. Es sind Ihre Spenden, die das Ziel vollständiger Freiheit für jedes menschliche Wesen auf der Erde Wirklichkeit werden lassen.



SAGEN SIE NEIN ZUM STATUS QUO!

**WERDEN SIE NOCH HEUTE EIN
SPONSOR
FÜR DEN KREUZZUG FÜR VÖLLIGE FREIHEIT!**

Wenden Sie sich an Ihr nächstgelegenes Mitgliedsbüro bzw. an die nächste Außenstelle der IAS Administration, um über Details und Vorteile informiert zu werden (siehe Adressen und Telefonnummern auf Seite 2) oder schreiben Sie an:
INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS

Hinweistelefon

Der unter der Nummer

05 11 / 67 09 - 3 93

eingerrichtete Telefon-/Faxanschluss für Fragen und Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern zur SO steht im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz weiterhin zur Verfügung.

Spionageabwehr

Einführung

In einem bundesweit beachteten Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts in Karlsruhe wegen nachrichtendienstlich gesteuerter Wirtschaftsspionage wurden am 28. Juli 1999 ein 39 Jahre alter Kaufmann aus dem Raum Walsrode und ein 52-jähriger Ingenieur aus Bayern wegen des dringenden Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit vorläufig festgenommen. Gegen die Beschuldigten wurde Haftbefehl erlassen, für den Ingenieur aus Bayern wurde er im November 1999 gegen eine Sicherheitsleistung in Höhe von 250.000,- DM außer Vollzug gesetzt.

Der Generalbundesanwalt hat in diesem größten Spionagefall der letzten Jahre inzwischen Anklage erhoben.

Dem in Niedersachsen wohnhaften Kaufmann wird vorgeworfen, seit etwa 1995 an einen russischen Nachrichtendienst technologisches Know-how insbesondere aus dem Rüstungsbereich verkauft zu haben, das ihm unter anderem der Ingenieur beschafft habe. Der Kaufmann wurde auf dem Flughafen Hannover festgenommen, als er mit militärischen und militärtechnologischen Unterlagen nach Moskau fliegen wollte.

Der mitbeschuldigte Diplomingenieur und führende Mitarbeiter der Rüstungsfirma DaimlerChrysler Aerospace, der seit 1995 Oberstleutnant der Reserve ist, wurde an seiner Arbeitsstelle in Ottobrunn festgenommen.

In den Unterlagen des Beschuldigten aus Niedersachsen befanden sich u.a. schriftliche Materialien zu Waffensystemen, Minensuchgeräten, Angriffshubschraubern und ein Anti-Panzer-System.

Das NLFV wurde aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, die auf eine nachrichtendienstliche Tätigkeit des Kaufmanns hindeuteten, im Frühjahr 1998 tätig. Nach umfangreichen Aufklärungsmaßnahmen beschaffte das NLFV ab Februar 1999 unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel weitere Informationen, die eine enge Verbindung des Kaufmanns unter anderem zu dem beschuldigten Ingenieur belegten und dessen Identifizierung ermöglichten. Ziel der Maßnahmen des Verfassungsschutzes war, die nachrichtendienstliche Beziehung des Kaufmanns zu einem russischen Geheimdienst letztendlich für Exekutivmaßnahmen beweisfähig darzustellen. Von Anfang an beteiligt waren an der Aufklärung das Bundesamt für Verfassungsschutz und nach Identifizierung des Ingenieurs auch das Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern.

Als erkennbar wurde, dass eine Reise des Kaufmanns mit entsprechendem Material nach Moskau bevorstand, wurde am 26. Juli 1999 der Fall kurzfristig an den Generalbundesanwalt zur Entscheidung über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens abgegeben.

Dieser schwer wiegende Spionagefall bestätigt erneut, dass die Bedrohung der deutschen Wirtschaft insbesondere im Hochtechnologiebereich durch Spionage nach wie vor aktuell besteht. Dabei ist der Blick der Verfassungsschutzbehörden nicht einseitig nach Osten gerichtet.

Allerdings werden in der öffentlichen Diskussion zu mutmaßlichen Spionageaktivitäten westlicher Staaten

Vermutungen gelegentlich als Tatsachen dargestellt. So wurde z. B. in den letzten Jahren mehrfach auf Aktivitäten des französischen Aufklärungsdienstes gegen die Firma Siemens hingewiesen, durch die das Angebot für den französische Hochgeschwindigkeitszug TGV gegenüber dem deutschen ICE für Südkorea günstiger gestaltet worden sein soll. Belege dafür fehlen bis heute. Als weiterer Beispielsfall für westliche Spionage wurden angebliche Aktivitäten des amerikanischen Nachrichtendienstes National Security Agency (NSA) gegen die Windkraftanlagenfirma Enercon in Aurich behauptet. Die Bemühungen des niedersächsischen Verfassungsschutzes, einen eventuellen nachrichtendienstlichen Hintergrund des Falles zu verifizieren, verliefen negativ. Auch der Generalbundesanwalt hat nach einer Mitteilung vom 08. Oktober in diesem Fall keine konkreten Anhaltspunkte für Aktivitäten amerikanischer Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Wirtschaftsspionage feststellen können.

Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden aus den vergangenen Jahren lassen allerdings insgesamt den Schluss zu, dass es nachrichtendienstliche Aktivitäten anderer, auch westlicher Staaten zur Unterstützung ihrer nationalen Wirtschaft tatsächlich gab und wohl auch weiterhin geben wird. Dies beurteilen im Übrigen auch andere westliche Staaten ähnlich:

Der amerikanische „Jahresbericht an den Kongress über Wirtschaftsaufklärung und Industriespionage durch ausländische Staaten“ für das Jahr 1998 geht interessanterweise ausdrücklich auf die Ausforschungsbemühungen durch einige „traditionelle Verbündete“ der USA ein, ohne diese allerdings konkret zu nennen.

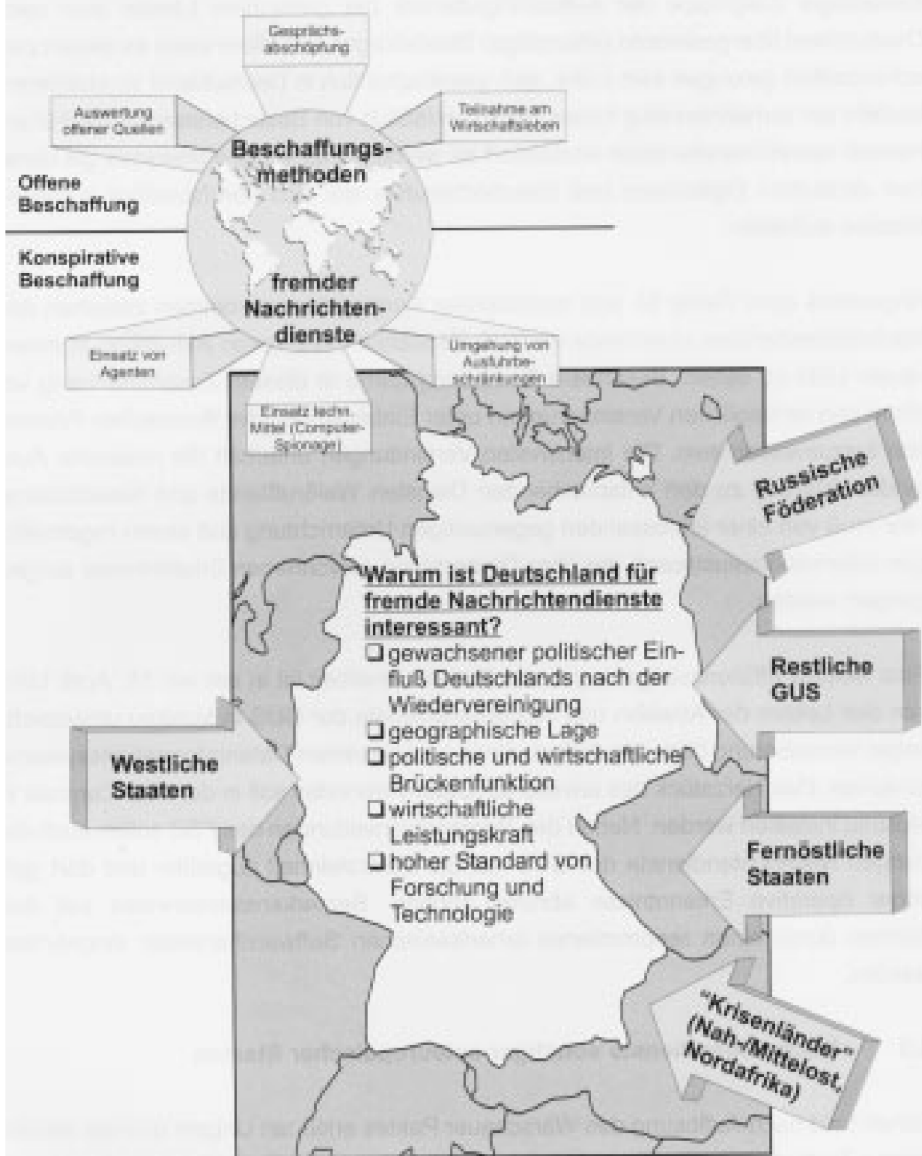
„Trotz der Verabschiedung des Wirtschaftsspionagegesetzes von 1996 bemühen sich viele ausländische Staaten, darunter einige traditionelle Verbündete der Vereinigten Staaten, weiterhin sowohl mit legalen als auch illegalen Mitteln um die Beschaffung von US-Handelsgeheimnissen und einsatzwichtigen Technologien für eine Anwendung im wirtschaftlichen und militärischen Bereich...

Zunehmende Konkurrenz in der Wirtschaft hat den Kontext für Spionageaktivitäten neu definiert, da Staaten ihre nationale Sicherheit mit ihrer wirtschaftlichen Sicherheit in Verbindung setzen. Nachrichtendienste erweitern ihren ursprünglichen Schwerpunkt, der auf der Beschaffung von Militärgeheimnissen lag, auf die Beschaffung wirtschaftlicher Erkenntnisse...

Die Bedrohung durch Spionage ist besonders besorgniserregend, wenn ein ausländischer Konkurrent eines US-Unternehmens durch die Fähigkeiten und Erfahrungen eines ausländischen Nachrichtendienstes unterstützt wird...

Eine Reihe von ausländischen Staaten, darunter einige traditionelle Verbündete der Vereinigten Staaten, setzen ihre Aufklärungsaktivitäten gegen die Vereinigten Staaten fort. In diesem Jahr wurden acht Staaten identifiziert, die in äußerst aktiver Weise der Beschaffung von rechtlich geschützten Informationen

Operationsgebiet Deutschland



Grafik: LfV BW

aus den Bereichen Wirtschaft und Industrie nachgehen...“

(Auszüge aus einer behördeninternen deutschen Übersetzung des Jahresberichts)

Die Erfahrungen, die die Bundesrepublik Deutschland nach der Wende mit befreundeten Ländern gemacht hat, lassen nicht den Schluss zu, dass westliche Staaten „flächendeckend“ Informationen insbesondere mit Hilfe von menschlichen Quellen zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland beschaffen. Aufgrund dessen erfolgt grundsätzlich keine systematische und umfassende Beobachtung von nachrichtendienstlichen Aktivitäten westlicher Dienste in der Bundesrepublik Deutschland, sondern nur eine auf dem Einzelfall basierende Verdachtsfallbearbeitung. Es ist aber ganz deutlich darauf hinzuweisen, dass die Spionageabwehr nach unserer Rechtslage jedem relevanten Verdachtshinweis intensiv nachgehen muss, sobald sich konkrete Anhaltspunkte für das Tätigwerden eines ausländischen Nachrichtendienstes in Deutschland abzeichnen, gleichgültig, ob es sich dabei um den Dienst eines verbündeten oder politisch verbundenen Staates oder den Nachrichtendienst eines anderen Landes handelt. Ausschlaggebend ist allein, dass tatsächliche Anhaltspunkte für geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht vorhanden sind.

Wirtschaftsspionage durch Kommunikationsaufklärung

Bei der Wirtschaftsspionage zwischen Industriestaaten bedarf es in der Regel nicht des Einsatzes menschlicher Quellen, um die nötigen Informationen zu erhalten. Einen großen Teil der Informationen dürften diese Staaten durch

ihre keine Spuren hinterlassende elektronische Aufklärung beschaffen. Diese Art der Erkenntnisgewinnung wird noch erleichtert, wenn die betroffenen Firmen auf den Einsatz wirksamer Verschlüsselungstechnologie und andere Schutzmaßnahmen verzichteten.⁴⁸

Der britische Fachjournalist Duncan Campbell hat dem Europäischen Parlament im Auftrag seines „Scientific and Technological Options Assessment“-Gremiums (STOA, Generaldirektion für Forschung) im April 1999 das Arbeitsdokument „Interception Capabilities 2000“ insbesondere über die Möglichkeiten des Fernmeldeaufklärungssystems Echelon vorgelegt, das nach dem UKUSA-Abkommen gemeinsam von den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland betrieben wird. Der Bericht enthält eine Zusammenstellung der verfügbaren Erkenntnisse über weltweite Abhör-Aktivitäten der USA und Großbritanniens. Darin wird deutlich, dass für die nachrichtendienstlichen Betreiber von Abhöreinrichtungen wie z. B. National Security Agency (NSA), USA, FAPSI, Russland, Government Communication Headquarters (GCHQ), Großbritannien, oder Direction Generale de la Securite Exterieur (DGSE), Frankreich, für die globale Kommunikationsaufklärung die Kommunikationswege von „Freunden“ technisch nicht vor einer Aufklärung „sicher“

⁴³ Die Kommunikationsaufklärung, bei der es um die verdeckte Erfassung von (ausländischen) Fernmeldeverbindungen geht, wird von fast allen modernen Staaten betrieben, seit es die internationale Telekommunikation gibt. Die Kommunikationsaufklärung bedarf technisch, organisatorisch und personell aufwendiger geheimdienstlicher Aktivitäten. Sie soll dem Auftraggeber Informationen über politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Entwicklungen liefern.

Globales elektronisches Aufklärungssystem

Echelon

Echelon hört ungefiltert den gesamten eMail-, Telefon-, Fax- und Teletextverkehr ab, der weltweit über Satelliten weitergeleitet wird.



Bezeichnung	Abfertigungsort
USA	Blacksheep 40
USA	Blacksheep 41
USA	Blacksheep 42
USA	Blacksheep 43
USA	Blacksheep 44
USA	Blacksheep 45
USA	Blacksheep 46
USA	Blacksheep 47
USA	Blacksheep 48
USA	Blacksheep 49
USA	Blacksheep 50
USA	Blacksheep 51
USA	Blacksheep 52
USA	Blacksheep 53
USA	Blacksheep 54
USA	Blacksheep 55
USA	Blacksheep 56
USA	Blacksheep 57
USA	Blacksheep 58
USA	Blacksheep 59
USA	Blacksheep 60
USA	Blacksheep 61
USA	Blacksheep 62
USA	Blacksheep 63
USA	Blacksheep 64
USA	Blacksheep 65
USA	Blacksheep 66
USA	Blacksheep 67
USA	Blacksheep 68
USA	Blacksheep 69
USA	Blacksheep 70
USA	Blacksheep 71
USA	Blacksheep 72
USA	Blacksheep 73
USA	Blacksheep 74
USA	Blacksheep 75
USA	Blacksheep 76
USA	Blacksheep 77
USA	Blacksheep 78
USA	Blacksheep 79
USA	Blacksheep 80
USA	Blacksheep 81
USA	Blacksheep 82
USA	Blacksheep 83
USA	Blacksheep 84
USA	Blacksheep 85
USA	Blacksheep 86
USA	Blacksheep 87
USA	Blacksheep 88
USA	Blacksheep 89
USA	Blacksheep 90
USA	Blacksheep 91
USA	Blacksheep 92
USA	Blacksheep 93
USA	Blacksheep 94
USA	Blacksheep 95
USA	Blacksheep 96
USA	Blacksheep 97
USA	Blacksheep 98
USA	Blacksheep 99
USA	Blacksheep 100

© 1998, CIA/NSA

sind und dass die Verwendungsmöglichkeit gewonnener Erkenntnisse z. B. auch für nationale wirtschaftliche Interessen vielfältig erscheint.

Wirtschaftsspionage - Wirtschaftsschutz - Geheimschutz in der Wirtschaft

Kaum ein Thema mit nachrichtendienstlichem Hintergrund wird in der Öffentlichkeit zur Zeit so stark diskutiert wie die Wirtschaftsspionage. Presseartikel, Radiosendungen und Berichte in Fernsehmagazinen sprechen von zweistelligen Milliarden-schäden, die der deutschen Wirtschaft hierdurch entstehen.

Doch wird dabei häufig begrifflich miteinander vermischt, was einer Differenzierung bedarf, nämlich der zwischen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung, die umgangssprachlich auch als Industriespionage bezeichnet wird und ohne Beteiligung von Nachrichtendiensten zwischen Konkurrenten stattfindet.

So ist unter Wirtschaftsspionage die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben zu verstehen, die nach §§ 94 ff. des Strafgesetzbuches unter Strafandrohung steht. Hingegen handelt es sich bei der Konkurrenzausspähung um Ausforschung, die konkurrierende Unternehmen gegeneinander betreiben und deren strafrechtliche Ahndung im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vorgesehen ist.

Ob es sich im einzelnen „Spionagefall“ tatsächlich um Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung handelt – das in den Medien beschriebene Szenario stimmt nicht deckungsgleich mit der Erkenntnislage der Sicherheits-

behörden überein, die beim Aufzeigen des Bedrohungspotenzials mit Dunkelfiguren operieren müssen.

Auf eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland (nimmt für die IHK-Vereinigungen Niedersachsen die Federführung für den Wirtschaftsschutz wahr) bei 2.000 technologieorientierten Unternehmen in Niedersachsen antworteten etwa 320 Firmen, von denen 7,7% die Angabe machten, „schon einmal erkanntermaßen abgeschöpft oder ausspioniert“ worden zu sein. Das Problem dabei ist jedoch, dass diese Fälle den Sicherheitsbehörden von den Firmen nicht bekannt gemacht wurden. Doch wenn das „Frühwarnsystem“ Verfassungsschutz funktionieren soll, muss diese Sicherheitsbehörde mit Hinweisen und Informationen versorgt werden. Ausermittelte Sicherheitsvorfälle dienen als Grundlage dafür, Strukturen und Arbeitsweisen von fremden Nachrichtendiensten sowie potenziellen Tätern zu erkennen. Sie geben damit die Möglichkeit, Gefährdungsanalysen exakter zu gestalten und Firmen fachkundiger zu beraten zu können.

Festzuhalten bleibt, dass die bekannt gewordenen Fälle von Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung Rückschlüsse auf das enorme Bedrohungspotenzial erlauben. Der innovative und exportorientierte Wirtschaftsstandort Deutschland ist gezieltes Ausspähungsfeld für fremde Nachrichtendienste und Konkurrenzunternehmen, so dass von erheblichen Schäden für die deutsche Volkswirtschaft auszugehen ist.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen hat dieser Situation schon seit geraumer Zeit Rechnung getragen und die Maßnahmen im Bereich des Wirtschaftsschutzes intensiviert. Im Rahmen eines Sensibilisierungsprogramms wurden mit über hundert Firmen in

Niedersachsen Gespräche geführt, die die jeweilige Gefährdungssituation durch die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste aufzeigen sollten. Zudem wurden in der niedersächsischen Großindustrie, aber auch in mittelständischen Unternehmen Vorträge gehalten und Einzelberatungen durchgeführt.

Die schon erwähnte Umfrage gab auch Anlass für konzeptionelle Maßnahmen zur Bildung einer Sicherheitspartnerschaft in Niedersachsen, die auf einer breiten Basis dazu führen soll, dass ein vertrauensvoller Dialog zwischen Behörden, Verbänden und Wirtschaft entsteht. Unter Beteiligung des Innen-, Wirtschafts- und Justizministeriums, des Landeskriminalamts Niedersachsen, der IHK-Vereinigung der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern, des Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft Niedersachsen e. V. und des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz sind folgende Ziele definiert worden:

1. Stärkere Sensibilisierung der Unternehmen,
2. Stärkung der Akzeptanz staatlicher Stellen als kompetente Ansprechpartner der Wirtschaft in Sicherheitsfragen,
3. Initiierung von betrieblichen Präventionsmaßnahmen,
4. Reduzierung der Schäden durch Konkurrenzausspähung und Wirtschaftsspionage.

Konkurrenzausspähung“, an dem rd. 40 Firmenvertreter teilnahmen. Hier hielt ein leitender Beamter des niedersächsischen Verfassungsschutzes einen Vortrag zum Thema ‘Nachrichtendienstlich gesteuerte Wirtschaftsspionage’. Weitere Sicherheitsforen und Projekte werden folgen.

In den ca. 150 Firmen in Niedersachsen, die sich in einem so genannten Geheimschutzverfahren befinden, ist die Sensibilität für Sicherheitsfragen in der Regel deutlich ausgeprägter, zumal diese Firmen vorwiegend aus der Rüstungs- und Kernkraftindustrie kommen und sich vertraglich an die Regeln eines Handbuchs gebunden haben, die umfangreiche Sicherheitsanforderungen an diese Firmen stellen.

Der Verfassungsschutz wirkt in diesem Verfahren mit, indem er durch Beratungs- und Sensibilisierungsgespräche sowie durch die Veranstaltung von Sicherheitstagungen über die nachrichtendienstliche Gefährdungslage unterrichtet. Außerdem dient der Verfassungsschutz als Ansprechpartner bei sicherheitsrelevanten Vorfällen in den Unternehmen.

Den Auftakt zum Entstehen dieser Sicherheitspartnerschaft bildete im Dezember ein Sicherheitsforum der IHK-Vereinigung in Osnabrück mit dem Thema „Wirtschaftsspionage –

Fremde Aufklärungsdienste mit Zielrichtung Wirtschaft/ Wissenschaft

Land	Bezeichnung	Abk.	Aufgabe
Algerien	DIRECTION DE DOCUMENTATION ET DE SECURITE EXTERIEURE	DDSE	Zivile Aufklärung
Bulgarien	NATSIONALNA INFORMATSIONNA SLUZHBA PRI MINISTERSKIYA SVET (Nationaler Informationdienst beim Ministerrat)	NIS	Zivile Aufklärung
Bulgarien	RAZUJZNAVATELNO UPRAVLENIE NA MINISTERSTVO NA OTBRANA (Verwaltung Aufklärung des Verteidigungsministeriums)	RUMO	Militärische Aufklärung
China, Volksrepublik	MINISTRY OF STATE SECURITY (Ministerium für Staatssicherheit) (chinesisch: GUOJIA ANQUANBU)	MSS	Zivile Aufklärung
China, Volksrepublik	2. Abteilung des Generalstabs der Volksbefreiungsarmee (chinesisch: ZHONG CHAN ER BU, intern auch QUINBAOBU (Informationsabteilung) genannt)	2VBA	Militärische Aufklärung
Irak	DIRECTORATE OF GENERAL INTELLIGENCE (Direktorat für allgemeine Nachrichten) auch Iraqi Intelligence Service (IIS) genannt; (irakisch: MUDIRIYAT AL-MUKHABARAT AL-AAMMA)	DGI	Zivile Aufklärung
Irak	DIRECTORATE OF MILITARY INTELLIGENCE (Direktorat für militärische Nachrichten (irakisch: MUDIRIYAT AL-ISTIKHBARAT AL-ASKARIA AL-AAMMA)	DMI	Militärische
Iran	(Islamisches Revolutions-Garde-Korps) - ND-Apparat der „Revolutionären Garden“, auch PASDARAN-DIENST genannt -	IRGC	Zivile Aufklärung
Iran	MINISTRY OF INTELLIGENCE AND SECURITY (Ministerium für die Information und Sicherheit der islamischen Revolution)	VEVAK	Zivile Aufklärung
Iran	(Militärischer Nachrichtendienst)	J2	Militärische Aufklärung
Kasachstan	KOMITET NAZIONALJ NOJ BEZOPASTNOSTI (Komitee für Nationale Sicherheit)	KNB	Zivile Aufklärung
Korea, Demokratische Volksrepublik	KUKKA BOWI BU (Ministerium für Staatsschutz)	KBB	Zivile Aufklärung
Korea, Demokratische Volksrepublik	RECONNAISSANCE BUREAU (Militärischer Nachrichten und Sicherheitsdienst)	RB	Militärische Aufklärung

Land	Bezeichnung	Abk.	Aufgabe
Libyen	EXTERNAL SECURITY OFFICE (libysch: AMN AL JAMAHIRIYA)	ESO	Zivile Aufklärung
Libyen	MILITARY INTELLIGENCE (Militärischer Nachrichtendienst) (libysch: A AL AMN)	MI	Militärische Aufklärung
Polen	URZAD OCHRONY PANSTWA (Amt für Staatsschutz)	UOP	Zivile Aufklärung
Polen	WOJSKOWE SLUZBY INFORMACY JNE (Militärischer Informationsdienst)	WSI	Militärische Aufklärung
Rumänien	SERVICIUL DE INFORMATII EXTERNE (Auslandsinformation)	SIE	Zivile Aufklärung
Rumänien	DIRECTIA DE INFORMATII A MILITARE (Informationsdirektion des Militärs)	DIM	Militärische Aufklärung
Rußland (Russische Föderation)	SLUSHBA WNESHNEJ RASDWEDKI (Auslandsaufklärungsdienst)	SWR	Zivile Aufklärung
Rußland (Russische Föderation)	FEDERALNOJE AGENSTWO PRAWITELSTVENNOJ SWJASI INFORMAZIJ (Föderale Agentur für Regierungsverbindung und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation)	FAPSI	Zivile Aufklärung
Rußland (Russische Föderation)	GLAWNOJE RASWEDYWATELNOJE UPRAWLENIJE (Hauptverwaltung Aufklärung)	GRU	Militärische Aufklärung
Rußland (Russische Föderation)	FEDERALNAJA SLUSHBA BESOPASTNOSTI (Föderaler Sicherheitsdienst)	FSB	Ziviler Inlandsnachrichtendienst
Syrien	AL-MUKHABARAT AL-ASKARIYA (Militärischer Geheimdienst)	?	Militärische Aufklärung
Ukraine	SLUSHBA BEZAPASTNOST UKRAINY (Sicherheitsdienst der Ukraine)	SBU	Zivile Aufklärung
Ukraine	(Militärische Aufklärung der Ukraine)	HUR	Militärische Aufklärung
USA (Vereinigte Staaten)	CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY	CIA	Zivile Aufklärung
USA (Vereinigte Staaten)	NATIONAL SECURITY AGENCY	NSA	Zivile Aufklärung
Weißrußland	KAMITET DZYAZAUNY BYASPEKI (Komitee für Staatssicherheit)	KDB	Ziviler Inlandsnachrichtendienst

Aktuelle nachrichtendienstliche Gefährdungssituation

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Von den Nachrichtendiensten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) – richten vornehmlich die der Russischen Föderation ihre geheimdienstlichen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland. Im russischen Staatsapparat haben die Nachrichten- und Sicherheitsdienste nunmehr wieder ihren festen Platz.

Sie sind erneut ein elementarer Bestandteil der russischen Sicherheitsstrategie. Vor dem Hintergrund der instabilen wirtschaftlichen und politischen Lage in Russland bevorzugte der ehemalige Präsident JELZIN nachrichtendienstlich geschultes Leitungspersonal im politischen Bereich. Die Namen PRIMAKOW, STEPASCHIN und der z. Zt. amtierende Präsident PUTIN stehen dafür beispielhaft.

Die wichtigsten Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation, in denen über 200.000 hauptamtliche Mitarbeiter tätig sind, sind nach wie vor Folgende:

SWR = der zivile Auslandsdienst, der sich in erster Linie mit der politischen, wissenschaftlich technologischen und ökonomischen Aufklärung der Zielländer wie der Bundesrepublik Deutschland befasst.

GRU = für die militärische Auslandsaufklärung zuständig. Dazu zählen vor allem politische, strategische, taktische und geographische Aspekte mit militärischem Bezug sowie Technologiespionage in der Rüstungstechnik und in der technischen Produktion mit zivilen wie militärischen Anwendungsmöglichkeiten.

FAPSI = Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information. Dieser Dienst erfüllt sowohl Aufklärungs- als auch Abwehraufgaben. Zum einen ist dieser Dienst zuständig für die Fernmelde- und elektronische Auslandsaufklärung, zum anderen obliegen ihm die technische Bereitstellung und die Gewährleistung der Abwehrsicherheit wichtiger staatlicher Nachrichtenverbindungen. Darüber hinaus ist FAPSI Genehmigungsbehörde bei der kommerziellen Nutzung von Nachrichtentechniken.

FSB = Inlandsabwehr und Sicherheitsapparat, primär für die Spionageabwehr sowie die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. In besonderen Fällen und in Abstimmung mit den Auslandsdiensten ist er auch zu Aufklärungsaktivitäten im Ausland befugt.

Zwischen den GUS-Nachrichtendiensten gibt es vertraglich abgesicherte Arbeitsbeziehungen über einen generellen Erkenntnisaustausch sowie teilweise auch über eine operative Zusammenarbeit in den Zielländern.

Einen besonderen Schwerpunkt der Auslandsaufklärung der zivilen und militärischen Nachrichtendienste der GUS-Staaten und dabei insbesondere der Russischen Föderation bildet weiterhin Deutschland, wobei sich als wichtigste Aufklärungsziele nach wie vor die Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, Wissenschaft und Technologie sowie der militärische Komplex darstellen.

Bei der Informationsbeschaffung in den Zielländern versuchen die Aufklärungsdienste der GUS weiterhin auf klassische Weise durch verdeckte Spionageaktivitäten, den Einsatz eigener ND-Offiziere oder mit Hilfe geheimer Mitarbeiter, ihren nachrichtendienstlichen Auftrag zu erfüllen. Daneben nutzen sie zur Nachrichtenbeschaffung auch offene, jedermann zugängliche Quellen wie beispielsweise das Internet.

Eine besondere Rolle im Aufklärungskonzept der GUS-Nachrichtendienste spielen deren Einrichtungen an den diplomatischen Vertretungen der GUS-Staaten in Deutschland, die so genannten „Legalresidenturen“, aus denen heraus als Diplomaten getarnte Agenten ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten entfalten.

Auch an den ausreisewilligen Bürgern deutscher Abstammung zeigen die Inlandssicherheitsdienste der GUS-Staaten ein unvermindert starkes Interesse. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen GUS-Dienste versuchten, die Aussiedler, teilweise unter Drohungen, zu einer Spionagetätigkeit in ihrer angestrebten Heimat Deutschland zu bewegen.

In der letzten Zeit sind auch verstärkte Aktivitäten des russischen Inlandsnachrichtendienstes FSB bei der Überwachung von ausländischen Geschäfts- und Besuchsreisenden in der Russischen Föderation festgestellt worden, die an die Methoden des ehemaligen KGB erinnern.

Es gibt Hinweise darauf, dass die Telefone von Ausländern in der Russischen Föderation vermehrt überwacht werden. Der russische Nachrichtendienst FAPSI hat die Möglichkeit, die Nutzung des Internets und der elektronischen Post (E-Mail) zu kontrollieren, wovon auch ausländische Nutzer, die in der Russischen Föderation das Internet/E-Mail nutzen, betroffen sind. Dass FAPSI Genehmigungsbehörde für die kommerzielle Nutzung von Nachrichtentechnik in Russland ist, muss beim Kauf von russischer Verschlüsselungstechnik bedacht werden.

Proliferation

Nach wie vor sind Bemühungen fremder Nachrichtendienste zur Beschaffung von Komponenten zur Herstellung von A-, B-, C- Waffen und der dazugehörigen Trägertechnologie der so genannten Krisen- und Schwellenländer wie z. B. Iran, Irak, Libyen und Syrien festzustellen.

Die Schwierigkeit der Proliferationsabwehr besteht darin, dass Krisenländer Technologie, die zu zivilen Zwecken entwickelt wurde, auch im militärischen Bereich anwenden. Man spricht hier von der so genannten Dual-Use-Technology.

Einige Länder gründen Tarnfirmen, um sich so auf konspirativem Wege entsprechende Güter zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu beschaffen. In diesem Zusammenhang stellt der proliferationsrelevante Wissenstransfer in diese Krisenländer – der Abfluss von technologischem Know-how – ein großes Problem bei der Proliferationsabwehr dar.

Iranische Nachrichtendienste

Der Iran hatte seit Anfang der 90er-Jahre in europäischen Ländern Versuche unternommen, technisches Know-how und sonstige Informationen, die für eine eigene Produktion chemischer Kampfstoffe notwendig sind, zu beschaffen, die teilweise erfolgreich waren. Die für diese Beschaffungsaktivitäten zuständigen Organisationen, z. B. Defence Industries Organization (DIO) und Ministry of Defence and Armed Forces Logistics (MODAFL) sind bekannt.

Entsprechende Vorwürfe westlicher Länder hatte der Iran stets dementiert. Zur Bekräftigung zeichnete und ratifizierte er das Chemiewaffenabkommen (CÜW) am 13. 01. 93 bzw. 08. 06. 97 und wurde er am 03. 12. 97 Vollmitglied der „Organisation für das Verbot chemischer Waffen“ (OVCW).

Nach nachrichtendienstlichen Erkenntnissen betreibt der Iran weiterhin ein offensives Programm zur Herstellung und militärischen Verwendung von chemischen Kampfstoffen.

Seit Jahren tritt dabei die Tendenz auf, die Beschaffung kritischer Technologien verstärkt in asiatischen Ländern durchzuführen, wofür als Grund die restriktiven Exportkontrollen der westlichen Länder anzusehen sind.

So wurden 1994 Pläne zur Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von

emaillierten Anlagenteilen im Iran mit chinesischer Hilfe bekannt. 1998 stand die Fabrik vor der Fertigstellung.

Gegenwärtig bemüht sich der Iran, von russischen Experten das Wissen zu erwerben, um die Fabrik selbständig betreiben und emaillierte Anlagenteile⁴⁹ herstellen zu können. Wenn dem Iran eine eigene Herstellung solcher Teile gelingt, wäre er von entsprechenden Importen zur Produktion von Chemiewaffen unabhängig. Zudem könnte er selbst als Exporteur solcher Anlagenteile auftreten und damit die Exportkontrollen westlicher Länder unterlaufen.

Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde befinden sich an den hiesigen diplomatischen Vertretungen nachrichtendienstliche Residenturen und Unterresidenturen, die auch grenzüberschreitende Kompetenzen besitzen. Ein Hauptbetätigungsfeld ist dabei die Ausforschung politisch aktiver oppositioneller Iraner, was durch die Festnahme eines hier lebenden Iranners im Juli 1999 in Berlin bestätigt wurde. Er hatte seit mindestens 1995 auftragsgemäß eine oppositionelle Organisation infiltriert und zielgerichtet Informationen über geplante Aktivitäten und Mitglieder beschafft.

⁴⁹ Emaillierte Anlagenteile zeichnen sich durch besonders hohe Korrosionsfestigkeit aus. Neben der Nutzung in der zivilen chemischen und pharmazeutischen Industrie sind sie ebenso notwendige Voraussetzung für die Produktion chemischer Kampfstoffe. (z. B. Sarin, Soman).

Syrische Nachrichtendienste

Für die syrischen Nachrichtendienste ist die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein bedeutendes Operationsgebiet. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Aufklärung und Überwachung von im Ausland lebenden Landsleuten, die dem politischen System in ihrem Heimatland kritisch gegenüberstehen.

Nach intensiven Vorermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die in enger Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz durchgeführt wurden, konnte das Bundeskriminalamt einen 43 Jahre alten syrischen Staatsangehörigen kurdischer Abstammung wegen des Verdachts der Spionage für Syrien festnehmen.

Er wurde am 1. Oktober durch das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zugunsten des syrischen Nachrichtendienstes zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Der syrische Staatsangehörige beschaffte und lieferte seinem Auftraggeber auf konspirative Weise personenbezogene Informationen über eine Vielzahl in Deutschland lebender syrischer Regimegegner. Eine finanzielle Entlohnung für seine langjährige Agententätigkeit erhielt er nicht.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte seit mindestens 1995 intensive nachrichtendienstliche Kontakte zu einem bis Juli 1999 als Attaché in der Konsularabteilung der syrischen Botschaft in Bonn getarnt tätigen, von den Sicherheitsbehörden erkannten Offizier des zivilen syrischen Nachrichtendienstes IDARAT AL-MUKHABARAT AL-AMMA unterhielt.

Neben diesen Kontakten verfügte der Verurteilte auch über direkte nachrichtendienstliche Verbindungen zu offiziellen Stellen in Syrien und dort tätigen ranghohen Offizieren.

Türkischer Nachrichtendienst

Der türkische Auslandsgeheimdienst und Inlandssicherheitsdienst „Milli Istihbarat Teskilati“ (MIT) führt seine konspirativen Aktivitäten gegen in der Bundesrepublik Deutschland arbeitende Regimegegner und Oppositionelle unverändert fort, um diese auszuforschen und zu unterwandern.

Im Vordergrund steht dabei die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Um Erkenntnisse zu erlangen wurde ein Quellen- und Informationsnetz aufgebaut, mit dessen Hilfe Informationen gewonnen werden.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

50 Jahre „Niedersächsische Verfassungsschutzbehörde“: Informationen und Anmerkungen zur Gründerzeit

Mit der Zustimmung des Kabinetts vom 05. 01. 1950 zu den Richtlinien über die Arbeit der „Informationsabteilung“ im Ministerium des Innern wurde in der 93. Sitzung des „Niedersächsischen Staatsministeriums“ der geheime Inlandsnachrichtendienst des Landes Niedersachsen gegründet, der später Verfassungsschutz genannt wurde.

Aufgrund der beschlossenen Richtlinien wurde die (Verfassungsschutz-) Behörde errichtet und ihre Aufgaben von denen der Polizei abgegrenzt.

Im Kabinettsbeschluss vom 05. 01. 1950 wurden folgende „Hauptaufgaben der Informationsabteilung“ festgelegt:

- „1) Beobachtung derjenigen Persönlichkeiten, die den Versuch machen, gewaltsam oder verfassungswidrig die Regierung zu stürzen oder zu gefährden;
- 2) Sorge für die Sicherheit der im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten;
- 3) Mitwirkung bei Einbürgerungsangelegenheiten;
- 4) Ermittlungen beim Verdacht von Sprengstoffverbrechen; soweit die Annahme besteht, daß sie aus politischen Gründen begangen werden sollen;
- 5) Auswertung von Pressemeldungen;
- 6) Beobachtungen von Versammlungen und Demonstrationen, soweit sie von politischem Interesse sind;
- 7) Überwachung des staatsfeindlichen Nachrichtenwesens;

- 8) Beobachtungen von Lohn- und Streikbewegungen sowie von Aussperrungen, soweit der Verdacht besteht, daß sie dazu mißbraucht werden sollen, den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung zu gefährden.“

Gleichzeitig bestimmte das Landeskabinett, dass die „Informationsabteilung“ neue Aufgabengebiete erst nach einer Kabinettsbefassung in Angriff nehmen dürfe.

„Die Informationsabteilung wird lediglich eine Nachrichtensammelstelle sein, der keinerlei Exekutivbefugnisse zustehen. Ergibt sich aus dem bei der Informationsabteilung anfallenden Material der Verdacht einer strafbaren Handlung, so gibt die Informationsabteilung dies Material an die zuständigen Behörden (Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft) zur weiteren Veranlassung ab.

Im übrigen darf die Informationsabteilung von dem bei ihr angefallenen Material nichts weitergeben. Der Minister des Innern unterrichtet das Kabinett über alle wichtigen Vorgänge, die ihm durch die Tätigkeit der Informationsabteilung zur Kenntnis kommen.

Alle in der Informationsabteilung beschäftigten Personen werden zur Amtsverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet.

Mit dem Präsidenten des Landesrechnungshofes ist ein Prüfungsverfahren abzusprechen, das eine Gewähr für die korrekte Verwendung der der Informationsabteilung zur Verfügung stehenden Mittel gewährleistet.“

Die vom Kabinett am 05. 01. 1950 beschlossenen Hauptaufgaben der Verfassungsschutzbehörde stimmen in wesentlichen Punkten mit den später auch vom Bundes- bzw. Landesgesetz-

geber normierten Aufgaben überein. Methoden der Informationsbeschaffung wie die Auswertung von Pressemeldungen wurden dabei allerdings als Aufgaben bezeichnet und bestimmte zeittypische Phänomene aus heutiger Sicht überbewertet.

Die Gründung der niedersächsischen (Verfassungsschutz-)Behörde war maßgeblich von der nordrhein-westfälischen Entwicklung und den persönlichen Erfahrungen des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Menzel aus der Endzeit der Weimarer Republik geprägt. Gründungszeitpunkt und ursprüngliche Aufgabenstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzes waren unmittelbar abhängig von dem nordrhein-westfälischen Vorlauf. Zu den historischen Voraussetzungen für die behördliche Ausgestaltung des Verfassungsschutzes in Niedersachsen gehörten die Misserfolge bei der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen vor 1933 und die daraus von westdeutschen Innenpolitikern und Sicherheitsfachleuten gezogenen Lehren für den Aufbau eines deutschen Inlandsnachrichtendienstes in NRW.

Preußen hatte 1919 und das Reich 1920 Staats- bzw. Reichskommissariate für die Überwachung der öffentlichen Ordnung gegründet. Dabei handelte es sich um nachrichtendienstliche Behörden zur Abwehr der die Weimarer Republik bedrohenden verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Das Reichskommissariat und das preußische Staatskommissariat waren nicht in die Polizei integriert, letzteres durfte sich aber der Landespolizeidienststellen bedienen. Diese von der Polizei getrennten Behörden stellten insofern Vorläufer der Verfassungsschutzbehörden dar.

Als Reichsinnenminister Severing 1929 das Reichskommissariat auflöste,

um deren Aufgaben in die Politische Polizei zu integrieren, übernahm in der Abteilung I des Reichsinnenministeriums der damalige Ministerialrat Menzel diese bisherige Aufgabenstellung. Die dabei gemachten Erfahrungen mit der polizeilichen Exekutive und „nur“ nachrichtendienstlich arbeitenden Behörden veranlassten ihn als nordrhein-westfälischen Innenminister nach 1945 neben dem Aufbau einer demokratischen Polizei auch frühzeitig mit der Errichtung eines Inlandsnachrichtendienstes zur Überwachung „antidemokratischer Kräfte“ zu beginnen.

Auf einer Informationskonferenz der sozialdemokratischen Innenminister der Länder der drei Westzonen in Bonn am 05. 01. 1949, an der neben dem niedersächsischen Innenminister Borowski auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ollenhauer und der Vizepräsident des Parlamentarischen Rates Schönfelder teilnahmen, trug Innenminister Dr. Menzel Vorschläge zu „Polizeifragen“ vor, für die die Billigung der Militärregierung und des Parlamentarischen Rates einzuholen sei.

In einem Bericht des hessischen Innenministers vom 08. 01. 1949 über diese Konferenz wurde Menzels Vorschlag zur Errichtung eines Nachrichtendienstes wie folgt formuliert:

„3.) Jeder Innenminister soll in seinem Ministerium eine ihm unmittelbar unterstellte Stelle schaffen, die die Aufgaben hat, Informationsmaterial zu sammeln und auszuwerten. Diese Stelle soll über den Innenminister exekutive Maßnahmen zur Sicherung von Staat und Verfassung auslösen können und eine Art Nachrichtenbüro des Innenministers sein, der antidemokratische Kräfte überwacht und die Regierung laufend über alle Vorkommnisse dieser Art informiert....“

Menzels Vorschlag stützte sich auf die bisherigen Erfahrungen mit der Informationsstelle für NRW, die seit Mitte 1948 aus dem bisherigen Staatskommissariat zur Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft heraus in NRW aufgebaut worden war. Tatsächlich hatte NRW einen Inlandsnachrichtendienst errichtet, der über NRW hinaus für die gesamte entstehende Bundesrepublik Deutschland konzipiert war. In einer nordrhein-westfälischen Denkschrift vom 10. 05. 1949 über die Einrichtung einer Informationsstelle für Westdeutschland wird festgestellt, dass sich u.a. Ministerpräsident Kopf für Niedersachsen der „aufgebauten Organisation“ anschließt.

Mit der Begründung, eine zentrale Steuerung für Westdeutschland sei notwendig, und wegen des Mangels an Fachleuten verzichteten die beteiligten Länder (zu diesem Zeitpunkt) auf die Einrichtung einer eigenen Informationsstelle für ihre Länder.

„Mitte 1949 verfügte die [gemeinsame] Informationsstelle bereits über eigene Mitarbeiter in Schleswig, Pinneberg, Lübeck, Hannover, Osna-brück, Nordhorn, Bielefeld, Detmold, Düsseldorf, Dortmund, Köln, Münster, Aachen, Frankfurt/Main, Wiesbaden sowie Stuttgart, also in allen drei westlichen Besatzungszo-

nen, und über sogenannte „Meldeköpfe“ in Berlin, Zerbst, Anhalt, Quedlinburg, Eisenach sowie Stettin, also im sowjetischen Machtbereich. Deren Aufgabe war es, frühzeitig mögliche Aktivitäten rechts- und linksextremistischer Kräfte zu erfassen, um diese dann konsequent politisch und polizeilich bekämpfen zu können.“

(50 Jahre Verfassungsschutz und politischer Extremismus in NRW, 1999, S. 5 f.)

Der Aufbau des Inlandsnachrichtendienstes durch sozialdemokratische deutsche Politiker erfolgte zwar im Rahmen der „Richtlinien“ der Militärregierungen. Die deutsche Eigeninitiative war aber spätestens zu dem Zeitpunkt offensichtlich, als ein in Bremen tätiger Mitarbeiter durch amerikanische Dienste festgenommen wurde und die Briten von den Amerikanern erfuhren, dass in NRW ein deutscher Inlandsnachrichtendienst, über dessen Planung die Landesregierung mit den Briten intensive Gespräche führte, schon existierte und sich nicht auf NRW beschränkte.

Die Ausdehnung der Aktivitäten der NRW-Informationsstelle auf Westdeutschland stützte sich auf die Hoffnung der SPD, bei der 1. Bundestagswahl am 14. 08. 1949 stärkste Partei im Deutschen Bundestag zu werden und die Bundesregierung zu stellen. Aus der Informationsstelle des Landes NRW sollte dann unverzüglich eine „Bundesverfassungsschutzbehörde“ aufgebaut werden. Mit der Wahl des CDU-Abgeordneten Adenauer zum Bundeskanzler und der Vorstellung des von ihm geführten Bundeskabinetts am 20. 09. 1949 war diese Entwicklung abgeschlossen und es wurden nunmehr in den westdeutschen Ländern mit Unterstützung durch NRW eigene Informationsstellen bzw. in Nieder-

sachsen eine „Informationsabteilung“ im Innenministerium eingerichtet.

Die nordrhein-westfälische Informationsstelle war für den Aufbau von Länderverfassungsschutzbehörden nicht nur ein Vorreiter, sie hatte auch eine Vorbildfunktion.

Die Zusammenarbeit zwischen den im Aufbau befindlichen „Landesverfassungsschutzbehörden“ mit dem durch das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. 09. 1950 errichteten Bundesamt für Verfassungsschutz wurde durch dieses Gesetz geregelt.

Nach der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung vom 05. 01. 1950, eine „Informationsabteilung“ zu errichten, variierte die Bezeichnung der Dienststelle in den Kabinettsprotokollen beträchtlich. So fragte Ministerpräsident Kopf nach dem Kabinettsprotokoll vom 26. 01. 1954 im Zusammenhang mit Haushaltsberatungen, wie weit die Vorbereitungen zur Durchführung des Kabinettsbeschlusses über die Ausgliederung des „Verfassungsschutzamtes“ aus dem Innenministerium gediehen seien. Der erkrankte Innenminister ließ durch seinen Staatssekretär mitteilen, „er wolle die Nachrichtensammelstelle nunmehr als ‚Landesamt für Verfassungsschutz‘ bezeichnen, es aber noch als einen Teil des Innenministeriums bestehen lassen.“

Minister Borowski habe Bedenken, gerade dem in diesen Aufgaben tätigen Personenkreis durch die Ausgliederung des Landesamtes für Verfassungsschutz die Ministerialzulage zu entziehen.“

Im Protokoll der Kabinettsitzung vom 23. 03. 1954, in der das Kabinett nach eingehender Diskussion die Einstellung eines Journalisten beim „Landesamt für Verfassungsschutz“ be-

schloss, der vorher bei einem Hamburger Nachrichtenmagazin gearbeitet hatte, war gleichzeitig wiederum unter Verschiedenes von der „Berichterstattung der Nachrichtenstelle im Kabinett“ die Rede.

Die Einstellung des Journalisten verursachte im übrigen beträchtliche Aufregung. Der französische Hohe Kommissar protestierte offiziell gegen seine Einstellung. Im Kabinettsprotokoll finden sich keine Angaben zu den inhaltlichen Gründen des Protests, der vom Ministerpräsidenten persönlich beantwortet werden musste.

Der ehemalige Journalist fungierte später als Referatsleiter Nachrichtenbeschaffung der Verfassungsschutzabteilung und galt als „Spiritus rector“ der Aktionen, die unter dem Stichwort „Celler Loch“ bekannt geworden sind.

Bedienstete

Im Haushaltsplan 1999 waren für den Verfassungsschutz 222 Stellen ausgewiesen.

Das Sparprogramm der Landesregierung zum Stellenabbau der Jahre 1995–1998, das in der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde eine Reduzierung um 19 Stellen erbrachte, ist nach Abzug weiterer 2 Stellen im Berichtsjahr beendet worden.

Durch organisatorische Maßnahmen konnte sichergestellt werden, dass die Aufgaben des NLFV, insbesondere in den Kernbereichen des Verfassungsschutzes, kontinuierlich weiter erledigt werden können. In der Gesamtzahl sind die Bediensteten für die nicht verfassungsschutzspezifischen Aufgaben enthalten – sog. Intendanturpersonal –, die bei jeder Behörde erforderlich sind, also Schreibkräfte, Verwaltungspersonal, Hausmeister etc. Nach Abzug

dieser Bediensteten liegt die Zahl der mit originären Verfassungsschutzaufgaben befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 164.

Im Berichtsjahr konnten wiederum jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von anderen Behörden gewonnen werden, wobei in besonderem Maße der Frauenförderung Rechnung getragen wurde.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes hatte 1999 ein Ausgabevolumen von 22.630.900,- DM. Davon waren veranschlagt 4.505.400,- DM für Sachausgaben und 18.125.500,- DM für Personalausgaben.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Das Niedersächsische Landesamt ist – wie die übrigen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auch – gesetzlich befugt, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und in Akten und Dateien einzustellen, wobei das NVerfSchG und interne Vorschriften bestimmte Speichervoraussetzungen sowie Regelungen für Sperrung und Löschung der Daten vorsehen. Deren Beachtung wird durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD), das Innenministerium und den im NLFV besonders bestellten behördlichen Datenschutzbeauftragten kontrolliert.

Aufgrund der in Art. 73 Nr. 10 des Grundgesetzes und im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) normierten Verpflichtung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung unterhalten alle Verfassungsschutzbehörden gemäß § 6 BVerfSchG eine gemeinsame, beim BfV eingerichtete Datenbank, das sog. „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS).

Alle Teilnehmer dürfen dort die nach Maßgabe der jeweiligen eigenen rechtlichen Befugnisse erhobenen sach- und vor allem personenbezogenen Daten einstellen und auf den gesamten NADIS-Datenbestand zugreifen und Daten abrufen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und des Datenschutzes sind aus NADIS nur der Name der Person, die zu ihrer Identifizierung erforderlichen Merkmale wie z.B. Wohnanschrift, Kfz, Staatsangehörigkeit, die speichernde Behörde sowie deren Aktenzeichen ersichtlich, das nach einem einheitlichen Aktenplan vergeben wird. Nicht gespeichert ist der Inhalt der jeweiligen Information.

Hat eine Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung Interesse an den Informationsinhalten der von einer anderen Behörde vorgenommenen personenbezogenen Speicherung, so fragt sie in der Regel auf elektronischem Wege bei ihr an. Der Informationsübermittlung ist insoweit eine Relevanzprüfung durch die speichernde Stelle vorgeschaltet.

Bedeutsam ist, dass es sich bei den in NADIS gespeicherten Daten nur teilweise um Personen handelt, die im Bezug zu extremistischen, sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Aktivitäten (vgl. § 3 Abs. 1 NVerfSchG) stehen.

In NADIS werden vielmehr auch Angaben zu Personen erfasst, bei denen

eine Sicherheitsüberprüfung mit dem Ergebnis einer VS-Ermächtigung durchgeführt wurde oder die als Zielpersonen terroristischer oder geheimdienstlicher Aktivitäten gelten.

Vom Niedersächsischen Landesamt waren am 31. 12. 1999 folgende personenbezogene NADIS-Speicherungen veranlasst (Vorjahreszahlen in Klammern):

- im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen 9.883 (9.778)
- im Zusammenhang mit originären Aufgaben im Bereich Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr. 5.698 (3.036)

Dabei ist die Steigerung im originären Aufgabenbereich des § 3 Abs. 1 NVerfSchG nicht auf einen entsprechenden Anstieg verfassungsschutzrelevanter Aktivitäten, sondern darauf zurückzuführen, dass 1999 zahlreiche bis dahin nur amtsintern in einer so genannten Amtsdatei erfasste personenbezogene Informationen im Interesse einer verbesserten Zusammenarbeit mit den übrigen Verfassungsschutzbehörden bei der Aufklärung von Extremismus und Terrorismus auch in NADIS eingestellt worden sind.

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Im Sprachgebrauch der Verfassungsschutzbehörden sind „nachrichtendienstliche Mittel“ die Mittel und Methoden, die der heimlichen, vom Betroffenen oder Außenstehenden nicht wahrnehmbaren Informationsbeschaffung dienen.

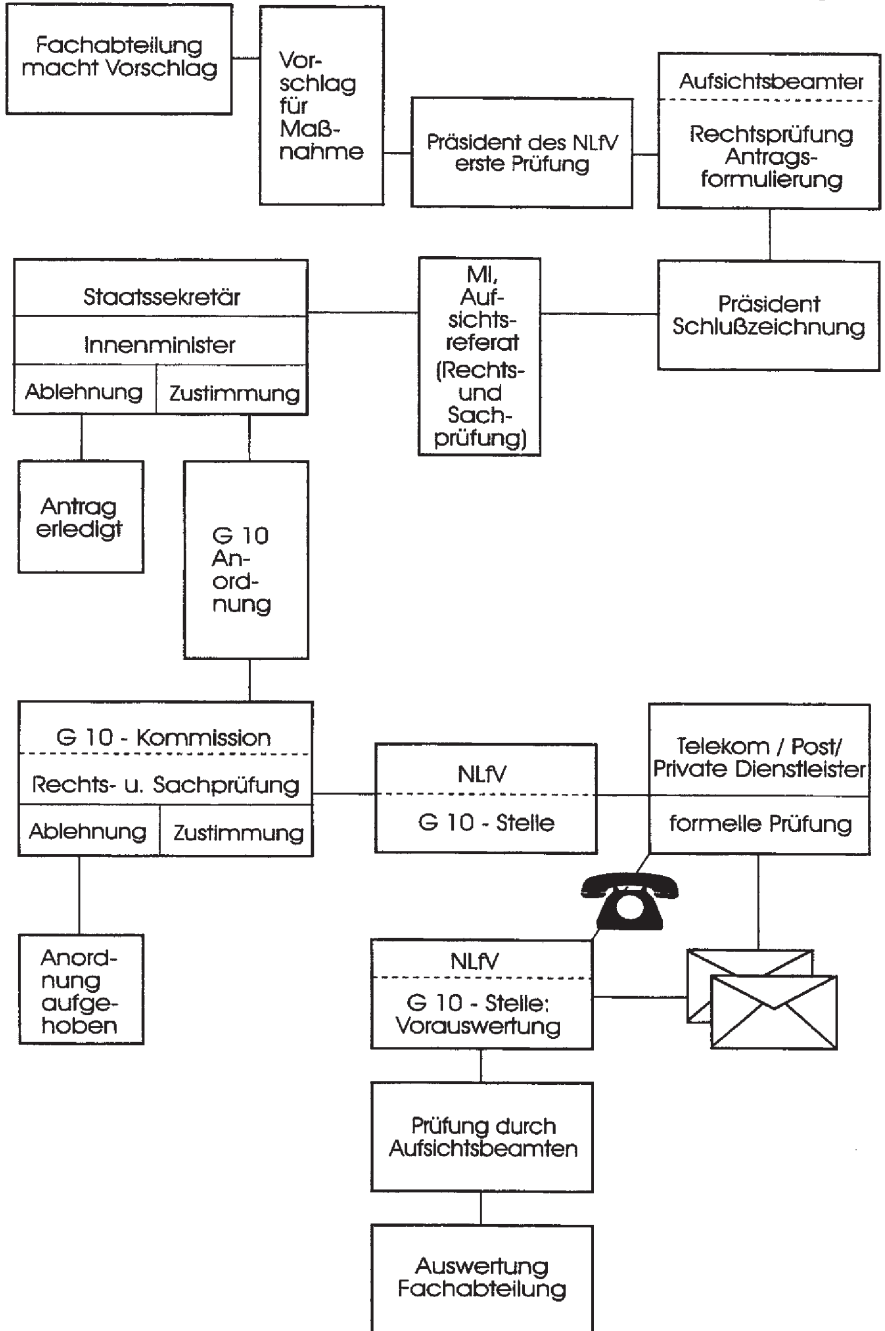
Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht erst jüngst in seinem „Republikaner-Urteil“ vom 7. Dezember (BVerwG I C 30.97) festgestellt, dass die detaillierten Regelungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes über die besonderen Voraussetzungen eines Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen und insbesondere den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausformen. Sie gebieten in ihrer Gesamtheit, die schutzwürdigen Belange des Betroffenen in die Abwägung mit dem Zweck der Beobachtung einzustellen und angemessen zu würdigen.

Dementsprechend dürfen die in § 6 Abs. 1 NVerfSchG abschließend aufgezählten einzelnen Mittel der heimlichen – also nachrichtendienstlichen – Informationsbeschaffung nach Art und Umfang nur insoweit eingesetzt werden, als dies zur Erforschung extremistischer oder sicherheitsgefährdender Bestrebungen oder der Tätigkeit fremder Geheimdienste unverzichtbar ist.

Bei dem Einsatz von ND-Mitteln wird geprüft, ob die von den jeweiligen Aktivitäten ausgehenden Gefahren, deren Konspiration bzw. Gewaltbereitschaft den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erfordern und die/den hiervon Betroffenen in den vom Grundgesetz geschützten Rechtspositionen am wenigsten belasten (Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs).

Nach der erklärten Absicht der Landesregierung wurde auf den Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mitgehören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen

Das G 10 - Verfahren



Empfang bestimmten Kanälen verzichtet. Diese Mittel sollen für besondere Situationen vorbehalten bleiben.

Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beschränkte sich im Wesentlichen auf die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen Informanten, verdeckte Ermittlungen und Befragungen sowie auf zeitlich befristete Observationen.

Von dem nachrichtendienstlichen Mittel der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG („G 10“) wurde während des Berichtszeitraumes wiederum nur in dem der Schwere des jeweiligen Verdachts angemessenem Maße Gebrauch gemacht.

Die Grafik auf der folgenden Seite soll verdeutlichen, welches Prüfungsverfahren einer G 10-Maßnahme vorausgeht.

Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

1999 wurden 14 Auskunftsersuchen gemäß § 13 NVerfSchG gestellt. In 7 Fällen hatte das NLFV keine Erkenntnisse gespeichert. In 5 Fällen wurde den Anfragenden der ihrer Erfassung zu Grunde liegende Sachverhalt uneingeschränkt, in einem weiteren Fall eingeschränkt mitgeteilt. Lediglich bei einer Anfrage musste der Betroffene an den Landesbeauftragten für den Datenschutz verwiesen werden (§ 13 Abs. 2 NVerfSchG).

Bemerkenswert ist ein starker Anstieg von schriftlichen und mündlichen Anfragen (mehr als 50), mit denen sich Bürgerinnen und Bürger an das NLFV wandten und um Rat und Hilfestellung bezüglich vermuteter Grundrechtsverletzungen durch Behörden, Gerichte oder persönliches Umfeld baten.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes hat zwei zentrale Aufgabenstellungen: 1. Informationen für Bürgerinnen und Bürger über gesetzliche Grundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Verfassungsschutzes; 2. Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen extremistischer Bestrebungen. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit sind die informierte Bürgerin und der informierte Bürger, die am besten unsere Verfassung zu schützen in der Lage sind. Der Gesetzgeber hat im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz ausdrücklich die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit festgeschrieben. Nach § 3 Abs. 2 NVerfSchG soll das Innenministerium die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten aufzuklären. Das NLFV wirkt ergänzend durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mit.

Bereits 1975 hatte das Bundesverfassungsgericht die Pflicht des Staates zur Öffentlichkeitsarbeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen – in diesem Fall die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – festgestellt.

Mit der Umwandlung der Verfassungsschutzabteilung des Niedersäch-

sischen Innenministeriums in ein Landesamt Anfang der 90er-Jahre wurde der Aufgabenbereich Öffentlichkeitsarbeit, in dessen Mittelpunkt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen stehen, um die Pressearbeit erweitert.

Auch 1999 hatte die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des NLFV hohe Priorität. Neben Themen aus dem Bereich des Rechtsextremismus wie Skinhead-Musik und die sprunghaft gestiegenen neo-nazistischen Internet-Seiten mit rassistischen, antisemitischen, den Nationalsozialismus verherrlichenden Inhalten stand die Darstellung der Bestrebungen extremistischer Ausländerorganisationen im Mittelpunkt dieser Öffentlichkeitsarbeit. Dabei ging es vor allem um die Aktivitäten islamistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Auch zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde ausführlich Stellung genommen. Darstellungen zu Hintergründen der europaweiten Ausschreitungen von PKK-Anhängern im Februar 1999 stießen bundesweit bei den Medien auf großes Interesse.

Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes hielten zahlreiche Vorträge in Schulen, vor politischen Parteien und staatlichen Stellen. Im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes wurden – wie in den Vorjahren – Besuchergruppen empfangen, um sie über Rechtsgrundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Nachrichtendienstes zu informieren. Dieses Angebot nahmen vor allem Rechtsreferendar-Arbeitsgemeinschaften der Bezirksregierungen in Anspruch. Im Rahmen der Pressearbeit gaben Mitarbeiter des Verfassungsschutzes über 300 Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien. Mehr als 100 Hörfunk- und Fernsehinterviews mit Angehörigen des niedersächsi-

schen Verfassungsschutzes wurden gesendet.

Die in Zusammenarbeit mit dem NLFV vom Niedersächsischen Innenministerium herausgegebenen schriftlichen Informationen Verfassungsschutzbericht, Skinhead-Broschüre sowie die Ausarbeitung des NLFV mit dem Titel „Rechtsextremistischer Protest gegen die Wehrmachtsausstellung“ stießen nicht nur bei niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch bundesweit auf lebhaftes Nachfrage.

Das Internet-Angebot des niedersächsischen Verfassungsschutzes (<http://www.niedersachsen.de/M17.htm>) wird fortlaufend aktualisiert.

Stichwortverzeichnis

A

- Alhambra • 84, **88**, 91, 93, 101
- ANTI ATOM AKTUELL • **109 f.**
- Anti-EXPO-AG • 7, 88, **102 f.**
- Anti-Expo-Aktivitäten • 88, **98-106**
- Antifaschismus • 82, 83, 85, 88, 89, 90, **91-97**, 98, 114
- Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) • **85-87**, 89, 91, 92, 97, 98
- Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) • **87**
- Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen • **98**
- Antifaschistische Aktion Oldenburg • **88**
- Antifaschistische Aktion Passau • **97**
- Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig • **89**
- Antifaschistisches Plenum / Jugend Antifa Aktion Braunschweig (AP/JAA) • 85, 89, 96, 98
- Antiimperialistische Zellen (AIZ) • **125**
- Antisemitismus • 15, 25, 36, 60, 62f., 71
- APFEL, Holger • **53**
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) • 8, 10, 14, 23, **106-135**, 139, 142, 182
- Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen • **73**
- ARSLAN, Yusuf • **142**
- Assoziation Marxistischer Studenten (AMS) • **114 f.**
- Auschwitz-Lüge • **26**
- Autonome • 7, 82 f., **84-108**, 120
- Autonome Antifa [M] (AA[M]) • 85, 92, 94, 96, 108, 125
- Autonome Antifa Weser / Ems • **88**

B

- BENJAMIN, Michael • 113, 116
- BENOIST, Alain de • **79**
- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) • **154**
- Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) • 53, 57
- Blood & Honour-Bewegung • 10, **30**, 33
- BÖRM, Manfred • 42, 43
- BOSSE, Georg-Albert • 75 f.
- BRAST • 84, **89**
- Bund Deutscher Patrioten (BDP) • **41**
- Bundesweites Antifa Treffen (BAT) • **87**

C

- CARLS, Richard • 57, 59
- Castor-Atomtransporte • 22 f., 83, **109 f.**
- CETIN, Cemal • 141, 142

D

- DAMAR, Hasan • 147

DEHOUST, Peter • 72
Der Neue Republikaner • 65, 69, 70, 71
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 82, 88, **111-115**, 117, 118, 119,
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) • 66, **72 f.**
Deutsche Stimme • 40, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 54
Deutsche Türk-Föderation (ATF) • **141 f.**
Deutsche Volksunion (DVU) • 26, 28, 49, 50, **57-64**, 65, 66, 67, 70, 72, 73, 77
Devrimci Sol • 136-139
DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) • 10, 135, **136-139**
Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) • **75 f.**
direkte aktion • 123, 124
DISTLER, Jürgen • 53
DRÜCKHAMMER, Günter • 73
DRÜCKHAMMER, Kai-Uwe • 73
DVU (s. Deutsche Volksunion)

E

EIGENFELD, Ulrich • 40, 42, 47
EinSatz! - Zeitung für autonome Politik • 84, 86, **89**, 94
EISENECKER, Hans-Günter • 49
EL-ATTAR, Issam • 153, 154
EL-ZAYAT, Ibrahim • 149
ERBAKAN, Mehmet • 147
ERDOGAN, Mehmet • 142
Ethnopluralismus • 26, 49, 81
EXPO 2000 (Aktionen gegen die EXPO) • 7, 88, **98-106**
EZER, Achim • 53

F

FALK, Bernhard • 125
Fanzines • 33 f.
FAURISSON, Robert • 27, 28
Fazilet-Partei (FP) • 144, 147, 150
FIEDLER, Michael • 42, 44, 49, 66
Fight back! • 84, 89, 96, 97
FLEGEL, Frank • 117
Flüchtlingshilfe Iran e.V. • 160
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) • 140
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) • 121
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM) • 132, 134
Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU) • **123 f.**
Freie Nationalisten • **37**, 50, 53
Fremdenfeindlichkeit • 15, 25, 26, 33, 47, 55, 60, 69, 71
Freundeskreis Deutschland e.V. • **77 f.**
FREY, Gerhard • 57, 58, 59, 60, 62, 63, 64, 66, 67, 70

G

Gemeinde Hannover der Scientology-Kirche Hamburg e.V. • 165-167

GERLACH, Heinrich • 59
Geschichtsrevisionismus/Leugnung der NS-Gewaltverbrechen • **26-28**, 51, 62, 70,
75, 76, 81
GOLKOWSKI, Frank • 41
göttinger Drucksache • 84, 89, 94, 108
GRAF, Jürgen • 27, 28
Graswurzelbewegung • 121-123
graswurzelrevolution • 110, 121, 122, 123
GRUBERT, Ronny • 41
GRUPPE LANDFRIEDENSBRUCH • 104

H

HAKK-TV • 152
Hammerskins • **30**, 33
HÄNDEL, Oliver • 53
HEISE, Thorsten • 6, 32, 33, 37, 43, 51, 87, 94, 95
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und Angehörige e.V. (HNG) • 38
HIRZEL, Hans • 66
Hizb Allah (Partei Gottes) • 127, 154, **155 f.**, 157
HONSIK, Gert • 28
HUBBARD, Lafayette Ronald • 163, 164, 165,
HUPKA, Steffen • 53

I

IGMG (s. Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.)
Informationsstelle Kurdistan (ISKU) • 107
Institute for Historical Review • 28
INTERIM • 84, 90, 93, 94, 97, 100, 104, 106, 110, 111, 125
Internet (Nutzung durch Extremisten) • **9-11**, 26, 27, 28, 36, 38, 134, 152, 180
Iranische Moslemische Studentenvereinigung e.V. (IMSV) • 160
IRVING, David • 27
ISK, Yusuf • 144, 147
Islamische Avantgarden • 154
Islamische Föderation Niedersachsen • 145
Islamische Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) • 154
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) • 8, 11, 126, **144-149**, 150
Islamische Heilsarmee (AIS) • 154
Islamische Heilsfront (FIS) • 154
Islamische Union Europa e.V. (IUE) • 145
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) • 143, 154
Islamischer Bund Palästina (IBP) • 154
Islamisches Gemeinschaftszentrum Hannover e.V. • 154
Islamisches Konzil • 149
Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 154
Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) • 157
Islamisches Zentrum München (IZM) • 154
Islamismus • 127, **143 f.**
Islamrat • 149

J

JENTZSCH, Heber • 163
Jugend Antifa Aktion (JAA) • 85, 96, 98
Junge Freiheit • 79, 81
Junge Nationaldemokraten (JN) • 25, 32, 33, 41, 50, 51, **52-57**, 95, 96
JÜRGENSEN, Peter • 59

K

Kalifatsstaat • 8, 11, **149-153**
Kameradschaften • 6, 25, **36 f.**, 41, 43, 50, 51, 52, 87, 95
KAPLAN, Cemaleddin • 149, 150, 151
KAPLAN, Metin • 126, 149, 150, 151, 152, 153
KÄPPLER, Lars • 53
KARATAS, Dursun • 136, 138
KARAYILAN, Murat • 129
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 139, 140
KHALIFA, Ahmed • 153, 154
KLEIN, HansJoachim • 125
KLUMP, Andrea • 124
KÖHNE, Rolf • 116
Kommission für die Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) • 167
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) • 82, 113, **115-118**, 119
Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK) • 141
KREBS, Pierre • 81
Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) • 134
Kurdistan-Report • 107 127
Kurdistan-Solidarität Göttingen • 107

L

LAUCK, Gary Rex • 39
LAUER, Peter • 65, 67
LEHMANN, Heinz-Otto • 67
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 10 126, **160-162**
Linksextremismus (Begriff) • 82

M

MAIER, Waldemar • 45, 47
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 135, **140**
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 82, 118, **119**
MARQUARDT, Danny • 52, 53, 54
MATTOGNO, Carlo • 27
MED-TV • 129, 132, 134
MEDYA-TV • 130, 134
MEYER, Barbara • 124
MEYER, Horst Ludwig • 124, 125
Militarismus • 74 f.
MISCAVIGE, David • 163, 164
Mitteilungen der KPF • 115, 116, 119

MÜLLER, Ursula • 38

Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (MSV) e.V. • 149

Muslimbruderschaft (MB) • 127, 143, 149, **153 f.**

N

Nachrichten der HNG • 38

Nation & Europa – Deutsche Monatshefte • 72, 79

National Liberation Army (NLA) • 158

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 6, 25, 26, 33, 36, 37, **40-51**,
52-57, 58, 60, 63, 64, 65, 67, 70, 71, 72, 73, 77, 86, 95, 96

Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) • 51, 55

Nationale Befreiungsfront (ERNK) • 129, 131, 132

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 127, **158-160**

Nationales Info-Telefon (NIT) Hamburg • 26

Nationalismus • 25, 49, 55, 60, 62, 74, 79

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbau-
organisation (NSDAP/AO) • **39**

Nationalzeitung / Deutsche Wochen-Zeitung • 60

NAUMANN, Peter • 53

Neonazismus • 6, 25, 30, 32, 33, **35 f.**, 37, 38, 50 f., 52 f.

NEUBAUER, Harald • 65 f., 67, 72

Neue Rechte • 26, **79-81**

Niedersachsen-Spiegel • 40, 42, 44, 47, 48, 49

NIER, Michael • 44, 49

NO RESPECT • 84, 88

NPD (s. Nationaldemokratische Partei Deutschlands)

NS-Kampfruf • 39

O

OCHENSBERGER, Walter • 28

ÖCALAN, Abdullah • 8, 15, 23, 98, 107, 121, 126-130, 131, 134, 135, 139, 142

ÖCALAN, Osman • 130

ÖZDOGAN, Hassan • 149

offen-siv • 115, **116 f.**, 118, 119, 120

OI!-Skins • 29

Ostanolisches Gebietskomitee (DABK) • 139 f.

Özgür Politika • 134

P

Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) • 154

PARTIZAN-Flügel • **139 f.**

PKK (s. Arbeiterpartei Kurdistans)

PRABHAKARAN, Vellupilai • 161

PÜHSE, Jens • 53

R

radikal • 84, 90

RADJAVI, Maryam • 158

RADJAVI, Massoud • 158
RAMI, Ahmed • 28
RASSINIER, Paul • 27
RAZZ • 84, 88, 101, 104, 105, 106
Recht und Wahrheit • 75 f.
Rechtsextremismus (Begriff) • **25 f.**
REMER, Otto Ernst • 24, 40, 74, 75
Republikaner, Die (REP) • 6, 26, 46, 49, 50, 58, 63, 64, **65-72**, 73, 77
Revolution Inside • 84, 88
Revolutionäre Zellen (RZ) • 125
ROßMÜLLER, Sascha • 52, 53
Rote Armee Fraktion (RAF) • 121, **124 f.**
Rote Hilfe (RH) • 8, **120 f.**
ROUHS, Manfred • 79
RUDOLF, Gernar • 28
Ruhstorfer Beschluss der REP • **65**, 67

S

SANDER, Ulrich • 79
SAPAN, Ali • 130
SCHILF, Marcel • 31
SCHINDLER, Rudolf • 125
SCHLIERER, Rolf • 63, 65, 66, 67, 69, 70
SCHÖNHUBER, Franz • 65 f.
SCHWERDT, Frank • 48
Scientology-Organisation (SO) • 9, **163-169**
Signal – Das patriotische Magazin • 79
Skinhead-Bands • 6, 30, **31 f.**
Skinhead-Musik • 6, 25 f., **31-33**
Skinheads • 6, 7, 12, 25, **29-34**, 41, 50, 51, 53
Sleipnir • 79
SMYREK, Stefan • 156
SOFU, Yusuf • 152
SOHN, Manfred • 119
SOJKA, Klaus • 59
Soziale Volkspartei (SVP) • 41
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) • 88, 114
Sozialistische Reichspartei (SRP) • 24, 40, 75
Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten • 7, **73-75**
STEHR, Heinz • 111, 112, 114, 119
STEINAU, Michael • 125
STEINIGER, Bruni • 117, 118
STEINIGER, Klaus • 117

T

TEMPEL, Gerhard • 67
THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei/ -front – Revolutionäre Linke) • 136
THOBEN, Frederick • 28

TÜRKES, Alparslan • 141
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 139, 140
Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten (TKP/ML) • 126, 135, **139 f.**
Türkisch-Islamische Union (ATIB) • 142

U

ULRICH, Jörg • 106
Ümmet-i-Muhammed • 149, 150, 151, 152, 153
Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) • 154
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) • 130, 132, 134
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) • **157**
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) • 154
Unsere Zeit (UZ) • 111, 113, 114

V

Verbotene neonazistische Organisationen • 35
Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e.V. (AMGT) • 144
VOIGT, Udo • 40, 44, 50, 53
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) • 128
Volksmodjahedin Iran • 158 f.
Vrij Historisch Onderzoek • 28

W

WALENDY, Udo • 28
WEBENAU, Alexander von • 53
Wehrmachtausstellung • 37, 42, 51, 52, 54, 62, 70, 96, 191
WENDT, Hans-Christian • 38, 50
WETZEL, Bruno • 59
Wiking-Jugend e.V. • 35, 42, 65
WINDHORN, Monika • 116
Wirtschaftsspionage • **173-177**
World Institute of Scientology Enterprises (WISE) • 165
World Tamil Movement (WTM) • 161
WULFF, Thomas • 37

Y

YAGAN, Bedri • 136
YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.) • 132, 134
Y-Gruppen • 131, 132

Z

Zentralorgan • 37
Zentralrat der Muslime Deutschlands (ZMD) • 149, 153, 157
ZÜNDEL, Erich • 27, 28

Ortsregister

Aurich • 29, 171
Bienenbüttel • 33
Braunschweig • 8, 29, 33, 42, 43, 72, 85, 89, 91, 96, 98, 105, 107, 109, 120, 129, 132, 139, 142, 145, 146, 152, 156, 157
Buchholz • 6, 120
Buxtehude • 54
Celle • 29, 132
Colnrade • 77
Dannenberg • 110
Delmenhorst • 157
Ehrenburg • 32, 54
Einbeck • 156
Eschede • 7, 31
Garbsen • 145
Gifhorn • 140
Gorleben • 109
Goslar • 142, 161
Göttingen • 6, 10, 37, 43, 85, 89, 91, 93, 96, 107, 114, 120, 121, 123, 125, 130, 140, 157, 162
Hameln • 145
Hannover • 7, 29, 36, 65, 67, 73, 88, 91, 93, 99, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 111, 114, 120, 123, 129, 130, 132, 139, 140, 142, 145, 146, 154, 156, 162, 165, 167
Harburg • 6, 43, 107
Heiningen • 32
Hildesheim • 29, 33, 34, 99, 107, 152
Jork • 7, 73, 75
Kutenholz-Aspe • 30
Laatzen • 145
Langenhagen • 157
Leer • 33, 54
Lüchow • 29
Lüneburg • 6, 29, 30, 36, 40, 41, 43, 93, 95, 98, 110
Northeim • 6, 29, 32, 37, 43, 51, 87, 94, 95
Oldenburg • 29, 31, 88, 91, 93, 114, 121, 129, 132
Osnabrück • 51, 52, 54, 96, 110, 129, 132, 156, 175, 176
Peine • 145
Rotenburg (Wümme) • 59
Salzgitter • 129, 132, 140, 142, 162
Salzhemmendorf • 125
Schöningen • 42
Seevetal-Maschen • 165, 167
Stade • 29, 30
Verden • 31, 54
Walsrode • 170
Wilhelmshaven • 29
Wunstorf • 93, 99
Zeven • 31

